



Mission
Opérationnelle
transfrontalière

Gesammelte Konferenzunterlagen „Grenzüberschreitende Gebiete: Europa im Alltag“

**EUROPÄISCHES KOLLOQUIUM
8. UND 9. NOVEMBER 2007 IN LILLE – FRANKREICH**

Mit Unterstützung von:



GESAMMELTE KONFERENZUNTERLAGEN

**„Grenzüberschreitende Gebiete: Europa
im Alltag“**

**Europäisches Kolloquium, 8. und 9. November 2007,
Lille - Frankreich**

Mission Opérationnelle Transfrontalière

Oktober 2008

Inhalt

Vorwort	4
Podiumsdiskussionen: Liste der Vortragenden	5
Programm der zwei Tage	6
Eröffnung	9
Grenzüberschreitende Gebiete - bürgernahe Räume als Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner	9
Für ein bürgernahes Europa, das eine bessere territoriale Wirtschaftsentwicklung ermöglicht	13
„Global denken, lokal handeln“	16
Ziele des Europäischen Kolloquiums	20
Podiumsdiskussion: „Eine Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner, ein neuer Schub für das Zusammenwachsen Europas durch konkrete Projekte“	23
Die Eurometropole „Lille-Kortrijk-Tournai“ (Frankreich/Belgien)	24
Die baskische Eurocité Bayonne-San Sebastián (Frankreich/Spanien)	25
Der Trinationale Eurodistrict Basel (Frankreich/Deutschland/Schweiz).....	26
Die City Twins Frankfurt (Oder)/Slubice (Deutschland/Polen)	27
Das Projekt der Zwillingsstädte Newry-Dundalk (Nordirland/Republik Irland).....	29
Auf dem Weg zur EUROMOT, dem europäischen Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden	31
Präsentation der EUROMOT-Strategie	31
Standpunkte zur EUROMOT-Strategie	32
Unterzeichnung des Gründungsabkommens.....	33
Strategische Allianz EUROMOT/AGEG	35
Eine wichtige Neuerung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit	35
Die zwölf Workshops	37
Workshop 1 - Grenzüberschreitende Gebiete.....	37
Workshop 2 - Grenzüberschreitende Ballungsräume	45
Workshop 3 - Grenzüberschreitende ländliche Räume und Naturräume	55
Workshop 4 - Zusammenarbeit an Seegrenzen	63
Workshop 5 - Wirtschaftsentwicklung	77
Workshop 6 - Arbeit und Fortbildung.....	89
Workshop 7 - Gesundheit.....	99
Workshop 8 - Umwelt	109
Workshop 9 - Öffentlicher Personennahverkehr	119
Workshop 10 - Kultur und territoriale Integration	129
Workshop 11 - Rechtliche Instrumente der Zusammenarbeit.....	137
Workshop 12 - Aus- und Fortbildung für grenzüberschreitende Berufe.....	151
Zusammenfassung der Workshops und der Empfehlungen	157

Podiumsdiskussion „Ein Europa der Projekte im Dienste der europäischen Bürger: Welche zukünftige Unterstützung der öffentlichen Akteure auf nationaler und EU-Ebene für die grenzüberschreitenden Projekte und Gebiete?“	164
Die grenzüberschreitende Regionalpolitik, Schlüsselement für den Aufbau einer Europäischen Bürgerschaft	165
Instrumente, um die Projekte zu konkretisieren	167
Einsatz von Rechtsinstrumenten für die Entwicklung von Grenzgebieten	168
„Ein Europa der Projekte und ein europäisches Projekt“	169
Mit den Projektträgern in die territoriale Zusammenarbeit investieren.....	169
Den Bürger vor Ort erreichen	170
Die neue Bedeutung der territorialen Dimension	171
Die Staaten haben ein Interesse an der Entwicklung der grenzüberschreitenden Politik!	172
Eine verbesserte Umsetzung der europäischen Politiken.....	172
Die finanzielle Begleitung der EUROMOT?	173
Schlussfolgerung des Kolloquiums	175
Anhang	179
„EUROMOT“-Abkommen zwischen MOT, Eixo Atlántico und City Twins.....	181
Strategische Allianz zwischen MOT und AGEG	183
Die EUROMOT-Strategie - Europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden	187
EUROMOT-Karte	195

Vorwort



Alle Rechte vorbehalten

Das Europäische Kolloquium „Grenzüberschreitende Gebiete: Europa im Alltag“ fand am 8. und 9. November 2007 im Grand Palais in Lille statt. An der von der Mission Opérationnelle Transfrontalière organisierten Veranstaltung nahmen über 800 Personen aus sechsunddreißig Ländern Europas teil.

Im Rahmen dieses Kolloquiums konnten die wesentlichen Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beleuchtet werden. Es unterstrich die Notwendigkeit, die Besonderheiten von Grenzregionen in den nationalen und europäischen Politiken stärker zu berücksichtigen, um ihre Entwicklung zu fördern. Im Rahmen des Kolloquiums wurde die EUROMOT gegründet, ein europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden, das es sich zur Aufgabe macht, an dieser Entwicklung mitzuwirken. Technische Arbeitsgruppen, die das gesamte Jahr 2007 über tätig waren,

bereiteten zwölf Workshops vor. Nach einzelnen Themenbereich gegliedert, konnten so die Herausforderungen und Best-Practice-Beispiele im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa aufgezeigt und konkrete Empfehlungen erarbeitet werden, die heute in einem „Manifest“¹ zusammengefasst sind, das nationalen und europäischen Institutionen übermittelt werden soll.

Finanzpartner

Die Finanzpartner dieses Kolloquiums waren die Caisse des dépôts et consignations, der Stadtverband Lille Métropole, der Regionalrat Nord-Pas de Calais, die DIACT (interministerielle Delegation für Raumordnung und territorialen Wettbewerb), die SNCF, das französische Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten, das französische Ministerium für Kultur und Kommunikation, der Regionalrat Provence-Alpes-Côte d'Azur, der Regionalrat Aquitaine, die Region Wallonien, der Generalrat Nord sowie Transdev.

Danksagungen

Für die Unterstützung bei der Organisation dieses Kolloquiums dankt die Mission Opérationnelle Transfrontalière insbesondere ihren Finanzpartnern, darunter der Caisse des dépôts et consignations, sowie dem Organisationskomitee der Veranstaltung, den Arbeitsgruppen der zwölf Workshops sowie ihren Leitern und der Agentur „La 4^{ème} dimension“.

¹ Sie können das Manifest in französischer, englischer und deutscher Sprache auf folgender Website herunterladen: www.espaces-transfrontaliers.eu

Podiumsdiskussionen: Liste der Vortragenden

Pierre Mauroy , Präsident der Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT) und des Stadtverbands Lille Métropole.....	9
Augustin de Romanet , Generaldirektor der Caisse des dépôts et consignations, Frankreich.....	13
Pierre Mirabaud , Interministerieller Beauftragter für Raumordnung und territorialen Wettbewerb, DIACT, Frankreich.....	16
Jacques Houbart , Generaldirektor der MOT.....	21
Stefaan de Clerck , Bürgermeister von Kortrijk.....	24
Alain Lamassoure , Europaabgeordneter, Vizepräsident der Baskischen Eurocité Bayonne-San Sebastián, Vizepräsident der Mission Opérationnelle Transfrontalière.....	25
Walter Schneider , Präsident, Landrat von Lörrach.....	26
Martin Patzelt , Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), Präsident der Euroregion Pro Europa Viadrina.....	27
Ryszard Bodziacki , Bürgermeister von Slubice.....	27
Charlie Casey , Stellvertretender Bürgermeister, Newry und Mourne District Council.....	29
Jim d'Arcy , Bürgermeister, Dundalk Town Council.....	29
Margarida Aritzeta-Abad , Generaldirektorin für departementale Angelegenheiten der Vizepräsidentschaft, Generalitat de Catalunya (Spanien).....	32
Christof Wolff , Präsident des Grenzüberschreitenden Örtlichen Zweckverbands Regio PAMINA (Deutschland/Frankreich).....	33
Andy Pollak , Direktor des Zentrums für grenzüberschreitende Studien (Republik Irland/Nordirland).....	33
Xoán Vázquez Mao , Generalsekretär von Eixo Atlántico do Noroeste Peninsular (Spanien/Portugal).....	33
Lambert Van Nistelrooij , Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG).....	35
Hans-Günther Clev , Geschäftsführer der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz, Deutschland... ..	157
Danuta Hübner , Europäische Kommissarin für Regionalpolitik.....	165
Rudolf Niessler , Direktor für Politikkoordination der GD REGIO, Europäische Kommission.....	168
Philippe Herzog , Präsident von Confrontations Europe.....	169
Jan Olbrycht , Mitglied des Europäischen Parlaments, Vizepräsident der Kommission für Regionalentwicklung.....	169
Michel Delebarre , Präsident des Ausschusses der Regionen.....	170
Rui Nuno Baleiras , Staatssekretär für Regionalentwicklung, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Regionalentwicklung (Portugal).....	171
Jean-Pierre Jouyet , Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten (Frankreich).....	172
Peter Wostner , Stellvertretender Direktor des Büros für Gebietskörperschaften und Regionalpolitik (Slowenien).....	172

Dieses Dokument ist eine Zusammenfassung der Vorträge und Diskussionsbeiträge. Die Beiträge werden nicht vollständig, sondern in gekürzter Form wiedergegeben; in voller Länge enthalten sind nur die Eröffnungsansprachen (Pierre Mauroy, Augustin de Romanet und Pierre Mirabaud), die Vorstellung der Zielsetzungen (Jacques Houbart), die Ansprache der Kommissarin Danuta Hübner sowie die Schlussrede (Jean-Pierre Jouyet).

Programm der zwei Tage

DONNERSTAG, 8. NOVEMBER

10.00 - ERÖFFNUNG

Pierre Mauroy, Präsident der Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT) und des Stadtverbands Lille Métropole

Augustin de Romanet, Generaldirektor der Caisse des dépôts et consignations

Pierre Mirabaud, Interministerieller Beauftragter für Raumordnung und territorialen Wettbewerb, DIACT, Frankreich

10.30 - ZIELE UND PROGRAMM

Jacques Houbart, Generaldirektor der MOT

10.40 - PODIUMSDISKUSSION

„Grenzüberschreitende Gebiete“: Die Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner, ein neuer Schub für das Zusammenwachsen Europas durch konkrete Projekte

Diese Podiumsdiskussion soll ein Ort des Austauschs über die europäische Integration und die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, sowohl aus politischer als auch aus Sicht des einzelnen Bürgers, sein. Ziel ist es aufzuzeigen, dass grenzüberschreitende Gebiete eine Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner in den Grenzräumen bieten und dass sie durch die Annäherung von nationalen und EU-Politiken eine große Chance darstellen, um den europäischen Einigungsprozesses durch konkrete Projekte wiederzubeleben.

Einleitung mit **Pierre Mirabaud**, Interministerieller Beauftragter für Raumordnung und territorialen Wettbewerb, DIACT, Frankreich

- Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai, Frankreich/Belgien: **Stefaan de Clerck**, Bürgermeister von Kortrijk
- Baskische Eurocité Bayonne San-Sebastián, Frankreich/Spanien: **Alain Lamassoure**, Vizepräsident, Europaabgeordneter
- City Twins Frankfurt (Oder)/Slubice, Deutschland/Polen: **Martin Patzelt**, Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), Präsident der Euroregion Pro Europa Viadrina, und **Ryszard Bodziacki**, Bürgermeister von Slubice
- Trinationaler Eurodistrict Basel, Frankreich/Deutschland/Schweiz: **Walter Schneider**, Präsident und Landrat von Lörrach
- Projekt der Zwillingstädte Newry-Dundalk, Nordirland/Republik Irland: **Jim d’Arcy**, Bürgermeister, Dundalk Town Council, und **Charlie Casey**, Stellvertretender Bürgermeister, Newry und Mourne District Council

Moderation: **Dominique Rousset**, Journalist

12.30 - MITTAGESSEN VOR ORT - FREIER BESUCH DES AUSSTELLUNGSBEREICHS

14.00 - WORKSHOPS

- **Grenzüberschreitende Gebiete:** „Verstehen, um handeln zu können“
- **Wirtschaftsentwicklung:** „Auf dem Weg zu einer Win-Win Situation“
- **Arbeit und Fortbildung:** „Kompetenzen mobilisieren“
- **Grenzüberschreitende Ballungsräume:** „Die Stadt gemeinsam bauen“
- **Zusammenarbeit an Seegrenzen:** „Lokale Bande schaffen“
- **Aus- und Fortbildung für grenzüberschreitende Berufe:** „Die Akteure professioneller werden lassen“

16.30 - PAUSE

17.00 - AUF DEM WEG ZUR EUROMOT

- **Präsentation der EUROMOT-Strategie**
Alain Lamassoure, Vizepräsident der MOT
- **Podiumsdiskussion - Standpunkte zur EUROMOT-Strategie**
Margarida Aritzeta-Abad, Generaldirektorin für departamentale Angelegenheiten der Vizepräsidentschaft, Generalitat de Catalunya, Spanien
Christof Wolff, Präsident des GÖZ Regio PAMINA, Deutschland/Frankreich
Andy Pollak, Direktor des Zentrums für grenzüberschreitende Studien, Nordirland/Republik Irland
- **Präsentation und Unterzeichnung des EUROMOT-Abkommens**
Pierre Mauroy, Präsident der MOT
Xoán Vázquez Mao, Generalsekretär von Eixo Atlántico do Noroeste Peninsular, Spanien/Portugal
Martin Patzelt, Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), Deutschland, Vertreter des Netzwerkes City Twins
- **Präsentation und Unterzeichnung der strategischen Allianz EUROMOT/AGEG**
Pierre Mauroy, Präsident der MOT
Lambert Van Nistelrooij, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)

Moderation: **Jacques Houbart**, Generaldirektor der MOT

18.30 - ENDE DES ERSTEN KONFERENZTAGES

19.00 - „10-JÄHRIGES BESTEHEN DER MOT“ IM PALAIS DES BEAUX-ARTS, LILLE

Eröffnungsansprache durch **Martine Aubry**, Oberbürgermeister von Lille

Ansprache von **Pierre Mauroy**, Präsident der MOT

Europäisches Cocktail-Bufferet. Freier Besuch des Museums

FREITAG, 9. NOVEMBER 2007

Registrierung der Teilnehmer ab 9.00 Uhr

9.30 - WORKSHOPS

- **Grenzüberschreitende ländliche Räume und Naturräume:** „Wertschöpfung aus lokalen Ressourcen“
- **Gesundheit:** „Sich in der Nähe behandeln lassen“
- **Öffentlicher Personennahverkehr:** „Mobilität im Alltag fördern“
- **Kultur und territoriale Integration:** „Bereicherung durch Vielfalt“
- **Umwelt:** „Auf den gemeinsamen Raum achten“
- **Rechtliche Instrumente der Zusammenarbeit:** „Strukturieren der Projekte“

12.00 - MITTAGESSEN - FREIER BESUCH DES AUSSTELLUNGSBEREICHS

14.00 - ZUSAMMENFASSUNG DER WORKSHOPS UND DER EMPFEHLUNGEN

Hans-Günther Clev, Geschäftsführer der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz, Deutschland

14.30 - PODIUMSDISKUSSION

„Ein Europa der Projekte im Dienste der europäischen Bürger: Welche zukünftige Unterstützung der öffentlichen Akteure auf nationaler und EU-Ebene für die grenzüberschreitenden Projekte und Gebiete?“

Ziel dieser Podiumsdiskussion ist es auf nationaler und EU-Ebene Impulse zu geben und Vorschläge für die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu unterbreiten. Sie will die Bereitschaft der europäischen Institutionen, der Verantwortlichen der Gemeinschaftsprogramme und der nationalen Akteure aufzeigen, die Projekte vor Ort zu unterstützen.

Einführung mit **Pierre Mauroy**, Präsident der MOT

- **Rudolf Niessler**, Direktor für Politikkoordination, GD REGIO, Europäische Kommission
- **Michel Delebarre**, Präsident des Ausschusses der Regionen
- **Jan Olbrycht**, Mitglied des Europäischen Parlaments, Stellvertreter Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung
- **Rui Nuno Baleiras**, Staatssekretär für Regionalentwicklung, Ministerium für Umwelt, Raumplanung und Regionalentwicklung, Portugal
- **Peter Wostner**, Stellvertretender Direktor des Büros für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik, Slowenien
- **Jean-Pierre Jouyet**, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Frankreich
- **Philippe Herzog**, Präsident, Confrontations Europe

Moderation: **Dominique Rousset**, Journalist

16.30 - SCHLUSSFOLGERUNGEN DER TAGUNG

durch **Jean-Pierre Jouyet**, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Frankreich, und Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (2. Semester 2008)

17.00 - ENDE DER VERANSTALTUNG

Eröffnung

Grenzüberschreitende Gebiete - bürgernahe Räume als Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner



Alle Rechte vorbehalten

PIERRE MAUROY

*Präsident der Mission
Opérationnelle Transfrontalière
(MOT) und des Stadtverbands Lille
Métropole, Frankreich*

Meine Damen und Herren, liebe Freunde aus Europa und den Grenzregionen. Ich muss gestehen, dass ich etwas gerührt bin, dieses Kolloquium zu eröffnen, weil es einzigartig ist. Ich bin es zwar gewohnt, vor großem Publikum zu sprechen, das Besondere hier hängt jedoch damit zusammen, dass Sie aus ganz Europa kommen, aus Grenzgebieten, die eine sehr große Vielfalt aufweisen, und dass wir einander noch nicht kennen. Erst zum zehnten Jahrestag der Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT) ist es gelungen, zusammen zu finden und dazu beizutragen, dass Europa, trotz der Schwierigkeiten, die immer noch bestehen, im Alltag gut funktioniert.

Anlässlich des zehnten Jahrestages der MOT habe ich als Präsident der MOT und des Stadtverbands Lille Métropole die Freude, dieses Europäische Kolloquium in Lille zu eröffnen. Ausgehend vom Thema: „Grenzüberschreitende Gebiete: Europa im Alltag“ soll es in diesem Rahmen möglich sein, die politischen und operationellen Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu diskutieren.

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich, die sie aus den verschiedenen Ländern Europas gekommen sind. Ihre Anwesenheit bewegt mich besonders, weil sie zeigt, welches Interesse Sie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entgegenbringen. Ganz besonders begrüßen möchte ich jene Persönlichkeiten, die uns mit ihrer Anwesenheit beehren: den Vertreter des Ministers für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumordnung, Pierre Mirabaud, interministerieller Beauftragter für Raumordnung und territorialen Wettbewerb, der selbst das Wort ergreifen wird. Ich begrüße auch den Präfekten der Region Nord-Pas de Calais, Daniel Canepa, der der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit großes Interesse entgegenbringt, Augustin de Romanet, Generaldirektor der Caisse des dépôts et consignations sowie Antoine Joly, Beauftragter für auswärtige Angelegenheiten der Gebietskörperschaften im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, der uns bei der MOT sehr unterstützt.

Schließlich möchte ich die Vertreter der Europäischen Kommission, insbesondere die Kommissarin Danuta Hübner grüßen, die sehr viel Einsatz für unser Projekt gezeigt hat und morgen in der

Einführung zur zweiten Podiumsdiskussion zu Wort kommen wird. Am zweiten Tag unseres Kolloquiums wird auch Jean-Pierre Jouyet, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten sprechen.

Ich möchte außerdem noch einige Personen begrüßen, die es möglich gemacht haben, die MOT voran zu bringen, und die hier an meiner Seite sind, um Sie willkommen zu heißen: Alain Lamassoure, Vize-Präsident der MOT, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Stefaan de Clerck, Bürgermeister von Kortrijk sowie die BürgermeisterInnen und VertreterInnen der belgischen Gemeindeverbände, die sowohl Wallonen als auch Flamen umfassen, und mit denen sich der Stadtverband Lille Métropole zusammenschließen wird, um gemeinsam den Eurodistrikt „Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai“ zu bilden.

Der Generaldirektor der MOT, Jacques Houbart, wird zu Wort kommen und die Ziele sowie das Programm unseres Kolloquiums erläutern.

Schließlich möchte ich alle Vortragenden begrüßen, die im Lauf dieser beiden Tage zu Wort kommen werden, und deren Namen in den Diskussionen immer wiederkehren werden.

Ich möchte auch allen Politikern und Mitarbeitern des Stadtverbands Lille Métropole danken. Der Stadtverband Lille Métropole besteht aus der Stadt Lille selbst, integriert in den Gemeindeverband, der aus fünfundachtzig Gemeinden besteht und insgesamt eine Million Einwohner umfasst.

Die Mission Opérationnelle Transfrontalière ist, obwohl sie auf Initiative der interministeriellen Delegation für Raumordnung und mit Unterstützung der Caisse des dépôts et consignations sowie mehrerer französischer Ministerien gegründet wurde, keine Pariser Institution, sondern sie ist im Herzen der Grenzgebiete verankert. Sie besteht aus Akteuren in den Grenzgebieten, die die nationalen Behörden davon überzeugt haben, ihre Tätigkeit zu unterstützen. Oft wurden diese, durch die Geschichte schwer in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete vergessen (Handelsgeschichte quer durch Europa, Geschichte aufeinanderfolgender Kriege). Die Anerkennung und Berücksichtigung, zu der wir diesen Gebieten und der besonderen Situation an der Grenze verhelfen wollen, erfolgte erst nach und nach auf Grundlage einer operationellen Unterstützung bei der Umsetzung grenzüberschreitender Projekte, einer Vernetzung der Projektträger sowie der Schaffung einer Schnittstelle zwischen den lokalen Akteuren und den nationalen bzw. europäischen Behörden.

Die Tatsache, dass an diesem Kolloquium Personen aus allen Grenzregionen Europas teilnehmen, beweist, dass das Netzwerk tatsächlich gewachsen ist.

Dieser grenzüberschreitende Ansatz ist komplex, da unterschiedliche Kulturen, Sprachen und Institutionen aufeinander treffen. Er stützt sich nicht nur auf die Institutionen, sondern ist das Werk entschlossener, freiwilliger, vom Ideal des Fortschritts getriebener Männer und Frauen. Im Lauf der Zeit entstanden Netzwerke und es ist der MOT gelungen, neue technische Kompetenzen einzubringen und eine besondere Vorstellung eines bürgernahen Europas voranzutreiben.

Anlässlich des zehnten Jahrestages des Bestehens der MOT liegt es mir am Herzen, allen früheren Mitgliedern unter uns, den Vorläufern, sowie den Vorstandsmitgliedern zu danken: Alain Lamassoure, Jean-Marc Garnier, Schatzmeister der MOT sowie der Sekretärin Christiane Eckert. Ich danke auch ganz herzlich den Mitgliedern aus der öffentlichen Verwaltung, die die MOT in

diesen zehn Jahren unterstützt haben, sowie dem operationellen Team der Mission, die alle an diesem wunderbaren Abenteuer mitgewirkt haben.

So hat die MOT die Gebietskörperschaften – ausgehend von fünf Pilotstandorten² als Testgebiete – bei der Umsetzung ihrer Projekte begleitet: punktuelle Projekte oder grenzüberschreitende gebietsbezogene Projekte, Metropolregionen, Ballungsräume, ländliche Räume, Naturräume; Projekte, die heute fast die gesamten Grenzen zwischen Frankreich und seinen Nachbarländern abdecken. Wenn man von Grenzgebieten spricht, so geht es nicht darum, Grenzen zu verschieben oder extraterritoriale Räume zu schaffen. Selbst wenn die Gebiete eine Rechtsgrundlage haben, ist das Ziel nicht die Verwaltung, sondern die politische Koordination der lokalen, nationalen und europäischen Behörden, um innerhalb eines Gebiets Aktionsprogramme zu entwickeln, die ganz konkret auf die Bedürfnisse der Bewohner der Grenzregionen eingehen. Gestärkt durch ihr aus sechshundvierzig Mitgliedern bestehendes Netzwerk, möchte die MOT ihr Wissen, ihre Best-Practice-Beispiele und ihr Know-how heute mit Anderen teilen und organisiert daher dieses Europäische Kolloquium zum Thema „Grenzüberschreitende Gebiete: Europa im Alltag“.

Der Aufbau Europas muss heute neu in Angriff genommen werden. Es muss alles unternommen werden, um Europa den Bürgern näher zu bringen. Durch dieses Europäische Kolloquium wollen wir beweisen, dass Europa, ein Europa konkreter Projekte, in den Grenzgebieten in Bewegung ist, und dass diese eine konkrete Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner der Grenzregionen darstellen, ebenso wie einen starken Integrationsfaktor an den Binnengrenzen und ein Element zur Friedenssicherung an den Außengrenzen Europas. Auf Grundlage der zwölf Workshops wollen wir auch den nationalen und EU-Behörden Vorschläge und Empfehlungen unterbreiten, um die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sicherzustellen. Dies ist eine der Aufgaben der MOT.

Um dieses Vorhaben zu begleiten, werden wir die EUROMOT gründen, ein europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden, indem wir zwischen der MOT, Eixo Atlántico und City Twins ein Abkommen unterzeichnen. Wir werden auch zwischen der EUROMOT und der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, der AGEG, eine strategische Allianz schließen und somit alle Kooperationsebenen abdecken, um auf europäischer Ebene gemeinsam mit einer Stimme zu sprechen. Ein anspruchsvolles Projekt, das sich in der Anzahl der im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Personen begründet.

Abschließend möchte ich die starke Mobilisierung unterstreichen, die im Rahmen der zwölf vorbereitenden Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung der einzelnen Workshops des Kolloquiums stattgefunden hat. Knapp einhundertsechzig Personen aus ganz Europa haben sich rund um das technische Team der MOT aktiv an unseren Überlegungen beteiligt. Ich möchte all jenen danken, die zur Organisation dieses Kolloquiums beigetragen haben, ganz besonders dem technischen Team der MOT, zusammen mit der Agentur „La 4^{ème} dimension“.

Ebenso danke ich allen unseren Partnern, Unternehmen, Gebietskörperschaften und Ministerien, die sich finanziell an der Durchführung dieses Kolloquiums beteiligt haben, insbesondere der Caisse des Dépôts, deren Generaldirektor ebenfalls zu Ihnen sprechen wird.

Sie haben Bedürfnisse und Erwartungen in Bezug auf grenzüberschreitende Thematiken. Die grenzüberschreitenden Gebiete haben ganz unterschiedliche geschichtliche Hintergründe, aber

² Lille Métropole, Straßburg - Kehl, Saint-Louis - Basel - Mulhouse, Menton - Ventimiglia, Konurbation Bayonne - San Sebastián.

ihnen allen ist die Tatsache gemein, dass sie Problemgebiete sind, die lange vergessen waren und gleichzeitig nach Anerkennung streben. Eines der Ziele der MOT und dieses Kolloquiums ist es, diese Regionen zu europaweit anerkannten Gebieten zu machen.

Die Region Nord-Pas de Calais ist aus zwei Gründen an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit interessiert. Einerseits aufgrund der Nähe zur Grenze, die seit knapp tausend Jahren von Menschen und Kriegen überschritten wurde ohne von einem Naturhindernis aufgehalten zu werden. Die Region war während der letzten tausend Jahre Schauplatz verschiedenster Invasionen, mit all ihren Folgen für die Bevölkerung. Aus der Mongolei, China, dem Kaukasus und dann aus ganz Europa kamen sie. Die Bevölkerungen und Kämpfe haben diese Grenzregion nachhaltig geschwächt.

Es war daher wichtig für die Region, diese Situation zu überwinden und eine Botschaft von mehr Sicherheit durch ihre Zugehörigkeit zu Europa zu vermitteln und ihren Beitrag zu dessen Aufbau zu bekräftigen. Die Region trägt zugleich eine ideale Botschaft für den Frieden, die gemeinsam vorangebracht werden kann, um ein friedliches Miteinander der Bevölkerung zu ermöglichen.

Die zweite Motivation der Region Nord-Pas de Calais hängt mit der Wirtschaftsentwicklung zusammen. Die Grenzregionen waren von diesem Wachstum ausgeschlossen. Der Boden der Region im Norden ist reich an Rohstoffen, beispielsweise Steinkohle. Die eher mit dem Osten Frankreichs assoziierte Metallindustrie hatte ihr wirtschaftliches Zentrum im Norden. Der ebenfalls sehr florierende Textilsektor ging gegen Ende des 20. Jahrhunderts parallel zur Metallindustrie zu Grunde. Die Region wurde wahrhaft erschüttert, als zuerst die Minenschächte und anschließend die Hochöfen geschlossen wurden, weil der Stahl nicht mehr verkauft werden konnte. Durch neue Technologien sind die Stahlpreise gesunken, die Arbeitslosigkeit hingegen und die dadurch bedingten sozialen Probleme gestiegen.

Der bereits 1970 in der Krise befindliche Textilsektor konnte dank der Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft noch einige Zeit vor Ort gehalten werden, heute aber muss die Textilindustrie abwandern. Ohne ihren eigenen, spezifischen Wirtschaftssektor war die Region Nord-Pas de Calais dazu verurteilt, abzubauen. Außerdem hätte die direkte Nachbarschaft dreier sehr attraktiver Hauptstädte, London, Brüssel und Paris für die Region Nord-Pas de Calais einen Niedergang bedeuten können. Die Grenzregion, die von einem starken Willen, ihre Identität und Besonderheit zu wahren, gekennzeichnet ist und bereit war, mit den Hauptstädten und Staaten zu kooperieren, hat sich standhaft geweigert aufzugeben.

Die Mentalität der Grenzregionen, sowohl in der Region Nord-Pas de Calais als auch in anderen Regionen Europas, ist eine Einstellung, die vor allem für Europa von Vorteil ist. Schon in naher Zukunft wird Lille Métropole im Rahmen des Eurodistricts zwei Millionen Bewohner umfassen.

Der Wille der durch die Geschichte aufgerüttelten Regionen, einen Ausweg zu finden, trägt zum Aufblühen von Lille, der Metropolregion, der Region sowie der gesamten Grenzregion unter dem Schutz Europas, sowie zum Frieden, zur Entwicklung und zum Wohlstand bei.

Für ein bürgernahes Europa, das eine bessere territoriale Wirtschaftsentwicklung ermöglicht



AUGUSTIN DE ROMANET

Generaldirektor der Caisse des dépôts et consignations, Frankreich

Sehr geehrter Herr Premierminister, sehr geehrte Frau Kommissarin, sehr geehrter Herr Beauftragter für Raumordnung, sehr geehrter Herr Präfekt der Region, liebe Freunde aus ganz Europa.

Fünzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat die Vision der Gründungsväter nichts an Aktualität verloren: Europa ist heute ein Projekt des Friedens und des Fortschritts.

Die jungen Generationen vergessen oft, dass Europa rund um dieses Friedensprojekt errichtet wurde. Man muss nur daran erinnern, dass Frankreich seit Ludwig XV noch keine so lange Friedensperiode erlebt hat wie diese, in der wir leben. Unter Friedenszeit ist jeder Zeitraum zu verstehen, während der die Stadt Paris nicht unter feindlichem Beschuss lag und sich die Franzosen sicher fühlten. Im 18. Jahrhundert, zwischen den Schlachten von Denain (1712) und Valmy erlebte Frankreich tatsächlich einen Frieden, der achtzig Jahre dauerte. Abgesehen von diesen achtzig Jahren herrschten in Europa und somit auch in Frankreich immer Zeiten von Unruhen. Heute, nach zweiundsechzig Jahren Frieden, leben wir in einem außergewöhnlichen Zeitalter, dessen Wert wir niemals genug schätzen können.

Die Entwicklung, an der wir derzeit mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der grenzüberschreitenden Strukturen teilhaben, ist wahrscheinlich ebenso wichtig wie jene der Partnerstädte, ein Phänomen, das in den 60er- und 70er-Jahren aufblühte.

Dadurch, dass in Lissabon zwei Jahre eines institutionellen Stillstands überwunden werden konnten, haben uns die siebenundzwanzig Staats- und Regierungschefs das Entscheidende an Europa wieder bewusst gemacht: ein Europa aufzubauen, das näher an den Anliegen der Bürger liegt und den Gebieten eine bessere Wirtschaftsentwicklung ermöglicht.

Dieser Forderung nach einem dem Bürger nahen Europa kommt mit besonderer Deutlichkeit in den Grenzregionen zum Ausdruck, welche früher eher am Rande gelegen Schauplätze unsühnbare Auseinandersetzungen waren. Diese Grenzregionen haben jedoch mit dem Aufbau Europas eine neue Zukunft der Kooperation und des gegenseitigen Austauschs gefunden.

Die Caisse des Dépôts, Partner der Gebietskörperschaften, ist stolz, der MOT von Anbeginn an zur Seite zu stehen, und deshalb lag mir auch viel daran, neben dem Premierminister Pierre Mauroy

und Alain Lamassoure, als dessen Kabinettsmitarbeiter ich zwischen 1995 und 1997 gemeinsam am Aufbau des Euro mitgearbeitet habe, heute anwesend zu sein. Ich freue mich, anlässlich des zehnten Jahrestages des Bestehens der MOT hier zu sein und begrüße die Aktivitäten ihres Präsidenten seit 2001.

Für die Caisse des Dépôts ist dies ein wichtiges Engagement, denn geschichtlich gesehen waren wir immer schon Vermittler. Die Caisse des Dépôts, 1816 als Vermittler zwischen einem Staat, der nicht mehr als kreditwürdig galt, und den Bürgern, die kein Vertrauen mehr hatten (1816 waren die Bürger beinahe dazu gezwungen, Finanzinstitutionen zu bezahlen, damit sie ihr Geld hüteten), gegründet, stellte neue Beziehungen her. Sie zahlte den französischen Bürgern Geld, damit diese ihrerseits dem Staat Geld liehen. Der Gesetzgeber definierte die Caisse des Dépôts, die an der Schnittstelle zwischen Öffentlichkeit und Privatwirtschaft vermittelnd agiert, als staatlichen Konzern, der Aufgaben im allgemeinen Interesse ausübt und zur Wirtschaftsentwicklung beiträgt. Dank der Ressourcen, die seit 1816 durch die erwirtschafteten Gewinne sowie durch die Wirtschaftstätigkeit entstanden sind, immer unter Beachtung des Gesetzes „loi de l'intérêt général“, ist unsere Institution, eine Stiftung im allgemeinen Interesse, eine natürliche Stütze der Gebietskörperschaften und der öffentlichen Hand im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung. Aus diesem Grund sehen wir auch unser Engagement innerhalb der MOT als Selbstverständlichkeit.

Die Aktionen, die an fünf Pilot-Standorten durchgeführt wurden, bewiesen das wachsende Interesse der lokalen Akteure für die Entwicklung einer solchen neuen Art von grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Sie zeigten auch die Erwartungen der Bevölkerungen, beispielsweise in Bezug auf den Personennahverkehr. Unabhängig davon, ob es sich um Fragen des Verkehrs, von Abwasseranlagen, Zugang zu Sporteinrichtung oder Infrastrukturen jeglicher Art handelte, ist es der Caisse des Dépôts gelungen, unterstützend präsent zu sein. Sie ist insbesondere ein wichtiger Akteur im Bereich des innerstädtischen und städteverbindenden Verkehrs, da uns mit Transdev³, dem viertgrößten europäischen Personentransportunternehmen, einem Partner der MOT, vierzigtausend Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig unterstrichen diese konkreten Umsetzungen auch die praktischen und rechtlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der beschränkten Nutzung öffentlicher Gelder gemäß der nationalen Gesetzgebung. Somit wurde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der MOT zum Experimentier- und Innovationsfeld. Wir konnten beispielsweise Entwicklungsräume für öffentlich-private Partnerschaften (PPP) schaffen und ich begrüße die Umsetzung eines neuen Rechtsinstruments, des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), das voraussichtlich in Kürze im Eurodistrict Lille erstmals umgesetzt werden wird.

Als Partner für europäische Strukturfonds ist die Caisse des Dépôts seitens der Europäischen Kommission als Vergabebehörde für europäische Strukturfonds anerkannt; wir sind bereit, diese Entwicklungen zu begleiten. Zwei konkrete Beispiele zeugen von diesem Engagement: das Schwimmbad-Projekt in der Region Lille, in Comines (Projekt für die Kinder des Eurodistricts Lille-Kortrijk-Tournai) sowie das Projekt zur Schaffung eines zweiten EVTZ, der an der luxemburgischen Grenze in der neuen Stadt Esch-Belval entstehen soll. Wir führen sogar dahingehend Überlegungen durch, dieses letztgenannte Projekt in die Liste der zehn neuen Öko-Städte, die so

³ Transdev vertritt die Interessen der Personenverkehrsindustrie der Caisse des dépôts et consignations.

genannten Ecopolis, aufzunehmen, wie dies derzeit vom Leiter der Kommission Jacques Attali vorgeschlagen wird.

All diese Projekte tragen zum Aufbau eines Europas im Alltag sowie des großen Europas bei. In diesem Europa, in dem zahlreiche Grenzen zugleich Narben der Geschichte sind, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein Weg der Versöhnung. In dieser Hinsicht freue ich mich ganz besonders über die Gründung der EUROMOT, die sicherlich im Rahmen der aktuellen Überlegungen zu den Gemeinschaftspolitiken im Jahr 2008 eine wichtige Rolle spielen wird.

Die Caisse des Dépôts freut sich nicht nur darüber, an den Aktivitäten der MOT beteiligt zu sein, sondern ist auch besonders stolz darauf, denn dies ist für sie die Möglichkeit, europaweit aufzutreten und auf dieser Ebene in Zukunft häufiger tätig zu werden. Ich bin seit einigen Monaten Direktor der Caisse des Dépôts und war wirklich überrascht darüber, wie sehr diese Einrichtung zögerte, über die Grenzen Frankreichs hinauszugehen. Meine Mitarbeiter waren lange der Ansicht gewesen, dass Europa für dieses ursprüngliche, wie oben beschriebene Modell der Caisse des Dépôts eine Gefahr darstellen könnte. Da jedoch unsere Institution die Marktregeln einhält, die Wettbewerbsregeln nicht stört, sondern dafür eintritt, dass Institutionen im allgemeinen Interesse ein besonderes Handeln rechtfertigen können, hat dieses Modell, sofern es erst einmal klar dargestellt ist, innerhalb unserer Grenzen, aber auch in ganz Europa durchaus seinen Platz. Wir wollen sowohl unsere Human- als auch unsere Finanzressourcen für den Erfolg grenzüberschreitender Projekte exportieren.

„Global denken, lokal handeln“



PIERRE MIRABAUD

Interministerieller Beauftragter für Raumordnung und territorialen Wettbewerb, DIACT, Frankreich

Sehr geehrter Herr Premierminister, sehr geehrter Herr Generaldirektor, sehr geehrte Damen und Herren Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und der Mitgliedsstaaten, sehr geehrte Damen und Herren.

Vor etwas mehr als zehn Jahren hat die französische Regierung und insbesondere die DATAR sowie das Infrastrukturministerium mit bedeutender Unterstützung durch die Caisse des Dépôts das Projekt zur Einrichtung eines Instruments, das Ansätze und Projekte im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit begleiten sollte, mit getragen. Die Fakten waren einfach: durch den Aufbau Europas bekamen die Grenzgebiete mehr Bedeutung; so sprach man beispielsweise von Nahtstellen. Um diesen föderativen Charakter noch zu stärken, hatte die Europäische Kommission ab Ende der 80er-Jahre ihr Interesse durch die Schaffung von INTERREG 1 zum Ausdruck gebracht.

Wie bei allen innovativen Ansätzen dieser Art, musste man vorerst die Gebiete besser kennen lernen, Diagnosen durchführen, wenig oder unzureichend behandelte Fragen klären, insbesondere im juristischen Bereich, da Rechtsfragen besonders kompliziert sind, und schließlich die Umsetzung bedeutender Projekte begleiten, die auf diese Situation reagieren und den Weg vorwärts weisen konnten.

Die MOT war geboren, und ich freue mich, als interministerieller Beauftragter für Raumordnung und territorialen Wettbewerb und als Nachfolger derjenigen, die 1997 und 1999 dieses Projekt begonnen haben, bei diesem zehnten Jahrestag dabei zu sein. Ich erinnere mich an die Unterstützung, die wir der MOT seit ihrer Gründung zukommen lassen konnten, eine ganz konkrete Unterstützung, die wir während dieser zehn Jahre immer aufrecht erhalten haben, und die wir, und das möchte ich betonen, auch für künftige Projekte beibehalten werden.

Wir wurden auch von anderen Ministerien unterstützt, aber damit dieses System funktionieren kann, mussten auch die Gebietskörperschaften und die verschiedenen, in den Gebieten tätigen Akteure mit einbezogen werden. Dies war anlässlich der offiziellen Gründung des Verbandes der

Fall sowie durch den fortschreitende Beitritt einer Reihe von Grenzgebieten, wodurch heute ein Großteil der französischen Grenzen abgedeckt ist.

Die Bilanz dieser zehn Jahre ist sehr zufriedenstellend, und ich möchte all jenen danken, die zu dieser Bilanz beigetragen haben. Insbesondere Jacques Houbart, der die MOT seit ihren ersten Tagen unterstützt hat, sowie sein gesamtes Team haben es möglich gemacht eine Idee zu verwirklichen, die anfangs vielleicht utopisch erscheinen mochte. Die Anzahl der Teilnehmer an diesem Kolloquium zeigt ganz deutlich das Interesse, auf das dieses Projekt stößt.

Die Qualität der juristischen Fachkenntnisse der MOT, ein undankbares aber wichtiges Thema, wenn es darum geht grenzüberschreitende Projekte voranzutreiben, die Fähigkeit der MOT im Bereich der Datenerhebung und -erfassung in Grenzgebieten zusammenzuarbeiten, insbesondere mit dem Observatoire des territoires (Beobachtungsstelle der Raumplanung) der DIACT, sowie der Beitrag der MOT zu Projekten in grenzüberschreitenden Ballungsräumen, von denen wir in der Podiumsdiskussion noch im Detail sprechen werden, sind einige Eckdaten, die die Entwicklung der MOT in der Form, in der sie stattgefunden hat, möglich gemacht haben.

Wir beglückwünschen Herrn Premierminister und Präsidenten der MOT zur Dynamik der Struktur, die er leitet, sowie zu der geleisteten Unterstützung für Grenzgebiete, die ihre Projekte vorantreiben wollen und dafür die Fachkenntnisse der MOT benötigen.

Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie uns hier in Lille willkommen heißen, in einem Grenzgebiet, in der die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von ganz besonders großer Bedeutung ist. Die französisch-belgische Eurometropole wurde bereits vorhin angesprochen. Man kann auch an die französisch-belgische Parlamentariergruppe erinnern, in der die Herren Lamassoure und de Clerck tätig waren, und die die Bedingungen für die Entwicklung dieser grenzüberschreitenden Metropole geschaffen hat. Sie haben dazu beigetragen, eine Herangehensweise zu entwickeln, die anderen grenzüberschreitenden Regionen dienen und ähnliche Projekte anregen kann.

Wir befinden uns in einer Region, die die Zusammenarbeit ganz besonders praktiziert, weil sie auf allen Ebenen der europäischen Zusammenarbeit als starker Akteur beteiligt ist: durch die Verwaltung eines grenzüberschreitenden Kooperationsprogramms (Ärmelkanal-Nordsee), eines transnationalen Kooperationsprogramms (Nord-West-Europa) und des einzigen Programms europäischer Zusammenarbeit, das die siebenundzwanzig Mitgliedsstaaten der Union umfasst und für das der Regionalrat sich bereit erklärt hat die Verantwortung zu übernehmen.

Neben der Region Nord-Pas de Calais ist fast ganz Frankreich von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betroffen. Neunzehn Regionen, davon vier Regionen in äußerster Randlage, sind an diesen Programmen beteiligt. Es ist kein Zufall, wenn das Interesse, das sich in unserem Land und in anderen europäischen Ländern für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zeigt, ein vollwertiges Ziel der Europäischen Union geworden ist, ein Ziel, das es ermöglichte, für den Zeitraum 2007-2013 die Mittel hierfür zu erhöhen. Das Ziel, das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa zu stärken, zeigt den Sinn der Politik für territoriale Kohäsion.

Die Lissabon-Strategie zugunsten von Innovation, Wissensgesellschaft und Beschäftigung, zu der wir uns verpflichtet haben, sie auch innerhalb der Union durch Regionalentwicklungsprogramme umzusetzen, wurde in den zwölf Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die unser Land betrifft, weitgehend aufgegriffen.

Diese Bewegung, die wir unterstützen, hat also eingesetzt und soll einen Beitrag zur eigentlichen Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung darstellen. Sie soll es ermöglichen, die Anstrengungen zu bestimmen, die wir unternehmen müssen, um auf die Herausforderung des Klimawandels zu reagieren und dessen Auswirkungen auf unseren Leben zu regulieren.

Erst vor kurzer Zeit hat Präsident Barroso, eingeladen von Präsident Sarkozy, im Anschluss an den Umweltgipfel „Grenelle de l'environnement“⁴ festgestellt, dass „Europa angesichts einer außerordentlichen Herausforderung und einer außerordentlichen Mobilisierung an der Spitze einer neuen Revolution steht“. Wir stehen im Zentrum gemeinsamer Herausforderungen der Mitgliedsstaaten und der Union und haben ihre Unterstützung. Die grenzüberschreitenden Gebiete müssen in ihrem Bereich hierzu beitragen, da alle Bereiche der territorialen Entwicklung und der Organisation öffentlicher Dienstleistungen (Verkehr, Bauwirtschaft, Energie, Abfallwirtschaft, Gesundheit, Landwirtschaft, Tourismus, etc.) betroffen sind. Es sind daher alle Netzwerke von Forschern, Universitäten, Unternehmen und Entscheidungsträgern, die an der territorialen Politik mitwirken, aufgerufen sich hieran zu beteiligen.

Der in diesem Zusammenhang erst noch zu entwickelnde pädagogische Ansatz wird bei der Bevölkerung umso wirksamer sein je mehr die in den Grenzgebieten formulierten Botschaften Ergebnis eines politischen Konsenses zur Vorbereitung konkreter Aktionen sind. Diese sollten wiederum auf einer gemeinsamen Vision und auf Grundsätzen des territorialen Zusammenhalts basieren. Die Grenzgebiete können als operationelles Labor dienen mit dem Ziel einer Annäherung von Praxis und Know-how, durch eine gegenseitige Bereicherung auf beiden Seiten der Grenzen, Grenzen die dadurch beseitigt werden. Man wird damit beweisen können, dass wir in der Lage sind, einige dieser Herausforderungen anzunehmen und anderen Gebieten als Beispiel zu dienen.

In zahlreichen Punkten müssen diese grenzüberschreitenden, operationellen Politiken und Projekte auch unterschiedliche Handlungsebenen (nationale, regionale, lokale, kommunale, transnationale, grenzüberschreitende) umfassen. Wirtschaftliche, ökologische oder andere Fragestellungen müssen über die oft zu engen Grenzen hinausgehen. Dabei geht es nicht darum, transnational als Gegensatz zu grenzüberschreitend zu betrachten, sondern vielmehr darum, Komplementaritäten der jeweiligen Handlungsebene aufzuzeigen, um möglichst effizient zu sein: „Global denken, lokal handeln“.

Diese Veranstaltung und die beiden gemeinsamen Tage eines Gedankenaustauschs, die hier stattfinden werden, fallen im Übrigen, was die Unionspolitik betrifft, in einen interessanten Moment: der Diskussion über die Zukunft der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsionspolitik (da dieser Begriff im Vertragsentwurf, der demnächst angenommen werden sollte, zu finden ist). Die Diskussion ist angestoßen und wir müssen darauf reagieren bzw. Antworten liefern. Ich bin überzeugt davon, dass die Verantwortlichen, die Akteure dieser Grenzgebiete spezifische Antworten haben, und aus diesem Grund müssen sie dazu beitragen, dass die Union am Ende die bestmöglichen Entscheidungen treffen kann.

Frankreich steht vor seiner Präsidentschaft der Europäischen Union und Jean-Pierre Jouyet wird dieses Thema in seinem morgigen Vortrag zweifellos ansprechen. Es ist auch ein geeigneter

⁴ Der Umweltgipfel „Grenelle de l'environnement“ ist ein Konsultationsprojekt aller aktiven Kräfte in Frankreich (Politiker, Unternehmen, Verbände, etc.), der 2007 stattgefunden hat, um die Entscheidungen vorzubereiten, die die französische Regierung im Umweltbereich beschließen sollte.

Zeitpunkt, eine Reihe von Anliegen vorzubringen, damit sich die Grenzgebiete ausdrücken und ein Gehör verschaffen können.

Die Zukunft dieser Kohäsionspolitik werden wir, jenseits großer Prinzipien, umso besser aufbauen können, je mehr wir sie auf greifbare, anerkannte und zum Nutzen aller verwertete Ergebnisse stützen, eng verknüpft mit den uns bekannten ökologischen, technologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

Das Ziel der Programme, die wir umsetzen, und die Überlegungen, die wir für die Zukunft anstellen, müssen den Mehrwert für die Gemeinschaft klar aufzeigen. Wir müssen darauf achten, diesen Mehrwert für jedes einzelne Programm und jeden Ansatz darzulegen.

Ich weiß, dass wir auf die MOT zählen können, wenn es um die Beteiligung an Diskussionen, an diesen Projekten, am Aufbau dieser grenzüberschreitenden Welt geht, welche die MOT dank ihrer Begeisterung, ihres Teams und ihrer Methoden weiterentwickeln konnte. Der französische Staat wird die Ergebnisse der Arbeiten aufmerksam beobachten und bereit sein, die Vorschläge und Empfehlungen, die eine Antwort auf diese Anliegen darstellen, zu prüfen. Das Ministerium für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumordnung, und ganz besonders die DIACT, werden in diesem Prozess weiterhin aktive und anspruchsvolle Partner sein.

Ziele des Europäischen Kolloquiums

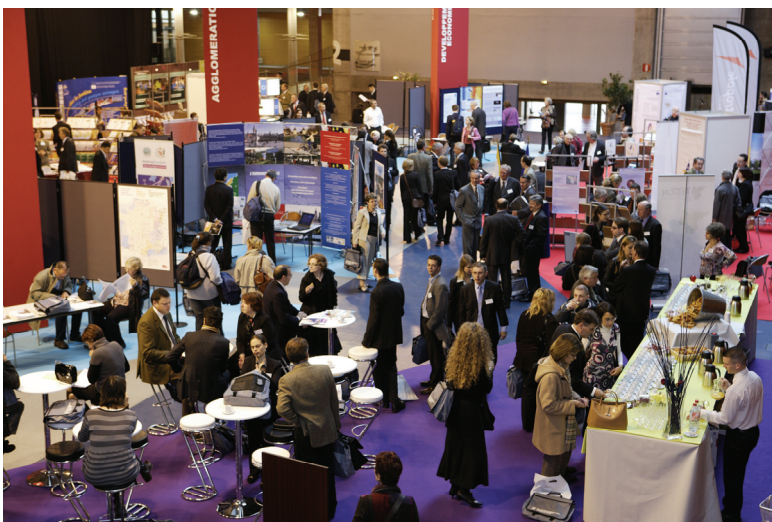


Alle Rechte vorbehalten

JACQUES HOUBART
Generaldirektor der MOT

Das eigentliche Ziel unseres Kolloquiums ist es, ein Europa der Projekte zu beleuchten, wie es in den Grenzgebieten wirkt:

- dies wird das Thema unserer ersten Podiumsdiskussion sein, moderiert von Dominique Rousset, Journalistin bei Radio France,
- in jedem Workshop werden konkrete Projekte präsentiert, um die Herausforderungen aufzuzeigen, die in dem jeweiligen Themengebiet entstanden sind bzw. um die Diskussionen einzuleiten,
- ein „Projektraum“ wurde im Ausstellungsbereich in der Nähe des Konferenzsaals eingerichtet, um den Erfahrungsaustausch weiter zu voranzutreiben und zu bereichern.



Alle Rechte vorbehalten

Der Ausstellungsbereich „Projekte“ war zugleich Treffpunkt und bot Gelegenheit sich über grenzüberschreitende Projekte auszutauschen.

Die MOT wurde vor zehn Jahren gegründet, um die grenzüberschreitenden Gebietskörperschaften dabei zu unterstützen, ihre grenzüberschreitenden Projekte umzusetzen (punktuelle Projekte und gebietsbezogene Projekte). Dieses Ziel ist aktueller denn je: wir wollen es nunmehr auf europäischer Ebene fördern durch einen Austausch unserer Erfahrungen und Praktiken mit

anderen Netzwerken sowie durch Verbreitung unseres Know-hows, insbesondere in Bezug auf operationelle Hilfestellung beim Projektmanagement.

Um grenzüberschreitende Projekte hervorzubringen benötigt man:

- einen starken, politischen Willen,
- Experten vor Ort und in den Netzwerken, um die grenzüberschreitenden Gebiete zu beleben,
- eine gute Kenntnis der Sprache, der Kultur bzw. der Funktionsweisen beiderseits der Grenzen,
- ein gutes Zusammenspiel zwischen Programmen und Projekten für einen Zugang zu Finanzmitteln,
- ein gutes Zusammenspiel zwischen institutionellen Kräften und den einzelnen Kompetenzebenen, und dies je nach Grenze bzw. Projekt gegliedert,
- eine Multi-Level-Governance, um eine Kohärenz von Strategien und Projekten innerhalb eines Gebiets sicherzustellen.

Im Lauf unseres zweitägigen Kolloquiums und ganz besonders der Workshops, möchten wir uns mit Ihnen zu all diesen Fragen austauschen.

Was den Arbeitsproduktionsprozess betrifft, so wurden von einzelnen Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Workshops jeweils Basisdokumente erarbeitet. Jedes Basisdokument stellt an sich eine umfangreiche Materie dar, vom Status quo der behandelten Frage, einer Darstellung der Schwierigkeiten, der Entwicklungsmöglichkeiten bis hin zu Empfehlungsvorschlägen, die sich an die nationalen und gemeinschaftlichen Institutionen richten.

Die Empfehlungsvorschläge der Arbeitsgruppen werden im Rahmen der Workshops diskutiert und ergänzt werden. Sie werden anschließend in einem Manifest, das den nationalen und europäischen Institutionen übermittelt werden soll und dessen Inhalt allen Teilnehmern unseres Kolloquiums offen sein wird, vollständig wiedergegeben werden.

Als Einleitung zur zweiten Podiumsdiskussion wird Hans-Günther Clev, Geschäftsleiter der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz, diese Zusammenfassung vorstellen und sich hierbei an die Minister der sukzessiven Präsidentschaften der Europäischen Union in den Jahren 2007 und 2008 sowie an die Vertreter der Gemeinschaftsinstitutionen wenden.

Jean-Pierre Jouyet, französischer Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, wird die Veranstaltung schließen, und die Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union für das zweite Halbjahr 2008 präsentieren.

Podiumsdiskussion:

„Eine Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner, ein neuer Schub für das Zusammenwachsen Europas durch konkrete Projekte“



Moderation: Dominique Rousset, Journalistin

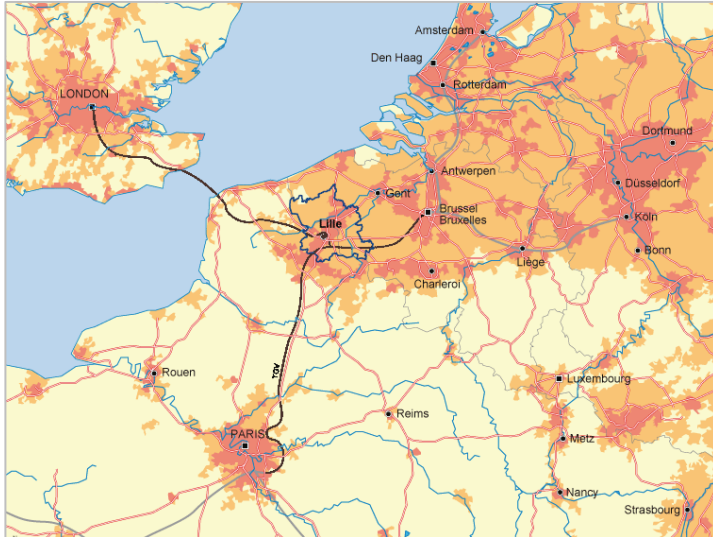
Pierre Mirabaud

Die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit übersteigen heute die Umsetzung gemeinsamer Infrastruktureinrichtungen. Der Alltag der Grenzregionen darf nicht durch die „grenzüberschreitenden“ Eigenheiten gekennzeichnet sein. Sich an die Vielfalt der Situationen anzupassen, erfordert eine gewisse institutionelle Flexibilität: die Governance muss auf den richtigen Ebenen ansetzen, um die Zustimmung der Bürger zu den Kooperationsprojekten zu erhalten. Diese Projekte stellen ein hervorragendes Instrument für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt dar und tragen zur Entwicklung der Gebiete bei.

Die Eurometropole „Lille-Kortrijk-Tournai“ (Frankreich/Belgien)

STEFAN DE CLERCK
Bürgermeister von Kortrijk

Seit fünfzehn Jahren haben wir konkrete, interkommunale Kooperationspraktiken entwickelt. Wir haben eine französisch-belgische, parlamentarische Arbeitsgruppe eingerichtet, die zwei Aufgaben hat: eine Rechtsform für die Arbeit zu finden und die Probleme der grenzüberschreitenden



Zusammenarbeit zu erfassen. Diese Arbeit hat zur Schaffung einer Eurometropole⁵ zwischen Wallonien, Flandern und Frankreich geführt.

Die Metropolisierung ist eine neue Gegebenheit in Europa, eine Inspirationsquelle, um große Zukunftsträume zu formulieren: die Eurometropole ist ein Raum der Freiheit und multikulturellen Präsenz.

Politisch und wirtschaftlich wird Europa immer bedeutender, aber nur die Gebietskörperschaften können Antworten liefern, die tatsächlich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen. Europa und die Gebietskörperschaften sind zwei Pole einer Entwicklung: der Nationalstaat verschwindet.



© Vincent Lecigne, LMCU

Der Platz von Kortrijk in Belgien.

⁵ Die Unterzeichnung der Statuten erfolgt 2008, dieses Gebiet umfasst zwei Millionen Einwohner.

Die baskische Eurocité Bayonne-San Sebastián (Frankreich/Spanien)

ALAIN LAMASSOURE

Europaabgeordneter, Vizepräsident der Baskischen Eurocité Bayonne-San Sebastián, Vizepräsident der Mission Opérationnelle Transfrontalière

Europa hat den Aufbau eines Lebensraums im Baskenland möglich gemacht. Durch die Öffnung der Grenzen haben sich die grenzüberschreitenden Beziehungen exponentiell vervielfacht.



Die spanischen und französischen Politiker, die im Bereich der Zusammenarbeit tätig sind, haben bewiesen, dass sie in der Lage sind, die Probleme aufzuzeigen und gemeinsame Projekte zu erarbeiten. Die aufgetretenen Schwierigkeiten lagen nicht auf politischer Ebene, sondern vielmehr im administrativen und bürokratischen Bereich: selbst wenn die INTERREG-Programme unsere Projekte finanzieren, so trägt die Anwendung des europäischen Rechts wenig zu ihrer Konkretisierung bei. Es ist vielmehr so, dass Europa aufgrund des Subsidiaritätsprinzips große Themen behandelt, nicht aber jene, die den Alltag kennzeichnen.



Die Bucht von San Sebastián, Baskenland, Spanien.

Stefaan de Clerck

Die Kooperationsvereinbarungen sind weiterhin bilaterale Angelegenheiten: sie müssen zwingend durch zwei Parlamente ratifiziert werden, was die Projektumsetzung verzögert. Europa stellt uns keine Instrumente bereit, um diesen Rahmen zu überwinden, und die administrativen Strukturen,

die sich auf das nationale Schema beschränken, berücksichtigen die grenzüberschreitenden realen Gegebenheiten nicht.

Der Trinationale Eurodistrict Basel (Frankreich/Deutschland/Schweiz)

WALTER SCHNEIDER
Präsident, Landrat von Lörrach

Der politische Wille der Regionen muss stark sein, um Lösungen seitens des nationalen Gesetzgebers durchzusetzen.

Die trinationale Zusammenarbeit, ausgehend von einer Initiative seitens der Bürgern, ist bereits mehrere Jahrzehnte alt: die Bürger waren der Ansicht, dass dieser Wirtschaftsraum grenzüberschreitende Arbeitsmöglichkeiten bietet, ohne dabei politische Belange zu beachten.



© Trinationaler Eurodistrict Basel

Luftaufnahme des
Trinationalen
Eurodistricts Basel.

Der Eurodistrict, der das Ziel verfolgt, die Beziehungen zwischen den drei Ländern zu intensivieren, ist durch seine operationelle Effizienz und eine demokratische Verankerung (im Rahmen eines Distriktrats) gekennzeichnet.

Die City Twins Frankfurt (Oder)/Slubice (Deutschland/Polen)

MARTIN PATZELT

Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), Präsident der Euroregion Pro Europa Viadrina

Wir brauchen auch einen starken politischen Willen, aber in erster Linie Menschen vor Ort, die über die Grenzen hinweg zusammenarbeiten wollen.

Wie können wir unsere Erfahrungen über nationale Grenzen hinweg annähern? Wie können wir dazu beitragen, dass unsere Bevölkerungen sich mit der Europäischen Gemeinschaft identifizieren?

Europa gehört nicht nur den Politikern: zeigen wir den Bewohnern doch, dass Europa ihren Alltag ändern kann!



Trotz ihres Städtepartnerschaftsvertrags, der Frankfurt/Oder und Slubice seit der kommunistischen Ära verband, waren die beiden Städte lange Zeit Gegenpole. Das Vertrauen konnte erst durch die gemeinsame Arbeit an konkreten Entwicklungsprojekten wiederhergestellt werden.

RYSZARD BODZIACKI

Bürgermeister von Slubice

Zum Vorantreiben einer Zusammenarbeit mit Deutschland muss Polen ein gutes Wirtschaftsentwicklungsniveau erreichen. Unsere Mentalitäten sind aber unterschiedlich und wir unterstreichen in unseren Projekten immer, dass diese Unterschiede bestehen. Die Jugend ist sehr wichtig: Wir sind heute stolz darauf zu sehen, dass deutsch-polnische Schul- und Universitätseinrichtungen entstehen.



Grenzüberschreitender Ballungsraum
Frankfurt (Oder)/Slubice,
deutsch-polnische Grenze.

Stefaan de Clerck

Die Jugend ist ein Schlüsselement. Die Zusammenarbeit muss uns zu gemeinsamen politischen Instrumenten und zu grenzüberschreitenden, internationalen, mehrsprachigen Schulen führen.

Pierre Mirabaud

Es ist eine Lockerung der administrativen Prozesse notwendig: Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, den Alltag der Bürger zu verbessern. Die Akteure in den Grenzgebieten müssen die Verwaltungsstellen aufrütteln!

Alain Lamassoure

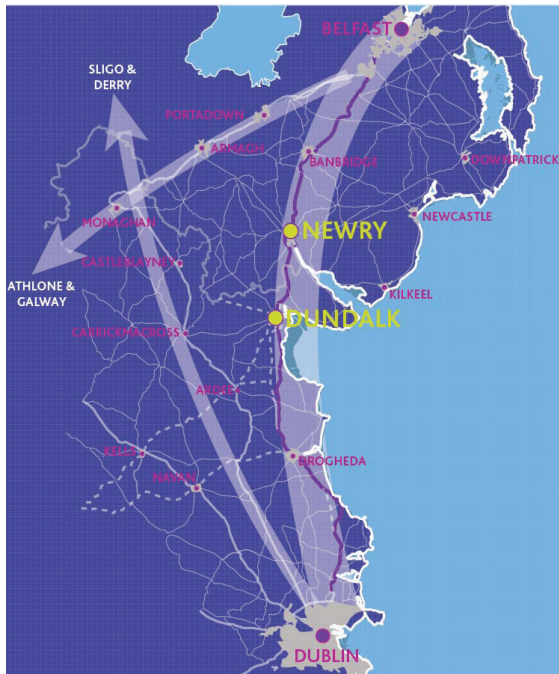
Europa vergibt über ERASMUS-Stipendien eine finanzielle Unterstützung und trägt zur gegenseitigen Anerkennung von Diplomen bei. Man entwickelt nach und nach eine Standardisierung im Bereich der Universitäten auf Grundlage des Bologna-Systems (Bachelor, Master, Doktorat: drei, fünf, acht Jahre), aber die Auswirkungen dieses Systems sind pervers: die Migration der Studenten in Richtung bestimmter Universitäten der Zahn- oder Veterinärmedizin in Belgien und in Österreich ist beispielsweise problematisch⁶.

⁶ Vgl. Differenzen zwischen der Europäischen Kommission und Österreich über die Quoten europäischer Studenten an österreichischen medizinischen Universitäten.

Das Projekt der Zwillingstädte Newry-Dundalk (Nordirland/Republik Irland)

CHARLIE CASEY

Stellvertretender Bürgermeister, Newry und Mourne District Council



Unsere oberste Herausforderung besteht darin, unsere Vorurteile bei der politischen und strategischen Planung zwischen unseren beiden Ländern zu überwinden.

Das von den Regierungen im Norden und Süden finanzierte Projekt für einen grenzüberschreitenden Austausch zwischen Newry-Dundalk verfolgt in erster Linie das Ziel, Beziehungen zwischen Belfast und Dublin aufzubauen. Aber die Probleme im Bereich der Infrastrukturen erfordern eine Zusammenarbeit der lokalen Verantwortlichen und es ist nicht einfach zwischen ihnen politische Kontakte herzustellen.

JIM D'ARCY

Bürgermeister, Dundalk Town Council

Wir werden versuchen, eine „Brücke des Vertrauens“ zwischen unseren Ländern zu schlagen, um insbesondere im Herzen der Grenzgebiete zusammenzuarbeiten.

Die Errichtung einer Verbindungsstraße zwischen dem Norden und dem Süden, die (aus Sicherheitsgründen) früher von den Engländern als unmöglich angesehen wurde, wurde gerade eröffnet. Dieses Bauprojekt öffnet symbolisch die Türen, auch für andere gemeinsame Projekte.

Walter Schneider

Wir müssen nun ebensolche Bemühungen zwischen Deutschland und Polen unternehmen, wie es früher im Hinblick auf eine französisch-deutsche Verständigung nötig war.

Wie kann man in den Medien den „europäischen Nutzen“ aufzeigen?

Martin Patzelt

Die Medien spielen eine sehr wichtige Rolle für den Zusammenhalt der Bevölkerungen. Ihre Ängste finden im unterschiedlichen Stand der Wirtschaftsentwicklung ihren Ursprung: Ohne eine wirtschaftliche Konvergenz wird kein Erfolg möglich sein.

Stefaan de Clerck

Wir müssen die Bevölkerung dazu bewegen, an den Kooperationsprojekten mitzuwirken und ihr zeigen, dass die Schaffung der Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai für sie von Vorteil sein wird. Wir brauchen Europa, um vorbildliche Beispiele einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu schaffen und zu entwickeln.

Alain Lamassoure

Unzählige kleine Probleme machen unseren Alltag schwer, aber sie können weder von den Präfekten noch von der Regierung behandelt werden... Versuchen wir doch, ein lokales Verfahren zu entwickeln, diese Probleme zu lösen!

Auf dem Weg zur EUROMOT, dem europäischen Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden

Präsentation der EUROMOT-Strategie



Alle Rechte vorbehalten

ALAIN LAMASSOURE
Europaabgeordneter, Vizepräsident der MOT

Die politischen Grenzen sind verschwunden, nicht aber die administrativen, bürokratischen und lokalen Schranken. So kommt beispielsweise in ein- und demselben Lebensraum unterschiedliches Recht zur Anwendung. Wie sollen solche Apartheid-Systeme überwunden werden?

Die MOT möchte die Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Nahbereich erleichtern und zur Erarbeitung von operationellen Rechts- und Finanzinstrumenten sowie einer Multi-Level-Governance beitragen.

Außerdem könnte die Europäische Union eventuell in bestimmten Bereichen eine Rechtsvereinfachung vorsehen, um die zahlreichen bilateralen Abkommen zu ersetzen.

Es ist jedoch schwierig, die Medien für grenzüberschreitende Politik zu interessieren, die weder in das Medientiming noch in Wahlzeiten fällt.

Grenzgebiete sind privilegierte Orte, um zu beobachten ob Gemeinschaftsrecht gut oder schlecht funktioniert.

Die Aufgabe der EUROMOT wird darin bestehen herauszufinden, wie man in verschiedenen Grenzgebieten „gemeinsam lebt“ und wie diese Gebiete dynamisch und friedlich werden können. Dank dieses Netzes wird es möglich sein effiziente Kooperationsmodelle weiterzuentwickeln.

Deshalb wird heute die EUROMOT gegründet, um ein solides europäisches Netzwerk lokaler Behörden zu bilden und noch effizienter mit nationalen und europäischen Institutionen zusammenzuarbeiten. Durch die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der

MOT, Eixo Atlántico⁷ und City Twins⁸ wird sie heute offiziell ins Leben gerufen. Außerdem wird zwischen der EUROMOT und der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) eine strategische Allianz geschlossen.

Standpunkte zur EUROMOT-Strategie



MARGARIDA ARIZETA-ABAD

*Generaldirektorin für departementale Angelegenheiten der Vizepräsidentschaft,
Generalitat de Catalunya (Spanien)*

Wenn man bei dem Wort „Grenze“ an etwas Fremdes denkt, so assoziiert man mit dem Wort „grenzüberschreitend“ Nähe und Alltag.

Die Generalitat de Catalunya und der Generalrat Pyrénées-Orientales arbeiten an der Schaffung eines Eurodistricts⁹: „der katalanische Grenzraum“. Wir sind Mitglied der EUROMOT, um die Erfahrungen des Netzwerks zu nutzen und unsere Praktiken, beispielsweise im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens¹⁰ mit anderen auszutauschen.

⁷ Netzwerk von Grenzstädten, das Nord-Portugal und Galizien in Spanien umfasst (www.eixoatlantico.com).

⁸ Netzwerk von Zwillingsstädten, das Deutschland, Polen, Estland, Lettland, Schweden, Finnland und Russland umfasst.

⁹ Ländlicher und urbaner Raum mit einer Million Einwohnern.

¹⁰ Die Generalitat de Catalunya und der französische Staat haben ein grenzüberschreitendes Krankenhaus der Cerdagne in Puigcerda geschaffen.

CHRISTOF WOLFF

*Präsident des Grenzüberschreitenden Örtlichen Zweckverbands Regio PAMINA¹¹
(Deutschland/Frankreich)*

Wenn die EUROMOT Best-Practice-Beispiele hervorheben möchte, so können wir von den verschiedenen europäischen Grenzregionen noch mehr lernen. Stellen wir sicher, dass uns die EUROMOT dabei hilft, auf die Gemeinschaftsverwaltungen genügend Druck auszuüben!

ANDY POLLAK

*Direktor des Zentrums für grenzüberschreitende Studien (Republik
Irland/Nordirland)*

Europa hat bei der Lösung des Irland-Konflikts eine entscheidende Rolle gespielt. Durch Europas großes Engagement konnten die Barrieren zwischen den Bürgern zu beiden Seiten der Grenze überwunden und ein grenzüberschreitender Raum von wirtschaftlichem und sozialem Interesse geschaffen werden.

Unterzeichnung des Gründungsabkommens

Pierre Mauroy

Die EUROMOT wird heute gegründet, um Ihre Projekte zu unterstützen und grenzüberschreitende Schwierigkeiten zu überwinden und nach und nach jegliche Form möglicher Demokratien umzusetzen: Sie werden diese Entwicklung wachsen lassen können, wenn Sie sie mitstrukturieren. Sobald die EUROMOT im Lauf des Jahres 2008 rechtlich gegründet ist, kann jede grenzüberschreitende Behörde an den europäischen Grenzen, die bereits besteht oder dabei ist gegründet zu werden, wenn sie es möchte, unserem Verband unter den in den Statuten festgelegten Bedingungen beitreten.

Wir haben eine starke politische Botschaft:

Die grenzüberschreitenden Gebiete sind:

- eine konkrete Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner in den Grenzregionen,
- ein starker Vektor für die Integration an den Binnengrenzen und für Frieden schaffende Maßnahmen an den Außengrenzen Europas.

Parallel dazu werden wir unsere technischen Teams anpassen und weiter ausbauen, um unser Wissen, unsere Erfahrungen und unser Know-how auszutauschen und weiterzugeben.

XOÁN VÁZQUEZ MAO

Generalsekretär von Eixo Atlántico do Noroeste Peninsular (Spanien/Portugal)

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist nicht nur ein vorrangiges Instrument der lokalen Entwicklung in Grenzregionen, sondern auch eine Möglichkeit zum Aufbau Europas und zur Annäherung im Sinne eines bürgernahen Europas.

¹¹ Grenzüberschreitender Örtlicher Zweckverband mit 1,2 Millionen Einwohnern.

Es ist dringlich, die Überlegungen für eine Zusammenarbeit der zweiten Generation zu organisieren: Die Entwicklung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen für die Bürger muss eine Priorität im Sinne einer Ressourcen-Optimierung sein. Diese Überlegung betrifft alle Akteure, einschließlich den Gemeinschaftseinrichtungen, da sie Europa, sein friedliches Wachstum, seine Entwicklung, seine Kohäsion sowie seine polyzentrische Entwicklung betrifft.

Die EUROMOT ist eine wichtige Institution in diesem Überlegungs- und Analyseprozess: Sie übernimmt die Rolle des Ansprechpartners für die europäischen Institutionen.

Außerdem bildet die EUROMOT durch die Unterzeichnung der strategischen Vereinbarung mit der AGEG eine starke Lobby im Dienste der grenzüberschreitenden Entwicklung und Zusammenarbeit.

MARTIN PATZELT

Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) und Vertreter des City Twins-Netzwerks

Ebenso wie Frankfurt (Oder) wurden Städte im Lauf der Geschichte geteilt: Wie soll man sie wieder vereinen? Aus dieser Überlegung ist das City Twins-Netzwerk entstanden: ein Projekt von Zwillingstädten, das von der Europäischen Union durch einen institutionalisierten Prozess finanziert wurde.

Wir hoffen, dass die Zwillingstädte Indikatoren für die Entwicklung von Grenzgebieten liefern und so auch zur EUROMOT beitragen können.



Alle Rechte vorbehalten

Von links nach rechts:
Xoán Vázquez Mao,
Generalsekretär von Eixo
Atlántico, Pierre Mauroy,
Präsident der MOT und
Martin Patzelt,
Oberbürgermeister von
Frankfurt (Oder),
Deutschland

Feierliche Unterzeichnung des EUROMOT-Abkommens durch die Vertreter der drei Netzwerke, Pierre Mauroy, Xoán Vázquez Mao und Martin Patzelt (vgl. Text des Abkommens im Anhang).

Strategische Allianz EUROMOT/AGEG

Pierre Mauroy

Um alle Ebenen der Zusammenarbeit abzudecken, auf europäischer Ebene mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen, und die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sicherzustellen, haben die MOT, im Namen der EUROMOT, sowie die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) beschlossen, eine strategische Allianz zu schließen.

LAMBERT VAN NISTELROOIJ

Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)

Die seit fünfunddreißig Jahren tätige AGEG umfasst hundert Euroregionen. Die AGEG, die MOT und die Gebietskörperschaften haben bereits zusammengearbeitet, um die europäischen Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Programmzeitraum 2007-2013 beizubehalten. Die AGEG braucht die Unterstützung der lokalen Behörden, um ihre Aufgabe wahrnehmen und sich weiter für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa einsetzen zu können.



Alle Rechte vorbehalten

Pierre Mauroy, Präsident der MOT und Lambert Van Nistelrooij, Präsident der AGEG.

Feierliche Unterzeichnung der strategischen Allianz zwischen der EUROMOT und der AGEG durch Pierre Mauroy, Präsident der MOT im Namen der EUROMOT, und Lambert Van Nistelrooij, Präsident der AGEG (vgl. Text der strategischen Allianz im Anhang).

Eine wichtige Neuerung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Dominique Rousset

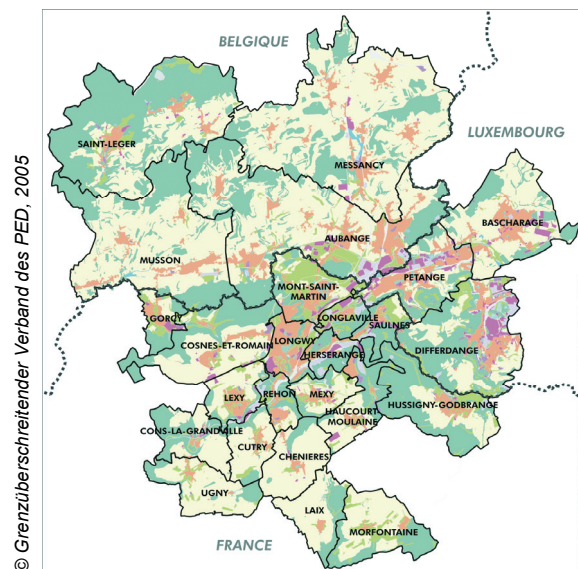
Am 8. November 2007 trat ein Gründungskomitee der EUROMOT zusammen. Pierre Mauroy, Präsident der MOT, wurde die Stelle des Präsidenten übertragen. Luís Filipe Menezes, Präsident von Eixo Atlântico, zusammen mit einem Vertreter des City Twins-Netzwerks wurden zu Vizepräsidenten, und Alain Lamassoure zum Sekretär ernannt.

Die zwölf Workshops

Die im Rahmen der Workshops vorgestellten gebietsbezogenen Erfahrungen sind Gegenstand von „Projektbeschreibungen“. Diese sind nicht in diesen Konferenzunterlagen enthalten, können aber auf der Webseite www.espaces-transfrontaliers.eu heruntergeladen werden.

Workshop 1

Grenzüberschreitende Gebiete: „Verstehen, um handeln zu können“



Vortragende

Präsident

Christof Wolff, Präsident des Grenzüberschreitenden Örtlichen Zweckverbandes Regio PAMINA (DE/FR)

Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen, Moderation des Workshops

Jef Van Staeyen, Direktor der Conférence permanente intercommunale transfrontalière (COPIT) (BE/FR)

Projekt 1: „Vom Begriff der Gebietserneuerung zu einem grenzüberschreitenden Netz einer Metropolregion“ (FR/BE/LU)

Patrick Bousch, Präsident des Conseil supérieur de l'aménagement du territoire, Wissenschaftler, Verantwortlicher der Abteilung GEODE CEPS INSTEAD, Luxemburg (LU)

Projekt 2: CENTROPE Wien, Bratislava, Győr, Brno (AU/SL/HU/CZ)

Dr. Eugen Antalovsky, Geschäftsführer des Europaforums, Wien (AU)

Projekt 3: Grenzüberschreitende, statistische Beobachtungsstelle, Ballungsraum Frankreich-Waadst-Genf (FR/CH)

Dominique Frei, Direktor, Kantonale statistische Beobachtungsstelle, Genf (CH)

Berichterstatter

François Moullé, Dozent, Universität Artois (FR)

Begleitung MOT

Olivier Denert, Projektdirektor, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Einleitung

Lebensräume, Beschäftigungsräume, grenzüberschreitende Ballungsräume oder Metropolregionen, ländliche Räume etc. All diese „gelebten Räume“ stiften Verwirrung in den politisch-administrativen Abläufen. Solche Räume überwinden nationale Grenzen, ein Prozess, den die Einigung Europas nur verstärken kann. Wie ein Echo auf die Debatte um die Zukunft der Union besteht heute die Herausforderung darin, zu wissen, welche grenzüberschreitenden Gebiete wir für morgen aufbauen wollen. Sollten es einfach Handelszonen sein (freier Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), oder vielmehr echte Gebiete mit Projekten, die durch eine grenzüberschreitende Steuerung präzise abgesteckt, politisch getragen und technisch verwaltet werden?

Obwohl die territoriale (und insbesondere städtische) Dimension der Kohäsionspolitik immer mehr Fuß fasst, und die territoriale Zusammenarbeit inzwischen fester Bestandteil der Kohäsionspolitik geworden ist, wurden weder die raumordnerischen Ziele dieser Zusammenarbeit noch die territorialen Begriffe, auf die diese zurückgreift (Euroregionen, Eurodistrikte, etc.), auf gemeinschaftlicher Ebene näher präzisiert. Auch die (produzierende, lokale) Wirtschaft der grenzüberschreitenden Gebiete ist ein von Forschungsarbeiten bisher fast unberührtes Feld. Konzepte, Typologie, Einteilung grenzüberschreitender Gebiete, etc. Hier müssen dringend stichhaltige Definitionen festgelegt werden und es muss anerkannt werden, dass diese für den Aufbau Europas eine ganz spezifische Rolle spielen.

❖ Definitionsvorschläge

Was ist ein grenzüberschreitendes Gebiet? Je nach der Grenze, an der man sich befindet und den räumlichen Maßstäben, die man in Betracht zieht, sind auf diese Frage mehrere Antworten möglich. Aus der Perspektive der territorialen Entwicklung muss ein „grenzüberschreitendes Gebiet“, ebenso wie jedes andere Gebiet, trotz allem mehreren Kriterien entsprechen, die, auch wenn sie im Rahmen dieses Versuchs einer Definition nicht alle zwingend beantwortet werden müssen, im Idealfall doch dazu beitragen, die Konturen eines solchen Gebiets abzustecken.

Ein grenzüberschreitendes Gebiet ist ein bewohntes Gebiet, das grenzüberschreitende Funktionen aufweist, und in dem eine Dynamik herrscht, die oft von den Bereichen Wirtschaft und Soziales abhängt (Pendlerströme Wohnort-Arbeit, Kaufverhalten, Bildung, Freizeit, kulturelle Gepflogenheiten, die daraus resultieren können, ob vor Existenz der Grenze selbst eine kulturelle und sprachliche Nähe bestanden hat oder nicht, Geschäftsverbindungen, Kooperationen zwischen öffentlichen Akteuren, etc.); wenn das Vorhandensein zumindest einiger dieser Funktionen eine notwendige Voraussetzung für die Existenz eines grenzüberschreitenden Gebiets ist (es gibt kein Gebiet ohne Bewohner!), so sind diese Funktionen oft ganz unterschiedlich gestaltet und die Existenz der Grenze und ihrer Auswirkungen kann „geduldet“ oder sogar abgelehnt werden.

Die Existenz dieser Funktionen reicht daher nicht aus, um die Existenz eines grenzüberschreitenden Gebiets zu rechtfertigen, da dieses auch vom politischen Aufbau und der Unterstützung der Bürger abhängt. In diesem Fall kann das Gebiet Gegenstand eines politischen und institutionellen Projekts sein, dessen Anwendungsbereich anlässlich der Definition des „zu schaffenden“ Projekts festgelegt wird: ein grenzüberschreitender Ballungsraum, eine Region im Herzen Europas, etc., nicht unbedingt im Einklang mit den verschiedenen, funktionellen Gegebenheiten.

Die Existenz dieses grenzüberschreitenden Gebiets, das über ein identifizierbares bzw. sogar „identitätsbildendes“ Projekt verfügt, bedeutet auch, dass dieses von den Bewohnern und sozioökonomischen Akteuren angenommen und in diesem Sinn seitens der öffentlichen Behörden durch eine Kommunikation gefördert wird, wobei auf die grenzüberschreitenden Funktionen, die diese in bestimmten Fällen selbst austreten können, Bezug zu nehmen ist.

Ohne dieses politische Projekt, langfristig eines der Bürger, kann man nur von einem grenzüberschreitenden Raum, nicht aber von einem grenzüberschreitenden Gebiet sprechen. Wir teilen die in der „INTERREG-Welt“ oft implizite Ansicht nicht, dass der Markt, oder allein schon die Koordination von Wirtschaftsakteuren Lösungen ermöglichen, wenn es nicht gleichzeitig ein politisches Projekt gibt (die Studie der OECD zum Gebiet Øresund, die die „Soft-Governance“ verteidigt und gleichzeitig die Frage nach dem demokratischen Defizit stellt, illustriert diese Diskussion sehr gut).

Um nach außen und nach innen hin anerkannt und gesteuert zu werden, muss dieses Gebiet auch ein gemeinsamer, von beiden Seiten der Grenze beobachteter Raum sein, in dem durch den Beobachtungsprozess, der in den meisten Fällen im Dienst des politischen Projekts stehen wird, gleichzeitig die Auswirkungen dieser Grenze (Unterschiede jeder Art und Ströme, die sich daraus ergeben) gemessen werden, aber andererseits das Gebiet auch als ein Ganzes gesehen wird und Potentiale, die sich auf beiden Seiten der Grenze befinden, hinzukommen.

Halten wir noch fest, dass es mehrere Maßstäbe und mehrere Arten von grenzüberschreitenden Gebieten gibt, ländliche Gebiete, Bergmassive, Täler, Ballungsräume, Metropolregionen,

Stadtverbände, Euroregionen; und dass verschiedene, nebeneinander bestehende oder ineinander verschachtelte Maßstäbe stichhaltig sein können (Lebensräume für Nahversorgungsdienstleistungen, Beschäftigungsräume für den Verkehr, funktionelle Regionen für höhere Dienstleistungen oder Wirtschaftsentwicklung).

Schließlich sollten wir an die Spezifität des grenzüberschreitenden Gebiets erinnern; im Gegensatz zu einem „Gebiet“, das sich innerhalb eines Staates befindet, wo es politische und administrative Überschneidungen geben kann, ist die Staatsgrenze etwas fixes; ihre Auswirkungen können abgeschwächt, aber nicht aufgehoben werden; es geht um seine Steuerung, und nicht um seine Regierung. **Ein grenzüberschreitendes Gebiet ist ein abgegrenztes Projektgebiet, das zwar rechtlich konstituiert ist, dessen zentrale Aufgabe aber nicht die Verwaltung dieses Gebiets ist, sondern die Umsetzung von Aktionsprogrammen, die auf Bedürfnisse seiner Bewohner reagieren sollen.**

❖ **Festgestellte Probleme**

- **Schwierigkeiten, die Existenz des grenzüberschreitenden Gebiets anzuerkennen, es politisch zu unterstützen und gemeinsam mit den Bewohnern demokratisch zu beleben**

Folgende Probleme wurden festgestellt:

- Fehlen einer grenzüberschreitenden „Inter-Kommunalität“ bzw. allgemeiner einer „Inter-Territorialität“, durch die die Existenz der Grenze abgeschwächt und die Verwaltung einer Reihe von Dienstleistungen verbessert werden könnte.
 - Demographisches Defizit bei den Bewohnern des grenzüberschreitenden, politischen Gebiets, die ihre Vertreter nicht wählen; praktisch wird das Gebiet von der Bevölkerung und den sozioökonomischen Akteuren als Grenzgebiet erlebt, aber nur diffus, als etwas Außergewöhnliches, ohne klare Definition und auf politischer Ebene besteht keinerlei Identifikation. Der Wunsch der Bevölkerungen und der sich entwickelnden sozioökonomischen Akteure eines politischen, grenzüberschreitenden Gebiets ist schwer messbar. Das „Recht auf eine grenzüberschreitende Stadt und ein grenzüberschreitendes Leben“, auf ein „360 Grad-Gebiet“ muss erst noch formuliert werden.
 - Geringe Kommunikation bei den Bewohnern in Bezug auf die Begriffe grenzüberschreitendes Gebiet und Gebietsprojekte.
 - Fehlende Wahrnehmung höherer, gemeinsamer Interessen der Gebiete.
- **Schwierigkeiten bei der Kommunikation in Bezug auf ihre Definition und die Anerkennung ihrer Einzigartigkeit und ihrer Rolle für die Raumordnung der betreffenden Staaten und den Aufbau Europas**

Der Versuch einer Definition grenzüberschreitender Gebiete in der Einleitung zeigt genau das Problem, mit dem diese Gebiete konfrontiert sind. Wie soll man sie definieren, wie soll man belegen, dass sie existieren, und wie soll man ihre Einzigartigkeit den nationalen und europäischen Instanzen bewusst machen?

- Man beobachtet, dass die territoriale Dimension des Grenzgebietes nur wenig Berücksichtigung findet: französische „pays“, Naturparks, Ballungsräume, Metropolen,

Euroregionen und die vorerst zögernde Bewusstseinsbildung hinsichtlich ihrer Bedeutung als nationale „Landschaften“.

- Auf europäischer Ebene wird die grenzüberschreitende Dimension der Gebiete kaum beachtet und oft eher unter dem Blickwinkel von „Netzwerken“, weniger als physische Räume. Es geht dabei eher um eine thematische Dimension, die in der europäischen Vision der Grenzgebiete vorherrscht.

- **Schwierigkeiten in Bezug auf das Wissen, wie grenzüberschreitende Gebiete funktionieren und die Folgen, die sich daraus ergeben**

Auf lokaler Ebene gibt es einige wenige grenzüberschreitende, statische Beobachtungen von Einzelfällen, mit unterschiedlichem Erfolg, bei denen die Verbindung mit dem politischen Projekt unsicher ist. Die mangelnde Kenntnis der Funktionsweise des grenzüberschreitenden Gebiets¹² macht es unmöglich, das Bestehen der Grenzverbindung und somit des grenzüberschreitenden Gebiets zu rechtfertigen, während dieses im Gegensatz zu einem „normalen“ Gebiet doch aufgerufen ist, seine Existenz unter Beweis zu stellen. Aufgrund dieser mangelnden Kenntnis kann auf Ebene des Gebiets in vielen Bereichen keine kohärente, öffentliche Politik umgesetzt werden¹³. Schließlich wird dadurch die Umsetzung eines grenzüberschreitenden Projekts, bei dem die Beobachtung der „Grundlagen“ der wesentliche Punkt der Entwicklung sein muss, stark beeinträchtigt.

Auf nationaler und internationaler Ebene: Die nationalen Behörden haben kein Referenzmodell für die statistische Beobachtung des grenzüberschreitenden Gebiets entwickelt. Es gibt keine „top down“-Praxis in diesem Bereich, ebenso wenig wie eine Konvergenz der Indikatoren, der Maßstäbe oder statistischen Beobachtungszeiträume bzw. -daten. Dieses Fehlen einer gemeinsamen Sichtweise der grenzüberschreitenden Gebiete (auf den verschiedenen Ebenen) macht jeglichen Vergleich mit anderen grenzüberschreitenden oder „nationalen“ Gebieten unmöglich. Schließlich ist die schwache Vernetzung der wenigen grenzüberschreitenden, operationellen Beobachtungsstellen zu beklagen. Folglich ergibt sich aus dieser mangelnden Kenntnis eine unzureichende Bekanntheit dieser Gebiete auf nationaler Ebene und der Keim für unberechenbare, negative Auswirkungen in Bezug auf einen in dieser Hinsicht unzureichenden Gesetzes- und Ordnungsrahmen (Städtebau, Steuern, Wohnungssektor, Verkehr, Gesundheit, Umwelt, Bildung, etc.).

Auf europäischer Ebene könnte man sich vorstellen, dass sich ein gemeinschaftlicher, statistischer Apparat entwickeln wird, der die Mängel der nationalen Systeme ausgleicht. Das Eurostat-System verfügt aber auf territorialer Ebene über kein ausreichend feines und homogenes Datennetz¹⁴, es praktiziert in diesem Bereich keinen „top down“-Methodentransfer und berücksichtigt im Gegenzug nicht die lokalen, grenzüberschreitenden, statistischen Daten.

Man muss allerdings einige Pionierarbeiten positiv erwähnen: Berücksichtigung des gesamten Ballungsraums Frankreich-Waadst-Genf und nicht nur der Stadt Genf im laufenden Städte-Audit; Berücksichtigung des grenzüberschreitenden Charakters von Ballungsräumen in der ESPON-Studie 1.4.3 „study on urban functions“ (www.espon.eu).

¹² Diese Kenntnisse basieren insbesondere auf den Unterschieden zu beiden Seiten der Grenze, wobei sie in Bezug auf die Verknüpfungen und Dynamiken weiterhin unzureichend sind.

¹³ Grenzeffekte unter denen manchmal die ansässige Grenzbevölkerung direkt leidet, insbesondere im Bereich des Wohnens; mangelnde Kenntnis der Infrastrukturen und öffentlichen Dienstleistungen beiderseits der Grenze, woraus entweder ein Fehlen dieses Angebots oder eine Verdoppelung resultieren.

¹⁴ Geringe Anzahl lokaler Daten, Heterogenität der NUTS beiderseits der Grenzen.

❖ Empfehlungen

Empfehlung 1: Kennenlernen und Bekanntmachen der grenzüberschreitenden Gebiete

Es ist grundlegend zu beobachten, wie grenzüberschreitende Gebiete funktionieren, um ein grenzüberschreitendes Gebietsprojekt aufzubauen, das mit den zum Tragen kommenden Kräften im Einklang steht, und um öffentliche Politiken zu entwickeln, die für die wahren Probleme geeignet sind, mit denen diese Gebiete konfrontiert sind (und für die Bedürfnisse der Bevölkerung).

- Schaffung der Grundlagen für eine echte, von der Politik initiierte und in Anspruch genommene grenzüberschreitende Beobachtung, um ein gemeinsames Erfassen des grenzüberschreitenden Gebiets zu ermöglichen:

. Mobilisierung bestehender lokaler Statistikeinrichtungen, Förderung einer Verbreitung des Know-hows sowie weitere Vernetzung bestehender, grenzüberschreitender Beobachtungsstellen,

. Einbeziehung nationaler Statistikinstitute bzw. von Eurostat,

. Bekanntmachen der Beobachtungen aus grenzüberschreitenden Gebieten auf allen Ebenen: lokale Ebene (Ballungsraum, Beschäftigungsraum, Stadtgebiet, Metropole, ländliches Gebiet, etc.), (Euro-)Regionen, nach Grenzen gegliedert, nationale Ebene (Vernetzung der nationalen Beobachtungsstellen), europäische Ebene (ESPON; Städte-Audit etc.).

- Sich auf die „grundlegende“ statistische Ebene, nämlich die Gemeinden stützen und auf europäischer Ebene eine Reihe gemeinsamer Indikatoren definieren. Auf Gemeindeebene kann tatsächlich ein verlässlicher, statistischer Grundstock (der alle Daten der Gemeinde umfasst) eingerichtet und können je nach behandelten Themen Ergebnisse für unterschiedliche Anwendungsbereiche produziert werden; und man kann außerdem auf die Bürgermeister der betreffenden Gemeinden zurückgreifen, um den „Wert“ ihrer Gemeinde für den gesamten grenzüberschreitenden Ansatz auszuloten.

- Über die Beobachtung hinaus, eine angewandte Forschung in Bezug auf die derzeitige Funktionsweise grenzüberschreitender Gebiete entwickeln: produktive und lokale Wirtschaft dieser Gebiete; Typologie der unterschiedlichen Grenzkonfigurationen in Europa; Möglichkeiten des Gebiets in Bezug auf das Potential der grenzüberschreitenden Integration im Sinne der Lissabon-Ziele, etc.

- Die grenzüberschreitende Dimension von Gebietskonzepten in den Raumordnungspolitiken berücksichtigen; Zusammenarbeit im Rahmen der „Coopération métropolitaine“ (Frankreich) bzw. der Metropolregionen (Deutschland); Agenda 21, etc.

Empfehlung 2: Mobilisierung von Know-how, um im Dienste der grenzüberschreitenden Gebiete besser agieren zu können

- Beobachtungen und territoriale bzw. sektorale grenzüberschreitende Gebietsplanung/-regulierung verknüpfen (Projekte in der Art von urbanen Mobilitätskonzepten oder lokalen Wohnbauprogrammen in Frankreich, etc.).

- Verordnungen abändern, die diese öffentlichen Politiken bzw. diese Planungen bestimmen, je nach statistischen Ergebnissen, die auf grenzüberschreitender, und nicht nur auf rein nationaler Ebene erhoben wurden.

- Bestätigen, dass zu diesem Zweck grenzüberschreitende, territoriale Instrumente (und ihre Finanzierung) erforderlich sind.

Empfehlung 3: Die grenzüberschreitenden Gebiete und ihre Rolle für den Aufbau Europas bekannt machen

- Auf lokaler Ebene mit dem Ziel, dass diese von der Bevölkerung, den sozioökonomischen Akteuren und den Behörden angenommen werden, und an sensiblen Grenzen Frieden schaffende Maßnahmen durchzuführen, Grenzwirkungen zu regulieren, Potentiale aufzuwerten und in diesen Gebieten einen Prozess der demokratischen Governance einzuleiten.
- Auf Ebene der Regionen und der Staaten, bei den Instanzen, deren Politik Auswirkungen auf diese Gebiete hat: sektorale Politiken, Raumordnungspolitiken, die insbesondere Grenzstrategien ausarbeiten müssen (beispielsweise Zusammenarbeit in Metropolregionen); Kohäsionspolitik durch die Verwaltungsbehörden grenzüberschreitender europäischer Programme.
- Auf Gemeinschaftsebene: den Beiträgen der grenzüberschreitenden Gebiete für die Planung Europas und in den laufenden politischen Prozessen Geltung verschaffen (strategische Beobachtung der Kohäsionspolitik, Grünbuch über den territorialen Zusammenhalt, Territoriale Agenda).
- Schaffung von Labels für die grenzüberschreitenden Gebiete auf den verschiedenen Ebenen (Eurocities, Eurodistrikte, Euroregionen, etc.), um zur Stärkung ihrer Identität beizutragen.

Zusammenfassung der Diskussionen

Was ist ein grenzüberschreitendes Gebiet? Wodurch zeichnet es sich aus? Wie funktioniert es? Wie kann man es besser kennenlernen und nach außen bekannt machen bzw. das Wissen über das Gebiet mit Anderen teilen, um zu seiner Entwicklung beizutragen? Das war der Ausgangspunkt, um den sich der Workshop und die Diskussionen im Anschluss an die Präsentationen der Vortragenden entwickelten.

Die Erfahrungsberichte stützten sich auf unterschiedlichste Beispiele, die die verschiedenen Aspekte des Themas widerspiegeln: ein ehemaliger, trinationaler, grenzüberschreitender Industrieraum, der derzeit umgewandelt wird und aus dem sich eine grenzüberschreitende Metropolregion entwickelt (die Eurometropole, FR/BE/LU); ein Städtenetzwerk im Herzen Europas, an der Stelle des einstigen Eisernen Vorhangs, an dem vier Länder und zwei Hauptstädte (Wien und Bratislava) beteiligt sind (Centropo, AU/CZ/SL/HU); sowie schließlich ein außergewöhnliches, grenzüberschreitendes statistisches Beobachtungsinstrument mit Pionierfunktion, das sich in einer der dynamischsten Grenzmetropolen befindet (grenzüberschreitende, statistische Beobachtungsstelle des Grenzraums Frankreich-Waadst-Genf, FR/CH). Diese Beiträge zeigen, dass die zentralen Herausforderungen an verschiedenen Grenzen ähnlich sind.

Von den Teilnehmern wurden mehrere sich ergänzende Beispiele vorgestellt. Eines davon unterstrich die Notwendigkeit, die grenzüberschreitende statistische Beobachtung weiter voranzutreiben. Diese Beobachtung hat eine entscheidende Bedeutung, um die Funktionsweise der grenzüberschreitenden Gebiete zu verstehen, und die Ergebnisse stellen eine solide Basis für den Aufbau von Gebietsprojekten dar. Diese Priorität wird in den neuen Ziel 3-Programmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht ausreichend deutlich.

Ein weiteres Beispiel zeigte, wie entscheidend es für das Zusammenwachsen von Grenzgebieten ist, die Rechtsstrukturen der jeweils anderen Seite zu kennen. Ohne eine rechtliche Zusammenarbeit sind gebietsbezogene Kooperationsprojekte nicht möglich.

Im folgenden Beispiel von Patrick Salez der GD REGIO, Europäische Kommission, wurde die Tatsache unterstrichen, dass es nicht Aufgabe der Kommission ist, die Positionen lokaler sowie regionaler Akteure zu übernehmen, sondern einen „Werkzeugkoffer“ für Akteure und Projektträger zur Verfügung zu stellen. Diese müssen unter den angebotenen Möglichkeiten wählen und Lücken oder Mängel aufzeigen. Ziel ist es, eine direkte Beziehung zwischen zwei Bevölkerungen aufzubauen, ohne dass die Union die Schnittstelle darstellt. Sie soll die Mittel bereitstellen, damit diese Beziehungen von Dauer sein können. Das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gilt seit 2007 als strategisches Thema, als Komponente des Ziel 3. Im Übrigen wurde die territoriale Zusammenarbeit im neuen Unionsvertrag in die Ziele der Union aufgenommen und Grenzgebiete als spezifische Herausforderung der Union genannt.

Zwei Fragen wurden im Lauf der Diskussionen formuliert, für die keine Antwort gefunden wurde: Was ist eine grenzüberschreitende, lokale Demokratie? Stellt die Überlagerung mehrerer Referenzgebiete tatsächlich einen Mehrwert für die Bevölkerung dar?

Es wird auch die Frage gestellt, ob eine Studie zur Durchlässigkeit der Grenzen in Europa erforderlich ist.

Abschließend werden drei Anmerkungen geäußert, welche sich direkt auf die Empfehlungen beziehen, die von der vorbereitenden Workshop-Arbeitsgruppe formuliert wurden:

- einen Zweifel an der Idee der Label-Vergabe für grenzüberschreitende Gebiete,
- die Notwendigkeit, den Informationstransfer an Projektträger allgemein voranzutreiben, einschließlich neuer Entwicklungen,
- die Notwendigkeit, „die grenzüberschreitenden Gebiete bekannt zu machen“ unter Einbeziehung der Medien und einer Information der Bevölkerung. Auch der Ausschuss der Regionen darf dabei nicht vergessen werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die hohe Beteiligung an der Diskussion die Bedeutung des Workshops und die Anliegen der in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Akteure unterstrichen hat, auch wenn im Rahmen der Diskussionen der Argumentationsaustausch nicht umfassend genug möglich war, wie dies eigentlich erforderlich gewesen wäre.

Workshop 2

Grenzüberschreitende Ballungsräume: „Die Stadt gemeinsam bauen“



Haparanda-Tornio,
Zwillingsstädte an der Grenze
zwischen Finnland und
Schweden.

Vortragende

Präsidenten

Sven-Erik Bucht, Bürgermeister von Haparanda (SE), Raimo Ronkainen, Bürgermeister von Tornio (FI)

Moderation des Workshops und Präsentation der Empfehlungen

Marie Vannouque-Digne, Generaldirektorin für Internationale Beziehungen, Stadtverband Lille Métropole (FR)

Präsentation des Basisdokuments

Frédéric Duvinage, Gesamtkoordinator, Trinationaler Eurodistrict Basel (FR/DE/CH)

Projekt 1: Agglomeration Frankreich-Waadts-Genf (FR/CH)

Christian Dupessey, Stellvertretender Bürgermeister von Annemasse, Agglomeration Frankreich-Waadts-Genf (FR)

Projekte 2: Eurodistrikt Saarbrücken-Moselle Est (FR/DE)

Isabelle Prianon, Leiterin des Büros für Zusammenarbeit, Verein Zukunft SaarMoselle Avenir (FR/DE)

Projekt 3: Haparanda - Tornio (FI/SE)

Ritva Nousiainen, Projektleiterin, Stadt Haparanda-Tornio (SE)

Projekt 4: Frankfurt (Oder) - Slubice (DE/PL)

Klaus Baldauf, Sonderbeauftragter für Internationale Zusammenarbeit, Frankfurt (Oder) (DE)

Berichtersteller

Noémie Hinfray, Polytechnische Universität Tours (FR)

Begleitung MOT

Jean Rubio, Projektbeauftragter, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Einleitung

Die grenzüberschreitenden Ballungsräume und mehr noch die grenzüberschreitenden Stadtverbände stellen echte Lebensräume dar, Schmelztiegel für ein europäisches Bürgertum, das gerade im Entstehen ist. Sie dehnen sich über zwei, manchmal auch drei Länder aus und ihre Grenzsituation spitzt die vielschichtigen Probleme, denen sich die „nationalen“ Ballungsräume gegenüber sehen, aber auch das Potential an Innovation, über das sie verfügen, noch weiter zu. In einem grenzüberschreitenden Ballungsraum besteht die Herausforderung darin, konkrete Antworten auf die Bedürfnisse der Bewohner zu finden. Durch die verschiedenen durchgeführten Aktionen zeigen die grenzüberschreitenden Ballungsräume, dass sie dem Gemeinschaftsrecht, in dem sie als solche nicht berücksichtigt sind, bereits voraus sind.

Sie müssen nicht nur eine stärkere Berücksichtigung finden, sondern stellen auch ein Experimentierfeld für das Zusammentreffen der nationalen und gemeinschaftlichen Politiken und Gesetze dar. Die grenzüberschreitenden Ballungszentren, darunter einige Grenzmetropolen, in denen sich sowohl kritische Masse als auch Vielfalt findet, sind Sinnbild für die europäische Stadt des 21. Jahrhunderts.

❖ Herausforderungen

Grenzüberschreitende Ballungsräume gibt es an zahlreichen europäischen Grenzen¹⁵. Einige dieser Ballungszentren sind Gegenstand politischer Kooperationsprojekte und fördern, manchmal seit mehr als fünfzehn Jahren, die Dynamiken an der Grenze. Der langfristige Prozess der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ermöglichte es den verschiedenen beteiligten Akteuren, nach und nach aus dem Stadium der Unwissenheit über die Phasen des Kennenlernens, des Zusammenhalts und der gemeinsamen Produktion schließlich zur Organisation einer grenzüberschreitenden Governance zu gelangen. Durch die Antworten auf Problemstellungen für bestimmte dieser Gebiete konnte eine Entwicklung des rechtlichen Rahmens eingeleitet werden, die den grenzüberschreitenden Gebieten die Möglichkeit geben wird, ihre integrierten Gebietsprojekte weiter voranzutreiben.

¹⁵ Vgl. Studie über die Best-Practice Beispiele von Governance in grenzüberschreitenden Agglomerationen in Europa (MOT 2006), ESPON-Projekt 143 (www.espon.eu).

- **Besser auf die spezifischen Herausforderungen der grenzüberschreitenden Ballungsräume antworten**

Verkehr und Mobilität

Das Phänomen der Grenzgängerströme konzentriert sich vorwiegend auf grenzüberschreitende Ballungsräume. Diese Grenzgänger sind in der überwiegenden Mehrzahl Autofahrer. Die Frage der Verkehrsüberlastung auf den Straßen sowie jene des Ausbaus und Betriebs des öffentlichen Nahverkehrs sind nicht spezifisch für grenzüberschreitende Ballungsgebiete, werden aber durch die Rolle des internationalen Transits an den Grenzen verstärkt, und andererseits sind die von der Öffentlichkeit zur Lösung dieser Frage umgesetzten Rahmenbedingungen (in Frankreich beispielsweise die Stadtverkehrspläne „Plans de déplacement urbain“) nicht interoperabel, womit sich Probleme bei ihrer Koordination ergeben (siehe Workshop 9 „Öffentlicher Personennahverkehr“).

Integrierte Verwaltung von Dienstleistungen auf der Ebene des Ballungsraums

Die Kosten für einen „Nicht-Ballungsraum“, das heißt die getrennte Verwaltung von Dienstleistungen wie Abwasser, Abfälle, öffentlicher Verkehr, Breitbandnetze, Gesundheit, etc. können beträchtlich sein, da diese Verwaltung eine Verdoppelung der Infrastrukturen und Investitionskosten sowie höhere Betriebskosten verursacht. Daraus resultiert die Herausforderung, Partnerschaften zwischen Stadtverwaltungen in Grenzgebieten zu knüpfen, um eine integrierte Verwaltung der städtischen Dienstleistungen im Grenzgebiet sowie optimale Verwaltungskosten zu erreichen.

Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung

Die Thematik der Wirtschaftsentwicklung tritt in grenzüberschreitenden Gebietsprojekten, ganz besonders in Ballungsräumen, immer wieder zutage. Aber die integrierte Verwaltung der Wirtschaftsentwicklung (vgl. Workshop 5 „Wirtschaftsentwicklung“, sowie 6 „Arbeit und Fortbildung“) stößt auf grenzüberschreitender Ebene an Herausforderungen unterschiedlicher Art: die Bestimmungen über den Zugang von Grenzgängern zu Arbeitsplätzen, die Konkurrenz zwischen den Gebieten, die Inkompatibilität zwischen den Steuersystemen und technischen Normen, fehlende Anerkennung von Diplomen, etc. Es gibt jedoch Beispiele einer gelungenen Integration (Øresund), die zeigen, dass ein grenzüberschreitender Stadtverband diese Situation durchaus nutzen kann.

Grundstücks- und Immobilienmärkte

Der Wohnungssektor ist ein Thema, das in grenzüberschreitenden Ballungsräumen immer wieder ein Problem darstellt, und zwar aufgrund der unterschiedlichen Grundstücks- und Wohnungspreise zu beiden Seiten der Grenze. Die Grenzgänger überqueren beispielsweise die Grenze, um eine kostengünstigere Wohnung zu finden, arbeiten aber in ihrem Herkunftsland weiter. Wesentliche Herausforderungen betreffen die Interaktionen in Bezug auf den Grundstücks- und Immobiliendruck bzw. den Zugang von Grenzgängern zum Wohnungsmarkt, wobei hier eine grenzüberschreitende Koordination der auf beiden Seiten der Grenze durchgeführten Projekte (lokale Wohnbauprogramme, Grundstückspolitik) erforderlich ist.

Kultur

Die grenzüberschreitenden Ballungsräume begünstigen den interkulturellen Austausch. Durch den Schüleraustausch, das Erlernen der Sprache des Nachbarn, die Organisation von

grenzüberschreitenden Kulturveranstaltungen und das Schaffen von Partnerschaften zwischen den verschiedenen Kulturinstitutionen empfinden die Bewohner dieser Ballungsräume die Grenze nicht als Barriere oder etwas Trennendes, sondern als Bereicherung und Vielfalt. Es geht heute darum, die Zusammenarbeit im Kulturbereich, die die Grundlage für ein gutes Funktionieren des grenzüberschreitenden Lebensraums bildet, zu fördern.

- **Welche Governance für grenzüberschreitende Ballungsräume?**

Auf politischer Ebene

Die grenzüberschreitenden Ballungsräume sind mit verschiedenen Alltagsproblemen konfrontiert, die sich aus dem fehlenden Zusammenschluss der auf beiden Seiten der Grenze bestehenden Systeme ergeben. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, wurden mehr oder weniger formelle Lösungen in Betracht gezogen. Nach den Erfahrungen der MOT (siehe MOT Studie 2006) kann einzig und allein das Schaffen einer dauerhaften, politischen Governance-Struktur in einem klar abgesteckten Raum ein Gebietsprojekte ermöglichen, im Rahmen dessen die verschiedenen Ebenen der zuständigen öffentlichen Körperschaften zusammenarbeiten können. Dazu scheint das Gemeinschaftsinstrument EVTZ am Besten geeignet zu sein (Beispiel Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai). Die Mitgliedsstaaten sollen folglich den Gebietskörperschaften ermöglichen, an solchen Strukturen teilzunehmen. Diese Governance muss die Parität zwischen den Vertretern der verschiedenen Länder berücksichtigen und für die Bevölkerung nachvollziehbar sein.

Auf technischer Ebene

Die Einrichtung einer eigenen, ständigen, technischen Struktur mit eigenem Budget im Dienst der politischen Governance ist das geeignete Instrument, um auf Probleme zu reagieren, die sich aus dem grenzüberschreitenden Ballungsraum sowie dessen Funktionsweise ergeben. Dabei sind die verschiedenen grenzüberschreitenden Projekte innerhalb des Gebietsprojektes in den Bereichen Transportwesen, öffentlicher Dienst, Wirtschaftsentwicklung, Arbeit, Wohnungswesen, Kultur, etc. zu koordinieren. Es muss sich um ein Team von Fachleuten für Grenzgebiete handeln, die die Sprachen und Kulturen der verschiedenen, betroffenen Länder beherrschen, und die durch Instrumente, die für die grenzüberschreitende Arbeit geeignet sind, eine dauerhafte Arbeit garantieren.

Die Planung der Raumentwicklung ist für die Strukturierung eines Gebiets und seiner Governance bestimmend; sie umfasst die Ausarbeitung einer gemeinsamen Sichtweise, eine Koordinierung der Planungsdokumente, der Infrastrukturen (Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, etc.) und/oder der Dienstleistungen und allgemein die Beteiligung einer Reihe von Politikern. Dies gilt auch für die grenzüberschreitenden Ballungsräume. Die Definition und die Durchführung eines grenzüberschreitenden Gebietsprojektes erfordert eine bessere Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Dimension in den Planungs- und städtebaulichen Dokumenten. Aber diese Dimension von Ballungsräumen ist in den meisten Gebietsprojekten und genau diesen Planungs- bzw. Städtebaudokumenten kaum berücksichtigt, unabhängig davon, ob es sich um die Gemeindeebene handelt (in Frankreich beispielsweise Dokumenttyp Bauleitpläne „plan local d'urbanisme“ PLU), um die interkommunale Ebene (in Frankreich beispielsweise Dokumenttyp Raumplan „schéma de cohérence territoriale“ SCOT) oder um die Regionalebene (beispielsweise Dokumenttyp in Frankreich „schéma directeur“). Es geht darum, deren Berücksichtigung bei den für Raumordnung und Städtebau zuständigen, institutionellen Behörden zu verbessern.

Dazu muss man die Kenntnis der Planungs- und Städtebaudokumente sowie der Raumordnungspolitik der Nachbarländer verbessern: Die meisten der in europäischen Ballungsräumen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Akteure sind damit konfrontiert, dass sie die Planungsunterlagen bzw. die Raumordnungspolitik, die auf der anderen Seite der Grenze umgesetzt werden, nicht kennen. Es geht darum, dass diese Akteure gemeinsame Schulungen (Recht, Städtebau und Stadtplanung, etc.) erhalten und bei der Umsetzung „nationaler“ Projekte Absprachen mit Grenzpartnern institutionalisieren sollten.

Die Beobachtungs-, Planungsfunktionen und Städtebaustudien, die für die Definition und die Verwaltung des Gebietsprojektes unerlässlich sind, können von grenzüberschreitenden Stadtplanungsagenturen verwirklicht werden (Beispiel AGAPE in Nord-Lothringen).

Ein Dialog mit den Bewohnern der grenzüberschreitenden Ballungsräume

Die demokratischen Prinzipien erfordern, dass Partner der politischen Governance einen strukturierten Dialog mit der Bevölkerung der grenzüberschreitenden Ballungsräume führen, sowie mit den sozialen und wirtschaftlichen Akteuren. Das ist die Bedingung dafür, dass die Bevölkerung das Gebietsprojekt annimmt, welches auf ihre Bedürfnisse eingeht; darüber hinaus fördert es die Entwicklung einer grenzüberschreitenden Bürgerschaft, sowie einer europäischen Bürgerschaft. Dieser Dialog mit der Bevölkerung kann sich auf Kommunikationsaktionen stützen wie die Organisation von Ereignissen um das Projekt des grenzüberschreitenden Ballungsraums, die Nutzung der verschiedenen Medien (Fernsehen, Radio, Zeitung), die Entwicklung von Schüleraustausch. In den meisten Fällen sind gelungene Projekte (wie Brücken, Kommunikationsplattformen, etc.) die besten Kommunikationsträger.

- **Wo haben grenzüberschreitende Ballungsräume in lokalen, nationalen und europäischen Planungen und Strategien ihren Platz?**

Auf regionaler Ebene

Die Städteplanung soll mit derjenigen der Regionen koordiniert werden; dies gilt ebenso für die grenzüberschreitenden Ballungsräume: Die Ansätze der grenzüberschreitenden Kooperation auf der Ebene der Ballungsräume müssen mit denjenigen auf der Ebene der Euroregionen abgestimmt werden.

Angesichts der spezifischen Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aber auch des damit verbundenen Potentials für die europäische Integration, ist es wichtig die Strukturierung grenzüberschreitender Ballungsräume zu fördern, indem die Realität der grenzüberschreitenden Ballungsräume im Rahmen von Ziel 3-Strukturförderungsprogrammen stärker berücksichtigt wird: Partnerschaft mit Gebietskörperschaften in den Planungsinstanzen (was die Ziele 1 und 2 betrifft, so wird die städtische Dimension in den Verordnungen ausdrücklich berücksichtigt, nicht aber bei Ziel 3), Finanzierung der Beobachtung und des technischen Know-hows für die Grenzgebiete, Förderung des EVTZ, gemeinschaftliche, technische Unterstützung, etc. Im Übrigen müssen die Ziel 1- und Ziel 2-Programme der Grenzregionen dazu aufgefordert werden, die grenzüberschreitenden Ballungsräume in ihre nationalen Strategien und Projektfinanzierungen aufzunehmen. Angesichts der zum Tragen kommenden Maßnahmen sind sie es, die die größten Projekte finanzieren müssen.

Auf nationaler oder Bundesebene

Die grenzüberschreitenden Ballungsräume litten lange unter einer mangelnden Berücksichtigung in den regionalen oder nationalen Raumordnungs- und Planungsstrategien. Vor kurzem wurden im

Rahmen der französischen Projektausschreibung „coopération métropolitaine“ (Zusammenarbeit in Metropolen) mehrere grenzüberschreitende Ballungsräume, darunter die Trinationale Agglomeration Basel oder der Ballungsraum Frankreich-Waadst-Genf von der DIACT ausgezeichnet; für den Standort Genf wird auch ein Ballungsraumprogramm der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Anspruch genommen. Anhand dieser Beispiele erscheint es wichtig, eine stärkere Berücksichtigung der Zusammenarbeit grenzüberschreitender Ballungsräume in den verschiedenen nationalen oder regionalen Strategien zu fördern sowie diese zu koordinieren.

Eine Koordination zwischen den nationalen Behörden auf beiden Seiten der Grenze kann die Synergie der betreffenden Sektorpolitiken verbessern (vgl. beispielsweise die französisch-belgische parlamentarische Arbeitsgruppe). Sie begünstigt die Harmonisierung der Gesetzgebungen.

Auf gemeinschaftlicher Ebene

Die Besonderheit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besteht darin, dass es sich um eine Zusammenarbeit im Nahbereich handelt. Die Nähe (oder um genauer zu sein, der Zugang zu einem Gebiet, der die Parameter der gemeinsamen Präsenz (Dichte) sowie der guten Verkehrsanbindung kombiniert) spielt eine entscheidende Rolle: Sie ist die eigentliche Grundlage des städtischen Phänomens, Hauptparameter für die Raumordnung. In Zukunft beschäftigen sich alle Raumordnungspolitiken auf Gebietsebene vorrangig mit städtischen Strukturen von kleinen Städten, die ländliche Räume erschließen, bis hin zu Metropolen, die einen Motor der globalisierten Wirtschaft darstellen.

Im Rahmen der Europäischen Union wurden verschiedene Politiken zugunsten der Metropolregionen umgesetzt (Deutschland: Metropolregionen; Frankreich: coopération métropolitaine). Überall dort, wo mehrere europäische Metropolen in einem Grenzgebiet liegen (Lille, Genf, Kopenhagen-Malmö, Wien-Bratislava, etc.), sollten sie als ein Thema von europäischem Interesse definiert werden (vgl. Territoriale Agenda).

Die verschiedenen sektoriellen Politiken der Europäischen Union (Verkehr, Umwelt, etc.) haben eine wesentliche Auswirkung auf die grenzüberschreitenden Stadtgebiete. Die Harmonisierung der sektoriellen Politiken und die Berücksichtigung ihre Auswirkungen im Bereich der Raumordnung müssten, wie EUREK (1999) und Territoriale Agenda (2007) bestätigen, obligatorisch vorgeschrieben werden, so wie dies beispielsweise bei der Entscheidung für die Øresund-Brücke zwischen Kopenhagen und Malmö der Fall war, durch die die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Ballungsraums begünstigt wurde. Es geht darum, die Koordination zwischen der Europäischen Union und den verschiedenen angrenzenden Staaten zu verbessern, um solche grenzüberschreitende Ballungsräume zu fördern.

Dieses Festschreiben einer europäischen Herausforderung der grenzüberschreitenden Ballungsräume sollte durch die Berücksichtigung auf Gemeinschaftsebene zum Ausdruck kommen:

- in den Gemeinschaftsinstrumenten in Bezug auf Know-how (Urban Audit, beispielsweise für Genf bereits der Fall; ESPON)
- in den europäischen Strategien („Territoriale Agenda“, Weiterverfolgen der Kohäsionsstrategie)
- durch eine europäische Vernetzung der grenzüberschreitenden Ballungsräume, indem ein Netzwerk der Ballungsräume bzw. allgemeiner ein Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden in Europa (EUROMOT) gebildet wird, unterstützt durch ein INTERREG 4C-Projekt, und indem ein europäisches Netz von grenzüberschreitenden Metropolen im Rahmen von URBACT geschaffen wird.

❖ Empfehlungen

AUF LOKALER EBENE

Empfehlung 1: Politische Governance der grenzüberschreitenden Ballungsräume begünstigen

- Verschiedene institutionelle Ebenen nach ihren Kompetenzen zur Steuerung des Gebietsprojektes zusammenbringen.
- Technische Instrumente (Beobachtung, Planung) entwickeln.
- Einen Dialog mit den Einwohnern herstellen.

AUF REGIONALER UND NATIONALER EBENE

Empfehlung 2: Die grenzüberschreitende städtische Dimension auf dem regionalen Niveau berücksichtigen

- Die Artikulation zwischen den Ebenen der grenzüberschreitenden Ballungsräume und der Euroregionen fördern.
- Die grenzüberschreitenden Ballungsräume in der Durchführung der Europäischen Programme 2007-2013 berücksichtigen.

Empfehlung 3: Die Staaten dazu bringen, die Wirklichkeit der grenzüberschreitenden Ballungsräume zu berücksichtigen

- Es den Gebietskörperschaften ermöglichen, wenn sie es wollen, an interkommunalen grenzüberschreitenden Strukturen teilzunehmen (die Entwicklung von EVTZ begünstigen).
- Unterstützende Politiken für die Kooperation der grenzüberschreitenden Ballungsräume und der Metropolen entwickeln und koordinieren.
- An jeder Grenze eine Koordinierung der nationalen Politiken organisieren, indem sie die grenzüberschreitenden Ballungsräume berücksichtigen und gegebenenfalls die nationalen Gesetzgebungen anpassen.

AUF EUROPÄISCHER EBENE

Empfehlung 4: Die europäische Herausforderung der grenzüberschreitenden Ballungsräume berücksichtigen

- In den Gemeinschaftsinstrumenten die Bedürfnisse nach Beobachtung und Know-how der grenzüberschreitenden Ballungsräume berücksichtigen.
- Aus den grenzüberschreitenden Ballungsräumen Gebiete der Konvergenz für Gemeinschafts- und Nationalpolitiken im Rahmen eines europäischen Strategieansatzes werden lassen.
- Die grenzüberschreitenden Ballungsräume in Europa vernetzen.

Zusammenfassung der Diskussionen

Die grenzüberschreitenden Ballungsräume, die an den Grenzen Europas entstehen, bilden Lebensräume in denen eine Entwicklung stattfindet, deren spezifische Lage jedoch Ausgangspunkt einer komplexen Verwaltung ist. Wie kann man in diesen Gebieten besser leben und Brücken zwischen den Bewohnern dieser Gebiete aufbauen? Dies sind Fragen, zu denen sich die Vortragenden des Workshops austauschen sollten.

Die Präsentation der verschiedenen Projekte in grenzüberschreitenden Ballungsräumen (Tornio-Haparanda (FI/SE), Trinationaler Eurodistrict Basel (FR/DE/CH), Ballungsraum Frankreich-Waadtl-Genf (FR/CH), Eurodistrikt Saarbrücken-Moselle Est (FR/DE), Frankfurt/Oder-Slubice (DE/PL)) zeigt, dass die Herausforderungen an allen Grenzen ähnlich sind.

Das Hauptziel, das man in sämtlichen Ballungszentren verfolgt, besteht darin, den Alltag der Menschen, die in diesen Gebieten wohnen, zu verbessern. Die Grenzüberschreitungen müssen zu angenehmen Lebensräumen werden. Die gemeinsamen Interessen konzentrieren sich oft darauf, eine Zersiedelung zu vermeiden und/oder eine Dynamik in ein grenzüberschreitendes Stadtzentrum zu bringen, wofür eine gemeinsame Stadtplanung auf beiden Seiten der Grenze erforderlich ist. Da die Urbanisierung über die Grenzen hinausgeht, ist es unumgänglich, einerseits die grenzüberschreitenden Subventionen zu koordinieren und andererseits eine dauerhafte Governance-Struktur einzurichten, um eine politische Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner zu liefern.

Was die Wahrnehmung grenzüberschreitender Ballungsräume betrifft, so wird oft die Hypothese aufgestellt, dass die Grenze nicht existiere (auf Landkarten sind grenzüberschreitende Ballungszentren im Übrigen nur ganz selten mit Grenzlinien eingezeichnet). Somit ist es für die lokalen Akteure einfacher, eine globale Strategie und Projekte vorzuschlagen, um die „Zukunftsvision“ zu konkretisieren und den Ballungsraum gemeinsam aufzubauen.

Die Diskussionen betrafen verschiedene Aspekte der Verwaltung in Ballungsräumen:

- Die notwendige Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung am Prozess der Schaffung grenzüberschreitender Ballungsräume. Initiativen müssen auch von der Zivilgesellschaft ausgehen, um diese stärker an einem „gemeinsamen Aufbau“ des Ballungsgebiets teilhaben zu lassen. Für die Einbeziehung der Bevölkerung ist die Umsetzung von Kleinprojekten und der direkte Kontakt mit den Betroffenen äußerst wichtig.
- Die Transparenz der Governance- und Organisationsformen. Hierbei handelt es sich um ein Ziel, das nicht leicht zu realisieren ist, da das Zusammenspiel der Akteure in grenzüberschreitenden Belangen kompliziert und die Funktionsweise der Verwaltungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist. Ein Kennenlernen des Anderen ist daher vorrangig und konkrete Projektansätze sollten Vorrang vor hierarchischen Verwaltungsstrukturen haben.
- Die Transparenz der Information für die Bevölkerung. Die Information sollte nicht nur „von oben“ kommen (TV, Medien) sondern auch „von unten“.
- Die Berücksichtigung der Sprachen ist vorrangig, da damit zugleich die Identität des Nachbarn bewahrt wird. Daher „sind die Sprach- und Kulturgrenzen oft stärker als die physischen

Grenzen!“. Die Koexistenz zweier Arbeitssprachen kann beispielsweise durch Bildungsprogramme für die Partnersprache gefördert werden. Es wurde auch vorgeschlagen, dass Akteure, die im grenzüberschreitenden Bereich tätig sind, zwingend ein gewisses Niveau an Zweisprachigkeit haben sollten.

- Die Frage der Dominanz (eines Partners über den anderen) schürt Ängste, insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche Abhängigkeit bzw. Machtverhältnisse. Man sollte daher darauf achten, dass in diesen grenzüberschreitenden Ballungsgebieten nicht einfach „der Größere den Ausschlag gibt“, sondern dass die Verwaltung durch alle Partner gemeinsam sichergestellt wird.

Zusammenfassend zeigten die Diskussionen, dass die Realität der Grenzräume Berücksichtigung finden muss und dass ein starker politischer Wille erforderlich ist, um Gebietsprojekte zu tragen. Die Transparenz in Bezug auf das Handeln in grenzüberschreitenden Ballungsräumen, die Förderung der Zweisprachigkeit sowie die Qualität der politischen Beziehungen auf beiden Seiten der Grenze sind ihrerseits Garanten für eine gute Verwaltung grenzüberschreitender Ballungsgebiete.

Workshop 3

Grenzüberschreitende ländliche Räume und Naturräume: „Wertschöpfung aus lokalen Ressourcen“



© Europäische Gemeinschaften, 1995-2008

Vortragende

Präsident

Joël Giraud, Vizepräsident des Regionalrats Provence-Alpes-Côte d'Azur (FR)

Moderation des Workshops

Daniel Mio, Präsident des Regionalen Naturparks Scarpe Escaut (FR)

Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen

Michel Marchyllie, Direktor des Regionalen Naturparks Scarpe Escaut (FR)

Projekt 1: Projekt des grenzüberschreitenden Parks Hainaut (FR/BE)

Reinold Leplat, Direktor des Naturparks Plaines de l'Escaut (BE)

Projekt 2: Espace Mont Blanc, (FR/IT/CH)

Jean-Marc Bonino, Direktor der Abteilung Raumordnung und Gebirge, Stadt Chamonix Mont Blanc (FR)

Projekt 3: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Riesengebirge Krkonose/Karkonosze (CZ-PL)

Hanna Petrikova, Leiterin des grenzüberschreitenden Bioreservats Krkonose/Karkonosze (CZ)

Berichterstatter und Begleitung MOT

Olivier Denert, Projektdirektor, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Einleitung

Obwohl die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich zuerst im städtischen Kontext entwickelt hat, betrifft sie seit rund zehn Jahren auch die ländlichen Räume, die im Übrigen - auf die europäischen Grenzen bezogen - zahlenmäßig überwiegen. Diese weiten Gebiete an den Küsten, in Bergregionen oder auf dem flachen Land, die häufig nur schwach bevölkert sind, unterliegen insbesondere aufgrund ihrer geringen finanziellen, technischen und personellen Mittel ganz spezifischen Auflagen. Unabhängig davon, ob die Grenze einen bestehenden grenzüberschreitenden Lebensraum durchschneidet oder ob physische oder geschichtlich bedingte Hemmnisse die Grenze noch verstärken, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesen Lebensräumen ein Instrument für die lokale Entwicklung. Dadurch können sie ihr Gebiet kohärenter organisieren und Komplementaritäten suchen bzw. der jeweils anderen Bevölkerung bestimmte ortsabhängige Vorteile, Infrastrukturen und Dienstleistungen zugänglich machen. Schließlich wird auch die Identifikation mit dem Grenzraum in einem sich wandelnden Europa erleichtert.

Diese ländlichen Räume, die in Frankreich in „Pays“ (Projektgebiete), in Naturparks oder sonstige Organisationsformen eingeteilt sind und nationale bzw. spezifisch europäische Subventionen (LEADER, INTERREG) in Anspruch nehmen, sollten miteinander vernetzt werden, um ihre Bedürfnisse zu erfassen, erfolgreiche Erfahrungen auszutauschen und erste Überlegungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Alltag anzustellen.

Sie sind nicht nur durch ihre natürlichen Bande über die Grenzen hinweg gekennzeichnet, sondern auch durch die Vielfalt der Themen für die Zusammenarbeit. Auf grenzüberschreitender Ebene sind die geschützten Naturräume ein Beispiel für ein wachsendes Miteinbeziehen der nachhaltigen Entwicklung, durch ein Erhalten der natürlichen Ressourcen, aber auch der Landschaften und der für diese Räume charakteristischen Fertigkeiten. Durch die Aufwertung lokaler Wirtschaftssektoren, durch touristische Aktivitäten und konzertierte Raumplanung können sie auch Träger eines neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmodells für einen ländlichen Raum sein.

In diesem Zusammenhang sind die grenzüberschreitenden Erfahrungen in geschützten Naturräumen (Nationalparks, regionalen Naturparks, Naturschutzgebieten, etc.) besonders hervorzuheben. In einem Europa, in dem sich die Verstädterung und ihre Auswirkungen auf die Umwelt mit jedem Tag verschärfen, stellen sie eine „grüne Lunge“ dar.

❖ Grenzüberschreitende, ländliche Räume sind mit spezifischen Problemen konfrontiert

▪ Grenzüberschreitende Räume unter dem Druck der Grenze oder der Abwanderung der Bevölkerung

Je nach ihrer geographischen Lage beobachtet man in den isoliertesten grenzüberschreitenden, ländlichen Räumen (ein Großteil der französisch-spanischen Grenze), dass es dort immer mehr zu einer Abwanderung kommt, bzw. im Gegensatz dazu zu einem sehr starken Druck durch die Stadtgebiete, die sich manchmal auf der anderen Seite der Grenze befinden (Beispiel: französisch-

belgische und französisch-luxemburgische Grenze sowie ein Teil der deutsch-französischen und schweizerisch-französischen Grenzen).

Durch vorhandene Grenzen hatten einige dieser Räume lange Zeit den Status von „Sackgassen“, am Rand nationaler Räume gelegen, und somit außerhalb der nationalen Prioritäten in Bezug auf Infrastrukturen und ohne eine kritische Masse zu erreichen, die ihnen eine gewisse Sichtbarkeit erlaubt hätte. Die abgeschlossene Lage einiger dieser Gegenden, weit entfernt von den großen Kommunikationsinfrastrukturen, das beschränkte Angebot an Dienstleistungen von allgemeinem Wirtschaftsinteresse sowie die geringe Anzahl von Arbeitsplätzen erlaubten kaum ein Wachstum, oder auch nur ein Halten vor Ort der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter.

Nichtsdestoweniger stellen diese grenzüberschreitenden, ländlichen Räume bzw. Naturräume in einigen Fällen echte Erholungsgrünräume für die grenzüberschreitenden Ballungszentren dar, unter deren Druck sie leiden: verschiedene Arten von Grenzgängerströmen, immer weiteres Wachstum der Vororte durch die Ansiedlung der benachbarten Stadtbevölkerung, intensive Tourismusnutzung (besonders am Wochenende). Aktionen, die darauf ausgerichtet sind, dieses Phänomen der Ausdehnung der benachbarten Ballungsgebiete in den Griff zu bekommen, sind umso schwieriger umzusetzen, wenn sich die städtischen Pole auf der anderen Seite der Grenze befinden (Departement Ain und Obersavoyen mit Genf (FR/CH), Oberrhein mit Basel (FR/CH), Niederösterreich mit Bratislava (AU/SL), etc.).

- **Zu erhaltende Naturräume, deren Ressourcen an Wert verlieren, weil sie nicht koordiniert verwaltet werden**

Diese grenzüberschreitenden, ländlichen Räume sind gleichzeitig empfindliche Räume mit reichem und auf beiden Seiten der Grenze verwandtem Naturerbe (Architektur, Landschaften, Flora, Fauna, Know-how, etc.). Sie ermöglichen die Entwicklung eines für sie vorteilhaften Tourismus, der möglicherweise auch ein potentieller Gefährdungsfaktor für ihr Gleichgewicht sein kann. Diese Situation setzt eine konzertierte, grenzüberschreitende Politik zur Erhaltung und Wertschätzung der gemeinsamen Ressourcen voraus.

- **Verschieben der Grenzverbindung, die Element für die Identität der ländlichen Räume und der Naturräume ist**

Die grenzüberschreitenden, ländlichen Räume teilten oft über lange Zeit eine gemeinsame Kultur (Sprache, Landschaften, Architektur, Know-how, landwirtschaftliche Traditionen, Feste und Feiertage, etc.). Die Weiterentwicklung der dort lebenden Gesellschaften hat angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen eine Abwanderung dieser Bevölkerung in Richtung der jeweils in ihrem Umkreis liegenden, nationalen Stadtgebiete geführt, womit nach und nach diese grenzüberschreitende, ländliche Kultur sowie ein Teil der Identität dieser Gebiete verloren gegangen ist.

- **Geringe Vernetzung der grenzüberschreitenden, ländlichen Räume und geringe Anerkennung der Eigenheiten in der regionalen, nationalen und europäischen Raumordnungspolitik**

Auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene leiden sie an fehlender Anerkennung, weil sie von den Entscheidungszentren weit entfernt sind und oft kein eigenes Fachwissen, keine effiziente Vernetzung, kein Lobbying und keine Plattform haben, die sie im Bereich der

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbindet. Dadurch, dass sie praktisch wenig hervortreten, haben sie kaum Zugang zu den Politiken und Förderungen, die die grenzüberschreitenden Stadtgebiete in Anspruch nehmen können.

Außerdem ist festzustellen, und dies noch viel deutlicher als bei den Stadtgebieten, dass die grenzüberschreitenden Gebiete in den lokalen Raumordnungsplänen kaum zu finden sind (fehlende Kenntnisse über die jeweils andere Seite der Grenze und Problem des begrenzten, internen Know-hows), ebenso wenig wie in den Raumordnungsdokumenten der übergeordneten Handlungsebenen (insbesondere auf Regionalebene).

Diese geringe Anerkennung ihres grenzüberschreitenden Charakters macht die gegenseitige Nutzung des Angebots einer Reihe von Dienstleistungen und Infrastrukturen, die in diesen Gebieten immer schwieriger aufrecht zu erhalten sind (Gesundheit, Kultur, Naturrisikomanagement, Zugangsmöglichkeiten, etc.), umso schwieriger.

❖ Empfehlungen

Empfehlung 1: Entwicklung einer Verwaltung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen auf grenzüberschreitender Ebene

Die Verwaltung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen auf grenzüberschreitender Ebene bildet oft den Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Räumen und Naturräumen. Diese Aktionen verfolgen das Ziel, den Schutz aller Bereiche der Ökosysteme zu verwalten, nämlich Böden, Wasserkreislauf, Vegetation, Fauna sowie den natürlichen Ablauf aller Prozesse, die in diesen komplexen Gefügen wie Wäldern, Flüssen, Bergmassiven und Küstengebieten, etc. zum Tragen kommen. Die Koordinierung bzw. sogar die Harmonisierung von Steuerungsinstrumenten steht im Zentrum einer solchen Zusammenarbeit, die in zahlreichen Naturparks seit langem der Fall, in anderen ländlichen Räumen aber noch zu selten anzutreffen ist.

Empfehlung 2: Entwicklung grenzüberschreitender, öffentlicher Dienstleistungen, Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten sowie der internen, grenzüberschreitenden „Versorgung“ dieser Gebiete

Die grenzüberschreitenden, ländlichen Räume haben Schwierigkeiten, die für ihr gutes Funktionieren erforderlichen, öffentlichen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten. Es geht darum, über den Mehrwert nachzudenken, der sich durch ihre Lage im Grenzgebiet ergibt, sowie über das gegenseitige Angebot und die Aufrechterhaltung bestimmter Dienstleistungen (Gesundheitswesen, personenbezogene Dienstleistungen, Schulen, etc.), indem echte, nationale Verwaltungsbarrieren, die möglicherweise existieren, überwunden werden. Es stellt sich auch die Frage nach internen, grenzüberschreitenden, effizienten Kommunikationsnetzen in diesen Gebieten (Mobiltelefonnetz, Breitbandnetz, etc.) sowie jene nach den Zugangsmöglichkeiten des Grenzgebietes zu externen öffentlichen Dienstleistungen durch Verkehrsinfrastrukturen.

Empfehlung 3: Den städtischen und touristischen Druck auf diese Gebiete grenzüberschreitend steuern

Die ländlichen grenzüberschreitenden Räume bzw. Naturräume stellen oft echte Erholungsgrünräume zwischen den verstädterten Ballungszentren dar. Es sollten daher im Grenzgebiet die Maßnahmen, die eine kontrollierte Stadtentwicklung ermöglichen, koordiniert und dort die Phänomene der Ausdehnung der Randgebiete (die sich manchmal auf der anderen Seite der Grenze befinden) gesteuert werden. Bestimmte ländliche bzw. Naturräume stehen aufgrund der touristischen Nutzung sowie des immer stärkeren Ausbaus von Fremdenverkehrseinrichtungen unter großem Druck. Es sollten daher Aktionen im Rahmen des Fremdenverkehrs in diesen Gebieten koordiniert werden, sodass ein nachhaltiger Tourismus betrieben werden kann, ohne das empfindliche Gleichgewicht dieser Räume zu gefährden.

Empfehlung 4: Förderung der Wirtschaftsentwicklung und der Beschäftigung

Einige ländliche Naturräume und grenzüberschreitende Gebiete haben die Wirtschaftsentwicklung durch Aktionen, die die Beschäftigung aufrechterhalten, die Bevölkerung halten bzw. sogar neue Arbeitskräfte anziehen sollen, in ihre Arbeitsweise integriert.

Diese Entwicklungsachsen können Folgendes betreffen:

- die Diversifizierung und Aufwertung lokaler Wirtschaftskluster, die Gegenstand ländlicher Excellence-Zentren sein könnten,
- die Entwicklung innovativer Aktivitäten (beispielsweise Zusammenspiel von Tourismus und Landwirtschaft),
- die heimische Wirtschaft und die Entwicklung des Fremdenverkehrs (durch Schaffung von Gebiets-Labels und einer gemeinsamen Werbung des Gebietes dies- und jenseits der Grenze),
- Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeiten dieser Gebiete (Erschließung durch Straßen sowie öffentliche Verkehrsmittel).

All diese Entwicklungsachsen sollen den sozialen und kulturellen Zusammenhalt dieser Gebiete und Naturräume stärken.

Empfehlung 5: Organisation der Governance für grenzüberschreitende Projekte

Dem Beispiel der Stadtgebiete folgend, stellen die grenzüberschreitenden, ländlichen Räume in bestimmten Fällen Überlegungen über die Ausarbeitung eines grenzüberschreitenden Gebietsprojekts an, das mit einer gemeinsamen Governance und gegebenenfalls einer angepassten Rechtstruktur ausgestattet ist. Um sie beim Aufbau dieser Governance zu begleiten, sollte ihre Vernetzung unterstützt und eine entsprechende praktische Hilfestellung entwickelt werden.

Empfehlung 6: Anerkennung dieser Räume als „Bausteine“ im europäischen Einigungsprozess, damit sie in den regionalen, nationalen und EU-Planungsdokumenten mehr Berücksichtigung finden

Aufgrund ihrer Anzahl und ihrer Größe haben diese Räume sehr wohl ihren Platz im europäischen Einigungsprozess, nicht nur an den westlichen Grenzen, sondern auch als Vektor für den Frieden in Mittel- und Osteuropa, manchmal auch an konflikträchtigeren Grenzen (beispielsweise Balkan). Die grenzüberschreitenden Ansätze dieser Gebiete, die lange Zeit im Schatten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Stadtgebieten gestanden sind, sind nicht global organisiert, selbst wenn bestimmte Kategorien von Räumen (vor allem geschützte Naturräume) beginnen, sich untereinander selbst zu organisieren¹⁶. Außerdem sollten auf europäischer Ebene die Akteure dieser Gebiete vernetzt werden, sowohl auf politischer als auch auf administrativer Ebene (Austausch von Best-Practice-Modellen, Know-how-Transfer, etc.).

Zusammenfassung der Diskussionen

Die grenzüberschreitenden ländlichen Räume, die an allen europäischen Grenzen überwiegen, sind städtischen Gebieten gegenüber benachteiligt, wenn es um grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine Strukturierung geht. Welche Reaktionen auf diese Schwierigkeiten gibt es? Wie soll man gemeinsame, lokale Ressourcen als Herausforderung dieser Räume aufwerten? Dies war der Ausgangspunkt, um den sich der Workshop und die Diskussionen im Anschluss an die Präsentationen der Vortragenden entwickelten.

Die Erfahrungsberichte betrafen unterschiedliche Naturräume, die die verschiedenen Aspekte der grenzüberschreitenden ländlichen Räume und Naturräume widerspiegeln: ein grenzüberschreitender, dicht besiedelter und von großen Ballungsgebieten eingesäumter Naturpark (der grenzüberschreitende Naturpark Hainaut, FR/BE), ein bewohnter Hochgebirgsraum, der weltweit bekannte, transeuropäische Straßenverkehrskorridor (Mont-Blanc-Gebiet, FR/IT/CH) und ein Bioreservat in einer Bergregion des ehemaligen Ostblocks, wo die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dem politischen und kulturellen Wiederaufbau Europas dient (das „Riesengebirge Krkonose/Karkonosze“, CZ/PL). Die Vorträge zeigten, dass in vielen bewohnten Gebieten mit gemeinsamer, grenzüberschreitender Kultur die zentralen Herausforderungen auf beiden Seiten der Grenze die gleichen sind.

Eines der Hauptanliegen, das in den Vorträgen unterstrichen wurde, betrifft die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts in diesen empfindlichen Gebieten mit ihrem außergewöhnlichen Kultur- und Naturerbe, das einerseits durch den Niedergang infolge einer Bevölkerungsabwanderung und andererseits durch den Druck der benachbarten Stadtgebiete sowie durch die vorbeiführenden transnationalen Straßenverkehrsströme bedroht ist.

¹⁶ Die regionalen Naturparks in Frankreich, die europäische Sektion des Netzwerks „Global transboundary protected areas network“ der IUCN, Europark, das Netz Natura 2000, das Netz der grenzüberschreitenden Biosphärenreservate der UNESCO...

Ein zweites Anliegen war die gemeinsame und solidarische Verwaltung dieser Räume: Welche Instrumente? Welche Methode für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit? Was soll geschehen, um die übergeordneten Handlungsebenen (Region, Staat, Europäische Union) für die Situation dieser Gebiete zu sensibilisieren?

Ein dritter behandelter Aspekt betraf die technische und juristische Strukturierung einer Governance in diesen Räumen, die, ebenso wie Stadtgebiete, grenzüberschreitende Gebietsprojekte bilden.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde von den Teilnehmern von Anfang an als Mehrwert für die grenzüberschreitenden ländlichen Gebiete erlebt.

Die Diskussionen konzentrierten sich insbesondere auf die schwierige, aber notwendige Koordination zwischen den Herausforderungen der Wirtschaftsentwicklung (Verwaltung der Verkehrsflüsse, der Stadtrandgebiete sowie des grenzüberschreitenden, städtischen und touristischen Drucks) einerseits und den Herausforderungen der Erhaltung und Verwaltung von Naturressourcen andererseits. In diesem Zusammenhang muss der innovative Charakter dieser Wirtschaftsentwicklung noch gefunden und als Priorität definiert werden, damit der wesentliche Vorteil dieser Gebiete, nämlich ihr Lebensraum und ihr Naturerbe, nicht verloren gehen.

Die Teilnehmer bestanden darauf, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesen Gebieten unter Einbeziehung der Bewohner und nicht ausschließlich der üblichen, institutionellen Akteure erfolgen muss. Die häufig zu folklorhafte Dimension der grenzüberschreitenden Kultur muss zugunsten der Erwartungen der Bevölkerung und ihrer heutigen Lebensweise in den Hintergrund gerückt werden. In diesem Zusammenhang müssen bürgernahe Verbände in die Zusammenarbeit miteinbezogen werden. Schließlich betrifft die sprachliche Dimension nicht nur die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Fachleute, sondern auch die Bevölkerung selbst.

Die grenzüberschreitenden ländlichen Gebiete werden zu häufig von außen verwaltet. Sie machen nur selten auf sich aufmerksam und oft treffen Außenstehende Entscheidungen an ihrer Stelle. Die lokalen Politiker haben nur selten auf nationaler Ebene Einfluss. Das Fehlen eines Netzwerkes und nützlicher Beziehungen benachteiligt sie gegenüber städtischen Gebieten, insbesondere, wenn es um den Zugang zu Finanzmitteln geht.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass für diese Räume eine Betreuung, eine Vernetzung und ein Lobbying organisiert werden müssen, damit ihre Rolle für den Aufbau Europas anerkannt wird, insbesondere an den noch konfliktreichen Grenzen. Außerdem haben sie, ebenso wie die Stadtgebiete, ihre eigenen grenzüberschreitenden Gebietsprojekte und müssen dieselben Experimentiermöglichkeiten nutzen können, sowohl was grenzüberschreitende Governance und Rechtsstrukturen als auch was die gegenseitige Nutzung gemeinsamer öffentlicher Dienstleistungen, deren Aufrechterhaltung in diesen gelebten und bewohnten Gebieten von grundlegender Bedeutung ist, betrifft.

Workshop 4

Zusammenarbeit an Seegrenzen: „Lokale Bande schaffen“

© Europäische Gemeinschaften, 1995-2008



Øresund-Brücke zwischen Kopenhagen und Malmö, Grenze zwischen Dänemark und Schweden

Vortragende

Präsident

Alan Marsh, Direktor für internationale Angelegenheiten, Kent County Council (UK)

Moderation des Workshops

Bruno Cooren, Verantwortlicher für Internationale Beziehungen, Stadtverband Dunkerque - Grand Littoral (FR)

Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen

Jean-François Léandri, Entwicklungsdirektor, Stadt Bastia (FR)

Projekte

- Zugang der Küstengebiete

Projekt 1: Auswirkung des Tunnels unter dem Ärmelkanal auf das Grenzgebiet (FR/UK)

Pascal Quintin, Direktor für Europäische Angelegenheiten, Generalrat Pas de Calais (FR)

Projekt 2: Auswirkung der Seeverbindung Dieppe/Newhaven (FR/UK)

Jean-Pierre Lucas, Stellvertretender Generaldirektor, Generalrat Seine-Maritime (FR)

- Meeresumwelt

Projekt 1: Internationaler Meeresspark Korsika-Sardinien (FR/IT)

Maddy Cancemi, Stellvertretende Verantwortliche für geschützte Naturräume, und Christophe Perfettini, Verantwortlicher für öffentliche Aufträge, Umweltamt Kosika (FR)

Projekt 2: Projekt des Integrierten Küstenzonenmanagements - IKZM Riviera/Roya (FR/IT)

Muriel Lazzaretti, Abteilungsleiter für Raumplanung, Communauté d'Agglomération de la Riviera Française (FR)

- Governance der lokalen Küstengebiete

Projekt 1: Hafenstädte in Nord-Thyrienien (FR/IT)

Jean-François Léandri, Entwicklungsdirektor, Stadt Bastia (FR)

Projekt 2: Toskana: Governance-Systeme in Küstengebieten (IT):

Francesco Iacometti, Beauftragter für Instrumente der regionalen und lokalen Programmation, Region Toscana (IT)

Berichterstatter und Begleitung MOT

Françoise Schneider-Français, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

Zum Zeitpunkt der Beratung über das Grünbuch der Europäischen Kommission zur Meerespolitik der Union¹⁷, muss nicht mehr bewiesen werden, dass das Meer für die territoriale Entwicklung Europas von Interesse ist.

In diesem Zusammenhang sollten die Herausforderungen einer erweiterten Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gemeinschaft auf neue Grenzen präzisiert werden.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen kann (im Gegensatz zu anderen Formen der Zusammenarbeit, wie beispielsweise der transnationalen) als Beziehung zwischen lokalen Gebietskörperschaften oder Behörden beschrieben werden, die für den Seeverkehr zuständig sind und sich um gemeinsame Aktivitäten bemühen. Sie hat im Unterschied zur Zusammenarbeit, die im weiträumigeren Seeverkehr erfolgt, eine starke „territoriale“ Dimension.

Die Zusammenarbeit betrifft zahlreiche Themen: Seeverbindungen, Wertschöpfung in Hafen- und Stadtgebieten, Wirtschaftsentwicklung, touristische und kulturelle Zusammenarbeit, Schutz der maritimen Umwelt, integriertes Management der Küstenbereiche, etc.

Meeresflächen sind sowohl eine natürliche Grenze als auch eine Verbindung, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stark beeinflussen. Die zwei wichtigsten Hindernisse im Seebereich betreffen den Zugang zu und den Mangel an einer grenzüberschreitenden Kultur. Die Entwicklung der Zusammenarbeit geht eng einher mit dem Bestehen von Seeverbindungen oder „festen“ Verbindungen (Brücken und Tunnels), die wirkliche Eingangspforten in das Gebiet sind; sie erzeugen auch die für den Aufbau eines gemeinsamen „territorialen Projekts“ unerlässlichen, wechselseitigen Beziehungen bzw. den Austausch in verschiedenen Bereichen.

Wie kann die Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten an lokalen Seegrenzen verbessert werden? Wie können diese Räume auf Gemeinschaftsebene stärker ins Bewusstsein gerückt werden? Wie kann bewirkt werden, dass die Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen als unumgänglich für die Integration der Küstengebiete in das Gebiet Europas angesehen wird, und

¹⁷ Grünbuch der Europäischen Kommission: „Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: eine europäische Vision für Ozeane und Meeren“ [KOM(2006) 275, Juni 2006]:
- Teil I: http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com_2006_0275_de.pdf
- Teil II: http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com_2006_0275_de_part2.pdf

wie kann diese Zusammenarbeit langfristig Gültigkeit bekommen? Welche Rolle soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der integrierten Verwaltung der Küstenzonen spielen? Welche Anknüpfungspunkte gibt es für eine Zusammenarbeit in weiteren Bereichen?

Die Zielsetzungen dieses Workshops sind somit folgende:

- Erfahrungsaustausch über die Besonderheiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen,
- Aufzeigen der Schwierigkeiten, denen die Küstenregionen begegnen und gelungener Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Seeverkehr,
- Erfahrungsaustausch über die spezifischen Anforderungen im Bereich der Zusammenarbeit in solchen Gebieten,
- Schaffung von Möglichkeiten zur besseren Integration von Küstenregionen in das Gebiet Europas.

❖ Definitionen und Begriffe: die Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen

Auch wenn die Staaten in Bezug auf Umwelt, Schifffahrt und Meeressicherheit die wichtigsten Kooperationspartner im Seeverkehr sind, haben sich seit einigen Jahren auch zwischen den Behörden und Gebietskörperschaften an den Küsten Europas Kooperationsprojekte an lokalen Seegrenzen entwickelt.

Sieht man sich die „klassische“ Definition für grenzüberschreitende Zusammenarbeit an, wie sie der Europarat vorschlägt (nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften und Behörden, die sich zu beiden Seiten der Grenzen befinden), so stellen Meeresgebiete a priori eine natürliche Barriere dar, weil sie das Gebiet trennen. Dennoch haben die Gebietskörperschaften und Behörden der Küstengebiete Kooperationsprojekte in Angriff genommen, die dazu beitragen, dieses Hindernis zu einem gemeinsamen Gebiet werden zu lassen, oder zumindest zu einem Ort des Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme.

Die Kooperationspartner sind Gebietskörperschaften und Behörden an den Küsten, deren Gebiet, Organisation und Kompetenzen je nach Staat unterschiedlich sind: neben Hafenstädten haben öffentliche Einrichtungen, Regionen, Provinzen oder andere infraregionale Instanzen Aktivitäten der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen entwickelt.

Die wichtigste Frage, die sich diesen Akteuren stellt, ist es zu beweisen, dass die Seegrenze sehr wohl ein Raum der Zusammenarbeit ist. Historisch gesehen wurden durch das Entstehen von Nationalstaaten die Beziehungen der historischen Zusammenarbeit in Küstengrenzgebieten in Frage gestellt.

Es ist möglich die Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen, zu bestimmten Themenbereichen, von der transnationalen Zusammenarbeit, die im Rahmen gemeinsamer Strategien stattfindet, zu trennen: Die Küstenregionen sind gleichzeitig auf Ebene der lokalen Kooperation wie auch von der Zusammenarbeit auf transnationaler Ebene (beispielsweise der Ärmelkanal und Nord-West-Europa für die Region Nord-Pas de Calais) betroffen. Im Rahmen der Zusammenarbeit an lokalen

Seegrenzen ist je nach Gegebenheiten die Frage der unterschiedlichen Ebenen (Seeräume wie der Ärmelkanal, Zusammenarbeit im Nahbereich, beispielsweise Korsika-Sardinien) zu behandeln.

Ziel dieses Workshops ist es, verständlich zu machen, dass die grenzüberschreitenden Küstengebiete voneinander abhängige Gebiete sind, die an einem Lebensraum oder einem bereits bestehenden bzw. potentiellen, gemeinsamen Entwicklungsgebiet Teil haben. Ziel der Zusammenarbeit ist es, in den Bereichen Tourismus, Personen- bzw. Frachtverkehr, Kultur, etc. ein Engagement für gemeinsame Projekte zu bewirken. Durch diese Projekte wird es dann möglich sein, dass „Küstengebiete an den Grenzen“ schließlich zu „gemeinsamen Küstengebieten“ werden.

Die Eigenheit der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen besteht schließlich auch in der Vielfalt der Themen. Wenn auch die Küstensicherheit vorrangig in die Verantwortung der jeweiligen Staaten fällt, so haben auch die Gebietskörperschaften und Behörden in Küstengebieten gemeinsame Projekte in folgenden Bereichen entwickelt:

- Schutz der Meeresumwelt (vgl. Internationaler Meerespark Korsika-Sardinien)
- Integrierte Verwaltung der Küstenzonen durch Erhaltung und Aufwertung der Küstengebiete (vgl. Projekt des Integrierten Küstenzonenmanagements - IKZM Riviera/Roya Frankreich-Italien-Monaco)
- Schaffen von Seeverbindungen (vgl. Verbindung Dieppe-Newhaven)
- Aufwertung der Hafen- und Hafenstadtgebiete (Ärmelkanal, tyrrhenisches Meer)
- Umweltrisikoprävention in Küstengebieten (Ärmelkanal, Frankreich/Italien)

Im Rahmen der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen setzen die Partner auch Kooperationsprojekte in den Bereichen wirtschaftliche, touristische und kulturelle Entwicklung um, analog zu Beispielen grenzüberschreitender Landregionen¹⁸. Wenn dieser lokale Mehrwert in Großräumen existiert, sollte er auch gefördert und sollten begleitende Maßnahmen ergriffen werden.

❖ Probleme und Herausforderungen der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen

Trotz der Existenz festen Verbindungen oder der Förderung von Projekten durch europäische Programme ist die Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen heute nicht unbedingt einfacher geworden.

Aus geographischer Sicht ist der Begriff „lokal“ von grundlegender Bedeutung. Es kann sich dabei um geographische Nähe (zwölf Kilometer zwischen Korsika und Sardinien), ebenso wie eine kulturelle oder wirtschaftliche Nähe handeln. Die zweite Voraussetzung ist das Existieren einer festen Verbindung (Brücke, Tunnel) oder von See- bzw. permanenten Luftverbindungen, die den Zugang zu den Partnern zu beiden Seiten der Seegrenzen garantieren.

¹⁸ Vgl. Kooperation des Generalrats Pas de Calais/Kent County Council in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Jugend (Projekt „Bien être“ („Wohlbefinden“)) und in den Bereichen Bildung im Fremdsprachenunterricht für Unterstufenschüler (Projekt K62); www.cg62.fr

- **Ein Problem, verbunden mit der Art der Grenze, der Zugänglichkeit**

Es ist zu unterstreichen, dass es notwendig ist, Verkehrsinfrastrukturen zu nützen und zu verbinden, und zwar um die Probleme des Zugangs zu den Gebieten zu Land (Parkplätze, Straßenverkehrsnetze bis zu den Häfen, Stadt/Hafenverbindungen) aber ebenso zu Wasser (Frequenz und Regelmäßigkeit der Schiffe, Verkehrskosten, Nivellierung der Häfen, um auch von Großschiffen angelaufen werden zu können) oder auf dem Luftweg zu lösen.

Der Zeitfaktor (Reisezeit, aber auch Frequenz der Fährschiffe) ist im Rahmen der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen bedeutend. Auch der Kostenfaktor spielt eine wesentlich größere Rolle als an klassischen Grenzen. Außerdem sind die Entwicklungen oft ungünstig. Trotz des europäischen Einigungsprozesses sind es heute die internen staatlichen Überlegungen, die die Strukturierung des Verkehrsangebots bestimmen.

So leiden beispielsweise einige Hafenstädte in Kent als Touristendestinationen unter der Konkurrenz der Billigfluglinien. Außerdem scheint es so, als hätten sich die Küsten Englands und Frankreichs voneinander entfernt, und dies trotz des Tunnels unter dem Ärmelkanal¹⁹.

Die Verkehrsunternehmen haben sich auf die europäischen Verbindungen konzentriert, ohne die Anforderungen der lokalen Strecken für die Bewohner des Kent County oder des Departements Pas de Calais zu berücksichtigen und zwar in einem Ausmaß, dass jetzt die Eurostar-Haltestellen in Maidstone und Frethun gefährdet sind. Den Partnern im Grenzgebiet erscheint es daher dringend notwendig, sich zu mobilisieren, um die Zukunft der notwendigen Verbindungen zwischen den Nachbarregionen sicherzustellen.

Beobachtet man die Verkehrsströme unter dem Ärmelkanal, ergibt sich ein großes Ungleichgewicht: 70% der Tunnelbenutzer sind Briten, die zum Kontinent reisen. Um diese Faktoren und ihre Entwicklung objektiv zu messen, bieten die Indikatoren über den Zugang des Gebiets (die gleichzeitig die Transportkosten (Geld- und Zeitaufwand) sowie die Bedeutung des Bestimmungsortes berücksichtigen, ausgedrückt in Bevölkerungszahl oder BIP) theoretisch eine interessante Erklärung – sofern diese Daten zur Verfügung stehen.

Derzeit erfolgt die Subventionierung der Seeverbindungen nach nationalen und nicht nach geographischen Überlegungen (die französischen Subventionen betreffen beispielsweise die Verbindungen Korsika-Kontinent und nicht die Verbindungen Korsika-Italien, die aufgrund der Nähe kürzer und schneller sind). Nationale Ansätze herrschen hier gegenüber geographischen Überlegungen vor, jeder Staat subventioniert interne Verbindungen im Rahmen der nationalen, territorialen Kontinuität.

¹⁹ Außerdem hat die Duty free-Aufhebung im Januar 2000 nicht dazu beigetragen, die Verbindungen zu beleben. Durch den Duty free-Service war es möglich, den Fahrgästen nur 10% der Reisekosten für die Ärmelkanalüberquerung zu verrechnen.

▪ Thematische Herausforderungen der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen

Entwicklung des Seeverkehrs im Dienste der Zusammenarbeit an Seegrenzen

Im Frachtbereich ist der Seeverkehr in Zukunft eine Priorität der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten (Entwicklung von Meeresautobahnen und des „short sea shipping“²⁰). Die Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen erscheint wie das fehlende Glied in den internationalen Seeverkehrspolitiken und wie ein Hebel für die lokale Entwicklung.

Es sind die lokalen Akteure (Hafenstädte, Departements, Provinzen, etc.) und die regionalen Akteure betroffen, die eine offensichtliche Gelegenheit haben, folgende Themen zu behandeln: Schnittstelle Meer/Land, Förderung der Intermodalität, Organisation von Infrastrukturen der Verkehrsverbindung zwischen Häfen und dem Hinterland bzw. Strukturierung des Logistiksektors, einschließlich seiner grenzüberschreitenden Dimension. Das „short sea shipping“ fällt beispielsweise als Alternative zur Straßenfracht in den Rahmen der „Göteborg-Ziele“.

Was den Passagierverkehr betrifft, so wird die Frage der Infrastrukturen (feste Verbindungen, Häfen) gegenüber dem Angebot regelmäßiger Dienstleistungen, deren Kostenfrage oben bereits angesprochen wurde, privilegiert behandelt.

In Bezug auf den Seefracht- bzw. -personenverkehr stellt sich die Frage nach öffentlichen Zuschüssen für die Anlaufphase neuer Dienstleistungen (vgl. Förderung der Seefracht im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms Marco Polo²¹, oder nach der Mobilisierung von EFRE-Fonds im Rahmen Operationeller Programme für territoriale Zusammenarbeit), bzw. nach einer dauerhaften öffentlichen Unterstützung (Verpflichtung zu einer öffentlichen Dienstleistung im Sinne des territorialen Zusammenhalts).

Wirtschaftliche Herausforderungen

In Küstenzonen befinden sich die Wirtschaftsakteure eher in einer Konkurrenzsituation. Angesichts der gemeinsamen Ressourcen in den Küstenregionen kann die Zusammenarbeit an Seegrenzen jedoch Themen wie Fischfang, Fischzucht, Logistik und Tourismus (Jachtschiffahrt, Kreuzfahrten, Tourismus an den Küsten, gemeinsames Marketing, etc.) oder die Entwicklung von grenzüberschreitenden Clustern auf der Grundlage gemeinsamer Meeresressourcen²² betreffen.

Im Rahmen des „Fischereipols“ Boulogne (Pas de Calais) gibt es beispielsweise noch keinen grenzüberschreitenden Wettbewerbspol, der Austausch erfolgt zwischen den Universitäten.

Herausforderungen im Bereich der Beschäftigung/Aus- und Fortbildung

Wenn auch die Entfernung und die täglichen Transportkosten die Haupthindernisse für die grenzüberschreitende Entwicklung der Beschäftigung in Grenzregionen darstellen, sollte man dennoch die von EURES Channel zum Thema Zusammenarbeit über den Ärmelkanal²³ durchgeführten Arbeiten zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität im französisch-belgisch-britischen Küstengebiet hervorheben.

²⁰ Kurzstrecken-Küstenkaboatage.

²¹ Mit dem Ziel, die Überlastung der Straßenverkehrsnetze zu reduzieren, indem ein Teil der Straßenfracht auf die Kurzstrecken-Seeschiffahrt, die Schiene oder die Binnenschiffahrt verlagert wird (Vgl. Gemeinschaftsverordnung 1382/2003, <http://europa.eu/scadplus/leg/fr/lvb/l24159.htm>).

²² Vgl.: „Wirtschaftsentwicklung des Gebiets Normandie/Sussex“ oder „Französisch-britischer Fahrrad-Weg“ im Rahmen des französisch-britischen INTERREG IIIA-Programms (www.interreg3.com); „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Faktor für beispielhafte Berufspraktiken im Dienste der Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus in Europa“, Tourismusausschuss des Departements Pas de Calais.

²³ Vgl. www.eureschannel.org

Herausforderungen im Umweltbereich

Die Küstengebiete sind durch ein außergewöhnliches, aber bedrohtes Naturerbe gekennzeichnet; diese Herausforderung verlangt einen grenzüberschreitenden Ansatz zu Themen wie Fischerei-Ressourcen und Quoten, Erhaltung der Biodiversität, Koordination der Staaten und der Körperschaften in Bezug auf die Vorbeugung von Umweltrisiken in Küstengebieten (Küstenüberwachung, Katastropheneinsätze, etc.), Klimawandel, insbesondere Anstieg des Meeresspiegels, Entwicklung erneuerbarer Meeresenergien (Wind, etc.) oder Handhaben des städtischen Drucks auf die Küstengebiete.

In dieser Hinsicht soll das Projekt des internationalen Meeresparks²⁴ zwischen Korsika und Sardinien das Naturschutzgebiet Bouches de Bonifacio (FR), das Naturschutzgebiet „Tre Padule de Suartone“ (IT), das Conservatoire du Littoral (Küstenschutzkonservatorium) (FR) sowie den Nationalpark des Archipels Maddalena (IT) umfassen und schützen bzw. das Naturerbe dieser Region, insbesondere die Küsten- und Meeresgebiete sowie die außergewöhnlichen Landschaften, aufwerten.

Herausforderungen im Bereich der Kultur und der Bildung

Aufgrund früherer, historischer Beziehungen (Ärmelkanal, tyrrhenisches Meer) gibt es oft über die Seegrenzen hinweg eine gemeinsame Kultur. Der Ausbau derselben durch Kultur- oder Bildungsprojekte ist für die Entwicklung der Zusammenarbeit entscheidend (vgl. Projekt des Generalrats Seine-Maritime, im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit den französischen Bildungsbehörden sowie dem East Sussex County, ein gemeinsames College einzurichten²⁵).

Spezifische Herausforderungen für Gebiete zwischen denen eine feste Verbindung besteht

Feste Verbindungen entsprechen Infrastrukturen wie dem Ärmelkanal-Tunnel (Frankreich-Großbritannien) oder der Brücke bzw. dem Tunnel, die Dänemark mit Schweden verbinden (Øresund). Ziel der Gebietskörperschaften ist es, mit diesen Infrastrukturen durch die Einrichtung „gemeinsamer Dienstleistungen“ (Eurotunnel) oder ein echtes, grenzüberschreitendes Ballungsraumprojekt (Øresund) durch gute „lokale Funktionen“²⁶ zu schaffen.

Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung

Aufgrund des Drucks, der auf die Meere und Küstenräume ausgeübt wird, treten zwischen der Entwicklung und Erhaltung des Naturerbes zahlreiche Widersprüche auf. Zur Lösung dieser Widersprüche ist ein integrierter, grenzüberschreitender Ansatz für Land/Seegrenzen erforderlich. Das Integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM), wie es durch die Europäische Kommission gefördert wird²⁷, könnte auch in Grenzgebieten entwickelt werden (vgl. Projekt IKZM Riviera/Roya für das Becken bzw. die grenzüberschreitende Ebene Roya, Riviera, Fürstentum Monaco)²⁸, insbesondere durch eine Koordination des IKZM im Bereich der Meeresbecken²⁹ (Entwicklung gemeinsamer Instrumente, Erfahrungsaustausch).

²⁴ www.parcmarin.com

²⁵ Mit Sitz in Saint-Nicolas d'Aliermont, in der Nähe von Dieppe.

²⁶ Vgl. www.espaces-transfrontaliers.eu, Rubrik Ressourcen/Studien: der Fall Øresund (Kopenhagen/Malmö) in der Studie „Bonnes pratiques de gouvernance dans les agglomérations transfrontalières en Europe“ (Best-Practice-Beispiele von Gouvernance in grenzüberschreitenden Agglomerationen in Europa (2006) und „Pour une coopération transmanche de proximité plus intégrée entre le Kent et le Nord-Pas de Calais: Enjeux et perspectives opérationnelles“ (Für eine integriertere, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Nahbereich zwischen den Regionen Kent und Nord-Pas de Calais) (2004)).

²⁷ Vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission vom 7. Juni 2007, <http://ec.europa.eu/environment/iczm/>

²⁸ Vgl. Website SCOT de la Riviera française et de la Roya: www.riviera-roya.proscot.fr

²⁹ Vgl. Überlegungen im Rahmen des Operationellen Programms Ärmelkanal 2007-2013, www.interreg3.com/objets/fichiers/i4-FR-Programme.pdf

▪ Organisation und Instrumente im Dienste der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen

Im Gegensatz zu Körperschaften in grenzüberschreitenden Lebensräumen zu Land, die eine Reihe von Grenzeffekten ausgleichen müssen (beispielsweise die Überlastung von Verkehrsachsen, die mit dem Pendlerverkehr an den Grenzen zusammenhängen), ist die Zusammenarbeit an Seegrenzen für die Gebietskörperschaften und Behörden von Küstengrenzregionen keine zwingende Notwendigkeit.

Die Zusammenarbeit an Seegrenzen stellt aber ein unbestrittenes Entwicklungspotential dar. Sie erfordert daher im Bereich der Zusammenarbeit an Seegrenzen freiwillige politische Maßnahmen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss sich auf eine gemeinsame Vision der Herausforderungen und durchzuführenden Projekte stützen.

Abgesehen von punktuellen Projekten stellt sich die Frage nach einer effizienten Governance der lokalen Küstengebiete. Damit macht die Vernetzung der Kooperationspartner an den Seegrenzen durchaus Sinn, wie folgende Projekte zeigen:

- Integrierte Verwaltung der Küstenzonen (Projekt IKZM Riviera/Roya),
- Vereinbarungsprotokoll Korsika/Ligurien/Toscana/Sardinien zur Strukturierung des Küstenraums rund um Hafenstädte³⁰,
- Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen dem Kent County Council und dem Generalrat Pas de Calais (November 2005)³¹.

Es stellt sich auch die Frage, wie die Bevölkerung in diese grenzüberschreitenden Projekte einbezogen wird und darauf geachtet werden soll, dass die Küstendimension nicht eine Berücksichtigung der gesamten Bevölkerung der betreffenden Gebiete (Beispiele: Kent und Pas de Calais) ausschließt.

Die Entwicklung einer Governance im Bereich der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen erfordert auch Schnittstellen zwischen den von der Seegrenze betroffenen, unterschiedlichen territorialen Ebenen.

Aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzverteilung der Küstengebiete auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ist diese Schnittstelle tatsächlich notwendig. Die Gebietskörperschaften haben beispielsweise in Frankreich im Bereich der Wasserpolizei oder zahlreicher Küstenangelegenheiten nur sehr wenige Kompetenzen³².

Diese Schnittstelle könnte durch den Aufbau einer Governance für Projekte wie „Meeresbecken“, die sich in erster Linie auf die Frage der Umweltauswirkungen konzentrieren, geschaffen werden, oder durch unterschiedliche Themenbereiche wie beispielsweise die Küstensicherheit; die Toscana arbeitet im Rahmen einer regionalen Küstenpolitik an einem Projekt zur Beobachtung der Verbesserung der Beziehungen zwischen lokalen und regionalen Verwaltungen.

³⁰ Vgl. „Coopération transfrontalière pour le développement durable des villes portuaires du Nord Tyrrhénien“ (Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur nachhaltigen Entwicklung von Hafenstädten in Nord-Thyrrhenien), IRPET (Institut Régional de la Programmation Economique de Toscane) (Regionales Institut für Wirtschaftsplanung der Toscana), www.irpet.it

³¹ Vgl. Website des Generalrats Pas de Calais: www.cg62.fr, Rubrik internationale Beziehungen.

³² Der Bürgermeister hat die Verpflichtung, im Fall einer Umweltverschmutzung das Baden zu untersagen (spezielle Bade-Polizei im 300 m-Streifen) und er greift auch bei der Kontrolle bzw. Reinigung der Gewässer im Fall von Verschmutzungen ein, die durch Abwassersysteme entstehen.

▪ **Wie soll die Anerkennung der Kooperation an lokalen Seegrenzen auf nationaler bzw. europäischer Ebene aussehen?**

Die Entwicklung der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen zwischen benachbarten Küstengebieten, die unterschiedlichen Staaten angehören, trägt dazu bei, auf europäischer Ebene eine territoriale Kontinuität zu garantieren.

Auf Ebene der Staaten und der Europäischen Union legt der Rechts- bzw. Finanzrahmen keine spezifischen Mechanismen für lokale Küstenräume fest. Außerdem fällt die Frage des Zugangs zu Küstengebieten aus anderen Küstenräumen nicht unter die „Lissabon-Ziele“.

In den Operationellen Programmen 2007-2013, erscheint die 150 km-Regel als Maximum zwischen Küstengebieten (Voraussetzung für die Förderfähigkeit von Kooperationsprojekten an Seegrenzen im Rahmen grenzüberschreitender Programme) etwas willkürlich festgelegt: zu weit für das Kriterium der physischen Nähe, zu nah in Bezug auf einen reinen Zugang zu einem Gebiet (beispielsweise durch Flugverbindungen).

Daher wird es in den nächsten Jahren wichtig sein, Kooperationsprogramme in Küstenregionen im Rahmen der Kohäsionspolitik zu evaluieren: Für welche Art von Projekten (geographische, themenbezogene, partnerschaftliche Projekte) sind sie bestimmt, wie werden die grenzüberschreitenden und transnationalen Aspekte behandelt, wenn beide nebeneinander existieren, manchmal innerhalb ein- und desselben Programms (wie dies beispielsweise bei Gebieten in äußerster Randlage³³ der Fall ist)?

Es wurden bereits erste diesbezügliche Initiativen eingeleitet, beispielsweise das MSUO-Projekt („Maritime Safety Umbrella Operation“) im Rahmen der Koordination Operationeller INTERREG-Programme zum Thema der Sicherheit im Seeverkehr³⁴ oder auch die im Juni 2007 von INTERACT organisierte Konferenz zum Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Seegrenzen³⁵.

³³ Azoren, Kanarische Inseln, Guadeloupe, Guyana, Madeira, Martinique, Réunion.

³⁴ Vgl. www.maritime-safety.org/MSUO-and-Interreg-g.asp

³⁵ Vgl. www.interact-eu.net/227138/557939/597625/1305708

❖ Empfehlungen

AUF LOKALER EBENE

Empfehlung 1: Stärkere Beobachtung und koordinierte Planung der Entwicklung von lokalen Küstenräumen

- Instrumente zur Vernetzung von Beobachtungen und gemeinsamen Studien ausarbeiten (Umwelt, Fischfang-Ressourcen, Lebensräume an den Küsten, Klimawandel, Verkehr und Hafenaktivitäten, Seerecht, sozioökonomische Daten, etc.); eine Zusammenarbeit mit nationalen und europäischen Ebenen in diesen Bereichen vorsehen,
- Eine gemeinsame Planung im Sinn eines integrierten, nachhaltigen Entwicklungsansatzes entwickeln (Erfassung und Koordination der Projekte; gemeinsame Planung der Umsetzung von Natura 2000-Zonen, Transportkorridore für gefährliche Güter, etc.).

Empfehlung 2: Impulse für Kooperationsprojekte zu spezifischen Themen der lokalen Küstengebiete schaffen

- Gemeinsame Vernetzung der Häfen und Hafenstädte,
- Zusammenarbeit im Bereich der Umweltrisikoprävention in Küstengebieten,
- Ausgehen von Projekten, die der Sicht der Bewohner entsprechen: gemeinsame Beziehungen und eine gemeinsame Kultur entwickeln sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Aus- und Fortbildung fördern.

Empfehlung 3: Organisation einer Governance der grenzüberschreitenden Küstengebiete auf den verschiedenen Entscheidungsebenen

- Entweder im Nahbereich: Dieser Ansatz kann für Küstengebiete zur Anwendung kommen, in denen es entweder eine feste Verbindung gibt (Øresund), oder verschiedene Küsten- bzw. Deltaregionen oder auch ein lokales Becken (Korsika/Sardinien),
- Oder im Bereich von Meeresräumen (Ärmelkanal, Tyrrhenisches Meer, Adria, Karibik, etc.), praktiziert im Rahmen von Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 2007-2013.

AUF NATIONALER EBENE

Empfehlung 4: Lokale und regionale Küstenbehörden an der Definition und Gestaltung der Politiken, die eine Auswirkung auf ihre Entwicklung haben, beteiligen (Verkehrspolitiken, Sicherheit im Seewesen, Umwelt, etc.)

AUF EUROPÄISCHER EBENE

Empfehlung 5: Die Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen im lokalen Seeverkehr fördern

- Den innergemeinschaftlichen Kurzstreckenverkehr ausbauen,
- Öffentliche Zuschüsse für den Seeverkehr zulassen,
- Ein neues Gemeinschaftsinstrument zur Förderung des short sea shippings³⁶ schaffen.

³⁶ Kurzstrecken-Küstenkabotage.

Empfehlung 6: Die Anforderungen der Zusammenarbeit an Seegrenzen in den Gemeinschaftspolitiken berücksichtigen

- In der europäischen Strategie: Integration dieser Elemente im Grünbuch „Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union“,
- In der europäischen Gesetzgebung, die eine Auswirkung auf die Meeresgebiete hat,
- In der Kohäsionspolitik: Neubewertung von Ziel 3 im Rahmen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit durch Integration einer spezifischen Seegrenze im Sinne einer Bewertung und eventuellen Abänderung der 150 km-Regel.

Zusammenfassung der Diskussionen

Jean-François Léandri, Entwicklungsdirektor der Stadt Bastia (FR), erklärt, dass es wichtig ist, die Küstenregionen als vollwertige Grenzen zu berücksichtigen. Er unterstreicht wie schwierig es ist, die Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen zu erfassen, wenn es keine bedeutenden Erfahrungen und keine wirkliche Methode dafür gibt. Die Zusammenarbeit an Seegrenzen muss dazu beitragen, die Küstenregionen einander anzunähern und zu einem Austausch auf wirtschaftlicher, kommerzieller und kultureller Ebene beizutragen.

In Bezug auf die Empfehlungen erinnern die Teilnehmer daran, dass die im Bereich der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen tätigen Akteure vorwiegend Gebietskörperschaften sind; im Sinne des Artikel 11 der EFRE-Verordnung (1083/2006) bildet die lokale Ebene gemeinsam mit den Regionen und den Staaten die Grundlage für die Kooperation.

Alan Marsh, Direktor für Internationale Angelegenheiten des Kent County Council (UK), erklärt, dass es unerlässlich ist eine grenzüberschreitende Governance einzurichten, damit die Entwicklung der Zusammenarbeit an lokalen Seegrenzen möglich wird, ohne dabei zu vergessen, dass diese Zusammenarbeit sich in erster Linie an die Bevölkerung dieser Küstenregionen richten muss.

Kristian Primdal, Leitender Berater der Region Zealand in Dänemark, stellt den Kontext für die Zusammenarbeit an der Ostsee vor, die sich seit der Unabhängigkeit der baltischen Staaten ganz besonders entwickelt hat. Im Seeverkehr ist ein permanentes Wachstum zu beobachten.

Die Region Zealand erstreckt sich rund um die Stadt Kopenhagen. Fragen in Seeangelegenheiten zählen zum Alltag. Die Zusammenarbeit mit Deutschland konzentriert sich vorwiegend auf die Errichtung einer Brücke zwischen Dänemark und Deutschland im Rahmen einer Schienen-/Straßenverbindung Hamburg/Kopenhagen nach dem Modell der Øresund-Brücke mit Schweden. Die Standortwahl der Bahnhaltstellen in Deutschland und Dänemark ist auf lokaler Ebene eine politische Herausforderung.

Ein weiteres Arbeitsthema betrifft die Entwicklung von Transportkorridoren zwischen Skandinavien und Berlin bzw. in Richtung Russland, die einen Intermodalverkehr Straße/Schiff/Bahn ermöglichen sollen. Im Baltikum ersetzen Fährenverbindungen die Autobahnen. Der Seeverkehr erstreckt sich auch auf den Frachtbereich, beispielsweise den Erdöltransport aus Russland, und erfordert vorbeugend eine engere Zusammenarbeit im Hinblick auf Prävention bzw. Interventionen im Notfall wie beispielsweise einer Ölpest.

Für eine engere Anbindung der Staaten, muss die Zusammenarbeit in Küstenregionen schließlich neben Infrastrukturinvestitionen (Brücken, etc.) auch eine kulturelle Zusammenarbeit ebenso wie eine Zusammenarbeit im Forschungs- und Bildungsbereich ermöglichen.

Bruno Cooren, Verantwortlicher für Internationale Beziehungen im Stadtverband Dunkerque - Grand Littoral (FR), verweist darauf, dass die Nationalstaaten ebenso wie die Europäische Union trotz der ehrgeizigen Ziele im Bereich nachhaltiger Entwicklung nur selten die geeignete Ebene darstellen, um die Entwicklung von Beziehungen an lokalen Seegrenzen zu fördern. Was die Fracht betrifft, so würden die Hafenstädte durch eine Förderung der Seeverkehrsstrecken als Alternative zur Straße gewinnen.

Andrea Garancini, Direktor für Europäische Projekte bei der Entwicklungsagentur Larnaka in Zypern erklärt, dass an der Seegrenze zwischen Kreta (GR) und Zypern ein Kooperationsprojekt existiert. Die Hafenstädte Larnaka in Zypern und Heraklion in Kreta entwickeln auch Partnerschaften mit anderen europäischen Hafenstädten. Während die Flugverbindungen relativ kurz sind (etwa eine Stunde), benötigen die wöchentlich verkehrenden Fähren zwischen den beiden Inseln fünf bis zehn Stunden. Es fehlt eine tägliche Verbindung.

Bruno Cooren zieht die Schlussfolgerung, dass dieses Beispiel die EU-Definition für grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Seegrenzen, die mit einhundertfünfzig Kilometern begrenzt ist, in Frage stellt.

Sylvie Couratin, Direktorin im Regionalrat der Bretagne (FR), stellt die Frage nach der Bilanz der Erfahrungen, welche die Departements Seine-Maritime und Pas de Calais im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in ihren Gebieten ziehen.

Ron Moys, Politik-Beauftragter im Kent County Council (UK) erklärt, dass der Kent am vierten Gemeinschaftsprogramm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit teilnehmen wird. Seit dem ersten Programm wurden zwischen Kent und Nord-Pas de Calais zahlreiche INTERREG-Projekte entwickelt, und zwar mit einer Kofinanzierung der Gemeinschaft, die sich für die Jahre 2000 bis 2006 allein für die Region Kent auf fünfundzwanzig Millionen Pfund Sterling³⁷ belief.

Die Projekte hatten bedeutende und positive Auswirkungen in den Bereichen Fremdenverkehr, Kultur, Wirtschaftsentwicklung, Schüleraustausch, etc. Im Rahmen des neuen Programms möchte die Region Kent einen Bottom-Up-Ansatz zur Entwicklung neuer Projekte fördern, indem Akteure der lokalen Handlungsebene in die Entscheidungsprozesse und Lenkungsausschüsse einbezogen werden.

Pascal Quintin, Direktor für Europäische Angelegenheiten im Generalrat Pas de Calais (FR) nimmt zu den Ausführungen von Ron Moys Stellung. Er verweist darauf, dass der Generalrat abgesehen vom Fremdenverkehr nur im Gesundheits- und Bildungssektor direkt an Projekten beteiligt ist. Der Generalrat setzt hohe Erwartungen in die neue Programmperiode und möchte in die Entwicklung einer Politik zur Gebietsförderung, die sich an Projektträger richtet, einbezogen werden, um das Programm der Zusammenarbeit an Seegrenzen bekannt zu machen.

³⁷ Mehr als dreißig Millionen Euro.

Sabine Duhamel, Dozentin an der Universität Littoral Côte d'Opale (FR), die Nord-Pas de Calais, Dunkerque, Boulogne, Calais und Saint-Omer umfasst, erklärt, dass ihre Universität seit acht Jahren mit der Universität Kent zusammenarbeitet. Durch diese, anfangs komplexe Kooperation, konnte ein Projekt zur Annäherung der Universitäten umgesetzt werden, sowohl für den Lehrkörper als auch für die Studierenden sowie im Bereich der Forschung, insbesondere durch gemeinsame Master-Ausbildungsprogramme. Trotz des Tunnels unter dem Ärmelkanal bestehen in der Praxis weiterhin zwei Hindernisse für die Entwicklung dieses Programms: die Fahrtkosten und die Beherrschung beider Sprachen.

Jean-Pierre Lucas, Stellvertretender Generaldirektor des Generalrats Seine-Maritime (FR), verweist darauf, dass die Kooperation und der Austausch zwischen den Gebieten Seine-Maritime und East Sussex ohne die zweimal täglich verkehrende Ärmelkanalverbindung Dieppe/Newhaven nicht ihr derzeitiges Niveau erreicht hätten. Der Generalrat ist beispielsweise zusammen mit den nationalen Bildungsinstanzen an der Schaffung eines französisch-britischen Colleges beteiligt.

Weitere Kooperationen entwickeln sich ohne Beteiligung des Generalrates, der nicht alle Kooperationsprojekte in seinem Gebiet lenken möchte. Der Generalrat möchte vielmehr die sich entwickelnden Kooperationen beobachten, angesichts einer Anmerkung des Europäischen Rechnungshofes hinsichtlich des Risikos eines durch die Verbindung entstandenen Wettbewerbshemmnisses.

Delphine Martinet, Beauftragte für die „französisch-britische Zusammenarbeit“ im Generalrat Seine-Maritime (FR), verweist darauf, dass es für den Generalrat aufgrund der geographischen Entfernung nicht einfach war mit East Sussex zusammenzuarbeiten. Diese Kooperation brachte jedoch vielerlei Vorteile. Ohne die Ärmelkanalverbindung wären zahlreiche beispielhafte Projekte, wie das Projekt „Fahrrad-Weg“, das London langfristig unter Einbeziehung der Fähre Dieppe/Newhaven mit Paris verbinden soll, niemals verwirklicht worden. Diese Kooperation trägt zur Entwicklung des Gebiets in seiner Gesamtheit bei.

Zusammenfassend empfiehlt Jean-François Léandri den neuen Küstenregionen, die Kooperationsprojekte in Angriff nehmen wollen, möglichst gebietsnahe zu handeln. So ermöglichte beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen den Städten Bastia in Korsika und Livorno in der Toscana vor dem Jahr 2000 die Durchführung von Projekten. Als jedoch im Jahr 2000 die Verantwortung für die Zusammenarbeit an Seegrenzen an die Gebietskörperschaft Korsika übergang, kam es zu einer Finanzierung von Projekten, die nur wenig Auswirkung auf das Gebiet hatten. Er erinnert daran, dass im Mittelmeerraum die Hafenstädte in ihren Kooperationsprojekten mit einer zweifachen Entwicklungsproblematik konfrontiert sind: einerseits mit einem steigenden Seeverkehrsaufkommen, andererseits mit dem Umweltschutz (Artenschutz für bedrohte Meerestiere und -pflanzen).

Bruno Cooren zieht die Schlussfolgerung, dass zur Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Küstenregionen Subsidiarität erforderlich ist, da die regionalen bzw. nationalen Hauptstädte meist von diesen Regionen weit entfernt liegen. Er unterstreicht, dass es interessant wäre, erneut eine Seekultur zu schaffen, wie sie früher in den Hafenstädten existiert hatte, bevor sie durch Gebietsabtrennungen verkümmert ist, und dass diese im Rahmen eines geeinten Europa unterstützt werden sollte.

Workshop 5

Wirtschaftsentwicklung: „Auf dem Weg zu einer Win-Win-Situation“



Vortragende

Präsident

Bruno Bonduelle, Präsident, Industrie- und Handelskammer Lille Métropole (FR)

Moderation des Workshops

Olivier Ceccotti, Projektmanager, Grenzüberschreitendes Zentrum für Wirtschafts- und Industrieentwicklung (CTDIC), Industrie- und Handelskammer Lille Métropole (FR/BE)

Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen

Jean Severijns, Projektmanager „Internationalisierung“, Provinz Limburg (NL)

Projekt 1: Wissenschaftsregion Øresund (DK/SE)

Bengt Streiffert, Geschäftsführer, Øresund Science Region (SE)

Projekt 2: „International Clause“ (NL/DE)

Jean Severijns, Projektmanager „Internationalisierung“, Provinz Limburg (NL)

Projekt 3: Grenzüberschreitendes Zentrum für Wirtschafts- und Industrieentwicklung (CTDIC) (FR/BE)

Olivier Ceccotti, Projektmanager, Grenzüberschreitendes Zentrum für Wirtschafts- und Industrieentwicklung (CTDIC), Industrie- und Handelskammer Lille Métropole (FR/BE)

Projekt 4: eBIRD, Kenntnis der Wirtschaftsströme in der Großregion (FR/BE/LU/DE)

Catherine Macadré, Assoziierte Professorin, Gruppe ICN Business School (FR)

Berichterstatter

Catherine Macadré, Assoziierte Professorin, Gruppe ICN Business School (FR)

Begleitung MOT

Silvia Gobert-Keckeis, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Kontext und Herausforderungen

▪ Annäherung der Akteure im Sinne der Lissabon-Ziele

Im Rahmen einer gebietsbezogenen Entwicklung betonen die nationalen oder europäischen, öffentlichen Politiken (Kohäsionspolitik 2007-2013), dass es notwendig ist, die Lissabon-Ziele zu territorialisieren. Dies erfolgt insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den territorialen Akteuren sowie den Akteuren im Unternehmens-, Bildungs- und Forschungsbereich. Da die Lissabon-Strategie darauf abzielt, dem Vergleich mit anderen, großen Weltmärkten, beispielsweise dem der Vereinigten Staaten, einem großen Markt ohne Grenzen, Stand zu halten, zählen die Grenzgebiete natürlich zu den vorrangigen Herausforderungen der Lissabon-Ziele.

▪ Vorteile und Potentiale der Grenzgebiete

Unterschiedliche Steuergesetzgebungen, Gehälter, Preise, sowie Unterschiede in Bezug auf Sprache, Behörden, Kultur, etc. sind, je nachdem, aus welchem Blickwinkel man sie betrachtet, Zwänge oder Chancen. Was die Wirtschaftsentwicklung betrifft, so unterliegen die im öffentlichen Bereich bzw. in der Wirtschaft und an der Universität tätigen Akteure beiderseits der Grenze einem komplexen Zusammenspiel aus Konkurrenz und Kooperation. Es ist an der Zeit, das gemeinsame Gebietskapital dieser Grenzgebiete bestmöglich zu nutzen. Dass die Arbeitskräfte und die Unternehmen beispielsweise zwei Sprachen, Kulturen und Verwaltungsstrukturen, etc. beherrschen, ist eine Stärke, nicht nur um ihren Wirtschaftshorizont für das Grenzgebiet selbst zu erweitern, sondern auch im weiteren Sinn einer Ausdehnung auf die beiden oder drei betroffenen Länder bzw. auf europäischer oder globaler Ebene.

Bevor man weitere Überlegungen anstellt, muss etwas präzisiert werden. Wenn es um Unternehmen geht, so sind die größten Firmen viel spontaner bereit, die internationale bzw. insbesondere die grenzüberschreitende Dimension zu berücksichtigen, wohingegen diese Überlegungen in erster Linie, aber nicht ausschließlich, für KMU zutreffen; die großen Firmen tragen auch eine soziale Verantwortung in Bezug auf regionale und insbesondere grenzüberschreitende Entwicklung.

❖ Schwierigkeiten und Schlüsselfaktoren für den Erfolg

▪ Von der Konkurrenz zur Kooperation

Die größte Herausforderung hängt mit der Notwendigkeit zusammen, von einem reinen Konkurrenzdenken zwischen den Gebieten auf ein „Kooperationsdenken“ umzuschwenken, das Kooperation und Konkurrenz verbindet. Eine Dynamik, die auf der Tatsache basiert, dass man sich seinem Nachbarn annähert, weil er das, was einem zur eigenen Entwicklung fehlt, beiträgt. Dies gilt sowohl für öffentliche Akteure als auch für die Wirtschaftsakteure selbst.

Seitens der öffentlichen Behörden konzentriert sich das Hauptaugenmerk für Wirtschaftsentwicklungsprojekte oft weiterhin auf den Rahmen der Nationalstaaten. Zwischen den Grenzgebieten herrscht in der Regel weiterhin Konkurrenz. Die Tatsache, dass die Wirtschaftsentwicklung im Grenzgebiet dem gesamten Gebiet einen Mehrwert bringen kann, wird nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Ein Bewusstsein dieser Tatsache ist jedoch Voraussetzung, adäquate Instrumente für die Wirtschaftsakteure bereitzustellen.

Das gegenseitige Misstrauen der Wirtschaftsakteure auf lokaler Ebene ist eines der Haupthindernisse für die Zusammenarbeit in einem Umfeld, das in erster Linie durch Konkurrenz dominiert wird. Es geht darum, über die Grenzen hinweg den Mehrwert der Zusammenarbeit zu demonstrieren, um das Potential der Grenzgebiete zu stärken. Die Grenze kann genützt werden, um möglichst viele gemeinsame Vorteile zu erzielen. Die öffentlichen wie auch die privaten Akteure maximieren ihr Potential nicht, indem jeder von ihnen seine eigene Strategie entwickelt.

▪ Der Mehrwert der Zusammenarbeit

Es ist wichtig, sich keiner Illusion hinzugeben: Die Unternehmen, ebenso wie die Gebiete, stehen untereinander in Konkurrenz, sowohl innerhalb der nationalen Gebiete, als auch über die Grenzen hinweg; durch den Beitritt zur Europäischen Union haben die Staaten die Entscheidung getroffen, zusammenzuarbeiten; der Aufbau Europas ist zweifellos eine „Win-Win-Situation“, aber einige Gebiete haben vielleicht eine zu kurzfristige Sicht; die Herausforderung dieses Workshops besteht darin, die Bedingungen für eine „Win-Win-Situation“ der Grenzgebiete und ihrer Bewohner zu untersuchen. Im spezifischen Kontext der Wirtschaftsentwicklung in Grenzgebieten können zwei Ansätze zur Zusammenarbeit führen, einerseits die Logik der Komplementarität und andererseits der Ansatz der „Economies of scale“.

Der Ansatz der Komplementarität

Das Ungleichgewicht der Wirtschaftskräfte beiderseits der Grenze ist ein bestimmendes Element für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Wirtschafts- bzw. Industrielandschaft ist oft auf beiden Seiten der Grenze sehr unterschiedlich. Dies hängt unter anderem eng mit den unterschiedlichen Gehältern, Arbeitslosenraten, Preisen, etc. zusammen. Das Paradoxe daran ist, dass ein solcher Kontext gleichzeitig ein Trumpf für private Akteure (Haushalte und Unternehmen) sein kann, die aus diesen Unterschieden einen Vorteil für die Wahl ihres Wohnortes und den Zugang zum Arbeitsmarkt ziehen, ebenso wie für bestimmte öffentliche Akteure (die Anzahl der Arbeitslosen ist geringer und die Sozialversicherungssysteme werden weniger beansprucht), dass er jedoch für andere öffentliche Akteure einen Nachteil darstellt.

Das ist beispielsweise an der Grenze Nord-Lothringen-Luxemburg der Fall, wo sich im luxemburgischen Teil dieses Gebiets die Arbeitsplätze im Bereich der Produktion konzentrieren und im französischen Teil der Handel und die Wohngebiete, was eine negative Auswirkung auf die Finanzen der französischen Körperschaften hat, denen die Ressourcen der Gewerbesteuer fehlen. Dasselbe gilt für die Region Øresund (DK/SE), wo die schwedischen Stadtverwaltungen die Schulen für Kinder der Arbeitnehmer, die in Kopenhagen arbeiten und dort Steuern zahlen, finanzieren müssen.

Wenn zwei oder mehrere Staaten mit verschiedenen Systemen an einer Grenze zusammen treffen, kann gleichzeitig auch die Möglichkeit entstehen, dass die Firmen unter mehreren Möglichkeiten wählen und „das nehmen können, was in jedem System das Beste ist“ („Zapfhahnmodell“: Rechts- bzw. Verwaltungssysteme, etc.). Das, was auf den ersten Blick als Schwierigkeit erscheint, sind paradoxerweise Chancen, wenn die Firmen Unterschiede ausnützen, indem sie das für ihren Zweck am besten geeignete System wählen (man kann sich beispielsweise ein Unternehmen vorstellen, das seine Dienstleistungsfunktionen auf einer Seite der Grenze und seine Logistik auf der anderen Seite ansiedelt) oder sogar das multikulturelle bzw. mehrsprachige Potential des Gebiets nutzen.

Das Beispiel für die Kooperation zwischen der Provinz Limburg (Niederlande) und den verschiedenen Akteuren auf deutscher Seite zeigt, dass ein Technologiezentrum mit 120 Firmen an der deutsch-niederländischen Grenze es den Firmen ermöglicht hat, sich innerhalb ein- und desselben Entwicklungsgebiets nach ihrer freien Entscheidung auf der einen oder auf der anderen Seite der Grenze niederzulassen.

Es ist auch möglich, dass die öffentlichen Behörden dann positiv über die Unterschiede berichten, wie es das Beispiel von Øresund zeigt, wo die mit der Förderung des Grenzgebiets beauftragten Organismen diese Unterschiede als Vorteil für die Firmen präsentieren.

Jedenfalls kann dadurch nicht das Problem der Kosten, die für die Gemeindeverwaltungen entstehen, gelöst werden; in einigen Fällen existieren Steuerabkommen zwischen den Staaten (beispielsweise Mechanismen für eine Rückvergütung des Kantons Genf an die benachbarten, französischen Departements), in anderen Fällen funktioniert dies jedoch nicht; und die Frage betrifft nicht nur die Grenzgebiete (beispielsweise die baltischen Arbeitskräfte, die in Großbritannien arbeiten, und wöchentlich hin und zurück reisen); hier stellt sich die Frage nach einer stärkeren Steuerkoordination zwischen Staaten auf europäischer Ebene, die jedoch weit über den Rahmen dieses Workshops hinausgeht.

Der Ansatz der „Economies of scale“

Beim Ansatz der „Economies of scale“ ist „größer“ im Sinn von „mehr Einfluss“ zu verstehen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit „vergrößert“ das Gebiet, womit dieses die kritische Masse in Bezug auf Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen erreichen kann. Dasselbe gilt für die KMU, die auf internationaler Ebene sichtbar werden, etc.

Eine der wichtigsten Auswirkungen betrifft ein Aufteilen zwischen den Partnern der in innovativen Sektoren sehr hohen Investitionskosten für Infrastrukturen, Labors, etc. Es geht dabei um Investitionen, die oft ein einzelner, isolierter Partner nicht in Betracht hätte ziehen können. Man gewinnt daher gemeinsam an Stärke, um die lokalen, europäischen und globalen Märkte zu erobern.

Ein gemeinsames Marketing der Unternehmen erlaubt mehr Sichtbarkeit auf europäischer oder sogar internationaler Ebene. Durch eine gemeinsame Präsenz auf internationalen Messen können gleichzeitig mehr Sichtbarkeit erreicht und die Kosten geteilt werden.

Ein Beispiel für eine „Economy of scale“ ist der trinationale Cluster Biovalley (CH/DE/FR) im Bereich der Life sciences, wo durch die Zusammenarbeit insbesondere eine kritische Masse erreicht und alle Ebenen der Produktionskette integriert werden konnten.

Wenn man den lokalen Kontext überwindet, kann man auf internationaler Ebene eine „Win-win-Situation“ erlangen.

▪ **Das Grenzgebiet und einander in diesem Gebiet kennen**

Um eine grenzüberschreitende Wirtschaftszusammenarbeit zu initiieren, muss man zu allererst das Grenzgebiet identifizieren und kennen.

Von welchem Gebiet spricht man? Das durch die Wirtschaftsentwicklung betroffene Grenzgebiet kann von relativ kleinen Regionen in Grenzgebieten, die nicht dicht besiedelt oder schlecht erschlossen sind (Fall ländlicher Gebiete oder Bergmassive) bis zu größeren Gebieten (Stadtgebiete) reichen. Es ist auch wichtig, die Maßstäbe zu definieren, beispielsweise jene des Beschäftigungsraums oder des grenzüberschreitenden Ballungsraums, des täglichen Lebensraums der Haushalte, sowie jene der Region, die für Unternehmen besser geeignet sind. Angesichts der Globalisierung scheint der Begriff der funktionellen Region (eventuell Metropolregion) am zutreffendsten.

Seitens der öffentlichen Behörden kann eine gemeinsame Diagnose der Stärken, Schwächen, Komplementaritäten der verschiedenen Teile eines Grenzgebiets und der charakteristischen Wirtschaftsströme belegen, inwieweit der Ausbau der Zusammenarbeit von Interesse ist, beispielsweise rund um Cluster, Technologie- oder Wettbewerbspole in Grenzgebieten, oder andere Formen der Zusammenarbeit in gemeinsamen und/oder ergänzenden Bereichen. Für eine solche Diagnose müssen harmonisierte Wirtschaftsdaten gesammelt und auf grenzüberschreitender Ebene verglichen werden, aufgrund der nationalen Strukturierung der statistischen Systeme eine besonders schwierige Herausforderung.

In diesem Bereich ist das (durch INTERREG geförderte) e-BIRD-Projekt ein interessantes Beispiel für die Zusammenarbeit; es besteht darin, nach und nach eine wirtschaftliche Beobachtungsstelle für die Großregion (BE/DE/FR/LU) einzurichten, indem Universitäten, öffentliche Behörden, Berufsverbände und Handelskammern vernetzt werden.

Die fehlende Kenntnis darüber, wie das System auf der anderen Seite der Grenze funktioniert, hat eine stark hemmende Wirkung auf die Zusammenarbeit. Die Systeme sind oft sehr unterschiedlich (in Bezug auf die administrativen, juristischen, wissenschaftlichen Gepflogenheiten, die Unternehmensförderungsstrukturen, den Zugang zum Markt, die betreffenden Akteure, die Zuständigkeiten der verschiedenen, territorialen Ebenen). Um zu einem gemeinsamen Verständnis zu gelangen, muss jede Zusammenarbeit mit dem Kennenlernen der vorgenannten Bereiche beginnen, zu denen dann noch interkulturelle und sprachliche Kompetenzen etc. hinzukommen.

Ein konstanter Austausch zwischen den Akteuren und eine gut entwickelte Kommunikation sind scheinbar die bestmögliche Reaktion auf Herausforderungen, um auftretende Hindernisse zu

überwinden. Die erste Etappe besteht neben der gemeinsamen Kenntnis des Gebiets darin, einander kennen zu lernen.

Die Tatsache, dass die Wirtschaftsinstitutionen (Industrie- und Handelskammern, Entwicklungsagenturen, etc.) auf beiden Seiten der Grenze beteiligt sind, kann für die betreffenden Unternehmen auch den Informationsaustausch und das Verständnis über das Funktionieren des Nachbarlandes verbessern. Die Unterstützung seitens der zuständigen Berufsverbände kann dazu beitragen, die Unternehmen zur Zusammenarbeit zu mobilisieren.

Die erste Aktion besteht darin, die Kommunikation zwischen allen an der Wirtschaftsentwicklung der betreffenden Gebiete beteiligten Organismen zu organisieren (beispielsweise 420 für das Kooperationsgebiet BE/DE/NL).

▪ **Organisation der Governance für die grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung**

Es geht darum, alle auf territorialer Ebene, in Unternehmen, Bildung, Forschung sowie in anderen Bereichen tätigen Akteure (Industrie- und Handelskammern, Entwicklungsagenturen, etc.) des Grenzgebiets mit einzubeziehen. Aufgrund der Heterogenität der Akteure im Bereich der Zusammenarbeit sowie der unterschiedlichen Systeme und Kompetenzebenen auf beiden Seiten der Grenze ist es wichtig, die verschiedenen Ebenen lokaler, regionaler, nationaler und sogar EU-Behörden zu beteiligen. Der Begriff der funktionellen Region scheint auch hier der Zutreffendste zu sein, um eine Vernetzung aller betroffenen Akteure zu ermöglichen.

Ein gutes Beispiel für diese auf einer funktionellen Region basierende Praxis ist die „Wissenschaftsregion Øresund“ (DK/SE), wo die Zusammenarbeit lokale Behörden (insbesondere die zwischen Kopenhagen und Malmö bestehende Grenzmetropole) und regionale Behörden sowie 12 Universitäten umfasst und in einem Gebiet mit 3,5 Millionen Einwohnern zu sehr guten Ergebnissen geführt hat.

Im Zusammenhang mit den Lissabon-Zielen stellt die Innovation natürlich einen privilegierten Bereich der Zusammenarbeit dar. Man kann sich eine Kooperation zwischen den KMU in Bereichen, die sich rasch entwickeln (neue Technologien, Logistik, etc.) vorstellen. Ein grenzüberschreitender Cluster, der die gemeinsamen und/oder ergänzenden Kompetenzen umfasst, kann ein solches Projekt erleichtern.

Diesem Projekt ist der Universitäts- und Forschungsbereich anzugliedern, damit gleichzeitig an den Inhalten gearbeitet, aber auch das erforderliche, kompetente Personal ausgebildet werden kann. Es ist wichtig, einen Austausch zwischen den Universitäten und den Know-how-Zentren zu ermöglichen und Innovation bzw. technologische Entwicklungen zu stärken bzw. über die Grenzen hinweg bekannt zu machen. Zu diesem Zweck müssen die Innovationszentren gemeinsame Synergien nutzen und grenzüberschreitende Exzellenz-Zentren in den gesuchten Sektoren fördern. Gute Beispiele für solche Projekte sind folgende:

- Wissenschaftsregion Øresund (DK/SE)
- Kooperation zwischen Limburg und der Region Aachen (Projekt International clause, NL/DE)
- Trinationaler Cluster Biovalley im Bereich Life sciences (CH/DE/FR)
- ERALAN-Projekt, grenzüberschreitendes Labor (ES/FR)

In einem anderen Gebietstyp (Bergmassiv der Pyrenäen, spanisch-französische Grenze) ist auch das von der Industrie- und Handelskammer Gers initiierte PYRED-Projekt interessant.

- **Auf die Bedürfnisse der Unternehmen in Bezug auf ihre grenzüberschreitende Entwicklung reagieren: die Rolle der öffentlichen Behörden**

Im Allgemeinen sind die öffentlichen Behörden zu beiden Seiten der Grenze gemeinsam dafür verantwortlich, die geeigneten Rahmenbedingungen sowie gute Instrumente für die Zusammenarbeit zu schaffen und die Hindernisse, die sich im Rahmen der grenzüberschreitenden Entwicklung stellen, zu überwinden.

Derzeit begegnen den Unternehmen zahlreiche Schwierigkeiten, wenn sie in Grenzgebieten oder über ihr eigenes, „natürliches“ Gebiet, das durch die nationale Grenze limitiert ist, hinaus kooperieren wollen. Daher ist es schwierig, die Unternehmen zu grenzüberschreitenden Aktivitäten zu mobilisieren. Eine ganze Reihe von Problemen ergibt sich in folgenden Bereichen: Finanzierung; Wettbewerbsverzerrungen (öffentliche Vergabeverfahren, die für Unternehmen jenseits der Grenze nicht zugänglich sind); mangelnde Interoperabilität in Bezug auf Normen, Versicherungen, Zertifikate, Arbeitsmarkt, etc.

Information der Unternehmen und Projektunterstützung

Die öffentlichen Akteure müssen sich grenzübergreifend abstimmen, um Aktivitäten der Unternehmen zu erleichtern: Informationsverbreitung (juristisch-administrative Systeme, Steuer- und Grundstücksgesetzgebung, Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen, etc.); im Übrigen müssen sie ihre Rolle als Vermittler und Förderer eines Kontakts- bzw. Informationsaustauschs zwischen öffentlichen und privaten Akteuren in den verschiedenen Regionen des Grenzgebiets ausüben.

Ein interessantes Beispiel ist das Projekt des Grenzüberschreitenden Zentrums für Industrie- und Wirtschaftsentwicklung – CTDIC (BE/FR).

Unterstützung bei der Suche nach kompetentem Personal

Die Unternehmen haben oft Probleme, weil sie im Grenzgebiet kein kompetentes Personal (interkulturelle und sprachliche Kompetenzen, etc.) mit spezifischen Kompetenzen (Ingenieure etc.) finden. Durch die Wahl, die Aktivitäten eines Sektors in einem gemeinsamen Gebiet zu konzentrieren, können auch die kompetenten Personen in diesem Gebiet gehalten werden. Eine der Herausforderungen im Bereich der Zusammenarbeit wird darin bestehen, einen gemeinsamen Beschäftigungspol zu schaffen und die Universitäten einzubinden.

Bezüglich der Personalsuche stellt sich oft die Frage nach der Anerkennung der Qualifikationen beiderseits der Grenze (siehe auch Workshop 6 „Arbeit und Fortbildung“).

Finanzierung der grenzüberschreitenden Entwicklung der Unternehmen

Für die KMU und KMI, die im Grenzgebiet tätig sein wollen, stellt sich weiter die Frage nach der Finanzierung. Welche Instrumente stehen ihnen zur Verfügung, um die für ihre Projekte erforderlichen Mittel zu beschaffen? Die Berücksichtigung des Grenzgebiets im Bankensystem, das theoretisch dafür gewappnet ist, weil die Akteure immer mehr multinationale Konzerne sind, stellt eine große Herausforderung dar. Der Markt kann sich als unzureichend erweisen und damit argumentieren, dass er öffentlich finanziert wird (Risikokapital etc.).

Ein Beispiel dafür ist der EUREFI-Fonds (FR/LU).

Koordination der öffentlichen Akteure auf beiden Seiten der Grenze

Die Asymmetrie der juristisch-administrativen Systeme, der Steuer- und Grundstücksgesetze, der Schwierigkeiten in Bezug auf den Zugang zu öffentlichen Vergabeverfahren haben weiterhin eine stark hemmende Wirkung auf die Wirtschaftsentwicklung in Grenzgebieten. Umso wichtiger wird es sein, die Koordination der öffentlichen Akteure beiderseits der Grenze zu fördern, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Adäquate Infrastrukturen

Ein beispielhafter Fall ist die Schaffung von grenzüberschreitenden Aktivitätszonen, die den an der grenzüberschreitenden Wirtschaftsentwicklung beteiligten Unternehmen ad hoc-Dienstleistungen anbieten. Man darf die Schwierigkeiten beim Aufbau eines solchen gemeinsamen Gebiets allerdings nicht unterschätzen. Bestehen die Aktivitätszonen erst einmal, können sie Experimentierfeld in Bezug auf Koordination und Gesetzgebung sein.

Im Bereich der Logistik stellen die Eurozone in Saarbrücken sowie die im Rahmen des MAHHL-Netzwerkes geschaffene Entwicklungszone (Maastricht, Aachen, Hasselt, Heerlen und Lüttich) interessante Beispiele dar.

▪ Gemeinsamer Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Grenzgebiets

Es ist auch wichtig, das Projekt in eine langfristige Gebietsplanung einzubetten. Die Wirtschaftsentwicklungsprojekte werden in organisierten Gebieten umgesetzt. Es ist jedoch so, dass Grenzgebiete nur durch eine konzertierte, bi- oder tri-nationale Vision und ein echtes Gebietsprojekt organisiert werden können. Anders gesagt stehen Planungs- und Raumordnungsprojekte im Dienst der Wirtschaftsentwicklung.

Lokale Städtebaudokumente müssen systematisch in einen größeren Zusammenhang gestellt und in eine Gesamtplanung eingebettet werden, die das Grundstücksangebot sowie wesentliche Funktionen der Stadt (große Universitäts- oder Krankenhausreinrichtungen, etc.), öffentliche Dienstleistungen, insbesondere Verkehr und Breitbandangebot (Infrastrukturen, Tarifgestaltung), Postwesen, sowie Dienstleistungen für Unternehmen berücksichtigt.

Die Wirtschaftssektoren, die im Grenzgebiet einer ganz besonderen Aufmerksamkeit bedürfen, sind beispielsweise die Logistik (Infrastrukturen, Vernetzung von Plattformen, etc.), Tourismus, etc. (siehe auch die verschiedenen Gebietsansätze in den anderen Workshops des Kolloquiums, insbesondere „grenzüberschreitende Ballungsräume“, „Grenzüberschreitende ländliche Räume und Naturräume“ sowie „Zusammenarbeit an Seegrenzen“).

Noch schwieriger als im rein nationalen Kontext ist es eine gemeinsame Planung zu erreichen, um die Ansiedlung einer großen Infrastruktur (Flughafen, etc.) zugunsten aller zu optimieren, für die eine starke politische Unterstützung und langfristige Vision erforderlich ist.

Ein Beispiel für ein solches, zukunftsorientiertes Vorhaben ist das Projekt „Blueprints for regional foresight“, das parallel in der Großregion sowie an der Grenze HU/RO/SR entwickelt wird.

Zur Erreichung einer guten Harmonie und einer effizienten Zusammenarbeit muss berücksichtigt werden, dass eine gemeinsame Agenda für den privaten und öffentlichen Sektor erforderlich ist.

Das Branding und ein gemeinsames Gebietsmarketing des Grenzraums tragen noch zur Verbesserung der Attraktivität des Gebiets bei. Die gemeinsame Förderung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums, beispielsweise durch lokale Initiativen (Medien, etc.) und die Förderung von Produkten, Dienstleistungen und Know-how auf internationaler Ebene kann einen großen Mehrwert mit sich bringen. Die Beherrschung mehrerer Sprachen und interkultureller Kompetenzen wird, sobald diese erworben sind, im internationalen Kontext zu einer Stärke.

▪ **Wie sind Programme des Ziels territoriale Zusammenarbeit zu nutzen?**

Sowohl INTERREG als auch jetzt das Ziel territoriale Zusammenarbeit scheinen kaum geeignet, um einerseits die Entwicklung der Firmen selbst und andererseits Großinvestitionen, die eher in den Rahmen von Finanzierungen unter Ziel 1 bzw. 2 oder nationale Förderungen fallen, zu finanzieren. Diese Finanzierung ist hingegen sehr gut geeignet, um eine grenzüberschreitende Öffnung von Projekten, die im jeweils nationalen Rahmen abgewickelt werden, zu erreichen und eine Governance für eine grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung einzuleiten: gemeinsames Know-how, grenzüberschreitende Entwicklungsagenturen, Dienstleistungen für Unternehmen, etc. Ein Beispiel ist das im Aufbau begriffene Projekt „Arenberg transformeur d'im@ginaire“ (FR/BE), das mehrere der vorgenannten Aspekte aufgreift und bei dem Beginn der grenzüberschreitenden Ausrichtung des Projekts eine Unterstützung im Rahmen der europäischen Fonds erhalten könnte.

▪ **Die Kapitalisierung der Erfahrungen und Errungenschaften**

Zu beobachten ist eine unzureichende Weitergabe des Know-hows und der Kapitalisierung von Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden Wirtschaftsentwicklung. Viel zu oft hängen die erworbenen Kompetenzen unmittelbar an einer Person und gehen verloren, sobald es zu einer Änderung bei der Besetzung des Postens kommt. Hier ist viel Arbeit in Bezug auf dieses Know-how zu leisten.

Man könnte für die Wirtschaftsakteure eine Palette von Instrumenten entwickeln, die auf konkreten Erfahrungen, Best-Practice-Beispielen, etc. aufbauen, und sich insbesondere konzentrieren auf:

- gemeinsame Ressourcen,
- gemeinsame Suche nach Partnern, Angeboten, sowie Fortbildung,
- etc.

Diese Kapitalisierung muss auf Ebene jedes einzelnen Grenzgebiets erfolgen sowie durch die Vernetzung der einzelnen Projekte auf europäischer Ebene.

❖ **Empfehlungen**

AUF LOKALER EBENE

Empfehlung 1: Entwicklung der Governance für die grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung

- Den Dialog zwischen den verschiedenen, betroffenen Akteuren fördern: zwischen den Wirtschaftsakteuren, den Gebietskörperschaften, den Universitäten sowie den anderen, betroffenen Akteuren (wie Industrie- und Handelskammern, Entwicklungsagenturen, etc.) beiderseits der Grenze, um grenzüberschreitende Projekte zu schaffen und umzusetzen,
- Grenzüberschreitende Entwicklungsagenturen gründen,
- Grenzüberschreitende Cluster und Wettbewerbspole entwickeln,
- Die grenzüberschreitende Entwicklung im Bereich Forschung und Universitäten koordinieren.

Empfehlung 2: Instrumente und spezifische Werkzeuge/Dienstleistungen für Unternehmen schaffen

- Die Schaffung von Unternehmensplattformen (Kooperationsnetze, Austausch von Erfahrungen und Best-Practice-Beispielen, Projektbegleitung) sowie Einrichtung gemeinsamer Online-Instrumente fördern,
- Die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten für Unternehmen, wie grenzüberschreitende Risikokapitalfonds fördern,
- Die Schaffung von Aktivitätspolen wie beispielsweise grenzüberschreitende Wirtschaftszonen mit gemeinsamen Infrastrukturen und Dienstleistungen fördern.

Empfehlung 3: Einbinden der Wirtschaftsentwicklung in eine ausgeglichene Gebietsentwicklung entlang der Grenzen

Einbinden der Wirtschaftsentwicklungsprojekte in ein Gebietsprojekt von politischer Tragweite und in eine gemeinsame mittelfristige Strategie, die von den betroffenen Akteuren getragen wird.

AUF REGIONALER UND NATIONALER EBENE

Empfehlung 4: Eine Koordinierung der Gesetzgebung (in den Bereichen Steuern, Aus-/Weiterbildung (Anerkennung von Diplomen) etc.) unter den betreffenden Staaten organisieren, nach Grenzen unterteilt, und gegebenenfalls Durchführung von experimentellen Pilotprojekten.

AUF EUROPÄISCHER EBENE

Empfehlung 5: Die Vernetzung und Kapitalisierung von Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden Wirtschaftsentwicklung auf europäischer Ebene fördern

- Technische Support-Netze für die grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung entwickeln,
- Bekanntmachung der in diesem Bereich durchgeführten Arbeiten, um zu versuchen, die erworbenen Erfahrungen auch in anderen Grenzgebieten anzuwenden,
- Die Bewusstseinsbildung bei öffentlichen und privaten Akteuren für den Mehrwert der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsentwicklung fördern.

FÜR ALLE EBENEN

Empfehlung 6: Das Know-how und die Forschung für die grenzüberschreitende Wirtschaft entwickeln

- Auf lokaler/regionaler Ebene durch Entwicklung von Instrumenten auf der Grundlage von gemeinsamem Know-how,
- Auf nationaler/europäischer Ebene Ausbau der Forschung (Gebietseinteilung etc.).

Zusammenfassung der Diskussionen

Der Workshop-Vorsitzende Bruno Bonduelle, Präsident der Industrie- und Handelskammer Lille Métropole (FR), leitet die Thematik ein und gibt einen geschichtlichen Überblick über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der französisch-belgischen Grenze um Lille. Diese Grenze ist durch ein Fehlen natürlicher Barrieren und eine starke Verflechtung mit zahlreichen Grenzübergängen gekennzeichnet. Was die Wirtschaftsentwicklung betrifft, so hat sich die Textilindustrie - historisch gesehen - auf französischer Seite dank flämischer Arbeitskräfte entwickelt. Heute hingegen sind es die Franzosen, die in Belgien arbeiten (höhere Löhne), aber in Frankreich Steuern bezahlen. Er erwähnt die Vorteile, die mit den unterschiedlichen Steuerbestimmungen zusammenhängen und beim Vergleich der einzelnen Gebiete deutlich werden. Man beobachtet heute einen Transfer von Kaufkraft nach Belgien. Zahlreiche Franzosen siedeln sich jenseits der Grenze an, da es in Belgien keine Vermögenssteuer gibt. Diese vergleichweisen Vorteile haben sicherlich dazu beigetragen, dass zahlreiche Unternehmen in Lille geblieben sind und im Grenzgebiet ein relativer Wohlstand geschaffen wurde.

Verschiedene Projekte werden vorgestellt:

- die Wissenschaftsregion Øresund (DK/SE),
- die „International Clause“ - Kooperation zwischen der Provinz Limburg (NL), der Universität RWTH in Aachen (DE) sowie der Industrie- und Handelskammer in Aachen (DE),
- das grenzüberschreitende Zentrum für Industrie- und Wirtschaftsentwicklung, CTDIC (FR/BE),
- eBIRD „Kenntnis der Wirtschaftsströme in der Großregion“ (FR/BE/LU/DE).

Olivier Baudelet der GD REGIO, Europäische Kommission, spricht folgende Punkte an:

Es gibt bereits eine ganze Reihe von Netzen ähnlich dem der MOT, das gerade zur EUROMOT wird, wie beispielsweise das IRE-Netzwerk (Innovating Regions in Europe). Im Übrigen sollen in der Periode 2007-2013 im Rahmen des INTERREG 4C-Programms eine Reihe von Netzwerken kofinanziert werden. Neben den klassischen Kooperationsnetzen wird es auch Kapitalisierungsnetze geben, die dazu dienen, Wissen in Aktionspläne umzusetzen. Diese Aktionspläne können von Ziel 1- und Ziel 2-Programmen finanziert werden.

Die INTERREG-Programme wurden an sich nicht dazu geschaffen, Großinvestitionen zu tätigen. Hingegen gibt es bei den Ziel 1- und Ziel 2-Programmen, die mit größeren Finanzmitteln ausgestattet sind, eine interregionale Kooperationskomponente, die es ermöglicht, dass Kooperationsprojekte zwischen mehreren Regionen umgesetzt werden können.

Die öffentlichen Behörden können die Unternehmen unterstützen und ihnen einen geeigneten Rahmen sowie Instrumente (Finanzrahmen, regionale Entwicklungsstrategie, etc.) bereitstellen.

Auf europäischer Ebene existieren mehrere Instrumente mit unterschiedlichen Zielsetzungen:

- der EFRE der Regionalpolitik für den territorialen Zusammenhalt,
- das Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung für Exzellenz in der Forschung; und das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation richtet sich an Unternehmen, um diese wettbewerbsfähiger zu machen.

Was die Innovation anbelangt muss jedoch präzisiert werden, dass die Nachfrage seitens der Unternehmen nicht unbedingt sehr groß ist. Jene, die in traditionellen Bereichen tätig sind, stehen Innovationen oft eher skeptisch gegenüber. Man wird entsprechend nicht nur am Innovationsangebot, sondern auch an der Innovationsnachfrage arbeiten müssen.

Véronique Tetu, Leiterin des Euro-Info-Zentrums der regionalen Handelskammer Haute-Normandie (FR), fügt hinzu, dass man den Unternehmen erklären muss, dass der Begriff der Innovation nicht ausschließlich Innovation im technologischen Sinn bedeutet, sondern ebenso Innovation in Bezug auf die Unternehmensstruktur und -abläufe oder das Personalwesen.

François Marzorati, Unterpräfekt von Thionville, Moselle (FR) erklärt, dass täglich sechzigtausend Lothringer die Grenze nach Luxemburg passieren. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen, wobei dieses Phänomen mit der wachsenden Attraktivität Luxemburgs zusammenhängt. Er zitiert das Projekt Esch-Belval in Luxemburg, das aufgrund eines Problems in der Governance auf französischer Seite nur schwer gestartet werden kann. Auf luxemburgischer Seite lenkt der Staat das Projekt, auf französischer Seite sind jedoch mehrere Gebietskörperschaften betroffen (eine Region, zwei Departements und ein Gemeindeverband). Um eine Wirtschaftsentwicklung im Grenzgebiet zu ermöglichen, wird es wichtig sein, eine gemeinsame Projektleitung einzurichten.

Bruno Bonduelle schließt die Sitzung und erinnert daran, dass die Grenzen in Europa relativ jung sind. Seit einigen Jahren ist Europa nicht mehr in Bewegung und dies ist nun die Gelegenheit, wie diese Konferenz es zeigt, ein „Europa im Alltag“ - ein Europa der Bürger - neu aufleben zu lassen. Es lebe Europa!

Workshop 6

Arbeit und Fortbildung: „Kompetenzen mobilisieren“

© Europäische Gemeinschaften, 1995-2008



Vortragende

Präsident

Danièle Defontaine, Vizepräsidentin, Stadtverband Lille Métropole (FR)

Moderation des Workshops und Präsentation des Basisdokuments

Philippe Faveaux, Präsident, Interrégionale syndicale (IRS) des Trois Frontières (FR/BE/LU)

Themenbereich 1: Erleichterung des direkten Zugangs zur Beschäftigung

Sophie Jahn-Germont, Juristin, TaskForce Travailleurs Frontaliers – Euregio Maas-Rhein (BE/DE/NL)

- Integrationsprämie in der Region der Hauptstadt Brüssel
- Plan Activa
- Belgischer Zuschuss für neuerliche Anstellung

Themenbereich 2: Sicherung des lebensbegleitenden Lernens über die Grenzen hinweg

Eric Roger, Berater für Weiterbildung, GIP EFTLV - Universität Reims (FR)

- Zum Status des grenzüberschreitenden Praktikanten – Projekt CHAW (FR/BE)

J.R. de Pasquale, Stellvertretender Leiter für Berufsausbildung, Regionalrat Champagne-Ardenne (FR)

- Zur Anerkennung der Qualifikationen – Projekt CEVIROM (FR/BE)

Claudio Rioseco, Berater für Weiterbildung, GIP EFTLV / GRETA der Ardennen (FR); Yves Magnant, Provinzdirektor FOREM FORMATION Dinant (BE)

Themenbereich 3: Begleitmaßnahmen für die Mobilität der Arbeitnehmer und Förderung der Unternehmensentwicklung in grenzüberschreitenden Lebensräumen

Nadia Jomeer, Koordinatorin EURES-T Eurazur (IT/FR)

- Die Partnerschaft EURES-T Channel:

Bram Lievrouw, Koordinator EURES-T Channel (BE/FR/UK)

Berichterstatter

Joël de Marneffe, Geschäftsführer, EWIV EURES-T Pôle européen de développement (FR/BE/LU)

Begleitung MOT

Concetta Mundo, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

Man spricht oft von der Lissabon-Strategie, die als europäische Strategie einen Referenzrahmen festlegt, aber es ist wesentlich, zu unterstreichen, dass die Beschäftigungspolitik im Rahmen der Europäischen Union in erster Linie unter die Verantwortung der Staaten fällt.

Diese definieren die Maßnahmen, die sie am geeignetsten für die jeweilige Situation, mit der sie konfrontiert sind (Langzeitarbeitslosigkeit, Beschäftigung von Jugendlichen bzw. Frauen, etc.), erachten.

Dies führt dazu, dass die Grenzgebiete sensibel für Verzerrungen sind, die sich aus diesen unterschiedlichen, nationalen Verantwortungsebenen ergeben können. Obwohl sie praktisch zu Räumen werden, in denen durch unzureichend koordinierte, nationale Politiken Reibung entsteht, beobachtet man dort dennoch eine Entwicklung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer als ein Element, das den Aufbau Europas begründet. Das grenzüberschreitende Gebiet kann allerdings bei weitem noch nicht als einheitlicher Raum der Arbeitsmarktverwaltung angesehen werden.

Dennoch könnten dort stichhaltige Pilotprojekte erprobt und dabei Praktiken umgesetzt werden, die an die gelebten Situationen angepasst sind und die europäische Politik in Bezug auf die Beschäftigungspolitik positiv inspirieren könnten.

Bereits heute werden von den Akteuren in grenzüberschreitenden Lebensräumen Initiativen umgesetzt. Im Workshop sollen folgende drei Aspekte der Herausforderungen, die zu beiden Seiten der Grenze existieren, behandelt werden:

- der erste hängt mit dem Zugang zur Beschäftigung zusammen,
- der zweite mit der Qualifikation von Frauen und Männern,
- der dritte behandelt die Zukunft des einzigen, grenzüberschreitenden und partnerschaftlichen, europäischen Instrumentes, das hier einen Beitrag liefern kann.

❖ Erleichterung des direkten Zugangs zur Beschäftigung

In den grenzüberschreitenden Gebieten wird die Mobilität von Unternehmen sowie ihrer Arbeitnehmer durch die Undurchsichtigkeit der Beschäftigungsbeihilfen gebremst.

- **Beschäftigung, eine nationale Kompetenz, für die es von europäischer Seite Begleitmaßnahmen gibt**

Die meisten europäischen Länder setzen für Arbeitsuchende, die besondere Schwierigkeiten haben, Arbeit zu finden, (Langzeitarbeitslose, jugendliche Arbeitslose, Behinderte, etc.) sowie deren Arbeitgeber unterstützende Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung um.

Diese Maßnahmen entsprechen den jeweiligen Zielsetzungen, die die Staaten hinsichtlich der seit dem Gipfel in Luxemburg auf europäischer Ebene abgestimmten Beschäftigungsstrategie beschlossen haben. Die „Lissabon-Strategie“ hat die gemeinsamen Ziele präzisiert und überlässt den Staaten die Umsetzung im Rahmen der nationalen Beschäftigungsstrategie, die ausschließlich unter deren Verantwortung fällt.

Der Europäische Sozialfond (ESF) begleitet die von den Staaten beschlossenen Maßnahmen.

- **Auf den nationalen Bereich beschränkte Beschäftigungsbeihilfen, trotz der ausdrücklichen Verurteilung dieser territorialen Restriktionen durch den Europäischen Gerichtshof EuGH**

In zahlreichen europäischen Ländern wird die Auszahlung von Beschäftigungsbeihilfen an Arbeitgeber abgelehnt, wenn die beschäftigte Person ein Grenzgänger ist.

Im Gegensatz dazu kann ein Arbeitsuchender, der Prämien im Fall einer neuerlichen Anstellung in Anspruch nehmen könnte, dies nicht tun, wenn es sich um eine neue Anstellung im Nachbarland handelt.

Das Recht der Arbeitnehmer auf Zugang zu einer entlohnten Tätigkeit bzw. die nicht diskriminierende Ausübung derselben im Gebiet eines anderen Mitgliedsstaates muss, um effizient und brauchbar zu sein, das Recht des Arbeitgebers einschließen, Arbeitskräfte außerhalb des nationalen Territoriums zu rekrutieren, und deswegen keine Nachteile oder Diskriminierung zu erleiden.

Im Urteil C-208/05 ITC Innovative Technology Center vom 11. Januar 2007, hatte der EuGH Gelegenheit, auf die anwendbaren Grundsätze zu verweisen. In Bezug auf Beihilfen für Arbeitsuchende überwiegt die Regel der Exportierbarkeit.

Problem: Aus Angst vor einer Leistungskumulierung weigern sich die nationalen Behörden, Beihilfen an Unternehmen oder Arbeitnehmer auszuzahlen, die nicht ausschließlich ihrem Gebiet angegliedert sind.

- **Konkrete Fallstudien**

Die folgenden drei Beispiele wurden dem belgischen Recht entnommen:

- **Negativbeispiel: die Integrationsprämie in der Region der Hauptstadt Brüssel.**

Diese Beihilfe, die die berufliche Eingliederung von Personen mit Behinderungen fördern soll, ist auf keinen Fall für Unternehmen zugänglich, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen.

- **Zwispältiges Beispiel: der Plan Activa (BE/DE/NL).**

Diese Beihilfe soll die Rekrutierung von Arbeitssuchenden für Langzeitbeschäftigungen fördern. Sie wird belgischen Arbeitgebern, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen zwar gewährt, wird aber nicht an belgische Arbeitslose ausbezahlt, die einen Arbeitsplatz jenseits der Grenze finden.

- **Positives Beispiel: belgischer Zuschuss für neuerliche Anstellung.**

Das ONEM zahlt Arbeitssuchenden, die über 50 Jahre alt sind und neu beschäftigt werden, einen monatlichen Einkommenszuschuss von 172,3 Euro. Diese Beihilfe erhält der beim ONEM registrierte Arbeitsuchende, auch wenn er eine Beschäftigung im Nachbarland findet.

❖ **Sicherstellung des lebensbegleitenden Lernens über die Grenzen hinweg**

▪ **Ein Konzept: Bildung und lebensbegleitendes Lernen**

Europa und seine Mitgliedsstaaten stellen den Begriff der Bildung und lebensbegleitenden Lernens ins Zentrum ihrer Bildungsprogramme. Als echter Motor für die Zusammenarbeit, die Beschäftigung und die Mobilität von Personen stellen Unterricht und Bildung³⁸ unbestreitbar die größte Herausforderung in einem Europa der Wissensgesellschaft dar.

▪ **Instrumente für die Anerkennung der (Aus)Bildung**

Zahlreiche Instrumente wurden entwickelt, um den europäischen Bürger auf seinem Bildungsweg zu begleiten; damit sollen gleichzeitig Äquivalenzen zwischen den Zeugnissen³⁹ der verschiedenen Mitgliedsländer gefördert, aber auch interkulturelle Initiativen bzw. Initiativen für europäische Mobilität (EUROPASS-Systeme) aufgewertet werden.

▪ **Eine Besonderheit der Grenzräume**

Man muss sich aber vor Augen halten, dass sich in Grenzräumen besondere Ansätze entwickeln, die eng mit den Gegebenheiten ihres Arbeits- und Beschäftigungsmarktes zusammenhängen. Wenn sich in diesen Räumen erwachsene Arbeitnehmer bzw. Arbeitssuchende weiterbilden wollen, sind sie an die für den Beschäftigungs- bzw. Lebensraum konzipierten Politiken gebunden, die jetzt als grenzüberschreitende Politiken gesehen werden. Allerdings gilt weiterhin für jeden Erwachsenen, der sich beruflich weiterbildet, sein nationales System, das seinen Status, die Zuschüsse bzw. die Anerkennung der Kompetenzen bestimmt. Die Ausarbeitung von beruflichen Weiterbildungsprogrammen durch die Regionen sowie die Definition der lokalen Kompetenzanforderungen durch die Unternehmen und ihre Vertreter (Berufsbranchen, etc.) verschärft diese territoriale Verankerung noch. Dieses Gebiet wird aus Sicht der Beschäftigung als Grenzgebiet gesehen, vom Standpunkt der Berufsbildung aus aber als ein gemeinsames. Diese Sichtweise wird auch durch die Berufsanalysen in angespannten Situationen, Wirtschaftsentwicklungsprojekte und die nötige, gegenseitige Anerkennung von Wissen bzw. Know-how unterstützt.

Der EUROPASS⁴⁰ als Instrument für die Anerkennung und Bestätigung der Qualifikation kann diese Realität nicht vollständig wiedergeben. Er verbindet einen Bildungsweg in einem Land und berufliche Strukturen (Unternehmenspraktikum, beruflicher Auslandsaufenthalt) in einem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft.

³⁸ Am 23. und 24. März 2000 definierte der Europäische Rat von Lissabon als ein strategisches Ziel, die Europäische Union weltweit zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wissensgesellschaft zu machen, mit nachhaltigem Wirtschaftswachstum und einer Verbesserung der Beschäftigung auf quantitativer und qualitativer Ebene sowie mit einem stärkeren sozialen Zusammenhalt. Er forderte auch den „Bildungsrat“ auf, allgemeine Überlegungen zu den konkreten künftigen Zielen der Bildungssysteme anzustellen, basierend auf den gemeinsamen Anliegen und Prioritäten und unter Achtung der nationalen Unterschiede. Beschluss 1720/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006.

³⁹ Die Mitteilung der Kommission in Bezug auf den Aktionsplan für Qualifikation und Mobilität stellt fest, dass weiterhin Aktionen auf europäischer Ebene nötig sind, um die Anerkennung der im Rahmen der Aus- und Weiterbildung erworbenen Kenntnisse zu verbessern.

⁴⁰ Der EUROPASS-Mobilitätsnachweis bestätigt offiziell den Abschluss einer oder mehrerer europäischer Bildungswege, innerhalb eines gemeinsamen Qualifikationsrahmens, basierend auf folgenden Grundsätzen: eine tatsächliche Partnerschaft (in Form eines Vertrags) zwischen der entsendenden Bildungseinrichtung und der Praktikumsstelle; mit klaren, präzisen und vertraglich festgelegten Zielen; eine aufmerksame Beobachtung des Praktikums im Aufnahmeland durch einen ernannten Tutor.

Somit berücksichtigt er weder den Aufbau eines gemeinsamen Referenzrahmens unter den Bildungseinrichtungen, noch eine gemeinsame Umsetzung des Bildungsweges. Einzig und allein die Umsetzung im Unternehmen bzw. im Rahmen des Praktikums bestätigt die europäische Mobilität.

Außerdem berücksichtigt dieses Instrument keine Eintragung des Berufsabschnittes in den vorgeschriebenen Plänen und Zielen (regionale Berufsbildungsprogramme, duale Ausbildung, Integrationspläne, etc.).

▪ **Konkrete Fallbeispiele**

Wege, die im Rahmen von INTERREG 3 in Wallonien (BE) und der Region Champagne-Ardenne (FR) entwickelt wurden:

Im Rahmen der Erwachsenenbildung wurden zwei Programme durchgeführt. Das erste beschäftigte sich mit Begleitmaßnahmen für Ausbildungen im Rahmen von Fernunterricht und konzentrierte sich auf die Förderung der Qualifikationen der Akteure in der Berufsbildung (Ausbilder, Koordinatoren, Bildungsverantwortliche, pädagogische Fachleute, etc.). In diesem Rahmen wurden personalisierte Ausbildungsmodule und Systeme zur Anerkennung der Qualifikationen entwickelt (unter Verwendung des EUROPASS-Instruments).

Im Rahmen des zweiten Beispiels sollten für die Arbeitsuchenden der förderungswürdigen Zone gemeinsame, an die Anforderungen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts zugeschnittene Ausbildungsmöglichkeiten ausgearbeitet werden. In diesem Bereich wurden Kompetenzrahmen sowie gemeinsame Ausbildungen geschaffen und im Anschluss daran sieben von beiden Regionen und ihren durchführenden Einrichtungen (GRETA-Netzwerk bzw. FOREM Formation) gemeinsam verwaltete Qualifikationsinstrumente erarbeitet. Um die Anforderungen für eine Anerkennung der Qualifikationen zu erfüllen, wurde eine zweiteilige Bestätigung geschaffen, die sowohl Kompetenzen und als auch die Ausbildung abdeckt.

Zum Status des Grenzpraktikanten

Das Projekt CHAW (FR/BE)

Zur Anerkennung der Qualifikationen

Das Projekt CEVIFORM (FR/BE)

❖ Begleitmaßnahmen für die Mobilität der Arbeitnehmer und Förderung der Unternehmensentwicklung in grenzüberschreitenden Lebensräumen

▪ **Das EURES-Instrument**

Angesichts der Tatsache, dass Personen, die in einem Land wohnen und im Nachbarland arbeiten, keine für diese Realität geeigneten Informationen erhielten, hatten 1989 die regionalen Gewerkschaftsvertreter die Idee, nach dem Prinzip des „Euro-Guichet“ für KMU-KMI (später „Euro Info Zentren“) einen „sozialen Euro-Guichet“ zu schaffen,

Die Kommission nahm diesen Vorschlag auf und schuf ein Instrument, das sich auf folgende vier Aufgaben konzentrierte:

- Entwicklung von Beschäftigungsangeboten und -nachfrage, eine Aufgabe, die die nationalen Instanzen für öffentliche Beschäftigung übernehmen;

- Information über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, eine Aufgabe die die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeitnehmer übernehmen;
- Aktivierung von Möglichkeiten zur Entwicklung eines sozialen Dialogs auf grenzüberschreitender Ebene, unter Beteiligung der die Arbeitgeber vertretenden Organisationen;
- Erfassung und Evaluierung der Weiterbildungsinstrumente.

1993 erhält das Netz die Bezeichnung EUROpean Employment Services, (EURES) und ein Beschluss der Kommission (93/569/CEE) legt den Aktionsrahmen fest:

- Auf transnationaler Ebene wird die Zusammenarbeit von den verschiedenen öffentlichen Instanzen für nationale Beschäftigung organisiert,
- Auf grenzüberschreitender Ebene erfolgt die Zusammenarbeit zwischen den drei Arten von Partnern im Rahmen eines Pilotausschusses.

Dieses Instrument trägt wesentlich dazu bei, die Hindernisse für die Freizügigkeit der arbeitenden Grenzpendler zu erfassen und zu beseitigen.

▪ **Die Auswirkungen der Reform 2002**

Der Beschluss der Kommission führt dazu, dass der partnerschaftliche Ansatz geändert und die Finanzverwaltung ausschließlich den nationalen Instanzen für öffentliche Beschäftigung übertragen bzw. der grenzüberschreitende Ansatz dahingehend abgeändert wird, dass eine Integration der Aktionspläne des interregionalen Gebiets in die jeweils nationalen Aktionspläne verlangt wird.

Die Rolle der sozioökonomischen Partner auf grenzüberschreitender Ebene wird damit geschwächt.

▪ **Konkretes Fallbeispiel**

Die Partnerschaft EURES-T Channel (FR/BE/GB)

❖ **Empfehlungen**

Empfehlung 1: Den direkten Zugang zur Beschäftigung erleichtern

Die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Beschäftigungs- bzw. Lebensraums erfordert mehr Flexibilität in Bezug auf Beschäftigungsbeihilfen. Um eine Kumulierung zu vermeiden, kann ein Zahlungsfluss nur im Rahmen vorher festgelegter Koordinationsregeln stattfinden.

- Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip erfolgt die Koordination von Arbeitslosengeld auf europäischer Ebene im Rahmen der Verordnung EG 883/2004. Es scheint notwendig, einen vergleichbaren Koordinationsmechanismus für Beschäftigungsbeihilfen auf Grundlage von Artikel 308 des EG-Vertrages zu schaffen.

- Um mehr Flexibilität in Bezug auf Beschäftigungsbeihilfen in Grenzregionen zu ermöglichen, muss der Grundsatz über die Zuständigkeit des für die Auszahlung von Arbeitslosengeld verantwortlichen Staats angenommen werden. Was Beihilfen an Unternehmen betrifft, so muss der Staat, in dem sich der Sitz des Unternehmens befindet, für zuständig erklärt werden, auch wenn die beschäftigte Person im Ausland wohnhaft ist.

- Die Mitgliedsstaaten müssen die grenzüberschreitende Dimension in kohärenter Art und Weise in die Ausarbeitung nationaler Mechanismen, wie beispielsweise Beschäftigungsbeihilfen, integrieren.

Empfehlung 2: Das lebenslange Lernen über die Grenzen hinweg sicherstellen

- Erwachsenen, die einer Ausbildung in einem Grenzgebiet folgen, den Status eines „grenzüberschreitenden Praktikanten im Rahmen der beruflichen Weiterbildung“ verleihen.
- Förderung von Projekten zur Anerkennung des in einem grenzüberschreitenden Kontext erworbenen Wissens im Bereich Arbeit und Fortbildung.

Empfehlung 3: Begleitmaßnahmen für die Mobilität der Arbeitnehmer und Förderung der Unternehmensentwicklung in grenzüberschreitenden Lebensräumen

- Eine Kontinuität des EURES-Instruments auf grenzüberschreitender Ebene durch eine höhere Finanzierung zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Mobilität sicherstellen. Die sozioökonomischen Partner müssen über ausreichende Finanzmittel verfügen, um ihre Aufgaben auch weiterhin angemessen ausüben zu können.
- Die Rolle der lokalen Partner als Entscheidungsträger im Rahmen der Governance der EURES-T auf den verschiedenen Gebietsebenen wiederherstellen.
- Das Instrument auf die gesamten Binnengrenzen der Union ausweiten, und in erster Linie unter den neuen Mitgliedsstaaten durch die Entwicklung von Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch unter bereits früher entstandenen EURES-T und neu gegründeten EURES.

Zusammenfassung der Diskussionen

Danièle Defontaine, Vizepräsidentin des Stadtverbands Lille Métropole (FR), erklärt, dass sich die grenzüberschreitenden Gebiete über territoriale und institutionelle Trennungen hinweg in Form von Lebensräumen organisieren, die durch eine räumliche Kontinuität gekennzeichnet sind. Innerhalb dieser Lebensräume können die Gebietskörperschaften beiderseits der Grenze ein Verschwinden der Grenzen im Alltag der Bewohner nicht ignorieren; schon lange vor dem Schengen-Raum konnten die Grenzen Grenzströme nicht aufhalten, unabhängig davon, ob es sich um Fahrten zum Arbeitsplatz, zur Freizeitgestaltung oder aus geschäftlichen Gründen handelte.

Sie führt an, dass der neue vereinfachte Lissabon-Vertrag⁴¹ keine wirkliche Neuerung hinsichtlich der sozialen und steuerlichen Harmonisierung auf europäischer Ebene enthält: Die Beschäftigungspolitik bleibt weiter im Kompetenzbereich des Staates und auch die Steuergesetzgebung unterliegt weiterhin der Einstimmigkeit der siebenundzwanzig Mitgliedsstaaten. Der Vertrag wurde jedoch um eine soziale Klausel ergänzt: Sie sieht die Förderung eines höheren Beschäftigungsniveaus vor, Garantie für einen angemessenen Sozialschutz, den Kampf gegen soziale Ausgrenzung sowie Unterrichts- und Bildungsniveaus, etc. Danièle Defontaine stellt jedoch fest, dass ohne eine soziale und steuerliche Harmonisierung bestimmte Probleme weiter bestehen bleiben.

Philippe Faveaux, Präsident, Interrégionale syndicale (IRS) des Trois Frontières (FR/BE/LU), hält fest, dass der Workshop vorerst die Frage der Mobilität der Arbeitnehmer behandelt und dabei auf die Mechanismen eingeht, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Auf die Frage der Grundausbildung wurde vom Workshop bewusst nicht eingegangen.

⁴¹ Kann von der Website der portugiesischen Präsidentschaft herunter geladen werden: <http://www.consilium.europa.eu>

Joël de Marneffe, Geschäftsführer der EWIV EURES-T Pôle européen de développement (Europäische Wirtschaftliche Interessensvereinigung) (FR/BE/LU) erinnert daran, dass die Empfehlungsvorschläge des Workshops in Richtung einer Koordinierung der Beschäftigungsbeihilfen beiderseits der Grenze gehen, um eine bessere Flexibilität dieser Beihilfen in grenzüberschreitenden Lebensräumen zu fördern.

Ein Teilnehmer stellt fest, dass die Empfehlungen sowohl die grenzüberschreitende als auch die transnationale Arbeit betreffen.

Philippe Faveaux stimmt dem zu und merkt an, dass die Empfehlungen im grenzüberschreitenden Kontext ein ganz spezifisches Merkmal aufweisen: In diesen durch die Existenz von Grenzen gekennzeichneten Räumen stellt das Ziel eines endogenen Beschäftigungsraums eine ganz besondere Herausforderung dar.

Ein Teilnehmer stellt fest, dass parallel auf grenzüberschreitender Ebene gehandelt werden muss, und zwar durch den Abschluss von bilateralen Vereinbarungen zum Sozialschutz an jeder Grenze.

Ein Teilnehmer ist der Ansicht, dass man für den grenzüberschreitenden Kontext spezifische Formulierungen finden sollte und weniger die stark unterschiedlichen Systeme miteinander verknüpfen sollte, um nicht Gefahr zu laufen, die Situation noch komplexer zu gestalten.

Philippe Faveaux antwortet, dass man zumindest eine Koordination der nationalen Systeme beiderseits der Grenze fördern sollte, weil es schwierig ist, spezifische Vorschriften für Grenzregionen einzurichten. Aus steuerlicher Sicht ist er der Ansicht, dass die Grenzregionen niemals eine Sonderstellung erhalten werden: Einzig und alleine die Technik der „kleinen Schritte“ könnte einen Fortschritt bringen. Die Empfehlungen könnten sicherlich noch anspruchsvoller sein, sie zeigen aber bereits einen gewissen Fortschritt.

Es gibt Anmerkungen in Bezug auf die Präsentation der konkreten Fälle, die sich auf die belgische Gesetzgebung beschränken. Philippe Faveaux antwortet, dass das Beispiel Belgiens gewählt wurde, um zu zeigen, dass es innerhalb ein- und desselben Landes „gute“ und „schlechte“ Beispiele geben kann. Ähnliches ist an allen Grenzen zu beobachten.

Zur Frage der Governance unterstreicht Danièle Defontaine, dass der Grenzüberschreitende Örtliche Zweckverband (GÖZ) und das neue Gemeinschaftsinstrument, der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)⁴² es ermöglichen, die Koordination der politischen Akteure im Grenzgebiet weiter zu entwickeln und einen echten grenzüberschreitenden Raum zu schaffen. Ein solches Instrument könnte in der Frage der Zuteilung von Beschäftigungsbeihilfen innerhalb eines grenzüberschreitenden Lebensraumes zur Anwendung kommen.

Um den Anforderungen der grenzüberschreitenden Lebensräume im Bereich des lebenslangen Lernens gerecht zu werden, unterstreicht Eric Roger von der Universität Reims, dass man Fortbildungseinrichtungen schaffen muss, die für den grenzüberschreitenden Kontext geeignet sind. Die Entwicklung grenzüberschreitender Politiken für eine lokale Entwicklung muss mit einer Entwicklung grenzüberschreitender Ausbildungswege einhergehen. Um diese grenzüber-

⁴² EG-Verordnung 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), Amtsblatt der Europäischen Union L 210/19 vom 31. Juli 2006.

schreitenden Ausbildungsprogramme voll zur Geltung zu bringen, ist es ganz wesentlich, diese Ausbildungen mit Zeugnissen abzuschließen, die beiderseits der Grenze anerkannt werden. Die Schaffung eines Praktikantenstatus für eine grenzüberschreitende Berufsausbildung würde es zudem ermöglichen, den Rechtsstatus klarzustellen, der für ihre Sondersituation gilt.

Im Rahmen eines Programms zur Sprachausbildung bzw. zum Kennenlernen der Kultur in der Euregio Maas-Rhein (BE/DE/NL) (Projekt INTERREG 3), ist FOREM ebenfalls auf Probleme gestoßen, die mit dem Fehlen eines spezifischen Status für Grenzpraktikanten zusammenhängen.

Ein anderer Teilnehmer erinnert daran, dass der Begriff des lebenslangen Lernens – wie sein Name schon sagt – mit der Grundausbildung beginnt. Man müsste somit grenzüberschreitende Schulen schaffen, in denen die innerhalb des Grenzgebiets gebrauchten Sprachen und Kulturen so früh wie möglich unterrichtet werden. Eric Roger stimmt zu, hält aber fest, dass dies von den Projektpartnern des CEVIFORM-Projekts (FR/BE) absichtlich außer Acht gelassen wurde, und in die Problematik der Beschäftigungsräume somit die Erwachsenenbildung fällt. Auch die Lehre wurde nicht behandelt.

Ein Teilnehmer stellt fest, dass die Sozialpartner neben dem technischen EURES-T-Netz im Rahmen einer französisch-belgischen parlamentarischen Arbeitsgruppe ein politisches Instrument, den grenzüberschreitenden, interregionalen Sozialdialog entwickelt haben. Diese Gruppe prüft unter anderem die Entwicklung gemeinsamer Möglichkeiten zur Anerkennung von erworbenem Wissen und Erfahrungen. Philippe Faveaux präzisiert, dass es eine Anerkennung des erworbenen Wissens nicht in allen Staaten der Europäischen Union gibt, womit die Empfehlungen für die Europäische Union in ihrer Gesamtheit von Interesse sein müssten.

Der Teilnehmer möchte, dass in den Gesammelten Konferenzunterlagen vermerkt wird, dass die Sozialpartner die Anerkennung von erworbenem Wissen sehr aktiv betreiben, insbesondere im französisch-belgischen Distrikt.

Es wird vorgeschlagen, dass die Empfehlung 2 (Absatz 2) wie folgt lauten sollte: „Förderung von Projekten zur Anerkennung des in einem grenzüberschreitenden Kontext erworbenen Wissens im Bereich Arbeit und Fortbildung“.

Workshop 7

Gesundheit:

„Sich in der Nähe behandeln lassen“



Vortragende

Präsident

Martín Guillermo Ramirez, Generalsekretär, Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen - AGEG

Diskussion mit dem Publikum

Jean-Jacques Romatet, Direktor, Universitätskrankenhaus Toulouse (FR)

Präsentation des Basisdokuments

Pascal Garel, Generaldirektor, Europäischer Krankenhausverband (HOPE)

Projekt 1: Französisch-spanische grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen

Xavier Conill, Leiter des Sekretariats der Stiftung „grenzüberschreitendes Krankenhaus der Cerdagne“ (ES/FR) – Gesundheitsdienst Katalonien (ES)

Projekt 2: Französisch-belgische grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen

Henri Lewalle, Referent für Europäische Angelegenheiten und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Alliance nationale des mutualités chrétiennes (ANMC) (BE)

Projekt 3: Italienisch-österreichisch-slowenische grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen

Luigi Bertinato, Leiter der Abteilung internationale, sozio-sanitäre Beziehungen, Region Veneto (IT)

Präsentation der Empfehlungen und Berichtersteller

Stéphane Jarlegand, Generalsekretär, Direktor für Internationale Angelegenheiten, Universitätskrankenhaus Nizza (FR)

Begleitung MOT

Concetta Mundo, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen (Kooperationsaktivitäten zwischen den Gesundheitsinstanzen zweier oder mehrerer Länder im lokalen Grenzbereich) ist heutzutage mit neuen Entwicklungen konfrontiert. Diese Zusammenarbeit äußert sich in verschiedensten Formen, darunter der Patientenmobilität, die jedoch nur einen Teil des Bereiches abdeckt. Aufgrund der Errichtung von relativ isolierten Gesundheitssystemen stießen diese Aktivitäten an Hindernisse, für die einige Lösungen gefunden werden konnten. Selbst die Entwicklung auf Gemeinschaftsebene ist zwiespältig. Das Entstehen des Begriffs der grenzüberschreitenden Gemeinschaften im Gesundheitswesen, der weiter gefasst ist als jener der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, erlaubt es, ein neues Modell anzubieten, ohne gleichzeitig die bestehenden Hindernisse zu verkennen.

❖ Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen

Historisch gesehen waren die Staaten an den Grenzen immer schon sehr wachsam, insbesondere um zu versuchen, dort Epidemien einzudämmen. Aber auch andere Faktoren haben in jüngerer Zeit zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen beigetragen.

Für die Gesundheitsexperten zeigt die Entwicklung von Reaktionsformen auf Katastrophen und andere Akutsituationen bzw. Notfälle mehr denn je, dass eine Zusammenarbeit erforderlich ist, ohne dabei die Grenzen zu berücksichtigen. Die Entwicklung von Grenzströmen im Allgemeinen und insbesondere im Bereich von Grenzpendlern verändert auch die Einstellung der Patienten. Das entstehende Bewusstsein hinsichtlich der Nähe der Pflegeeinrichtungen, zu denen noch die neuen Erwartungen der Bevölkerungen hinzukommen, sind die Ursache für Veränderungen. Das Bestehen innovativer Einrichtungen, das Beobachten einer besseren Qualität oder einer rascheren Behandlung auf der anderen Seite der Grenze sind ebenso Faktoren für die Entwicklung einer Kooperation. Außerdem muss man auch die Tatsache berücksichtigen, dass im Allgemeinen der europäische Gedanke an Bedeutung gewinnt, sowie Gemeinschaftsfinanzierungen, die den Akteuren zur Verfügung stehen.

Nach und nach haben sich die Akteure im Bereich des Gesundheitswesens mobilisiert. Die Fachleute und Institutionen haben sich in einem Netzwerk entlang einer Grenze organisiert um zusammenzuarbeiten. Ein Austausch von Best-Practice-Beispielen, gemeinsame Aus- und Weiterbildungen, Präventionsmaßnahmen, Organisation von Patientenströmen, sind alles Beispiele für Aktionen, die es schließlich ermöglichen, die medizinische Umgebung für Patienten zu beiden Seiten der Grenze zu verbessern und manchmal auch Ungleichheiten zwischen diesen Gebieten zu reduzieren.

Die Zusammenarbeit der Gesundheitsakteure im Grenzgebiet stieß in der Vergangenheit rasch auf Hindernisse, die mit der Tatsache zusammenhingen, dass die Gesundheitssysteme relativ isoliert aufgebaut wurden (mit einigen Ausnahmen innerhalb der Gemeinschaften wie beispielsweise der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen). Instrumente, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglichen, wurden dadurch erforderlich.

❖ Anpassung der Gesetzgebung an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Einige Mitgliedsstaaten haben kürzlich ihre Planungsinstrumente für Gesundheitsdienstleistungen an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit angepasst. Frankreich hat die grenzüberschreitende Dimension beispielsweise erstmals 2006 anlässlich der Ausarbeitung der regionalen Pläne der Gesundheitsorganisation („schémas régionaux d'organisation sanitaire“/SROS III) integriert. Einige Planverträge zwischen Staat und Regionen berücksichtigen ebenfalls die grenzüberschreitende Dimension.

Es werden auch zwischen Staaten, Regionen, Finanzgebern und Akteuren des Gesundheitssektors Verträge abgeschlossen. Was die Mobilität der Patienten oder Gesundheitsexperten betrifft, geht es darum, die Pflegekosten rückzuerstatten oder die Berufsausübung zu genehmigen.

Auf nationaler Ebene werden auch bilaterale Instrumente beschlossen. Ziel derselben ist es, eine vorher bereits bestehende, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen oder eine solche aufzubauen. In diesem Sinne wurden zwischen Frankreich und Belgien sowie zwischen Frankreich und Deutschland zwei Rahmenverträge unterzeichnet. Durch solche Verträge können aber nicht alle Hindernisse in Bezug auf den Aufbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus dem Weg geräumt werden. Abgesehen davon, dass sie als Faktoren zur Rezentralisierung benutzt werden können, erfordert ihre Anwendung eine bestimmte Zeit und löst nicht alle auf lokaler Ebene gegebenen Schwierigkeiten.

Ein dritter Rahmen-Vertrag soll demnächst zwischen Frankreich und Spanien unterzeichnet werden. Dieses Instrument wird die Realisierung eines spezifischen und bisher nicht gekannten Kooperationsprojektes ermöglichen, nämlich die Gründung des grenzüberschreitenden Krankenhauses der Cerdagne.

❖ Relativer, aber wachsender Einfluss des europäischen Einigungsprozesses auf die Gesundheitssysteme

Ebenso wie die anderen Komponenten der sozialen Sicherheit ist auch die Gesundheitsversorgung nicht einer jener Bereiche, in denen die Mitgliedsstaaten den Weg der Harmonisierung

eingeschlagen haben. Dennoch haben sich aufgrund der Verträge von Maastricht und Amsterdam einige Gemeinschaftskompetenzen entwickelt. Sie sind aber weiterhin auf Substanzen menschlichen Ursprungs, nämlich Blut und Blutderivate sowie Organe beschränkt. Das Subsidiaritätsprinzip macht somit die Mitgliedsstaaten für die Organisation und Finanzierung ihrer Gesundheitssysteme verantwortlich.

Es ist allerdings so, dass der Gesundheitssektor schon lange vor diesen Verträgen von der Errichtung des Binnenmarktes beeinflusst war. Dieser Einfluss erfolgte indirekt, das heißt auf anderen Grundlagen als denen des Gesundheitswesens. Die Entwicklung des Binnenmarktes im Bereich der Waren hat beispielsweise die Annahme von Richtlinien bewirkt, die für Medikamente und medizinische Instrumente zur Anwendung kommen. Die Dienste des Gesundheitswesens wurden entsprechend als Arbeitgeber, als Käufer von Waren und Dienstleistungen sowie als Erbringer von Dienstleistungen beeinflusst.

Die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes hat den Prozess in gewisser Weise beschleunigt, indem sie die medizinische Pflege (Urteile Kohll und Decker aus dem Jahr 1998) und die Krankenhauspflege (Urteile Smits und Peerbooms aus dem Jahr 2001) als Dienstleistungen definierte und den Grundsatz der Freizügigkeit anwandte. Dieser hat Vorrang vor der für Pflege im Ausland vorab einzuholenden Genehmigung, zumindest was die Pflege außerhalb von Krankenhäusern betrifft. Durch das Infragestellen der Koordination der durch die Verordnung 1408 aus dem Jahre 1971 umgesetzten Sozialversicherungspolitik hat der Europäische Gerichtshof eine gewisse Rechtsunsicherheit geschaffen.

Durch diese Rechtssprechung gestärkt, schlug die Kommission in einer ersten Phase vor, die Gesundheitsdienstleistungen sowie die Rechtssprechung des Gerichtshofes in Bezug auf die Patientenmobilität in die Dienstleistungsrichtlinie 2004 (die so genannte Bolkenstein-Richtlinie) zu integrieren. Der auf fast einstimmigen Antrag aller Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft eingerichtete Ausschuss der Gesundheitsdienstleistungen veranlasste die Europäische Kommission nach einer Beratung von September 2006 bis Januar 2007 dazu, eine Gesundheitsinitiative vorzuschlagen, die durch einen Richtlinienentwurf Ende 2007 zum Ausdruck gebracht werden sollte. Die Herausforderung wird für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit darin bestehen, zu sehen, welcher Platz ihr innerhalb der Grundsätze des Marktes zugewiesen wird.

❖ Der neu entstandene Begriff der grenzüberschreitenden Gemeinschaft im Gesundheitswesen

Ein neuer Begriff entsteht derzeit, nämlich jener der grenzüberschreitenden Gemeinschaft im Gesundheitswesen, der weit über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Akteure zweier Grenzregionen zur Erfüllung ihrer gemeinsamen Bedürfnisse hinausgeht. Eine grenzüberschreitende Gemeinschaft ist durch eine gemeinsame Geschichte und Kultur sowie durch die Absicht verbunden, das Zugehörigkeitsgefühl durch konkrete, globale und dauerhafte Aktionen zu fördern. Die Gesundheit kann einen der Pfeiler dieser grenzüberschreitenden Gemeinschaften darstellen. Eine Annäherung der Gesundheitsdienstleistungen zu beiden Seiten der Grenze ermöglicht eine Reduzierung der geographischen Unterschiede und garantiert einen Zugang zu bzw. die Erbringung einfacher und gerechter Pflegeleistungen. Die Verwaltung und Planung des Pflegeangebots auf lokaler Ebene werden dadurch verändert.

Dies setzt eine Anpassung des Pflegeangebots bzw. der lokalen Organisation des Gesundheitssystems voraus, um alle lokal vorhandenen Akteure sowie die Anforderungen der gesamten Bevölkerung des grenzüberschreitenden Lebensraums zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck müssen lokale Pilotausschüsse geschaffen werden, die die Steuerung und Koordination einer Umsetzung der grenzüberschreitenden Gemeinschaft im Gesundheitswesen sicherstellen.

Die Schaffung einer grenzüberschreitenden Gemeinschaft im Gesundheitswesen erlaubt somit eine Rationalisierung der Gesundheitsdienstleistungen, eine Anpassung der Gesundheitspolitiken an die lokalen Gegebenheiten, eine Förderung des Austauschs an Kompetenzen und Fachwissen sowie eine Reaktion auf die spezifischen Anforderungen der Bevölkerung. Dieses Vorhaben soll auch eine Reintegration des Gesundheitsbereiches in das grenzüberschreitende Gebietsprojekt ermöglichen.

❖ Bei der Schaffung von grenzüberschreitenden Gemeinschaften im Gesundheitswesen aufgetretene Probleme

Mehrere Hindernisse bremsen zumindest das Entstehen grenzüberschreitender Gemeinschaften im Gesundheitswesen bzw. die Entwicklung der Zusammenarbeit. Erstere sind legislativer und reglementarischer Art und nur teilweise oder gar nicht durch bestehende Instrumente geregelt. Somit ist die Organisation der Gesundheitssysteme von einem Land zum anderen unterschiedlich, ebenso wie der Preis und die Rückerstattungsbestimmungen sowie die Auswahl der übernommenen Gesundheitsleistungen bzw. Medikamente. Diese verschiedenen Elemente, die mit einem unterschiedlichen Umfang an Sozialversicherungsleistungen zusammenhängen, gestalten die Annäherung zweier Gebiete im Gesundheitsbereich äußerst komplex.

Die anderen Hindernisse hängen mit der größeren Patientenmobilität und den im Gesundheitswesen tätigen Akteure zusammen. Ein massiverer Patientenstrom kann die Kapazität der Gesundheitsdienstleistungen aus dem Gleichgewicht bringen und die Pflegequalität schmälern. Im Gegensatz dazu kann die Migration von Gesundheitsexperten eine gewisse Knappheit in bestimmten Regionen und somit auch einen geringeren Zugang zu Pflegeleistungen bewirken. Ausländische Gesundheitsexperten erfüllen möglicherweise die Erwartungen der Patienten nicht, da ihre Ausbildung, insbesondere im Fall von Krankenschwestern, je nach Land unterschiedlich ist. Durch Sprachschwierigkeiten können ebenfalls Probleme entstehen.

Während somit eines der Ziele der Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Gemeinschaften darin besteht, einen gerechten Zugang zur Pflege sicherzustellen, können die Patienten- bzw. Gesundheitsexpertenströme einen unausgeglichenen Zugang zur Pflege verursachen.

Ein weiteres Hindernis ist die Konkurrenz zwischen Dienstleistungsanbietern im Gesundheitswesen. Die Einrichtung von umsatzabhängigen Finanzierungsmechanismen für Krankenhäuser kann letztere zwingen, mehr Patienten anzuziehen, einschließlich jener, die bisher auf der anderen Seite der Grenze betreut wurden.

Trotz dieser Hindernisse ist es jedoch möglich, Lösungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit und die Schaffung grenzüberschreitender Gemeinschaften im Gesundheitswesen zu finden.

❖ Empfehlungen

Empfehlung 1: Verbesserung der Rahmenbedingungen und Instrumente

AUF LOKALER EBENE

- Die Zusammenarbeit durch einen Vertrag zwischen allen beteiligten Parteien formalisieren.
- Die grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte in die Projekte der Einrichtungen integrieren.

AUF REGIONALER UND NATIONALER EBENE (ZUSTÄNDIGE GESUNDHEITSBEHÖRDEN)

- Eine gesetzliche Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beschließen (Vertrag zwischen den Dienstleistern im Gesundheitswesen und Krankenversicherungsorganisationen; bilaterale Verträge; Genehmigung zur Einrichtung von Pilotprojekten).
- Beteiligung an der Entwicklung von Evaluierungsinstrumenten und an der Evaluierung grenzüberschreitender Initiativen.
- Weitere Öffnung in Bezug auf die Rückerstattung von Pflegekosten zwischen den Zahlungsinstanzen in Grenzräumen durch Rahmenabkommen bzw. lokale Verträge.
- Die Errichtung von Exzellenz-Zentren fördern.

AN DIE GEMEINSCHAFTSINSTITUTIONEN

- Weitere Finanzierung durch Gemeinschaftsfonds (Ziel 3 Europäische territoriale Zusammenarbeit) für Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
- Klarere Informationen über Finanzierungsprogramme sowie Ausschreibungs- und Projektauswahlverfahren übermitteln; Experten zur Unterstützung für einzureichende Ausschreibungen bereitstellen.
- Sicherstellen, dass die von den Bürgern empfundene Rechtsunsicherheit begrenzt wird und dafür sorgen, dass nicht ausschließlich die Rechtssprechung die Rechte der Bürger definiert.

Empfehlung 2: Unterstützung bei Projektumsetzung und Governance

AUF LOKALER EBENE

- Die Eignung und die Qualität der Umsetzung der Projekte durch eine vorausgehende Analyse der tatsächlichen Anforderungen, des grenzüberschreitenden Mehrwerts des Projekts, der verfügbaren personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen, sicherstellen und dabei in allen Projektphasen auf eine gute Beteiligung aller politischen (insbesondere lokalpolitischen) Partner achten und andere (frühere bzw. parallel laufende) grenzüberschreitende Kooperationsprojekte berücksichtigen, indem vor Beginn des Projekts Evaluierungsinstrumente definiert bzw. angepasst werden.
- Die Rolle der Euregios und ähnlicher, grenzüberschreitender Strukturen stärken.
- Neue Instrumente wie beispielsweise den EVTZ erproben.

AUF EUROPÄISCHER EBENE

- Ein Evaluierungsverfahren für grenzüberschreitende Kooperationsprojekte entwickeln, das die Akteure nutzen könnten (Leitlinien, Ratgeber in Bezug auf Methoden, Indikatoren).

Empfehlung 3: Information, Austausch von Best-Practice-Beispielen und Vernetzung

AUF LOKALER EBENE

- Den Austausch mit Partnern, die sich zu anderen Themenbereichen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagieren, fördern.
- Sprachausbildungen für die Sprachen der Partnerländer fördern.
- Mehr Kommunikation mit der Bevölkerung über europäische Projekte betreiben.

AUF ALLEN EBENEN

- Den Erfahrungs- und Informationsaustausch fördern: die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Entwicklung von Datenbanken sowie Netzen fördern, die eine Identifikation von Partnern ermöglichen; Best-Practice-Beispiele fördern und Netzwerke zwischen den Akteuren schaffen.
- Konferenzen zum Thema Gesundheit und grenzüberschreitende Zusammenarbeit organisieren; ein Informationszentrum über grenzüberschreitende Aktivitäten im Gesundheitsbereich schaffen; grenzüberschreitende Kooperationsprojekte fördern.

All diese Empfehlungen sollen dazu beitragen, echte grenzüberschreitende Gemeinschaften im Gesundheitswesen entstehen zu lassen, die in grenzüberschreitende Gebietsprojekte integriert sind.

Zusammenfassung der Diskussionen

Serge Comin, Centre hospitalier de Mons (FR), ist der Ansicht, dass der grenzüberschreitende Gesundheitsbereich zuwenig Instrumente hat, insbesondere zuwenig Rechtsinstrumente. Welche Instrumente gibt es für Strukturen, die nicht gewinnbringend arbeiten?

Die Antwort basiert auf der Art von Verbänden, die Mitglied des Instruments EVTZ sein können: Verbände, die keiner öffentlichen Institution angeschlossen sind, können einem EVTZ beitreten. Die betroffenen Strukturen müssen zumindest einem der drei folgenden Kriterien entsprechen:

- Ihre Tätigkeit muss überwiegend durch den Staat, Gebietskörperschaften oder andere Organe öffentlichen Rechts finanziert werden,
- Die Verwaltung muss der Kontrolle durch letztere unterliegen,
- Das Verwaltungs-, Direktions- oder Kontrollorgan muss aus Mitgliedern bestehen, von denen mehr als die Hälfte vom Staat, von Gebietskörperschaften oder anderen Institutionen öffentlichen Rechts ernannt werden.

Anne-Marie Michel von der Katholischen Universität Lille (FR) ist der Meinung, dass man auch die Frage der Kompetenzen klären müsste. Es sollte ein „Bemühen“ dahingehend geben, die Kompetenzen vergleichbar zu machen. Sie schlägt vor, dass die MOT diesbezüglich eine Koordinationsfunktion übernimmt.

Für Pascal Garel, Generaldirektor des Europäischen Krankenhausverbandes (HOPE), besteht die Grundfrage darin darüber nachzudenken, welches die beste Kompetenzebene sei. Das Problem stellt sich auf lokaler Ebene, da der Staat im Gesundheitswesen weiterhin verantwortlich ist. Die Rolle der Europäischen Union ist weniger eindeutig.

Für Luigi Bertinato, Leiter der Abteilung internationale, sozio-sanitäre Beziehungen der Region Veneto (IT), sind Kooperationsprojekte und Kompetenzfragen nur dann relevant wenn es eine zwingende Notwendigkeit gibt eine Kooperation voranzutreiben.

Michel Demarteau vom Observatoire de la santé du Hainaut (FR/BE) erachtet den Rahmen des Workshops als zu eng. Er würde die Themen gern auf andere, nicht ausschließlich krankenhauserne und mit dem Pflegeangebot zusammenhängende Bereiche ausdehnen. Im Übrigen wäre es interessant, das Thema aus dem Blickwinkel der grenzüberschreitenden, öffentlichen Gesundheitspolitik zu beleuchten; man müsste eine „globale Gebietspolitik“ betreiben.

Olivier Baudelet der GD REGIO, Europäische Kommission, formuliert seine Anmerkungen zu den Empfehlungen und fügt einige Informationen hinzu:

- Empfehlung 1, Absatz 1 (zu den Gemeinschaftsfinanzierungen): Der Gemeinschaftshaushalt für Gesundheit ist gestiegen; Projekte sind in Ausarbeitung und werden Anfang 2008 gestartet.
- Empfehlung 1, Absatz 2 (weitere Informationen zu den Programmen): Es ist Aufgabe der Verwaltungsbehörden, Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten zu liefern.
- Empfehlung 1, Absatz 3 (zur Rechtsunsicherheit): Die Gesundheitsrichtlinie muss von den siebenundzwanzig Mitgliedsstaaten angenommen werden; es ist daher besonders schwierig, eine Einigung zu erzielen.
- Empfehlung 2, Absatz 1 (zu den Projektbewertungsverfahren): Dies ist nicht zwingend Aufgabe der Europäischen Union, denn Konsultationen unter den siebenundzwanzig Staaten unter Einbeziehung der jeweiligen Dienststellen wären langwierig. Die Evaluierung würde eher in den Bereich der regionalen Akteure fallen.
- Empfehlung 3, Absatz 1 (betreffend Aktionen zur Förderung bzw. zum Austausch von Informationen): Zur Finanzierung von Netzwerken, Konferenzen, etc. muss man sich auf Erfahrungsaustauschprogramme wie INTERREG 4C konzentrieren.

Martin Niedermayer der Staatskanzlei Saarland (DE) bestätigt, dass es schwierig ist, die Sprachenvielfalt und die unterschiedlichen Identitäten auf einer anderen als der lokalen Ebene zu berücksichtigen. Er möchte allerdings differenzieren, denn nicht alles sollte systematisch den lokalen Behörden übertragen werden. Es geht um eine Frage der europäischen Subsidiarität, welche die regionale Dimension nicht ausreichend berücksichtigt.

Ein Teilnehmer aus Valenciennes, Partner des Krankenhauses von Mons (FR) fragt sich, ob die Stiftung nach katalanischem Recht (Krankenhaus der Cerdagne) eine „europäische“ Antwort darstellt. Wäre es nicht sinnvoll, eine „grenzüberschreitende“ Grundlage zu definieren, um auf ein gleichzeitig „internationales“ Bedürfnis zu reagieren (Beispiel der Notversorgung ausländischer Touristen)?

Xavier Conill, Leiter des Sekretariats der Stiftung „grenzüberschreitendes Krankenhaus der Cerdagne“ (FR/ES) antwortet indem er klarstellt, dass die Stiftung kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument zum Zusammenführen der Akteure.

Für Luigi Bertinato aus der Region Veneto (IT) geht es darum, die Dinge unter dem Gesichtspunkt der räumlichen Nähe zu betrachten, nach einer „ethischen“ Zielsetzung (beispielsweise die Frage der Nachversorgung von Behandlungen). Dies wird tatsächlich zu einer transeuropäischen Aufgabe

und einer Frage des politischen Willens (wie es beispielsweise für Patienten der Fall ist, die zwischen zwei italienischen Regionen und dem slowenischen Staat pendeln).

Für Jean-Jacques Romatet, Direktor des Universitätskrankenhauses Toulouse (FR), sollte das Gesundheitswesen unabhängig von Fragen der Sozialversicherung gesehen werden, denn aus der Vermischung der Fragen resultieren die meisten Schwierigkeiten.

Catherine Romanens, Leiterin des Centre Hospitalier „La Palmosa“ in Menton (FR), definiert den Begriff der grenzüberschreitenden Gesundheitsgemeinschaft. Dieser Begriff lehnt sich an die Formulierung „Europäische Gemeinschaft“ an, die jedoch (aus Mangel an Zuständigkeit/Kompetenz) das Thema nicht behandelt. Er wurde von Menton im Rahmen eines partnerschaftlichen Abkommens zur Gründung einer solchen Gesundheitsgemeinschaft mit dem italienischen Teil (lokale Gesundheitsagentur Imperia, IT) übernommen. Dieser Begriff ist wichtig, weil er den Zusammenhang Gesundheitsprojekt/Gebietsbezug unterstreicht.

Workshop 8

Umwelt:

„Auf den gemeinsamen Raum achten“



© Espace Mont-Blanc

Vortragende

Präsidenten

Hugues Geiger, Vize-Präsident des Stadtverbands Straßburg, zuständig für Umweltangelegenheiten (FR) und Heidi Goetz, Erste Landesbeamtin des Ortenaukreises (DE)

Moderation des Workshops, Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen

Gilles Mulhauser, Leiter der Sektion Natur und Landschaft, Republik und Kanton Genf (CH)

Projekt 1: „Krisenmanagement“ (FR/IT)

Jean-Pierre Gautier, Leiter der Sektion Naturrisiken im Regionalrat Provence-Alpes-Côte d'Azur (FR)

Projekte 2 und 3: „Wasserläufe“ (FR/ES und FR/BE)

Fabienne Sans, Syndicat Mixte d'Études et d'Aménagement de la Garonne (SMEAG) (FR) und Jérôme Lobet, Koordinator des INTERREG 3-Projekts Semois/Semois, Bassin de la Semois-Semoy (BE)

Projekt 4: „Das grenzüberschreitende Becken Körös/Crisuri“ (HU/RU)

Corina Boscornea, Nationale Verwaltung „Apele Române“ (RO)

Projekt 5: „Grenzüberschreitende Konsultation der Behörden und der Öffentlichkeit im Gebiet Oberrhein zu Projekten, die wesentliche Auswirkungen auf die Umwelt haben“ (FR/DE/CH)

Michael Umhey, Experte, Regierungspräsidium Freiburg (DE)

Berichtersteller

Daniel Dürr, Dozent zu Umweltrecht, Universität Louis Lumière, Lyon 2 (FR)

Begleitung MOT

Jean Rubio, Projektbeauftragter, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

2001 ergänzt der Europäische Rat seine Lissabon-Strategie durch eine Umweltkomponente und stattet so die Europäische Union mit einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie aus. Natürlich kann die Tatsache, dass die Umwelt Berücksichtigung finden soll bzw. wir „auf unseren gemeinsamen Raum achten“, nicht als Widerspruch zu den Wettbewerbszielen der Lissabon-Strategie gesehen werden; ganz im Gegenteil ist die Umweltqualität ein Faktor für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Gebiete und zahlreiche Gemeinschaften geben diesem Thema einen bedeutenden Platz im Rahmen ihrer Gebietsprojekte (beispielsweise im „schéma de cohérence territoriale“, etwa Raumplan für eine territoriale Kohärenz).

Die Umwelt kennt keine Grenzen; die grenzüberschreitenden Gebiete sind bereits - oder sollten es werden - Räume, für die gemeinsam Verantwortung übernommen und eine Umweltpolitik durchgeführt werden muss bzw. in denen in folgenden Bereichen gemeinsame Mittel eingesetzt werden müssen:

- Kampf gegen Umweltverschmutzung (Luft, Grundwasser, Wasserläufe und Küstengewässer, etc.),
- Vorbeugung und Umgang mit naturbedingten Risiken (Überschwemmungen etc.) und technologischen Risiken,
- Abfall- und Energiewirtschaft,
- Naturräume und Artenvielfalt etc.

Dies gilt für spezifische Räume wie Bergmassive, Meeres- und Flussbecken sowie grenzüberschreitende geschützte Naturräume. Es gilt ebenso für grenzüberschreitende Ballungszentren, worauf auch in der „thematischen Strategie für städtische Umwelt“ (Europäischer Rat, Juni 2006) verwiesen wird.

Somit geht die Verantwortung für die Gebiete, insbesondere grenzüberschreitend, über die rein thematischen Aspekte hinaus und umfasst eine übergreifende Dimension, nämlich jene der nachhaltigen territorialen Entwicklung.

Auch wenn die gemeinsame Umwelt an einigen Grenzen (wie im Fall der Grenzmassive) eine der Ursachen für große Kommunikationsprobleme oder (wie im Bereich Wasser bzw. klassifizierten Einrichtungen in den Grenzgebieten etc.) Gegenstand von Grenzkonflikten ist, so kann sie doch im Gegensatz dazu Gegenstand der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sein; sie kann eine gemeinsame Bewusstseinsbildung fördern, sodass die Divergenzen beiderseits der Grenzen

überwunden werden können und aufeinander abgestimmte Politiken sowie ein friedliches Miteinander und Stabilität entstehen können.

❖ Herausforderung der sektoriellen Kooperationsprojekte im Umweltbereich

An den Grenzen besteht die Herausforderung im Umweltbereich zu allererst darin, Kooperationsprojekte ins Leben zu rufen, um das gemeinsame Erbe zu erhalten und aufzuwerten. Es gibt zahlreiche Beispiele für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltsektor:

▪ **Wasserläufe**

- SMEAG (Grenzgebiet Garonne) (ES/FR) (vgl. Projekt: Schaffung einer grenzüberschreitenden Beobachtungsstelle der Garonne im Rahmen des INTERREG 3 A-Projekts „Das Garonne-Tal, ein grenzüberschreitendes Gebiet“ bzw. Website www.garona-i-garonne.com)
- Flussvertrag Semois/Semoy (BE/FR) (vgl. Website www.semois-semoy.org)
- Grenzbecken Körös/Crisuri (HU/RO) (vgl. Projekt: Transboundary River Basin Management of the Körös/Crisuri River (Grenzüberschreitende Flussbettverwaltung des Körös/Crisuri) bzw. Website: http://www.icpdr.org/icpdr-pages/projects_programmes.htm)
- Oberrhein-Konferenz (Fluss und Grundwasser) (DE/FR/CH)

▪ **Abwasserreinigung**

- Genf: GÖZ (CH/FR)
- Lille (BE/FR)
- Bourg Madame (ES/FR)

- **Städtische, landwirtschaftliche, industrielle Abfallwirtschaft** (Zusammenarbeit zwischen dem Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg und dem Stadtverband Straßburg (DE/FR)

- **Energie:** Genf (Holz) (CH/FR)

- **Artenvielfalt:** Pyrénées vivantes (Lebende Pyrenäen) (ES/FR); Genf: Umweltkorridore (CH/FR)

- **Landschaft:** Naturraum Lille Métropole (BE/FR); plan vert-bleu Genf (CH/FR)

- **Management von naturbedingten Risiken:** Roya-Becken (siehe Projekt Rives; Bergrisiken) (FR/IT)

- **Management von industriellen Risiken:** Einrichtung eines grenzüberschreitenden Ausschusses im Rahmen der Ständigen Kompetenzstelle zur Verhütung von Umweltverschmutzung durch die Industrie im Großraum Straßburg (Secrétariat Permanent pour la Prévention des Pollutions Industrielles de l'agglomération Strasbourgeoise (S3PI) (DE/FR); Gefahrgütertransport (BE/FR))

Es ist vor allem wichtig, die lokale Dynamik und die (politische sowie finanzielle) Übernahme der Kosten durch die lokalen Akteure zu fördern. Das Gefahrenmanagement funktioniert beispielsweise auf der lokalen Ebene viel effizienter und rascher.

Auch wenn es bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Umweltbereich, ebenso wie in allen anderen Bereichen der Zusammenarbeit, immer wieder Gewinner und Verlierer gibt, so ist die grenzüberschreitende Dimension, zumindest in der Anfangsphase, aus folgenden Gründen ein Faktor für Komplexität und zusätzliche Kosten:

- Fehlen oder Uneinheitlichkeit von statistischen Daten und fehlende, grenzüberschreitende Studien,
- Fehlende Kenntnis der Akteure, Gesetze und Verwaltungsmodalitäten auf beiden Seiten der Grenze,
- Unterschiedliche Kompetenzbefugnisse,
- Fehlende Vergleichswerte und Mechanismen für gemeinsame Maßnahmen sowie fehlende, kollektive Verwaltungsinstrumente,
- Überlagerung der verschiedenen Mechanismen, die einander gegebenenfalls aufheben können (beispielsweise die Donau, mit dem Nebeneinanderbestehen der Internationalen Kommission sowie bilateraler Abkommen).

Zahlreiche Fragen finden in nationalen Rahmenverträgen ihre Antwort, nicht aber auf grenzüberschreitender Ebene (rechtliche Verantwortung (beispielsweise im Fall von Umweltverschmutzung), Finanzierungsformen, Steuern (MWSt.) etc.)

Die Lösungen für diese Schwierigkeiten sind vielschichtig:

- Strukturierung des gemeinsamen Wissens: Beobachtung und Monitoring (beispielsweise Biomonitoring des Dioxingehalts) lokal sicherstellen, mit Unterstützung der übergeordneten Entscheidungsebenen (einschließlich der europäischen Ebene) (beispielsweise GIS-Pilotprojekt über den Tisza-Fluss; SMEAG)
- Strukturierte Abstimmung, gemeinsame Planung, Projektabstimmung (beispielsweise Plan zur Bewirtschaftung/Verwaltung grenzüberschreitender Gewässer (SAGE))
- Gemeinsame Verwaltung öffentlicher Finanzierungen beiderseits der Grenze
- Grenzüberschreitende Verwaltungsstrukturen (beispielsweise Genf GLCT Assainissement (GÖZ Abwasserbehandlung) (CH/FR))

Außerdem sind die lokalen Umweltakteure (Körperschaften, Verbände, etc.) oft in juristischen, personellen oder finanziellen Belangen eingeschränkt. Es ist daher wichtig, dass die Akteure der übergeordneten Entscheidungsebene hinsichtlich Finanzierung sowie technischer und juristischer Hilfestellung Unterstützung leisten können:

- Regionen (und gegebenenfalls dezentralisierte, staatliche Stellen), die sowohl bei der Strukturierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als auch hinsichtlich des Engagements für bestimmte Projekte auf Seiten der lokalen Akteure eine Rolle zu spielen haben.
- Programme zur territorialen Zusammenarbeit (INTERREG); die Funktion von INTERREG besteht darin, das Handeln der Projektträger zu erleichtern und Erfolge zu verwerten, um so die Zusammenarbeit dauerhaft voranzutreiben.
- Staaten und europäische Institutionen, wenn es sich um reglementarische und gesetzliche Belange handelt.

Die Verordnungen und Gesetze müssen die Besonderheiten der Grenzregionen berücksichtigen (beispielsweise juristische Instrumente schaffen oder verbessern, die die Umsetzung der Projekte ermöglichen: Abkommen, gemeinsame Institutionen, die sich auf nationale Rechtsgrundlagen stützen, welche sich aus bi- oder multilateralen Abkommen ergeben (GÖZ etc.); europäische Instrumente (EVTZ); (siehe Workshop 11 „Rechtliche Instrumente der Zusammenarbeit“).

Selbst wenn die Erarbeitung einer europäischen Norm, ganz besonders im Umweltbereich, theoretisch ein Faktor ist, der die Zusammenarbeit erleichtert, so sieht die Anwendung der Gesetze und Verordnungen zu beiden Seiten der Grenzen weiterhin unterschiedlich aus⁴³, womit eine Koordination der Staaten untereinander bzw. sogar eine Harmonisierung der Gesetze notwendig wird; daher ist es wichtig, an den Grenzen Koordinationsstellen einzurichten⁴⁴, an denen die Staaten und Regionen samt ihren lokalen Akteuren beteiligt sind.

Schließlich kann im Rahmen der grenzüberschreitenden Arbeit in Umweltfragen ein Dialog zu den verschiedenen Ansichten geführt und so der Horizont der Akteure beiderseits der Grenze erweitert werden. Es zeigt sich somit, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein Labor für Innovation und europäische Integration ist.

❖ Die Herausforderung des territorialen Ansatzes: die nachhaltige Entwicklung des Grenzgebiets

Auf Gebietsebene verlangt die Erhaltung und Aufwertung der Umwelt, über die oben angesprochenen sektoriellen Kooperationsprojekte hinaus, einen globalen Ansatz (Sicherstellung der Mobilität durch koordinierte Stadtplanungs- und Verkehrspolitik; Abstimmung der Wirtschaftsentwicklung und der Erhaltung von Ressourcen: nachhaltiger Tourismus, etc.).

Ein solcher Ansatz erfordert die volle Mitwirkung der Bürger, die sensibilisiert, informiert bzw. sogar geschult, und direkt bzw. durch gemeinsame Aktionen ihrer Politiker an der Verwaltung des gemeinsamen Gebiets, seinen Kosten und Erträgen beteiligt werden müssen.

Hier findet sich eine weitere Besonderheit eines Grenzgebiets, denn es müssen die nationalen Instrumente beiderseits der Grenze aufeinander abgestimmt und ein grenzüberschreitender Dialog zwischen Politikern, Bürgern, Zivilgesellschaft, etc. in Leben gerufen und weiterentwickelt werden, und ein grenzüberschreitendes Umweltbewusstsein bei den Bürgern im Sinn eines ganz allgemeinen europäischen Bürgerbewusstseins bzw. Bewusstseins eines Grenzbürgers geschaffen werden.

Neben den für die Projekte oben aufgelisteten Schwierigkeiten wird ein Problem, das sich in allen Gebieten bereits gezeigt hat, nicht im grenzüberschreitenden Kontext in Betracht gezogen: nämlich die mangelnde Beteiligung der Bevölkerung („Was geht uns das an?“) sowie ein unterschiedliches Interesse der Politiker (außer wenn erhebliche Ungleichgewichte bei den öffentlichen Investitionskosten zu regulieren sind). Zudem werden auch die Kosten für Sensibilisierungskampagnen und gemeinsame Übereinkünfte durch die grenzüberschreitende Dimension vervielfacht (Frage der unterschiedlichen Sprachen, etc.).

⁴³ Beispiel: unterschiedliche Umsetzung von Natura 2000; im Bereich der Luftverschmutzung spiegeln die umgesetzten deutschen und französischen Planungsdokumente jeweils die Interpretation der europäischen Gesetzgebung wider, berücksichtigen aber den Grenzraum nicht.

⁴⁴ Beispiel: das CRFG / Comité Régional franco-genevois (Französisch-Genfer Regionalausschuss); die im Anschluss an die französisch-belgische Arbeitsgruppe für den Großraum Lille-Kortrijk-Tournai eingerichtete Stelle.

Die Gesetzgebung in Bezug auf Umweltauswirkungen ist weit entwickelt, aber ihre Umsetzung ist in weiten Bereichen rein formal, und eine echte Bürgerbeteiligung stellt weiterhin eine Herausforderung dar (siehe beispielsweise den Prozess der strategischen Bewertung von Umweltschutz in europäischen Programmen der Kohäsionspolitik 2007-2013). Diesbezüglich stellt das von der Oberrhein-Konferenz eingerichtete Konsultationsinstrument im Grenzgebiet einen interessanten Fortschritt dar (vgl. Projekt: Grenzüberschreitende Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben am Oberrhein). Die gegenseitige Anhörung (in Anwendung der Espoo-Konvention) in Sachen Raumordnung (beispielsweise „schéma de cohérence territoriale“, etwa Raumplan für eine territoriale Kohärenz) und die Einrichtung einer Siedlungscharta eröffnen ebenfalls vielversprechende Felder für Dialog und Zusammenarbeit in der Region Frankreich-Waadst-Genf.

Wie können die grenzüberschreitenden Gebiete auf ihrer Ebene durch eine integrierte Strategie zur nachhaltigen Entwicklung beitragen (beispielsweise durch ihre jeweilige, lokale Agenda 21)? Wie können sie sich an den Klimawandel anpassen (Überschwemmungen, Trockenheit, etc.) bzw. zu seiner Abschwächung beitragen?

Wie können sie auf die Anforderungen der Bürger, die dort leben, reagieren und diese verantwortungsvoll an ihrer Verwaltung beteiligen? In diesem Licht ist jeweils ein spezifischer Ansatz zu finden für:

- Die unterschiedliche Nutzung der Umwelt (beispielsweise für Wasser, im Haushalt (Trinkwasser, Abwasser), in der Wirtschaft (Landwirtschaft, etc.), in der Freizeit, etc.),
- Die Risikofrage: die Bürger wollen geschützt und im Notfall versorgt werden; ein Teil des Risikos muss aber von ihnen getragen werden (beispielsweise Überschwemmungsgebiete, etc.).

Es sind verschiedene Arten von Grenzgebieten betroffen, demnach sind jeweils unterschiedliche Formen von Governance im grenzüberschreitenden Umweltbereich vorzusehen:

- Stadt- und städtische Großraumgebiete: Naturraum Lille Métropole: Grünräume und Wasserläufe (BE/FR); Kanton Genf: plan vert-bleu (CH/FR) (siehe Workshop „Grenzüberschreitende Ballungsräume“)
- Naturräume wie Wälder, Bergmassive, etc. (siehe Workshop 3 „Ländliche Räume und Naturräume“)
- Meeresbecken (siehe auch Workshop 4 „Zusammenarbeit an Seegrenzen“)
- Wasserläufe: Semoy/Semois (FR/BE), Garonne/Roya (FR/ES), Körös/Crisuri (HU/RU)

Dieses letztgenannte Beispiel ist besonders illustrativ: Die Notwendigkeit ihrer Verwaltung hat im Rahmen der nationalen Gesetzgebungen zur Schaffung neuer „Gebiete“ geführt („agences de bassin“ in Frankreich). Wie soll dies in grenzüberschreitenden Fällen umgesetzt werden, und in Bezug auf die Europäische Union? Mit Nicht-Mitglieder der Europäischen Union (eine grenzüberschreitende Wassergemeinschaft ist im Französisch-Genfer Regionalausschuss im Gespräch)? Wasserläufe sind, über ihre funktionellen, verwaltungstechnischen Anforderungen hinaus sehr geeignete Symbolträger in Bezug auf ein Zugehörigkeitsgefühl der Bürger zu einem gemeinsamen Raum; sie sind Vermittler einer lokalen Entwicklung. Grenzen überschreitende Flüsse und Ströme stellen Bindeglieder dar (beispielsweise der Garten der zwei Ufer zwischen Straßburg und Kehl (DE/FR)), Übergänge zwischen Gebieten, die sich zu beiden Seiten der Grenzen erstrecken. Somit sind sie Träger einer Annäherung zwischen den Bevölkerungen für das Erlernen einer grenzüberschreitenden Solidarität.

❖ Empfehlungen

AUF LOKALER EBENE

Empfehlung 1: Hin zu einer gemeinsamen, grenzüberschreitenden Umweltverwaltung in den verschiedenen betroffenen Sektoren

Auf der Basis einer gemeinsamen Sichtweise (zwischen Politikern und Bevölkerung) über die Entwicklung des Grenzgebiets (Beispiel Ballungsraumcharta); Aufbau einer grenzüberschreitenden Instanz für die gemeinsame Projektverwaltung, getragen von den Gebietskörperschaften und lokalen Akteuren, ausgestattet mit einem Rechtsträger (Abkommen, Strukturen wie EVTZ, etc.); Suche nach Finanzierungsmechanismen für grenzüberschreitende Investitionen und Unterstützung durch regionale, nationale und europäische Kofinanzierungen (EFRE, Life+, etc.).

Empfehlung 2: Die Umwelt als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung der Grenzgebiete Umweltverwaltungsmodalitäten für verschiedene Arten von Grenzgebieten (Stadtgebiete, ländliche Räume, Flusseinzugsgebiete, Bergmassive, etc.) entwickeln durch:

- eine gemeinsame Beobachtung (GIS, etc.);
- einen Informationsaustausch zwischen Gebietskörperschaften, insbesondere in Bezug auf Rechts- und technische Rahmenabkommen;
- eine Koordination und Planung auf lokaler, grenzüberschreitender Ebene (grenzüberschreitende Agenda 21);
- eine Beteiligung der Politiker, eine Sensibilisierung und Beteiligung der Bürger und Unternehmen.

AUF REGIONALER UND NATIONALER EBENE

Empfehlung 3: Hin zu einer Multi-Level-Governance in grenzüberschreitenden Umweltbereichen

- Insbesondere auf regionaler Ebene Unterstützung der Gebietskörperschaften bei der Ausübung ihrer grenzüberschreitenden Umweltkompetenzen;
- Nach Grenzgebieten gegliederte Koordination und Organisation durch die übergeordneten (regionalen, nationalen) Entscheidungsebenen im Rahmen von bi/multilateralen Abkommen unter Beteiligung der Gebietskörperschaften;
- Koordination, Anpassung und Harmonisierung der nationalen und regionalen Gesetze, Rechtsvorschriften und technischen Bestimmungen im Umweltbereich, je nach grenzüberschreitenden, territorialen Anforderungen.

AUF EUROPÄISCHER EBENE

Empfehlung 4: Für eine europäische Unterstützung der grenzüberschreitenden Umwelt als Faktor der europäischen Integration

- Den europäischen Rahmen (Gesetzgebung und Gemeinschaftsinitiativen im Umweltbereich) an die Eigenheiten der Grenzgebiete anpassen (beispielsweise Änderung der Wasser-Rahmen-Richtlinie durch Planung von grenzüberschreitenden Zwischeneinzugsgebieten);
- Methoden und Harmonisierung der Daten entwickeln (Inspire, etc.);
- Weitere Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Kohäsionspolitik);

- Die Kapitalisierung und den Erfahrungsaustausch zwischen grenzüberschreitenden Räumen im Umweltsektor erleichtern.

Zusammenfassung der Diskussionen

Die Ko-Leiterin des Workshops, Heidi Goetz, erste Landesbeamtin im Ortenaukreis (DE) eröffnet die Diskussion und unterstreicht dabei, wie lange es in der Verwaltung dauert, bis eine Entscheidung gefällt wird. Um dieses Problem zu beheben, haben sich lokale Akteure mobilisiert. Im Anschluss an Tagungen und Seminare (insbesondere im Euro-Institut Kehl) konnten Sprach- und Verständnisprobleme des Anderen zumindest teilweise gelöst werden. Heute ist eine Zusammenarbeit im Umweltbereich von den Mitteln her möglich geworden.

Der Ko-Leiter des Workshops, Hugues Geiger, Vizepräsident des Stadtverbands Straßburg (FR) kommt auf terminologische Probleme zu sprechen. Er nimmt konkret auf seinen Tätigkeitsbereich Bezug und spricht von Schwierigkeiten, mit denen er bei der grenzüberschreitenden Abfallwirtschaft konfrontiert ist. In Deutschland haben die lokalen Akteure ein System zur biologischen und mechanischen Abfallverwertung aufgebaut, in Frankreich jedoch gibt es eine Verbrennungsanlage. Er bedauert, dass es im Moment fast unmöglich ist, eine gemeinsame Abfallwirtschaft einzurichten (und die Franzosen am technologischen Fortschritt der Deutschen teilhaben zu lassen).

Er verweist auch auf zwei ernst zu nehmende Probleme hinsichtlich der Übereinstimmung von Rechtsvorschriften. Die Lösung scheint in einem Schiedsgericht zu liegen. Dadurch sollte es möglich sein, die Schwierigkeiten zwischen den unterschiedlichen französischen und deutschen Rechtskulturen zu überwinden.

Jean Verdier, Generaldirektor des Syndicat Mixte d'Études et d'Aménagement de la Garonne (SMEAG) (FR) vertritt die Meinung, dass Umweltprobleme (im Gegensatz dazu was oft behauptet wird) sehr wohl Grenzen haben, die jedoch keine politischen sind. Es sind vielmehr fließende, geographisch bedingte Grenzen (Klima, Lage, etc.).

Was die Garonne betrifft, so handelt es sich in erster Linie um quantitative Probleme (Niedrigwasser), die jedoch von der Europäischen Union nicht wirklich berücksichtigt werden (da diese Wasserprobleme vorwiegend aus qualitativer Sicht betrachtet).

Für Jean-Pierre Gautier vom Regionalrat Provence-Alpes-Côte d'Azur (FR) liegen die Grenzen der Europäischen Union in der Schwierigkeit, die diese damit hat, die Identität ökologischer Gebiete, beispielsweise von Wassereinzugsgebieten, anzuerkennen.

Danai Antonakou, Mitglied des Verwaltungsrats der Präfektur Athen (GR), meint, dass es von Vorteil wäre, um Themen wie Ausbreitung von Wüstengebieten, Klimawandel und Grundwasserverseuchung zu behandeln, über den rein grenzüberschreitenden Rahmen hinauszugehen und eine Zusammenarbeit zwischen allen Regionen einzuleiten, die mit gemeinsamen Problemen konfrontiert sind.

Der Leiter des Workshops Gilles Mulhauser, Direktor der Sektion Natur und Landschaft, Abteilung Gebietsangelegenheiten, Republik und Kanton Genf (CH), unterstreicht, dass Grenzgebiete neue Grenzen erfinden (sie bezeichnen die zwischenstaatlichen Grenzen als innerstaatlich). Er fragt sich, ob sich aus der Betrachtung und Behandlung von Umweltproblemen Unterschiede zwischen grenzüberschreitenden Stadtgebieten bzw. ländlichen Räumen ergeben.

Für Jean Verdier ist dieser Unterschied ein ganz klarer. Gewisse ländliche Gebiete scheinen über die Gefahren, denen Naturräume ausgesetzt sind, weniger besorgt zu sein. Sie sind der Ansicht, dass die Natur ausreichende Ressourcen hat, um diese Probleme selbst zu überwinden. Im Gegensatz dazu existiert im städtischen Umfeld ein Analyse- und Aktionspotential sowie der Wille, bestimmte als außergewöhnlich eingestufte Räume zu schützen.

Hugues Geiger schwächt diese Dualität ab: Probleme sind im städtischen wie auch im ländlichen Raum gleichermaßen akut. Er unterstreicht, wie wichtig der Kampf gegen die Ausdehnung von Städten ist bzw. wie notwendig es ist landwirtschaftliche Pufferzonen einzurichten.

Für Gilles Mulhauser muss das Grenzgebiet eine Annäherung zwischen diesen Differenzen ermöglichen (es löscht die ursprünglichen Grenzen aus und schafft neue Gebiete).

Florian Lebeau, Referent für Europäische Programme im Regionalrat Bretagne (FR) unterstreicht, dass seine Region heute im Rahmen grenzüberschreitender Programme förderungsfähig ist. Dies stellt seine Verwaltung vor wirkliche Probleme der zuständigen Handlungsebene.

Pascale Simon-Struder, Eurodistrikt-Referentin im Landratsamt Ortenaukreis (DE), meint, dass es notwendig ist, die Kinder an grenzüberschreitenden Umweltaktivitäten zu beteiligen. Es handelt sich um eine pädagogische Notwendigkeit.

Hugues Geiger bedauert, dass diese Art von Projekten ernste Probleme in Bezug auf die Verantwortung der Projektbetreuer (im allgemeinen Lehrer) aufwerfen. In diesem Zusammenhang scheint die Situation von Land zu Land sehr unterschiedlich zu sein (in Deutschland ist dies weniger schwierig als in Frankreich, etc.).

Zum Schluss schlägt Jean-Pierre Gautier im Rahmen der EUROMOT die Einrichtung einer dauerhaften Arbeitsgruppe zum Thema grenzüberschreitende Umwelt vor, um die Aktivitäten, die in diesem Workshop begonnen wurden, fortzusetzen und somit eine Instanz zu bilden, die Vorschläge unterbreitet und weiterverfolgt.

Der Berichterstatter Daniel Dürr verweist darauf, dass es notwendig ist, sich im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit um eine bessere Information aller Akteure zu bemühen.

Workshop 9

Öffentlicher Personennahverkehr: „Mobilität im Alltag fördern“



Vortragende

Präsident

Christian Eckert, Vizepräsident des Regionalrats Lothringen (FR)

Moderation der Diskussionen, Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen

Michel Seelig, Stellvertretender Direktor für externe Beziehungen und Partnerschaften, Transdev (FR)

Projekt 1: Grenzüberschreitendes Mobilitätsschema für Belval-Alzette (FR/LU)

Pierre Lamotte, Leiter der Direktion für Mobilität und Transportwirtschaft, Regionalrat Lothringen (FR)

Projekt 2: Mobilität in der Euregio (DE/BE/NL)

Thomas Clemens, Leiter der Abteilung euregionale Projekte, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, regionale, öffentliche Transportbehörde Aachen (Aachener Verkehrsverbund GmbH) (DE)

Projekt 3: Koordination der öffentlichen Transportorganisationsbehörden in der Region Frankreich-Waadt-Genf (CH/FR)

Fabrice Etienne, Verantwortlicher für öffentlichen Transport, Büro für Transport und Verkehr, Kanton Genf (CH)

Berichterstatter

Jean Louis Sehier, Direktor, Lebensumfeld und öffentlicher Verkehr, Stadtverband Lille Métropole (FR)

Begleitung MOT

Ludivine Salambo, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Einleitung: ein räumlicher Integrationsfaktor

Dieser Workshop befasste sich mit der Mobilität und dem Verkehr in Grenzgebieten, in denen Grenzübertritte (Arbeit, Studium, Freizeit und Versorgung) an der Tagesordnung sind.

Er behandelte die Einbindung verschiedener Akteure (lokale und regionale Behörden, sonstige lokale und regionale Akteure, die für die Organisation des Verkehrs verantwortlich sind, sowie Betreiber) und ihre Koordination im Rahmen der grenzüberschreitenden Mobilität.

Es sind alle Arten des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs betroffen (Stadt- und städteverbindender Verkehr, Stadt- und Überland-Busverkehr, Bahnverbindungen, Tramtrain, Straßenbahn, Schiffsverkehr (Fluss- und Seeverbindungen)). Den intermodalen Verbindungen gilt dabei besondere Aufmerksamkeit.

Mobilitätsfragen sind für das Funktionieren von Grenzgebieten von zentraler Bedeutung: Die täglichen Grenzübertritte tragen zur Entwicklung dieser von ihren Bewohnern tagtäglich gelebten Lebensräume bei. Der grenzüberschreitende öffentliche Personennahverkehr begünstigt als treibende Kraft die Mobilität der Arbeiter, Schüler und Konsumenten und hilft an zahlreichen Grenzen, einer Überlastung der Straßeninfrastrukturen vorzubeugen, womit er zu einer nachhaltigen Raumentwicklung beiträgt.

Es führt kein Weg an der Tatsache vorbei, dass der grenzüberschreitende öffentliche Personennahverkehr, städtisch oder städteverbindend, auf der Straße oder auf der Schiene, für den räumlichen und europäischen Integrationsprozess und die praktische Umsetzung des vertraglich garantierten freien Personenverkehrs eine wichtige Rolle spielt.

❖ Festgestellte Probleme

▪ Überlastung bestimmter Straßenverkehrsachsen im Grenzraum

Dieses Phänomen wird beobachtet, wenn das öffentliche Verkehrsangebot nicht an die grenzüberschreitenden Mobilitätsbedürfnisse angepasst ist und großräumige Verbindungen (Transitstrecken) mit den Nahverkehrsströmen zusammenfallen. Hieraus ergeben sich gravierende Auswirkungen auf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und die Umwelt. Bestimmte Gebiete sind von diesem Problem besonders betroffen, insbesondere die Achse Bayonne (FR) - San Sebastián (ES), wo der Transitverkehr 40% bis 50% der Verkehrsströme ausmacht, oder auch die Achse Luxemburg (LU) – Thionville (FR) – Metz (FR).

▪ Unzureichende Kenntnis der intermodalen Dynamik der grenzüberschreitenden Mobilität

Trotz wachsender Mobilität an den Grenzen ist festzustellen, dass die für Organisation und Betrieb zuständigen Behörden die grenzüberschreitenden Verkehrsbewegungen nicht ausreichend beobachten und kennen. Dies führt zu Schwierigkeiten hinsichtlich:

- einer angemessenen Bewertung der bereits bestehenden Verbindungen,
- einer effizienten Infrastrukturplanung und der Einrichtung neuer grenzüberschreitender Verbindungen.

Tatsächlich sehen sich die Kooperationsakteure damit konfrontiert, dass es keine ausreichenden statistischen Daten über die verschiedenen Verkehrsmittel gibt, dass solche Daten, wenn sie existieren, nicht entsprechend bekannt gemacht werden und dass Haushaltsbefragungen aufwändig und kostenintensiv sind⁴⁵.

▪ **Partielle Berücksichtigung des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs in den lokalen, nationalen und europäischen Politiken**

Der grenzüberschreitende Personennahverkehr wird in den Fachpolitiken auf allen Ebenen (lokal, regional, national und europäisch) kaum berücksichtigt, womit sich Schwierigkeiten für die Projekte der Akteure im Bereich des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs ergeben.

Da dem grenzüberschreitenden Personennahverkehr nicht immer politische Priorität eingeräumt wird, leidet er unter Finanzierungsproblemen sowohl in Bezug auf die Investitionskosten⁴⁶, als auch hinsichtlich einer dauerhaften Unterstützung des Fahrbetriebs⁴⁷.

Was die Planung betrifft, so zeigt das Beispiel Frankreichs, dass auf lokaler Ebene die französischen Stadtplanungsdokumente (städtische Verkehrsplanungsdokumente und gebietsbezogene Entwicklungspläne) für Grenzgebiete ungeeignet sind. Die grenzüberschreitenden Raumprojekte an den französischen Grenzen thematisieren in den meisten Fällen die Verkehrsfrage überhaupt nicht. Wie soll man unter solchen Voraussetzungen garantieren, dass der öffentliche Verkehr den Bedürfnissen der Bewohner entspricht? Die Europäische Kommission stellt in ihrem Weißbuch Verkehr⁴⁸ fest, dass „mangels eines integrierten Ansatzes zwischen den Städtebau- und Verkehrspolitikern der PKW quasi uneingeschränkt herrscht“.

Auf nationaler Ebene führt das Fehlen eines von allen unterstützten Rechtsmodells die im Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs tätigen Akteure dazu, in einem quasi rechtsfreien Raum mit der Anwendung nationalen Rechts zu experimentieren.

Gleichzeitig ist auch eine unzureichende Sensibilisierung der nationalen Behörden für Fragen des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs festzustellen. Als die Europäische Kommission im Jahr 2004 die Mitgliedsstaaten dazu aufforderte, zu einer möglichen Reform der Gemeinschaftsverordnungen⁴⁹ Stellung zu nehmen, haben nur wenige nationale Behörden reagiert. Im Endeffekt fand keine Reform statt, obwohl die Gemeinschaftsverordnung 12/98 über die Kabotage, welche die Bedingungen festlegt für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum

⁴⁵ Beispiele: Die Verkehrskommission der Großregion (Saarland-Lothringen-Luxemburg-Wallonien-Rheinland-Pfalz) organisiert regelmäßig Sitzungen, die einen Erfahrungsaustausch ermöglichen und es erlauben, sich im Planungsvorfeld über die geplanten Strategien auszutauschen und die von den verschiedenen Partnern untersuchten Vorhaben grenzüberschreitend und intermodal abzustimmen. In diesem Rahmen wurde auch eine strategische Studie über die Entwicklung der Mobilität von Personen und Waren in der Großregion durchgeführt, um die diesbezüglichen Entwicklungen besser abschätzen zu können. Vgl. Haushaltsbefragung in der Region Wallonien (BE) und dem Stadtverband Lille (FR).

⁴⁶ Vgl. Projekt: Tramtrain Sarreguemines-Saarbrücken.

⁴⁷ Beispiel: Die „Verkehrsabgabe“, eine Steuer nach französischem Recht, kann im Grenzgebiet nur schwer umgelegt werden: Wie soll man eine Steuer erheben, um eine Buslinie zu finanzieren, die dann zu einem Abwandern der Arbeitskräfte in die Nachbarregion führt? Wie soll eine Gebietskörperschaft Unternehmen besteuern, die sich nicht in ihrem Hoheitsgebiet befinden?

⁴⁸ Weißbuch der Europäischen Kommission: „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellung für die Zukunft“, 2001.

⁴⁹ Verordnung Nr. 12/98 des Rates, welche die Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Personennahverkehr innerhalb eines Mitgliedsstaates, in dem sie nicht ansässig sind, festlegt. Definition der „Kabotage“: Jeder gebietsfremde Verkehrsunternehmer, der Inhaber der Gemeinschaftslizenz ist, wird ohne mengenmäßige Beschränkung zu zeitweiligem Güterkraftverkehr in einem Mitgliedsstaat zugelassen, ohne dass er dort seinen Sitz oder eine Niederlassung haben muss.

Personenkraftverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind und die für die Betreiber grenzüberschreitender Linien Gültigkeit hat, Probleme bereitet: ein Verkehrsunternehmen, das für Gebietskörperschaften auf beiden Seiten der Grenze tätig ist, kann sich mit einem anderen Verkehrsunternehmen im Wettbewerb befinden, welches auf Grundlage einer Gemeinschaftslizenz für den internationalen Kraftverkehr tätig ist, die von einer nationalen Behörde ausgestellt wurde, welche mit diesen Körperschaften nicht in Verbindung steht. Es ist jedoch anzumerken, dass die Kabotage an der französisch-schweizerischen Grenze seit Anfang 2007 zugelassen ist, auf der Grundlage eines diplomatischen Notenwechsels zwischen den beiden Ländern im Zusammenhang mit dem französisch-schweizerischen Abkommen von 1951. Die derzeitigen Verfahren für die Erteilung einer rein administrativen Genehmigung seitens der betroffenen Staaten sind Quelle für Rechtsunsicherheit; vor allem aber garantieren sie keineswegs eine Kohärenz mit den Zielen einer harmonischen Raumordnung.

Auf europäischer Ebene würde der Personennahverkehr mehr Anerkennung verdienen. Die Europäische Kommission behandelt in ihrem Weißbuch Verkehr aus dem Jahr 2001 die grenzüberschreitende Problematik aus Sicht der „transeuropäischen Netze“, ohne auf den grenzüberschreitenden Personennahverkehr Bezug zu nehmen: Investitionsbedarf für große und insbesondere grenzüberschreitende Eisenbahninfrastrukturen werden als notwendig erkannt, um die internationalen Verkehrskorridore zu entlasten.

Im Übrigen hat die Europäische Kommission vor kurzem ein Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“⁵⁰ veröffentlicht, das die Besonderheiten des Verkehrs in grenzüberschreitenden Ballungsgebieten nicht würdigt. Nach einer öffentlichen Anhörung, die im März 2008 abgeschlossen sein wird, wird diesem Grünbuch ein Aktionsplan folgen, der noch im selben Jahr veröffentlicht wird.

Trotz der unzureichenden Anerkennung des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs in ihren Strategien und Politiken, unterstützt die Europäische Union zahlreiche Projekte über das INTERREG-Programm: Durchführung von Studien, Schaffung von einheitlichen Tickets, gemeinsame Kommunikationsstrategien, Schaffung von Verkehrsinfrastrukturen, etc.

▪ **Heterogener Rahmen für Eingriffe in Form von Vorschriften oder technischer Art beiderseits der Grenze**

Das Angebot des grenzüberschreitenden Verkehrs hat trotz steigender Bedürfnisse im Bereich des grenzüberschreitenden Personenverkehrs in Europa immer noch einen „experimentellen“ Charakter. Seine Entwicklung stößt auf große technische, institutionelle und politische Schwierigkeiten:

- unterschiedliche Systeme und technische Bestimmungen beiderseits der Grenzen (Umweltauflagen, Stromversorgung, Sicherheit, Personalausbildung, etc.).
- Große Vielfalt der Kompetenzebenen und Vorgehensweisen der für die Verkehrsorganisation zuständigen Behörden beiderseits der Grenzen (Wahl des Betreibers, Tarifgestaltung, Finanzierungsquellen, etc.).

⁵⁰ http://www.ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/index_en.htm

So erfordert die Organisation des grenzüberschreitenden Verkehrs in einigen Staaten die Beteiligung einer Vielzahl von Organisationsbehörden, um die notwendigen Kompetenzen an einen Tisch zu bringen, während man es in den Nachbarländern vielleicht nur mit einer einzigen zuständigen Behörde zu tun hat, die über eine bedeutende Finanzausstattung verfügt. Ein solches finanzielles Ungleichgewicht zwischen Partnern kann eine Bremswirkung auf die Entwicklung von grenzüberschreitenden Projekten haben. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden und Investitionen attraktiv zu machen, bedarf es einer soliden Rechtsgrundlage in Form eines Kooperationsabkommens oder einer gemeinsamen Struktur⁵¹. Die Nutzung dieser Rechtsinstrumente im Verkehrsbereich ist in bestimmten Fällen bei weitem nicht klar: In Frankreich können beispielsweise lokale Behörden, die für die Organisation des Verkehrswesens zuständig sind, mit einem Nachbarstaat, der seinerseits für den Verkehrsbereich verantwortlich ist, keinen Vertrag unterzeichnen.

Schlussfolgerungen

Trotz der anzutreffenden Schwierigkeiten haben sich die im Bereich des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs tätigen Akteure an die grenzbedingten Gegebenheiten angepasst, um grenzüberschreitende öffentliche Personennahverkehrsstrecken und -netze zu schaffen und zu betreiben. Es ist wichtig, diese guten Beispiele bekannt zu machen. Dessen ungeachtet bleibt eine bessere Berücksichtigung der Mobilität und des grenzüberschreitenden Verkehrs durch die nationalen und gemeinschaftlichen Akteure eine notwendige Voraussetzung für eine harmonischere Entwicklung der Grenzgebiete.

❖ Empfehlungen

Die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs in Grenzgebieten wirft komplexe Probleme auf verschiedenen Ebenen auf: Vielzahl von Akteuren und Betreibern, notwendige Koordination der auf beiden Seiten der Grenze zuständigen Behörden, Berücksichtigung dieser Problematik auf den verschiedenen, betroffenen Ebenen, Anwendung der Gemeinschaftsverordnungen und Integration des Verkehrs in die Projekte der grenzüberschreitende Gebiete.

Empfehlung 1: Bessere Kenntnis der Verkehrsströme innerhalb der Grenzgebiete

Die Veröffentlichung von statistischen Informationen fördern, die grenzüberschreitenden, statistischen Erhebungen durch Integration der Daten des Grenzgebietes in die Arbeiten der Statistikämter „institutionalisieren“, die nationalen Statistikämter vernetzen und lokale grenzüberschreitende Beobachtungsstellen schaffen.

Empfehlung 2: Grenzüberschreitender Dialog zum Thema des grenzüberschreitenden Personennahverkehrs

- Den Informationsaustausch zwischen den Akteuren im Planungsbereich, Technikern, Politikern, Organisationsbehörden und Betreibern auf beiden Seiten der Grenze durch Vernetzung fördern, thematische Arbeitsgruppen einrichten und sachdienliche Dokumente verbreiten (Gesetze, Planungsunterlagen, etc.).
- Die Schaffung von grenzüberschreitenden Stellen oder Ausschüssen zu den Herausforderungen im Verkehrsbereich unterstützen, um die Koordination von Initiativen und die Erarbeitung

⁵¹ Vgl. Projekt: grenzüberschreitendes Verkehrsnetz zwischen Frankreich und dem Kanton Genf (CH).

gemeinsamer Projekte zu fördern. In diesem Sinne ist die Abfassung von Protokollen zwischen den interessierten Partnern wünschenswert.

Empfehlung 3: Grenzüberschreitende Steuerungsstruktur - von der Koordination zur Integration

- Die Partnerschaft zwischen den Organisationsbehörden beiderseits der Grenze institutionalisieren, um die Ermittlung und Definition der Bedürfnisse, die Organisation der Verbindungen und ihre Evaluierung zu ermöglichen.
- Eine Partnerschaft zwischen den Organisationsbehörden und den Betreibern auf allen Ebenen fördern: strategische, Planungs- und technische Ebene.
- Zu diesem Zweck Förderung der Einrichtung gemeinsamer, grenzüberschreitender Strukturen, welche die weitestgehende Form eines grenzüberschreitend integrierten Betriebs von Verkehrsnetzen oder -linien (vom Typ GÖZ (Grenzüberschreitender Örtlicher Zweckverband), EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) etc.) darstellen. Diese grenzüberschreitenden Organisationsbehörden wären mit den Vorrechten jeder anderen Organisationsbehörde auszustatten: Erbringung und Organisation der Dienstleistung, Wahl des Betreibers (in Abwesenheit eines gesetzlichen Monopols), Definition der Leistungsqualität und der Tarife, Leistungskontrolle.

Empfehlung 4: Den grenzüberschreitenden Verkehr auf europäischer und nationaler Ebene anerkennen

Die politische und juristische Anerkennung der Herausforderungen des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs fördern, um den Benutzern sichere, effiziente und qualitativ hochwertige Verkehrsdienstleistungen zu garantieren:

- Die Kabotage für den grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehr⁵² genehmigen: Die Betreiber müssen grenzüberschreitende Gebiete beiderseits der Grenze zusammenhängend organisieren und anfahren können. Insbesondere sollte an allen Grenzen die bereits an der französisch-schweizerischen Grenze getroffene Regelung zur Anwendung kommen⁵³.
- Anregung, dass die Staaten im Fall einer Anwendung der Verordnung EG 12/98 die beiderseits der Grenzen zuständigen Gebietskörperschaften einbeziehen, im Hinblick auf die Frage der Zweckmäßigkeit neuer Verkehrslinien unter Berücksichtigung des gesamten bereits bestehenden, grenzüberschreitenden Verkehrsnetzes.

Empfehlung 5: Suche nach Finanzierungsquellen

- Die kritische finanzielle Masse auftreiben, um grenzüberschreitende Nahverkehrsprojekte zu unterstützen.
 - Auf Gemeinschaftsmittel der Ziel 3-Programme⁵⁴ der Europäischen Kohäsionspolitik 2007-2013 sowie auf Mittel, die die Generaldirektion „Verkehr und Energie“ (Europäische Kommission) für die Transeuropäischen Verkehrsnetze⁵⁵ bereitstellt, sowie auf Darlehen der Europäischen Investitionsbank zurückgreifen.
- Diese Instrumente könnten insbesondere verwendet werden, um die Bereitstellung von Informationen über das multimodale, öffentliche Verkehrsangebot für die Benutzer zu verbessern

⁵² Vgl. Verordnung 12/98 über die Kabotage.

⁵³ Die Zusatzvereinbarung zum französisch-schweizerischen Abkommen aus dem Jahr 1951 genehmigt die Kabotage für grenzüberschreitende Personenverkehrslinien.

⁵⁴ „Konvergenz“, „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ und „Europäische territoriale Zusammenarbeit“.

⁵⁵ Gemeinschaftsprogramm für den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen.

(beispielsweise Einrichtung grenzüberschreitender Informationszentren); um gemeinsame, spezifische Tarife auf grenzüberschreitenden Verkehrslinien einzuführen, um den echten grenzüberschreitenden Einsatz von Fahrzeugen auszubauen, und um gemeinsame Sensibilisierungs- und Informationskampagnen für die betroffene Bevölkerung umzusetzen.

Zusammenfassung der Diskussionen

Der Workshop-Vorsitzende, Christian Eckert, Vizepräsident des Regionalrats Lothringen und Abgeordneter von Longwy (FR) stellt die Arbeiten des Workshops vor und präsentiert die Region Lothringen, als eine die er gut kennt. Lothringen ist die einzige französische Region, die an drei Staaten grenzt (Deutschland, Belgien und Luxemburg).

Er verweist darauf, dass die Grenzpendler in Lothringen mehr als 50 % der Beschäftigten ausmachen. Der Standort Alzette-Belval an der französisch-luxemburgischen Grenze, ein Projekt mit dem Ziel einer Annäherung der grenznahen Tätigkeiten, erhält eine Milliarde Euro an luxemburgischen Investitionen bei einer Bevölkerung von zwanzig- bis fünfundzwanzigtausend Einwohnern. In diesem, durch die Präsenz von Esch-sur-Alzette, dem zweitgrößten Ballungsraum Luxemburgs geprägten Gebiet ist ein quasi einseitiger Pendlerstrom von Lothringen nach Luxemburg zu beobachten. Christian Eckert unterstreicht, dass diese Elemente die Mobilität zu einem Integrationsfaktor für dieses Gebiet machen.

Diese hohe Mobilität führt zu Problemen bei der Verwaltung von Straßeninfrastrukturen. Die Partner des Grenzgebiets waren mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert, die mit der Überlastung der ursprünglich für den Stahltransport konzipierten Eisenbahnnetze, der Anpassungsfähigkeit der Dokumente in der Stadtplanung beiderseits der Grenze sowie der Vielzahl der Organisationsbehörden für den Verkehr auf französischer Seite zusammenhängen. Was die staatliche Ebene betrifft, so bedauert der Vorsitzende, dass die von den nationalen Behörden beschlossenen Pläne für große Infrastrukturen grenzüberschreitende Besonderheiten nicht berücksichtigen.

Ungeachtet dieser Feststellung meint Christian Eckert, dass der wesentliche Schritt der Bewusstseinsbildung getan ist und man jetzt auf allen Ebenen handeln muss.

Pierre Lamotte vom Regionalrat Lothringen (FR) präsentiert das grenzüberschreitende Mobilitätsschema (SMOT) rund um den Pol Belval-Alzette an der französisch-luxemburgischen Grenze. Dieses Projekt, Ergebnis einer gemeinsamen Mobilitätsvision zu beiden Seiten der Grenze hat die Umgestaltung eines ehemaligen Industriegeländes zum Ziel, und zwar durch Einrichtung eines „attraktiven, einfachen, verlässlichen und gesunden“ Transportangebots. Gleichzeitig soll global und koordiniert am Angebot, den Dienstleistungen und den Investitionen gearbeitet werden. Im Grenzgebiet sind zwischen den Raumordnungs- und Mobilitätspolitiken echte Herausforderungen in Bezug auf Governance und Transversalität gegeben.

Als Antwort auf eine Frage, inwiefern belgische Akteure einbezogen sind, erinnert Pierre Lamotte daran, dass zwei Kooperationsebenen existieren: eine erste lokale Ebene, die französische und luxemburgische Partner umfasst, sowie eine zweite Ebene im Rahmen der Kooperation Saarland-Lothringen-Luxemburg.

Ein Vertreter des Gemeinderates Esch-sur-Alzette hält fest, dass derzeit Überlegungen zur eventuellen Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit durchgeführt werden, um zwischen den Gemeinden des Gebiets Transportdienstleistungen zu organisieren.

Thomas Clemens von der Euregio Maas-Rhein (DE/BE/NL) präsentiert das Kooperationsgebiet, das sich an der deutsch-belgisch-niederländischen Grenze befindet. Er unterstreicht das große Wirtschaftspotential dieses Gebiets und stellt fest, dass die Euregio-Partner begonnen haben gemeinsam zu überlegen, wie durch die Förderung einer besseren Zugänglichkeit des Gebiets ein maximaler Nutzen erzielt werden kann.

Um die Einrichtung eines integrierten Transportsystems zu fördern und Überlegungen anzustellen, wie den Schwierigkeiten begegnet werden kann, die sich durch die Grenzen ergeben (unzureichende Direktverbindungen, fehlende Zugänglichkeit zu Fahrplänen, fehlende Tariftransparenz, Fehlen eines gemeinsamen Marketings sowie Bestehen unterschiedlicher Organisationsstrukturen), nennt Thomas Clemens die Schaffung einer informellen Arbeitsgruppe, welche alle für den Schienen- und Straßenverkehr zuständigen Behörden der betreffenden Gebiete umfasst.

Ein INTERREG 3A-Projekt ist bereits auf diese Weise entstanden. Inhalt war die Einrichtung einer gemeinsamen Koordinationsstelle, einer gemeinsamen Marketingstrategie sowie die Schaffung neuer Bahnhöfe, etc.

Auf eine Frage zu den betroffenen Ebenen und Akteuren des Kooperationsprojekts antwortet Thomas Clemens, dass ein Lenkungsausschuss, der die politischen Entscheidungsträger vereint, das Arbeitsprogramm beschließt: Betroffen sind die Region Flandern, Wallonien, die Provinz Limburg, die Verkehrsbehörde von Aachen und das Land Rheinland-Pfalz. Die Transportunternehmen können zu diesen Überlegungen ebenfalls hinzugezogen werden. Thomas Clemens unterstreicht, dass die informelle Kooperationsstruktur für die verschiedenen Partner zufriedenstellend ist.

Fabrice Etienne vom Kanton Genf (CH) gibt anschließend einen Überblick über den aktuellen Stand der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im öffentlichen Personennahverkehr des Großraums Frankreich-Waadtl-Genf (FR/CH). Die Überlegungen der Partner beiderseits der Grenze, die 2001 durch die Schaffung einer Arbeitsgruppe eingeleitet wurden, haben zu konkreten Ergebnissen geführt: ein umfangreiches, dem grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehr gewidmetes Kapitel im Großraum-Projekt, die Genehmigung der Kabotage an der französisch-schweizerischen Grenze sowie die Einrichtung einer Organisationsbehörde für den grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr in Form eines Grenzüberschreitenden Örtlichen Zweckverbandes im Dezember 2006.

Fabrice Etienne unterstreicht, dass der GÖZ das operationelle Instrument ist, welches die Personennahverkehrsstrecken für die Organisationsbehörden verwaltet, und dass diese weiterhin die Entscheidungen zur Finanzierung treffen. Von den acht Organisationsbehörden im Grenzgebiet haben zwei beschlossen, der Struktur nicht beizutreten (die Region Rhône-Alpes und der Gemeindeverband Annemasse). Basierend auf einer transparenten Organisations- und Funktionsform ermöglichte der GÖZ als ein Ort zur Diskussion wichtige Entscheidungen. Unter den Problemen, die trotz der Schaffung des GÖZ weiterbestehen, erwähnt Fabrice Etienne die fehlende Koordination zwischen dem vom GÖZ verwalteten Netzwerk und jenem Netzwerk, das von den beiden Organisationsbehörden verwaltet wird, die nicht Mitglieder des Verbandes sind.

Eine Teilnehmerin beglückwünscht den Raum Frankreich-Waadt-Genf für die Abstimmung zwischen dem Großraumprojekt und dem Kooperationsprojekt für die Metropolregion (Initiative des französischen Staates). Sie fragt nach weiteren möglichen Rechtsstrukturen, neben der des GÖZ.

Ein anderer Teilnehmer berichtet über die Überlegungen der Partner in der Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai (FR/BE) hinsichtlich der Gründung eines EVTZ oder eines GÖZ, um alle Kooperationsthemen, einschließlich des öffentlichen Personennahverkehrs, zu behandeln.

Zur Möglichkeit, die derzeitige Partnerschaft zu erweitern, stellt Fabrice Etienne fest, dass die Statuten des GÖZ so verfasst wurden, dass neue Mitglieder einfach aufgenommen werden können. Die Region Rhône-Alpes könnte innerhalb eines Jahres beitreten.

Auf die Frage nach der Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Behörden, die die verschiedenen Bewilligungen erteilen, erklärt Fabrice Etienne, dass die Eidgenossenschaft auf schweizerischer Seite in der Lage ist, die Erteilung solcher Genehmigungen zu verweigern, dass sie jedoch aufgrund ihrer Funktion als Geldgeber im allgemeinen dazu neigt, sich nicht dageganzustellen.

Ein Teilnehmer weist auf weitere Schwierigkeiten hin, die sich aus unterschiedlichen Steuergesetzgebungen ergeben.

Ein anderer Teilnehmer unterstreicht die Möglichkeit, die sich durch das Grünbuch zur städtischen Mobilität ergibt, welches die Europäische Kommission bis März 2008 zur Konsultation vorgelegt hat, um die sechs Empfehlungen des Basisdokuments, die in diesem Workshop diskutiert wurden, einzubringen. Die MOT könnte in Zusammenarbeit mit ihrem Netzwerk eine gemeinsame Antwort ausarbeiten.

Michel Seelig präsentiert anschließend die an die europäische, nationale, regionale und lokale Ebene gerichteten Empfehlungen, um spezifische Probleme der Grenzgebiete im Bereich Mobilität und öffentlicher Personennahverkehr zu lösen.

Ein Teilnehmer stellt fest, dass erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen werden sollte, grenzüberschreitende Studien durchzuführen und dabei die kompetenten Akteure beiderseits der Grenzen einzubeziehen (vgl. Empfehlung 1).

Zusammenfassend beglückwünscht Christian Eckert die MOT dazu, wie viele Grenzen in diesem Kolloquium und alleine im Workshop Öffentlicher Personennahverkehr vertreten waren, ein Indiz für eine EUROMOT in voller Blüte. Er zeigt sich zufrieden mit der Vielzahl der in den Präsentationen behandelten Themen: Ausarbeitung von Planungsunterlagen und Integration der Raumordnungs- und Verkehrspolitik in Grenzgebieten, Schaffung gemeinsamer Tarif- und Marketingstrategien in Grenzregionen und schließlich Aufbau von grenzüberschreitenden Verkehrsorganisationsbehörden, EVTZ oder GÖZ, sowie Überlappung gemeinsamer grenzüberschreitender Strukturen in ein- und demselben Gebiet.

Workshop 10

Kultur und territoriale Integration: „Bereicherung durch Vielfalt“



© Europäische Gemeinschaften, 1995-2008

Vortragende

Präsident

Catherine Cullen, Stellvertretende Bürgermeisterin zuständig für Kulturangelegenheiten, Stadt Lille (FR)

Moderation, Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen

Pascal Brunet, Direktor, Relais Culture Europe (FR)

Projekt 1: Wales/Irland - Zusammenarbeit in Kultur und Tourismus

Gill Ogden, Lead-Partner, Aberystwyth Arts Centre (UK)

Projekt 2: Frankreich/Spanien - Grenzüberschreitendes Choreographiezentrum Biarritz

Filgi Claverie, Direktor, DANTZAZ elkarte (ES)

Projekt 3: Frankreich/Belgien - hin zu einer künftigen euroregionalen Kulturplattform

Donato Giuliani, Abteilungsleiter Euroregionale und Internationale Zusammenarbeit im Kulturbereich, Kulturdirektion, Regionalrat Nord-Pas de Calais (FR)

Projekt 4: Großregion - Koordinierung der Zusammenarbeit im Kulturbereich

Claire Diot, Projektleiterin „Luxemburg und die Großregion 2007“, Regionalrat Lothringen (FR)

Berichterstatter

Muriel Faure, Projektleiterin „Sentinelles des Alpes“, Mission Prospective Développement (FR/IT)

Begleitung MOT

Domitille Ayrat, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Silvia Gobert-Keckeis, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Herausforderungen

Der europäische Kontext ist derzeit von Grundsatzdiskussionen geprägt: über die Grundlagen des Aufbaus Europas und die Entwicklung eines Europas der Bürger; das Festlegen eines europäischen Sozialmodells, in dem die Ziele der nachhaltigen Entwicklung voll integriert sind; das Festlegen der Rolle der Union auf internationaler Ebene, insbesondere was die Beziehungen zu den Nachbarn im Osten und Süden betrifft. Diese Diskussionen sind umso wichtiger, als sie vor dem Kontext der Globalisierung mit umfassenden wirtschaftlichen, sozialen sowie kulturellen Auswirkungen ablaufen.

Das Grenzgebiet erscheint in diesem Rahmen als der Ort, an dem besonders an dieser Problematik gearbeitet wird. Es stellt einerseits einen Raum für die Umsetzung der Ziele der Union dar, die zu diesem Zweck die Lissabon-Strategie (Wirtschaft und Wissensgesellschaft) und die Göteborg-Strategie (nachhaltige Entwicklung) entwickelt hat. Andererseits ist es insbesondere jener Ort, an dem daran gearbeitet wird, gemeinsame Entwicklungsräume und gemeinsame Gebiete eines EU-Bürgertums rund um jede Grenze, einen gemeinsamen Lebensraum sowie eine Zugehörigkeit zur Union und Räume des Wohlstands und der Stabilität an den Außengrenzen zu schaffen.

Die Kultur kann in Bezug auf diese Herausforderungen einen besonderen Beitrag leisten.

Die Kultur spielt in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung der Grenzgebiete eine wesentliche Rolle, und zwar hinsichtlich der drei Entwicklungspfeiler Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Dies betrifft beispielsweise die Entwicklung von Wirtschaftsaktivitäten (Kultur- und kreative Industrien, Cluster), den sozialen Zusammenhalt (Berufseinstieg, soziale Integration), den territorialen Zusammenhalt (Nahversorgungsangebote) oder den Umweltbereich (Kulturlandschaften, Naturerbe, etc.).

Durch diese Gebiete fördert sie das Entstehen eines gemeinsamen, europäischen Kulturraums, umso mehr als sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kulturbereich als ein erster Schritt hin zu einer breiteren Kooperation auf europäischer Ebene erweisen kann.

Dadurch kann gleichzeitig an einer Verbindung zwischen interkulturellen Gesichtspunkten, der territorialen Entwicklung und dem Bürgertum gearbeitet werden. Das Grenzgebiet kann einen Beitrag dazu leisten, sich mit interkulturellen Fähigkeiten und Praktiken sowie deren Erwerb auseinanderzusetzen. Wenn man sich mit dieser Verbindung beschäftigt, stößt man in den Grenzgebieten bald auf die Frage nach der Mehrsprachigkeit in Bezug auf das entstandene und zu teilende Wissen sowie nach dem Zugang zu kreativen Prozessen und der Entwicklung eines Bürgertums. So kann schließlich eine Verbindung zwischen innovativen, künstlerischen Praktiken und territorialer Identität geschaffen werden.

❖ Die Bedürfnisse

Der Kulturbereich, der in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sehr präsent ist, hat sowohl bei Kulturschaffenden als auch bei der Bevölkerung oft zu neuen grenzüberschreitenden Praktiken geführt.

Angesichts der angesprochenen Herausforderungen muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kulturbereich in Zukunft stärker strukturiert, beständiger und integrierter hinsichtlich der Entwicklung eines gemeinsamen Gebiets und EU-Bürgerraums werden.

Für die Akteure im Kulturbereich, sowohl öffentliche Körperschaften als auch Kulturschaffende, bedeutet dies, dass sie ihre Überlegungen und Praktiken weiterentwickeln, und einen gemeinsamen Ansatz für die grenzüberschreitenden, kulturellen Herausforderungen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kulturbereich festlegen:

▪ **Eine stärker themenübergreifende Sichtweise der Verbindung zwischen Kultur und Grenzgebieten**

- Eine stärker themenübergreifende Sichtweise der Kultur im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der Grenzgebiete mit einer Betonung auf die Dimensionen Wissen, nachhaltige Entwicklung und EU-Bürgertum fördern,
- Eine Einbindung aller Kulturbereiche in diesen übergreifenden Ansatz (Darstellende Kunst, kulturelles Erbe, öffentliche Lesungen, etc.) fördern,
- Bei der Umsetzung grenzüberschreitender Kulturprojekte, Überlegungen zur Art des jeweiligen grenzüberschreitenden Projekts und der Eigenheiten solcher Projekte anstellen.

▪ **Eine strategischere Sicht der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Kulturbereich**

Definition einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie und einer grenzüberschreitenden Entwicklungsstrategie im Kulturbereich für die Gebietskörperschaften, unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Spezielle Herausforderungen jedes Kultursektors (Kulturerbe, Darstellende Kunst, öffentliche Lesungen, etc.),
- Spezielle Herausforderungen jedes Kulturraums (Überseegebiete, Bergregionen, Seeräume, etc.),
- Innerhalb der Union, spezielle Beachtung der Grenzen zu den neuen Mitgliedsstaaten, und an den Außengrenzen Entwicklung von Bereichen des Wohlstands, der Stabilität und des Friedens in den Nachbarregionen,
- Die Beteiligten sollten diese Dimension - im Einklang mit der Entwicklung ihres Gebiets - in ihre langfristige Entwicklung ihrer Einrichtungen und Strategien aufnehmen.

▪ **Definieren von strukturierten, harmonisierten und verbindenden, grenzüberschreitenden Kulturpolitiken**

- Definition der grenzüberschreitenden Kulturpolitiken auf der Grundlage einer starken politischen Unterstützung seitens der Gebietskörperschaften und einer Öffnung seitens der

Akteure, im Sinne einer echten Annahme dieser Herausforderungen durch die Kulturschaffenden.

- Förderung von Schnittstellen und einer Koordinierung der verschiedenen Handlungsebenen der öffentlichen Körperschaften, der Aktionsrahmen und der Instrumente.

▪ **Begleiten der Akteure**

- Förderung einer stärkeren Unabhängigkeit der Akteure in ihren Kooperationsvorhaben (insbesondere durch ein Fördern der Professionalisierung dieser Akteure),
- Förderung einer Diversifikation und Komplementarität der Kulturschaffenden auf grenzüberschreitender Ebene, ebenso wie der Vielfalt und Komplementarität in den grenzüberschreitenden Kulturprojekten (in Bezug auf Sektoren, Themen und Abdecken der Grenzgebiete),
- Es den Kulturschaffenden ermöglichen, sich als hauptverantwortliche Akteure für die Schaffung und Entwicklung des gemeinsamen Grenzgebiets zu präsentieren,
- Es den Kulturschaffenden ermöglichen, durch das Projektmanagement interkulturelle Kompetenzen zu erwerben.

❖ **Empfehlungen**

Empfehlung 1: Betrachten der grenzüberschreitenden Entwicklung im Kulturbereich aus transversaler Sicht

Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Kulturbereich setzt sowohl seitens der Gebietskörperschaften als auch der Experten voraus, dass sie die Kultur aus transversaler Sicht sehen, im Kontext mit der wirtschaftlichen, sozialen und Umweltentwicklung der Grenzgebiete.

Empfehlung 2: Unterstützen dieser Entwicklung durch grenzüberschreitende, integrierte Kulturstrategien und –politiken

Eine solche Sicht verlangt seitens der Gebietskörperschaften, dass diese in Verbindung mit den lokalen Maßnahmen für die grenzüberschreitende Entwicklung grenzüberschreitende Strategien im Kulturbereich definieren und strukturierte, globale Politiken sowie Anreize schaffen.

Empfehlung 3: Flankierende Maßnahmen als Anreiz für die Experten vorsehen

Diese Strategien und Politiken sollten die Umsetzung flankierender Maßnahmen als Anreiz der Projektbegleitung für die Kulturschaffenden fördern und so die Präsenz zusätzlicher Verantwortlicher sicherstellen sowie die Kulturschaffenden zu mehr Eigenverantwortung animieren. Diese Projektbegleitung könnte Folgendes umfassen: eine Vernetzung der Akteure auf lokaler Ebene, adäquate Ausbildungen, Anreizmaßnahmen zur Zusammenarbeit, finanzielle Förderinstrumente (ergänzend zu bestehenden Instrumenten wie den Europäischen Programmen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit INTERREG 4A).

Empfehlung 4: Das Entstehen einer lokalen Governance für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kulturbereich fördern

Um die Entwicklung grenzüberschreitender Räume, die als gemeinsame Lebens- und Entwicklungsräume gesehen werden, zu fördern, erscheint es wesentlich, dass diese grenzüberschreitenden Strategien und Politiken im Kulturbereich:

- mit allen innerhalb des Gebiets betroffenen Akteuren abgestimmt sind,
- zwischen den verschiedenen Ebenen von Gebietskörperschaften, die innerhalb des Gebiets intervenieren, verbindend sind oder sogar gemeinsam erarbeitet werden,
- und in der Lage sind, innerhalb des Gebiets durch die Definition eines gemeinsamen Aktionsrahmens ein kollektives, gemeinsames und strukturierendes Vorgehen zu bewirken.

Dies setzt voraus, dass lokale Formen der Governance gemeinsame politische und strategische Überlegungen einer Abstimmung auf folgenden Ebenen umfassen:

- zwischen den verschiedenen Ebenen öffentlicher Gebietskörperschaften (Gemeinden, Gemeindeverbände, Departements, Regionen),
- zwischen den verschiedenen, im Rahmen dieser Körperschaften betroffenen Bereichen (Kultur, Raumordnung, etc.),
- zwischen allen politischen Akteuren, technischen Mitarbeitern und Experten dieser Gebiete.

Solche Formen der Governance, die eher in den Bereich eines Gebietsmanagements fallen, könnten auf der Entwicklung einfacher Strukturen wie einer Kooperationsplattform beruhen, welche Animation, Ausarbeitung von Vorschlägen, Koordination und Know-how zum Gegenstand haben könnte.

Empfehlung 5: Entwicklung eines lokalen, nationalen und europäischen Fachwissens im Themenbereich „Kultur und Grenzgebiete“

Parallel dazu ist es wichtig über Kenntnisse in Bezug auf Praktiken, Bedürfnisse und Best Practice-Beispiele im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit der Grenzregionen zu verfügen, und ein spezifisches Fachwissen der „Kultur in Grenzgebieten“ aufzubauen (insbesondere in noch wenig erforschten Bereichen wie Kultur und Wirtschaft).

Es erscheint daher notwendig, Folgendes zu fördern:

- In jedem Grenzgebiet die Beobachtung und Evaluierung der Praktiken und Bedürfnisse sowie die Entwicklung von geeignetem Fachwissen,
- Die Weitergabe dieses Fachwissens durch lokale, nationale und europäische Netzwerke (Austausch und Verbreitung). Auf lokaler Ebene könnten die Governance-Plattformen diese Verbindung darstellen. Parallel dazu muss der Weitergabe des Fachwissens an die neuen Mitgliedsstaaten eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Empfehlung 6: Sicherstellung einer einheitlichen Anerkennung der Rolle der Kultur im Bereich der territorialen Politik der Union, insbesondere im Kapitel Grenzgebiete

Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kulturbereich weiter zu entwickeln ist es schließlich notwendig, auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene an der Berücksichtigung der Kultur in den territorialen Politiken der Union zu arbeiten. Dies setzt voraus, dass in folgender Hinsicht an der Berücksichtigung der Kultur gearbeitet wird:

- In den Lissabon- und Göteborg-Strategien,
- In den strategischen Zielsetzungen der territorialen Politik der Union (insbesondere der Kohäsionspolitik und ihres Ziels der Zusammenarbeit, und der Nachbarschaftspolitik in ihrem Kapitel Grenzgebiete),

- In den Operationellen Programmen, insbesondere den operationellen Programmen der Grenzgebiete (unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen hinsichtlich Projektbegleitung, Know-how und Animation).

Zusammenfassung der Diskussionen

Durch den Workshop 10 „Kultur und territoriale Integration“ konnten diese grenzüberschreitenden Herausforderungen (Entwicklung eines gemeinsamen Raums, Strukturierung des Arbeitsmarktes und territoriale Governance) anhand mehrerer, von Akteuren der Zusammenarbeit präsentierter Beispiele unterstrichen und beleuchtet werden.

Cultural Cooperation and Touring (CCAT): die Vernetzung als Entwicklungsmöglichkeit für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (UK/EI)

Aus Sichtweise der wirtschaftlichen Entwicklung von kulturellen gebietsbezogenen Strukturen (aller Sektoren) zeigte das CCAT-Projekt, das von Gill Ogden der Universität Aberystwyth in Wales (UK) präsentiert wurde, dass auf grenzüberschreitender Ebene eine Vernetzung zwischen Wales und Irland nötig ist, insbesondere um die Potentiale grenzüberschreitender Partnerschaften besser kennenzulernen.

Das nationale Choreographiezentrum (CCN) Biarritz: das Grenzgebiet als strukturelle Entwicklungsachse (FR/ES)

Das Projekt des grenzüberschreitenden Choreographiezentrums, das von Filgi Claverie, dem Direktor von DANTZAZ elkarte (ES), präsentiert wurde, zeigte seinerseits die Integration des Grenzgebiets als Entwicklungsachse einer Struktur (des CCN Biarritz) seit dessen Gründung im Jahr 1998. Er unterstrich die Entscheidung eine grenzüberschreitende Choreographie-Politik zu entwickeln bzw. eine ständige Einrichtung in San Sebastián in Spanien zu schaffen, womit sich das CCN als echter Akteur des Kulturwesens im Baskenland etabliert hat. Dieses Projekt, das einer spezifischen Instanz, der Mission transfrontalière, gemeinsam mit einem lokalen Akteur, Donastia Kultura, übertragen und von den lokalen Behörden unterstützt wurde, umfasste drei komplementäre Phasen: Verbreitung, Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Ausbildung von Fachleuten.

Der Regionalrat Nord-Pas de Calais: vom Lead-Netz zu einer euroregionalen Kulturplattform (FR/BE)

Das Projekt der euroregionalen Kulturplattform, das von Donato Giuliani der Kulturdirektion im Regionalrat Nord-Pas de Calais (FR), vorgestellt wurde, unterstrich, wie wichtig es für eine regionale Gebietskörperschaft und im Hinblick auf eine grenzüberschreitende und euroregionale Kulturentwicklung ist, über neue Formen der Governance nachzudenken. Er unterstrich insbesondere die Absicht, das Lead-Projekt zur grenzüberschreitenden Vernetzung von Kulturschaffenden aufzuwerten, um einen größeren Raum für eine Animation und Koordination der grenzüberschreitenden Kulturzusammenarbeit zu erhalten und dabei Politiker, technische Mitarbeiter und Experten einzubeziehen.

Der Regionalrat Lothringen: von der europäischen Kulturhauptstadt zu einer nachhaltigen euroregionalen Kulturkoordination (LU/BE/FR/DE)

Schließlich illustrierte der Beitrag von Claire Diot, regionale Koordinatorin der europäischen Kulturhauptstadt für die Region Lothringen (FR), wie notwendig es ist, die Erfahrungen einer institutionellen Zusammenarbeit, die im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt in der Großregion Luxemburg initiiert wurden, zu verwerten und auszubauen.

Workshop 11

Rechtliche Instrumente der Zusammenarbeit: „Strukturieren der Projekte“



Vortragende

Präsidenten

Dr. Franck W. Ehling, Präsident des Eurodistricts Oderland-Nadodrze (EDON), Amtsdirektor von Barnim-Oderbruch (DE)

Andrzej Kunt, Präsident des Eurodistricts Oderland-Nadodrze (EDON), Bürgermeister von Kostrzyn (Oder) (PL)

Moderation der Diskussionen

Adriano Rasi Caldugno, Generalsekretär für Planung, Region Veneto (IT)

Präsentation des Basisdokuments und der Empfehlungen

Gérard Flament, Studiendirektor, Secrétariat général pour les affaires régionales (SGAR), Nord-Pas de Calais (FR)

Sitzung 1: Rechtsinstrumente und grenzüberschreitende Governance

- Eurodistrict Oderland-Nadodrze (DE/PL)

Soeren Bollmann, Projektmanager, INTERACT-Projekt „Border Crossing“ (DE)

- Grenzüberschreitende Plattform Dunkerque-Flandre-Cote d’Opale (BE/FR)

Geert Sanders, Generaldirektor, West Vlaamse Intercommunale (WVI) (BE)

Sitzung 2: Rechtsinstrumente und grenzüberschreitende, operationelle Projekte

- EUROPA 1, Pumpschiff am Rhein (FR/DE)

Martine Loquet-Behr, Referentin für grenzüberschreitende Angelegenheiten PDT-DERI, Departement Bas-Rhin, und Lt-Col. Alex Roth, Leiter der Subdirektion Prävention-Operationen, Vorsitzender der technischen Gruppe GÖZ EUROPA 1, SDIS Bas-Rhin (FR)

- SANICADEMIA (IT/AU)

Karl Wulz, Kaufmännischer Direktor, EWIV Sanicademia (IT/AU)

Berichterstatter

Patrice Harster, Generaldirektor, GÖZ Regio PAMINA (FR/DE)

Begleitung MOT

Françoise Schneider-Français, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Ludivine Salambo, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Bestandsaufnahme: ein Rechtsrahmen, der wenig an die Gegebenheiten in den Grenzregionen angepasst ist

Laut Europarat entspricht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit jeder Aktion, die dazu dient, die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften oder Behörden zu beiden Seiten der Grenze zu fördern.

Angesichts der „Grenzeffekte“ (Zunahme des gegenseitigen Austauschs, Konkurrenzsituation der Gebiete und ihrer Akteure, gegenseitige wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit, unterschiedliche institutionelle, politische, rechtliche und kulturelle Systeme beiderseits der Grenzen, etc.) sowie der Ungleichgewichte und der Chancen, die sie mit sich bringen, haben die Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gemeinsame Strategien und Politiken entwickelt, um die Lebensqualität der Bevölkerung und die Entwicklung der Lebensräume an der Grenze zu garantieren.

Das Bestehen einer so heterogenen Rechtslage, Ursache der rechtlichen Komplexität bzw. der Rechtsunsicherheit hat nämlich beträchtliche Auswirkungen auf den Alltag der Bewohner, die zu beiden Seiten der Grenze gleichermaßen pendeln (Grenzarbeiter, Schüler, Personen, die in einem Krankenhaus im Nachbarstaat behandelt werden wollen, etc.), aber auch auf sämtliche öffentlichen und privaten Akteure, die im Grenzgebiet agieren.

Im Rahmen der Handhabung der Grenzeffekte wird versucht, durch eine gemeinsame Verwaltung der Kenntnisse und Kompetenzen eine Einsparung an Ressourcen und Mitteln zu erreichen.

Dies zeigt sich in der Durchführung von Projekten im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: gemeinsame Definition der strategischen Ausrichtungen für die Zukunft des Grenzgebiets (Beobachtung und Planung), Schaffung und Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen im Grenzbereich sowie Umsetzung „integrierter“ Kooperationsvorhaben (Eurodistrict, Euroregion).

Das Entstehen dieser Projekte bedeutet in erster Linie, dass die Gebietskörperschaften zumindest die Kompetenz haben müssen, Kooperationsabkommen mit ihren Nachbarn zu unterzeichnen. Diese Projekte erfordern im Übrigen einen zufriedenstellenden Rechtsrahmen, Synonym für Rechtssicherheit und Stabilität, welcher eine dauerhafte und gute Verwaltung des Projekts ermöglicht.

Unter dem Begriff „Rechtsrahmen“ ist in diesem Workshop folgendes zu verstehen:

- Das rechtliche Umfeld, im Rahmen dessen sich die Bevölkerungen in den Grenzgebieten entwickeln,
- Die Rechtsstruktur der Kooperationsprojekte. Die derzeitige Tendenz weist in Richtung einer verstärkten Rechtsstruktur der Kooperationsprojekte, mit der Schaffung gemeinsamer Grenzstrukturen.

❖ Identifikation der Bedürfnisse

▪ **Notwendigkeit einer politischen Steuerung der grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte: die politische Verwaltung**

Die grenzüberschreitende Governance⁵⁶ kann im politischen Sinn des Wortes als Prozess definiert werden, durch den die politischen Entscheidungsträger (auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene) gemeinsame Überlegungen anstellen in Bezug auf:

- den Inhalt der grenzüberschreitenden Projekte, um auf die Bedürfnisse des Kooperationsgebiets und seiner Bewohner zu reagieren,
- die Definition eines Rechtsrahmens, der an die Besonderheiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angepasst ist⁵⁷.

Die Realität der integrierten und dauerhaften, grenzüberschreitenden Projekte erfordert zunächst den Ausdruck eines starken politischen Willens auf beiden Seiten der Grenze, welcher die Definition gemeinsamer, nach Kooperationsthemen gegliederter Strategien und Aktionen ermöglicht.

Die Governance im Grenzgebiet ermöglicht insbesondere:

- die Übernahme von Verantwortung seitens der politischen Entscheidungsträger,
- die Schaffung einer Koordinations- oder sogar einer Vermittlungsstruktur,
- eine bessere Akzeptanz des Rechts des Nachbarstaates: Die grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte unterliegen weiterhin dem Recht eines der Partner. Diese Situation erregt einen gewissen Argwohn bei den Partnern, die dem Recht eines anderen Staates untergeordnet sind. Hier ermöglichen die Governance-Strukturen eine größere Akzeptanz der nicht-nationalen Rechtsvorschriften.

▪ **Notwendigkeit eines grenzüberschreitenden, juristischen „Werkzeugkoffers“**

Typologie der Rechtsinstrumente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Der Handlungsspielraum der Gebietskörperschaften im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit schwankt von einer Grenze zur anderen. Er hängt sowohl von der institutionellen Fähigkeit der Körperschaft ab, mit anderen Körperschaften Kooperationsabkommen zu unterzeichnen, als auch von deren reglementierenden Kompetenzen in den Kooperationsbereichen (je nach Fortschritt des Dezentralisierungsprozesses), von der Durchlässigkeit des nationalen

⁵⁶ Steuerung oder Regieren (Europäische Union).

⁵⁷ Vgl. Beschreibung der Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai.

Rechts⁵⁸ und von der Existenz zwischenstaatlicher Verträge, die die Kooperationsmodalitäten definieren.

Wenn auch die Entwicklung des Rechtsrahmens der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vom Willen der Staaten⁵⁹ abhängt, so haben doch die lokalen Akteure im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit alle Rechtsinstrumente im jeweiligen nationalen Recht, in den bilateralen Verträgen sowie im Gemeinschaftsrecht herangezogen, um ihre Kooperationsprojekte zu definieren. Einige dieser Instrumente sind der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gewidmet (der Grenzüberschreitende Örtliche Zweckverband (GÖZ)⁶⁰ und der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)⁶¹), andere wurden in Ermangelung anderer Werkzeuge genutzt.

Die nachstehende Tabelle enthält einen Einteilungsvorschlag der für die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte an den europäischen Grenzen verwendeten Rechtsinstrumente. Sie können von den in Grenzgebieten tätigen Akteuren je nach ihrer Rechtsform, nach dem nationalen, anwendbaren Recht sowie aufgrund der internationalen Vereinbarungen der jeweiligen, betroffenen Staaten, in denen sie gelten, verwendet werden.

Neben jeder Rechtsform stehen als Erläuterung Beispiele von Staaten, in denen diese Rechtsform in Verwendung ist.

⁵⁸ Im französischen Recht steht das Kapital gemischtwirtschaftlicher Firmen (institutionalisierte öffentlich-private Partnerschaften) ausländischen Gebietskörperschaften der Nachbarländer offen.

⁵⁹ Vgl. Artikel 152 des Gründungsvertrages der Europäischen Gemeinschaft.

⁶⁰ Der GÖZ ist aus dem Karlsruher Abkommen von 1996, abgeschlossen zwischen Frankreich, Luxemburg, Deutschland und der Schweiz, sowie dem Brüsseler Abkommen von 2002 zwischen Frankreich und Belgien hervorgegangen.

⁶¹ Gemeinschaftsverordnung Nr. 1082/2006 vom 5. Juli 2006.

Typologie der an den europäischen Grenzen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verwendeten Instrumente

Rechtsgrundlage	Nationales Recht	Zwischenstaatliche Abkommen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit	Gemeinschaftsrecht
Art des Instruments			
Kooperationsvereinbarung	Privatrechtskonvention (IT) Abkommen nach öffentlichem Recht	Abkommen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (BE,DE,LU,FR,CH,IT, ES...)	
Nicht gewinnorientierte, Privatrechtsstruktur	Vereinigung (BE,LU,DE,FR,IT...) Stiftung (NL,CH,...)		Europäische Vereinigung* Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung EVTZ nach Privatrecht
Öffentlich-private Partnerschaft	SEML** im Grenzgebiet (FR) Gemischtwirtschaftliche Gesellschaft		
Öffentliche Rechtsstruktur	Consortio (ES) Eurodistrict (FR) GIP*** (FR)	Grenzüberschreitender Örtlicher Zweckverband (BE,DE,LU,FR,CH)	EVTZ nach öffentlichem Recht

* Gemeinschaftsverordnung seit 1992 in Diskussion

** Vereinigung zwischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und privatrechtlichen Gesellschaften

*** Öffentliche Interessenvereinigung

Typologie der Projekte im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Der juristische Strukturierungsprozess eines grenzüberschreitenden Projekts verläuft in Entwicklungsphasen, wobei die verschiedenen Etappen nicht überstürzt werden sollten. Es sollten die jeweiligen Rechtsinstrumente (einfaches Abkommen oder gemeinsame Struktur) je nach Grenze⁶², Art und Reife des Projekts angepasst werden.

Der Inhalt des Projekts entwickelt sich im Lauf der Zeit und das Rechtsinstrument muss an das Projektziel angepasst werden. Die Kooperationsphasen verlaufen nicht linear, sondern schrittweise. Sie entwickeln sich je nach Partnerschaft und Ziel in dem Ausmaß, in dem die verschiedenen

⁶² Wie vorhin angemerkt, hängt die Palette der an jeder Grenze verfügbaren Instrumente in erster Linie von den abgeschlossenen, zwischenstaatlichen Vereinbarungen ab.

Partner das Gebiet besser verstehen lernen, die Herausforderungen klarer definieren und die ersten Projekte starten können.

Entwicklungsschritte

Die erfolgreiche Umsetzung eines Kooperationsprojekts erfordert zuerst die Definition des Projektumfangs und -ziels, welche den gemeinsamen politischen Willen auf beiden Seiten der Grenzen zum Ausdruck bringen. Sie müssen den Aufbau einer neuen Solidarität und die Schaffung neuer Wirtschafts-, Kultur- und Sozialbeziehungen unter den lokalen Akteuren beiderseits der Grenzen ermöglichen.

Die Etappen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können folgendermaßen gegliedert werden: 0. Unkenntnis, 1. Zusammenarbeit, um einander besser kennen zu lernen (Identifikation der Bedürfnisse und der gemeinsamen Herausforderungen), 2. Koordination, 3. Koproduktion (Projekte).

Diversifizierte Inhalte

- Grenzüberschreitende, strategische Planung

Die grenzüberschreitende „strategische Planung“ erfolgt als Formalisierung einer gemeinsamen Vision, als Ausarbeitung eines Gesamtprojekts für das Gebiet (in Form einer Charta, eines Weißbuchs, einer Zielesammlung) sowie durch konkrete, grenzüberschreitende Projekte zu verschiedenen Themen. Diese gemeinsam definierten Elemente müssen in die jeweiligen, lokalen Planungsunterlagen übernommen werden.

Sie wird oft durch eine zwischen den Partnern unterzeichnete Kooperationsvereinbarung formalisiert. Dieser Schritt, der nicht in allen grenzüberschreitenden Gebieten umgesetzt wurde, spielt jedoch eine strategische Rolle, da er eine globale Definition der Herausforderungen im Bereich der Raumordnung und koordinierten Entwicklung des Grenzgebiets ermöglicht.

- Schaffung und Verwaltung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen und Einrichtungen

Die operationelle Phase entspricht der Investitions- und Realisierungsphase der grenzüberschreitenden Projekte der lokalen Akteure. Sie betrifft sowohl die Einrichtung grenzüberschreitender Dienstleistungen (Dienstleistungen für Personen, Verkehr, Tourismus, soziale und kulturelle Aktivitäten, etc.) als auch die Umsetzung grenzüberschreitender Einrichtungen bzw. die Raumordnung. Für die Partner geht es darum, neue Lösungen bzw. Experimente zu finden, die es ermöglichen, die Dienstleistung bzw. die Einrichtung im Grenzgebiet tatsächlich anzubieten, indem die verschiedenen Finanzierungsmechanismen, Interventionsmodi der Partner sowie Rekrutierung von Personal auf beiden Seiten der Grenze kombiniert werden.

- Integrierte Vorhaben in den Grenzgebieten

Der Rechtsrahmen entspricht traditioneller Weise der Umsetzung und Verwaltung der grenzüberschreitenden Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen.

Langfristig gesehen darf sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht auf punktuelle Projekte beschränken. In einigen Grenzgebieten haben sich „integrierte Vorhaben“ entwickelt, die auf einer politischen Steuerung des gesamten Grenzgebietes beruhen, um eine gemeinsame Antwort auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Bewohner der Grenzgebiete geben zu können.

Je nach der betroffenen Gebietsebene tragen sie verschiedene Bezeichnungen (Eurocity, Eurodistrict, Euroregion). Vom juristischen Standpunkt aus muss die Kontinuität des grenzüberschreitenden Projekts im Rahmen einer ständigen Organisation sichergestellt werden.

Die Einrichtung dieser ständigen Organisation verweist auf den Einsatz von Instrumenten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die ursprünglich für die Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen und grenzüberschreitender Einrichtungen vorgesehen waren (GÖZ, Europäische Distrikte nach französischem Recht, etc.).

- Grenzüberschreitende Multi-Level-Governance: eine vertikale und horizontale Partnerschaft

Die Multi-Level-Governance verfolgt durch die Förderung des Dialogs zwischen allen öffentlichen und privaten Akteuren, die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene durch die Entwicklung des Grenzgebiets betroffen sind, eine organisatorische, territoriale und institutionelle Kohäsion in einem Grenzgebiet.

Basierend auf einer horizontalen Partnerschaft (alle betroffenen, lokalen, privaten und öffentlichen Akteure müssen an der Definition und Realisierung des Projekts mitwirken) und/oder einer vertikalen Partnerschaft (zwischen den politischen und technischen Ebenen) stellt sie die Hauptkomponente für die Ausarbeitung eines gangbaren, grenzüberschreitenden Kooperationsprojektes dar. Folgende Ziele werden dabei verfolgt: politische Trägerfunktion, langfristige Vision und Kenntnis der sozioökonomischen und kulturellen Gegebenheiten des grenzüberschreitenden Lebensraums.

Der EVTZ kann bei der Stärkung der grenzüberschreitenden Verwaltung eine Rolle spielen und es einem mit Verordnungsgewalt ausgestatteten Staat ermöglichen, neben den Gebietskörperschaften Mitglied einer grenzüberschreitenden Struktur zu sein. Dieses neue Instrument kann den im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Akteuren ein „Forum“ für einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch über die Ausarbeitung innovativer und ambitionierter Maßnahmen, die für Kooperationsprojekte geeignet sind, bieten.

Zwischenbilanz: welche Instrumente für die verschiedenen Projekte?

	Erhobene Bedürfnisse	Beispiele für Instrumente <i>*derzeit in Aufbau befindliche Strukturen</i>
Strategische Planung	Definition einer gemeinsamen Strategie für Grenzgebiete (Charta, Weißbuch, etc.). Übernahme in alle lokalen Planungsdokumente beiderseits der Grenze.	Abkommen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Verwaltung von Dienstleistungen und Einrichtungen	Bereitstellung einer Dienstleistung oder Betrieb einer öffentlichen Einrichtung in einem Grenzgebiet, indem die verschiedenen Finanzierungsmechanismen, Interventionsmodi der Partner sowie die Personalrekrutierung beiderseits der Grenze kombiniert werden.	GÖZ Europa 1, Feuerlöschboot am Rhein (FR-DE) GÖZ Öffentlicher Personennahverkehr (CH-FR) SEML Initialité (FR-BE) EWIV Sanicademia (IT-AU) EVTZ Grenzüberschreitendes Krankenhaus, Cerdagne (FR-ES)*
Integrierte Vorhaben	Politische Steuerung des Grenzgebiets, um für jeden Themenbereich eine gemeinsame Antwort auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Bürger in den Grenzgebieten geben zu können. Die Kontinuität des grenzüberschreitenden Vorhabens im Rahmen einer ständigen Organisation sicherstellen.	GÖZ Regio PAMINA (FR-DE) Stiftung nach niederländischem Recht, Euroregio Maas-Rhein (BE-DE-NL) EVTZ Eurodistrict Oderland-Nadodrze, EDON (DE-PL)*
Multi-Level-Governance	Organisatorische, territoriale und institutionelle Kohäsion in einem Grenzgebiet, durch Förderung des Dialogs zwischen allen öffentlichen und privaten Akteuren, die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene durch die Entwicklung des grenzüberschreitenden Lebensraums betroffen sind.	EVTZ Euroregion „Alpen-Adria“ (IT-AU-SL-HR)* EVTZ Eurodistrict Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai (FR-BE)* EVTZ Eixo Atlántico (ES-PT)*

❖ Empfehlungen

Empfehlung 1: Unterstützende und begleitende Entwicklung der Rechtsinstrumente für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

- Die Nutzung von Erfahrungen durch Einrichtung einer Datenbank fördern, die Best-Practice-Beispiele erfasst⁶³ sowie die im Bereich der Zusammenarbeit tätigen Akteure vernetzt, insbesondere jene, die an der Gründung von EVTZ beteiligt sind.
- Eine technische Unterstützung für den operationellen und finanziellen Aufbau grenzüberschreitender Projekte an den europäischen Grenzen⁶⁴ entwickeln (Durchführung punktueller Projekte und Verwaltung von Gebietsprojekten).

Empfehlung 2: Den Akteuren eine ausreichende Bandbreite an Instrumenten anbieten - hin zu einer Anpassung und Koordinierung des nationalen Rechts in Grenzgebieten

- Den Gesetzgeber auffordern, den nationalen Rechtsrahmen, nach Grenzen gegliedert, an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit anzupassen: die Rechtslage an die Gegebenheiten der Grenzgebiete anpassen, insbesondere durch die Förderung innovativer, rechtlicher Lösungen⁶⁵; die Beteiligung ausländischer Gebietskörperschaften an Instrumenten und Organismen, die im nationalen Recht bereits bestehen, zulassen⁶⁶; die administrativen Fristen für die Genehmigung und Errichtung von grenzüberschreitenden Strukturen verkürzen; unter Berücksichtigung des Reziprozitätsprinzips: solchen auf einer Seite der Grenze ergriffenen Initiativen müssen ähnliche Maßnahmen auf der anderen Seite der Grenze folgen⁶⁷.
- Den Abschluss bilateraler oder multilateraler Abkommen fördern, paritätische Kommissionen, zwischenstaatliche Konferenzen, etc. schaffen, die die Überlegungen über die Harmonisierung der nationalen Gesetze beiderseits der Grenzen erleichtern.
- Die Harmonisierung des nationalen Rechts der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit der Verordnung über den EVTZ möglichst rasch sicherstellen.
- Das Madrider Rahmenabkommen samt seinem Zusatzprotokoll garantieren und die Kontrolle der tatsächlichen Anwendung dieses Abkommens sowie der zwischenstaatlichen Verträge über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im nationalen Recht sicherstellen.

Empfehlung 3: Den Akteuren eine ausreichende Bandbreite an Instrumenten anbieten - Zugang von Drittländern zum EVTZ ermöglichen

- Vom Gesetzgeber der Gemeinschaft eine Anpassung der Verordnung über den EVTZ verlangen, damit die Schaffung eines EVTZ zwischen nur einem Mitgliedsstaat der EU und einem Drittland möglich wird, um die Durchführung bilateraler, operationeller Projekte zu ermöglichen⁶⁸.
- Vom Gesetzgeber die günstigste Auslegung der Verordnung über den EVTZ verlangen, damit ein Drittland an einem EVTZ beteiligt werden kann, sobald ein einziger Mitgliedsstaat eines EVTZ ein Abkommen mit diesem Drittland unterzeichnet hat⁶⁹.

⁶³ Vgl. EVTZ-Expertengruppe des Ausschusses der Regionen: <http://cor.europa.eu/fr/activities/egtc.htm>

⁶⁴ Insbesondere durch Nutzung des vom Netzwerk der MOT bzw. der EUROMOT erworbenen Wissens.

⁶⁵ Vgl. Recht auf Erprobung im französischen Recht.

⁶⁶ Im Rahmen des Vertrags von Bayonne aus dem Jahr 1995 zwischen Frankreich und Spanien ermöglichen die spanischen Behörden den französischen lokalen Gebietskörperschaften eine Mitgliedschaft in Konsortien.

⁶⁷ Frankreich hat eine Regelung in sein nationales Recht aufgenommen, die an allen französischen Grenzen die Schaffung eines Europäischen Distrikts nach französischem Recht (nach dem Modell des GÖZ) vorsieht. Wenn die Nachbarstaaten jedoch keine Regelung verabschieden, die es den Gebietskörperschaften ermöglicht, Mitglieder in einem Europäischen Distrikt zu werden, kann diese Initiative das gewünschte Resultat nicht erzielen.

⁶⁸ Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung Nr. 1082/2006: „Der EVTZ besteht aus Mitgliedern aus dem Hoheitsgebiet von mindestens zwei Mitgliedstaaten“.

⁶⁹ Erwägung zu Artikel 3 Absatz 16 der Verordnung Nr. 1082/2006: Die Mitglieder eines Drittlandes können an einem EVTZ beteiligt werden „[...] sofern dies nach dem Recht eines Drittlandes oder nach Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern erlaubt ist“.

Zusammenfassung der Diskussionen

Adriano Rasi Caldogno, Generalsekretär für Planung der Region Veneto (IT) verweist darauf, dass die Anwendung von Rechtsinstrumenten einen entscheidenden Aspekt für den Start von Kooperationsprojekten darstellt. Eine Zusammenarbeit an den Grenzen setzt voraus, dass die bestehenden Rechtssysteme gegenübergestellt und ein gemeinsamer Rahmen gefunden werden.

Andrzej Kunt, Ko-Präsident des Eurodistricts Oderland-Nadodrze (EDON) und Bürgermeister der Stadt Kostrzyn/Oder (PL) weist darauf hin, dass der EVTZ die Möglichkeit bietet, die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu fördern. Dr. Franck W. Ehling, Ko-Präsident des Eurodistricts Oderland-Nadodrze (EDON), Bürgermeister von Barnim-Oderbruch (DE), fügt hinzu, dass der EVTZ es ermöglichen würde, eine gemeinsame Zukunft für das Eurodistrict-Gebiet aufzubauen.

Gérard Flament, Studiendirektor des SGAR Nord-Pas de Calais (FR), ergänzt, dass die europäischen Grenzen der Ort sind, an dem die Problematik des Aufbaus Europas am stärksten zutage tritt.

Die Grenzgebiete unterliegen dem Einfluss „zentrifugaler“ Kräfte, insbesondere der europäischen Gesetzgebung, die eine grenzüberschreitende Mobilität fördern, einen Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung einführen und zur Entwicklung gemeinsamer, grenzüberschreitender Projekte beitragen.

Man darf aber nicht vergessen, dass es auch „zentripetale“ Kräfte gibt, die diese Projekte erschweren: Das Binnenrecht wird komplexer, nationale Gesetzgebungen vervielfachen sich und berücksichtigen dabei ihre Auswirkungen auf die Grenzgebiete nicht.

Verschiedene europäische Staaten kennen „schwerfällige“ strukturelle Entwicklungen; der Föderalismus in Belgien hat beispielsweise dazu beigetragen, die Gesetzgebung der Gebietskörperschaften zu verdoppeln (flämische und wallonische). Die Dezentralisierung in Frankreich hat zum Erscheinen neuer Akteure mit neuen Verantwortungen, den Körperschaften, geführt.

Diese Vervielfachung von Vorschriften und Akteuren führt dazu, dass die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte länger dauert und komplexer wird, aus juristischer Sicht aber auch schwieriger.

Durch die Rechtsinstrumente kann jedoch ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden Kräften, die an den Grenzen wirken, gefunden werden. Sie bestehen allerdings nicht zum Selbstzweck. Das Rechtsinstrument ist immer als Instrument zu sehen, das im Dienst eines grenzüberschreitenden Projekts und dem politischen Willen beiderseits der Grenze steht, um ein Problem zu lösen bzw. auf ein gemeinsames Anliegen zu reagieren.

Neben diesen Rechtsinstrumenten kann auf eine politische Lenkung der Kooperationsprojekte nicht verzichtet werden, und zwar aus drei Gründen: eine Einbeziehung der politischen Akteure, deren Übernahme von Verantwortung als Gesprächspartner für Bewohner und Unternehmen sowie ein Schaffen von „Foren“, in denen man sich kennenlernen und austauschen kann. Um

diese Ziele zu erreichen, ist ein Minimum an Rechtsstrukturen erforderlich.

Schließlich müssen sich alle Akteure die rechtlichen „Eigenheiten“ des jeweils Anderen bewusst machen, die ebenso wichtig sind wie ihr eigenes Recht, und die eingehalten werden müssen. Grenzüberschreitende Kooperationsprojekte haben zweierlei Merkmale, die einen starken Einfluss auf die Wahl des Rechtsinstruments haben.

Grenzüberschreitende Projekte sind erstens immer durch ihre Dauer gekennzeichnet; zahlreiche Akteure sind betroffen und die Projekte entwickeln sich im Laufe der Zeit. Der Bedarf an Rechtsinstrumenten ist zu Beginn eines Projekts und in seiner operationellen Phase nicht identisch. Man muss die Möglichkeit haben, die Instrumente an die Gegebenheiten und den Fortschritt des Projekts anzupassen.

Das zweite Merkmal grenzüberschreitender Kooperationsprojekte ist die extreme Vielfalt in Bezug auf Themen, Partner und Aufbau. Angesichts dieser Projektvielfalt kann es nicht nur eine Antwort in Bezug auf eine Rechtsstruktur geben. Man benötigt also einen „Werkzeugkoffer“ und man darf die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, dass die derzeitigen Grenzen weiterbestehen, und dass es in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit immer notwendig sein wird, sich an zwei oder drei unterschiedliche Rechtssysteme anzupassen.

Die Grenze kann als Einschränkung oder, im Gegenteil, als Chance gesehen werden, um die Vorteile der unterschiedlichen Rechtssysteme zu nützen. Die bestehenden Instrumente können noch verbessert und ergänzt werden, um auf die wachsenden Anforderungen der Grenzgebiete zu reagieren.

In der Diskussion weist Frédérique Seidel, Referentin des GIP INTERREG 3A Saarland-Moselle-Westpfalz (FR/DE) darauf hin, dass das GIP (groupement d'intérêt public – Öffentliche Interessenvereinigung) zu dieser Palette von Instrumenten zählen könnte. Dadurch ist es für die französischen und deutschen Partner (Präfektur und Länder) möglich geworden, ein INTERREG-Programm von achtundzwanzig Millionen Euro zu verwalten, das alle für eine öffentliche Rechnungslegung erforderlichen Finanzgarantien erbracht hat, für das ein binationales Team eingesetzt und für das alle Mitglieder mit denselben Rechten ausgestattet wurden.

Frédérique Seidel zieht den Schluss, dass die Erfahrungen kapitalisiert und der Genehmigungsprozess solcher Strukturen beschleunigt werden müssen.

Gérard Flament bestätigt, dass das GIP, ebenso wie SEML (gemischtwirtschaftliche Unternehmen) in den „Werkzeugkoffer“ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit integriert werden müssen.

Sylvie Cohen, Direktorin für auswärtige Angelegenheiten des Kantons Genf (CH) schlägt vor, dass die Empfehlung 2 Absatz 4 nicht ausschließlich für das Madrider Rahmenabkommen, sondern für alle an den Grenzen bestehenden zwischenstaatlichen Verträge zur Geltung kommen sollte. Im Ballungsraum Genf gibt es einen französisch-schweizerischen GÖZ zur Verwaltung einer grenzüberschreitenden Seilbahn, dessen Einrichtung zwei Jahre gedauert hat. Martine Loquet-Behr, Referentin für grenzüberschreitende Angelegenheit PDT-DERI im Departement Bas-Rhin (FR) bestätigt, dass die endgültige Schaffung des EVTZ „Feuerlöschboot am Rhein“ zwei Jahre gedauert hat.

Sylvie Cohen erinnert daran, dass es möglich ist, zwischen der jeweiligen Struktur und den betroffenen Staaten ein Abkommen zu unterzeichnen, wenn die Staaten selbst nicht in die Partnerschaft der grenzüberschreitenden Struktur integriert werden können. Im Ballungsraum Frankreich-Waadt-Genf gibt es ebenfalls einen GÖZ zur Verwaltung von sechs grenzüberschreitenden Buslinien. Sie fragt sich welches Interesse jeweils der GÖZ bzw. der EVTZ bieten. Sie erinnert an die Schwierigkeiten französischer Gebietskörperschaften sich an Rechtsstrukturen eines anderen Staates zu beteiligen, was in der Praxis dazu geführt hat, dass ausschließlich Strukturen nach französischem Recht gegründet wurden.

Gérard Flament ist damit einverstanden, zwei Änderungen in die Empfehlungen aufzunehmen, und zwar hinsichtlich einer Begleitung bei der Umsetzung bilateraler Verträge (Empfehlung 2, Absatz 4) und einer Verkürzung der Fristen für die Errichtung von grenzüberschreitenden Strukturen in Empfehlung 2, Absatz 1.

Was die Unterscheidung zwischen EVTZ/GÖZ betrifft, so bestätigt Gérard Flament, dass diese Strukturen sich sehr ähnlich sind, mit der Ausnahme, dass es beim EVTZ möglich ist, den Staat als Partner zu integrieren. Dies ist im Rahmen von grenzüberschreitenden Governance-Projekten ganz besonders interessant. Jedes dieser Instrumente kann für Kooperationsprojekte genutzt werden, die besondere Lösungen erfordern.

Martine Loquet-Behr stellt fest, dass der nach deutschem Recht konstituierte GÖZ des Euro-Instituts Kehl ein Abkommen mit dem französischen Staat geschlossen hat. Was die Fristen zur Annahme der GÖZ-Statuten anbelangt, war die Unterstützung der staatlichen Stellen auf regionaler Ebene ausschlaggebend.

Alban Zanchiello, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Pyrenäen (CTP) (FR/ES), stellt die Erfahrungen der Region Languedoc-Roussillon vor. Die Region ist an der CTP beteiligt, die alle französischen und spanischen Grenzregionen sowie Andorra umfasst. Anfangs in Form eines Verbandes, später in Form eines Konsortiums, wird die CTP das künftige grenzüberschreitende französisch-spanische Programm verwalten. Die Region wird auch an der Euroregion Pyrénées-Méditerranée beteiligt sein, und zwar mit der Region Midi-Pyrénées und den autonomen Gemeinschaften von Katalonien, Aragonien und den Balearen, was langfristig zur Einrichtung eines EVTZ führen soll.

Er erinnert daran, dass die Zusammenarbeit oft vor dem Recht kam und dass daher die Notwendigkeit, das Recht weiterzuentwickeln nur eine Möglichkeit und kein Selbstzweck ist.

In diesem Zusammenhang sollte die EUROMOT seiner Ansicht nach eine Rolle für die Programmperiode 2007-2013 spielen, um jedem einzelnen Staat sowie den europäischen Instanzen den Platz und die Rolle der Grenzgebiete bewusst zu machen.

Dominique Dufrenne, Generaldirektor der Communauté d'agglomération de la Riviera française (FR), an der Grenze Italien/Monaco, fragt, ob es vorstellbar ist, dass ein EVTZ für seine Mitglieder

„à la carte“ funktioniert, je nach den von ihm ausgeübten Kompetenzen, und ob es nötig ist, für jeden Kooperationsbereich einen eigenen EVTZ zu schaffen, oder ob es möglich ist, innerhalb eines bestimmten Grenzgebiets einen einzigen EVTZ zu gründen.

Geert Sanders, Generaldirektor der West Vlaamse Intercommunale (BE) antwortet, dass für das Gebiet Flandre/Dunkerque/Côte d'Opale die Gründung eines EVTZ mit dem Ziel einer grenzüberschreitenden Governance geplant ist. Es erscheint ihm unverzichtbar, als spezifische Projektträger später weitere EVTZ zu gründen. Er verweist darauf, dass die Gründung eines EVTZ keine Übertragung von Kompetenzen der Mitglieder impliziert. Er unterstreicht auch, dass es durch das Festlegen des Sitzes in Belgien möglich ist, bei der Verwaltung des EVTZ flexibler zu sein, insbesondere in Bezug auf das Personalmanagement.

Antoine Joly, Beauftragter für Auswärtige Angelegenheiten der Gebietskörperschaften, Ministerium für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten (FR), präzisiert, dass es vorstellbar ist einem EVTZ zur Verwaltung mehrerer Projekte unterschiedliche Aufgaben in verschiedenen Kompetenzbereichen zu übertragen.

Jean-Marie Erneq, Beauftragter für Europäische Angelegenheiten des Regionalrates Nord-Pas de Calais (FR) erklärt, dass eines der Probleme bei der Umsetzung des EVTZ das Fehlen von Vorschriften im Bereich Soziales und Steuern ist. Diese hängen vom Sitz der Organisation ab. Diese Situation macht es notwendig, Überlegungen zur Entwicklung von Lösungen anzustellen, die für die Staaten annehmbar sind.

Adriano Rasi Caldogno zieht die Schlussfolgerung, dass sich dieselbe Frage in Bezug auf die Verantwortung der EVTZ durch ihre Tätigkeit stellt. Diese Fragen könnten im Rahmen der Überarbeitung der Gemeinschaftsverordnung behandelt werden.

Workshop 12

Aus- und Fortbildung für grenzüberschreitende Berufe:

„Die Akteure professioneller werden lassen“



Vortragende

Präsident

Luis Dominguez Castro, Direktor der Studienabteilung von Eixo Atlántico (ES/PT), Dozent an der Universität Vigo (ES)

Moderation des Workshops

Joachim Beck, Direktor des Euro-Instituts Straßburg/Kehl (DE/FR)

Standpunkte

- Die Aktionen der Industrie- und Handelskammer Lille

Jean-Pierre Pruvot, Referent, Industrie- und Handelskammer Lille Métropole-CTDIC (FR)

- Die Erfahrungen der Euroregion Teschen-Schlesien

Hynek Boehm, Projektleiter, Euro Schola Institut (CZ/PL)

- Die Bildungsanforderungen an der irischen Grenze

Andry Pollak, Direktor des Zentrums für grenzüberschreitende Studien (IE/UK)

Präsentation des Basisdokuments

Robert Botteghi, Lehrbeauftragter an der Universität Nice Sophia Antipolis-IDPD (FR)

Projekt 1: Das europäische INTERFORM-Projekt

Michel Casteigts, Assoziierter Professor, Universität Pau et des Pays de l'Adour (FR)

Projekt 2: Das Euro-Institut Straßburg/Kehl

Anne Bilger, Stellvertretende Leiterin des Euro-Instituts Straßburg/Kehl (DE/FR)

Projekt 3: Das IRA Lille und das europäische Netzwerk der Verwaltungsschulen

Gilbert Elkaim, Direktor des Institut régional d'administration (IRA) Lille (FR)

Präsentation der Empfehlungen

Joachim Beck, Direktor des Euro-Instituts Straßburg/Kehl (DE/FR)

Berichterstatter

Martine Camiade, Dozentin, Universität Perpignan Via Domitia (FR)

Begleitung MOT

Concetta Mundo, Projektbeauftragte, Mission Opérationnelle Transfrontalière

Basisdokument und Empfehlungen

❖ Ziele

Die folgende Beschreibung soll rund um die vorgestellten Fallbeispiele einen analytischen und vorausblickenden Beitrag über die Berufs- sowie Aus- und Weiterbildungsperspektiven im Bereich der grenzüberschreitenden bzw. europäischen Zusammenarbeit darstellen und Rahmenelemente für die Workshop-Diskussionen liefern.

▪ Analytischer Beitrag zur Klassifizierung bestehender Berufsbilder

Eine Einteilung, die nach den erst vor kurzem entstandenen Berufen und dem Zusammenhang, in dem sie sich entwickelt haben, gegliedert ist.

Die Grenze (und ihre Funktionen) kann in Zukunft als ein Hebel für die Gebietsentwicklung und nicht mehr nur als ein Hemmnis gesehen werden. Diese neue Situation erfordert die konsequente Entwicklung neuer Kompetenzen bei der Gebietsverwaltung, was durch die aktuelle Dimension der europäischen Kohäsionspolitik noch verstärkt wird.

Seit rund zwanzig Jahren entstanden vor Ort die ersten Generationen von „Pionieren“. Diese haben ihr Wissen in der Praxis erworben und schrittweise Lösungen für immer neu auftretende Problembereiche entwickelt. Damit haben sie hochkomplexe Situationen empirisch bewältigt.

Nun geht ein Zyklus zu Ende. Zu allererst muss man darauf achten, die Kontinuität zwischen den Generationen sicherzustellen.

Eine neue Generation, die neue Funktionen und Berufe ausübt, wächst im Umkreis des ersten Bezugsfeldes heran: Programmverwalter, technische Projektberater und Projektleiter.

Sie ist mit zwei Herausforderungen konfrontiert: der Anerkennung/Legitimierung und die Professionalisierung.

Insbesondere für jene, die außerhalb der herkömmlichen „Berufe – Tätigkeiten – Kompetenzen“-Logik in den grenzüberschreitenden Gebieten arbeiten, ist die Frage ihrer Stellung und ihres Status innerhalb der Organisation zu klären.

▪ **Analytischer Beitrag zu Aus- und Weiterbildungsperspektiven**

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist nach wie vor im Entstehen begriffen und entwickelt sich erst. Was Frankreich betrifft, so erwähnen die Gründungsberichte wie jener von Jean Ueberschlag oder jener von Christian Estrosi weder die Funktionen und Berufe noch die Aus- und Weiterbildung für die grenzüberschreitende Arbeit. Auch zehn Jahre später, im Bericht von Alain Lamassoure⁷⁰ hat sich dies nicht geändert.

Im Lauf des Jahrzehnts 1990-2000 konnte sich die Ausbildung von Experten daher weder auf eine Grundlage von solide erworbenen Kenntnissen, noch auf stabile technische Inhalte stützen.

Die Weitergabe von Wissen ist untrennbar mit seinem Entstehen, das heißt Forschungsarbeiten verbunden.

Publikationen, Seminare, Vernetzung mit anderen europäischen Akteuren sind daher unerlässlich. Genau das ist der Sinn der Partnerschaft, welche im Rahmen des „INTERFORM“-Projekts zwischen Praktikern, Pädagogen und Forschern ins Leben gerufen wurde: eine Grundvoraussetzung, damit sich die Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten in Zukunft auf kompetente und anerkannte Experten stützen kann.

Innerhalb der Universitäten sind in manchen Fachbereichen im Rahmen von französischen Hochschulstudien auf Ebene des DESS - Diplôme d'Etudes Supérieures Spécialisées (später dann des Masters nach der Umstellung auf das LMD-System (Licence, Master, Doktorat)) vereinzelt und ganz beschränkt Ausbildungsmodule entstanden. Seit 1995 entwickelten sich an einigen Schulen und Ausbildungszentren für Mitarbeiter im Staatsdienst und in den Gebietskörperschaften so genannte berufsbildende Module.

Man muss also auf ganz uneinheitlichen und zerstückelten, punktuellen und vielfach kurzlebigen Ausbildungen aufbauen, ohne über einen Gesamtüberblick über existierende Ausbildungen zu verfügen.

Eine Untersuchung ergibt europaweit eine Liste von rund dreißig Institutionen, von denen weniger als 20 Aus- bzw. Weiterbildung anbieten; in Frankreich schätzt man diese hingegen auf rund 6 bis 8, je nach vorgenommener Einteilung. Es ergibt sich folgende Gliederung: Grundausbildung, Weiterbildung oder Fortbildung, Vernetzung, Sensibilisierung bzw. Animation.

⁷⁰ Es wäre nützlich für die anderen Staaten eine ähnliche Arbeit durchzuführen. Für Italien beispielsweise gibt es nur ganz wenige Berichte dieser Art zu dem Thema.

▪ **Vorausblickender Beitrag: Wachstum, Herausforderungen und Aktivitäten**

Zwei große Herausforderungen:

- Der nächste Zyklus der grenzüberschreitenden Arbeit wird darin bestehen, einen Übergang von einer Aus- und Weiterbildung, die sich quasi ausschließlich auf Information und Austausch von Best-Practice-Modellen stützt, zu einer Aus- und Weiterbildung, die sich in erster Linie auf Ideen und Wissen stützt, zu schaffen. Bevor man „weiß wie“, muss man sich die Frage nach dem Warum stellen.
- Beim Zielpublikum ändern sich Aus- und Weiterbildung und es ergeben sich neue Anforderungen. Die Ausbildungen werden sich nicht mehr auf den „Stamm der professionellen Akteure“ beschränken (man muss eine „Ghetto“-Bildung vermeiden), sondern sich zunehmend auch auf andere Kreise ausweiten (die Dimension der Bürger in den grenzüberschreitenden Beziehungen).

In Arbeit befindliche Aktivitäten:

- Kapitalisierung und Übertragbarkeit,
- Professionalisierung sowie Anerkennung der Berufsbilder,
- Sinnvolle Forschungsthemen: Interdisziplinarität, unterschiedliche Handlungsebenen, Berücksichtigung mittel- und langfristiger Perspektiven.

❖ **Empfehlungen**

Empfehlung 1

Die Arbeiten über die Berufsanalyse im grenzüberschreitenden Kontext vertiefen und Qualifikationsansätze entwickeln.

Empfehlung 2

- Die Schaffung und Entwicklung von Ausbildungs- und Beratungsorganismen nach dem Vorbild des „Euro-Instituts“ fördern.
- Diese Strukturen müssen auf einer grenzüberschreitenden und inter-institutionellen Partnerschaft (öffentliche Verwaltungen, Universitäten, Handelskammer, etc.) begründet sein.
- Durch ihre Vernetzung wird es möglich sein, Ausbildungen umzusetzen, die auf spezifischen oder gemeinsamen Anforderungen der grenzüberschreitenden Gebiete basieren.

Empfehlung 3

Ein Euro-Label „EUROMOT“ schaffen, mit dem die Qualität von Ausbildungen mit grenzüberschreitendem Charakter zertifiziert werden könnte; es müsste ein Verzeichnis erstellt und regelmäßig auf den neusten Stand gebracht werden.

Empfehlung 4

Einen Grundstock an Kenntnissen und solide erworbenen Techniken erstellen und anerkennen, insbesondere durch die Kapitalisierung der Ergebnisse des INTERFORM-Projekts.

Empfehlung 5

Die Kenntnisse zugunsten von Wettbewerbsstrategien für die Grenzgebiete mobilisieren, insbesondere durch Einrichtung einer Expertengruppe im Sinne eines „Think Tank“.

Zusammenfassung der Diskussionen

Erste Diskussion

Patrice Hermann von Viaregio (FR), unterstreicht die Bedeutung einer Sensibilisierung und das Problem der für die Bildung bestimmten Mittel, über die die Kooperationsstrukturen verfügen.

Für Didier Paris der Universität Lille (FR), darf das Thema Bildung im grenzüberschreitenden Bereich nicht als neues Thema behandelt werden, da es besonders an bestimmten Grenzen zu einem Hauptthema geworden ist. Außerdem ist es seit langem Thema der Überlegungen verschiedener Experten (beispielsweise Geographen).

Er bestreitet die Aussage, dass es zu wenige Ausbildungsmöglichkeiten gäbe. In Frankreich musste man die Reform des Bildungssektors durchführen und die Ausbildungsmöglichkeiten haben sich vervielfacht. Wir haben vielmehr ein Problem mit den Anstellungen. Man muss entsprechend auf eine Übereinstimmung von Angebot/Nachfrage achten.

Michel Casteigts der Universität Pau und Pays de l'Adour (FR), warnt vor einer zu technischen Auslegung des Begriffs „Beruf“. Wenn wir ihn als „Werkzeugkoffer“ verwenden, das heißt auf die Kenntnisse verweisen, gibt es durch die Vielfalt der beruflichen Situationen, in die die Studenten entlassen werden, eine Perspektive. Die Kenntnisse sind vielschichtig (beispielsweise im Bereich der internationalen Beziehungen, etc). Was die Qualifikation betrifft, handelt es sich um eine Positionierung, die sich im Lauf der Zeit entwickelt.

Ein Teilnehmer des Stadtverbandes Lille (FR) bemerkt, dass die europäischen Projektteams und -leiter letztlich nur selten und nicht spezifisch für grenzüberschreitendes Projektmanagement ausgebildet sind. Sie wissen jedoch was sie um sich herum benötigen, um über die erforderlichen technischen Kompetenzen zu verfügen. Es geht dabei um eine Frage der Anpassung und nützt schließlich der Gemeinschaft.

Das von der Europäischen Union unterstützte Recht auf „lebensbegleitendes Lernen“ bietet neue Möglichkeiten.

Apostolos Kalliantzidis, Präsident von Employabilité locale (EM.LOC.) in Thessaloniki (GR), Projektkoordinator Griechenland/Bulgarien, definiert sich selbst als „atypischen Experten“. Die Situation auf dem Balkan ist eine ganz spezielle. Es geht darum, in einem konfliktreichen Umfeld eine grenzüberschreitende Kultur zu entwickeln, die noch nicht existiert. Es handelt sich um eine vorwiegend „geistige“ und weniger technische Ausbildung.

Michel Demarteau vom Observatoire de la santé du Hainaut stellt die Frage, ob eine Ausbildung von Spezialisten sinnvoll ist. Vielleicht würde ein einziges Profil ausreichen, beispielsweise für alle französisch-belgischen Kooperationen. Der Beruf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit könnte dann in andere Kompetenzbereiche „aufgelöst“ werden.

Man müsste eher über ein grenzüberschreitendes Bürgertum nachdenken, Überlegungen die sich jeder damit konfrontierte Experte macht.

Nach Ansicht von Didier Paris von der Universität Lille müsste man neben der Berücksichtigung strategischer Fragen (beispielsweise spezifischer Gebiete wie der Metropolen) im Rahmen einer internationalen Kooperation oder bei der Verwaltung europäischer Projekte einen globalen Ansatz

wählen, wenn eine zu spezifische Ausbildung im Hinblick auf künftige Entwicklungen eher ein Risiko bedeutet.

Jean-Pierre Pruvot der Industrie- und Handelskammer Lille Métropole (CTDIC) schlägt vor, einen Expertenpool einzurichten, dessen Aufgabe es wäre, für Grenzfragen verantwortliche Referenten auszubilden, und dies innerhalb der Strukturen, die mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit konfrontiert sind, darunter auch Unternehmen.

Eine Art „Arbeitsbörse“, die Angebot und Nachfrage im Bereich Ausbildung für grenzüberschreitende Kooperation in Beziehung setzt, wäre sehr willkommen.

Zweite Diskussion

Evelyne Will-Müller, Ausbildungsleiterin beim Institut national des études territoriales (INET) in Straßburg präzisiert die Art von Ausbildung, die entwickelt werden sollte: Informations-Ausbildungen in Form eines „kognitiveren“ Ansatzes (beispielsweise durch Kolloquien); Ausbildungen zum Erfahrungsaustausch; Ausbildungen zu Projektmethoden.

Sie unterstreicht, wie wichtig die Entwicklung einer Fallstudien-Sammlung ist, um auf konkrete Situationen in einem auch multinationalen Kontext vorzubereiten.

Die Ausbildung ist ein Moment eines „Kulturschocks“ und die Ausbildungen, die üblicherweise nur von einer „Seite“ konzipiert sind, können diesem nicht voll gerecht werden.

Man muss sich selbst die Zeit nehmen und Ausbildungsmethoden entwickeln.

Ein Teilnehmer schlägt vor, eher die Frage des Humankapitals und der Motivation zu behandeln, das heißt die Erfahrungen der Menschen (beispielsweise grenzüberschreitender Projektleiter) zu kapitalisieren, die sich oft mehr einsetzen als dies anerkannt wird.

Schlussfolgerungen

Vor dem Hintergrund der Entwicklung und Neudefinition von Grenzgebieten und der veränderten Bedürfnisse in Bezug auf die Berufe, führt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine Kombination aus Kompetenzen (eher im Sinne von Kenntnissen und weniger als eigentliche Berufe) und Fertigkeiten zur Bewältigung von komplexen und multikulturellen Situationen sowie von Anpassungsfähigkeit und Lebensweise ein.

Zusammenfassung der Workshops und der Empfehlungen



HANS-GÜNTHER CLEV
*Geschäftsführer der Entwicklungsagentur
Rheinland-Pfalz, Deutschland*

Eine erste Workshop-Reihe konzentrierte sich auf die sechs Themen Wirtschaftsentwicklung, Arbeit und Fortbildung, öffentlicher Personennahverkehr, Kultur und territoriale Integration, Umwelt sowie Gesundheit. Eine zweite Workshop-Reihe betraf die Themen grenzüberschreitende Gebiete, grenzüberschreitende Ballungszentren, grenzüberschreitende ländliche Räume und Naturräume, Zusammenarbeit an Seegrenzen, rechtliche Instrumente der Zusammenarbeit sowie Aus- und Fortbildung für grenzüberschreitende Berufe.

Jeder dieser zwölf Workshops wurde von einer Arbeitsgruppe vorbereitet, dessen Aufgabe es war, die in grenzüberschreitenden Gebieten in Europa gewonnenen Erfahrungen zu sammeln und einen Beitrag zu erstellen, der im Rahmen des Workshops angenommen bzw. korrigiert und ergänzt wurde. Durch diesen Prozess konnten innerhalb eines europäischen Netzwerkes Arbeiten zu verschiedenen Themenbereichen initiiert werden, die auch nach dem Kolloquium fortgesetzt werden sollen.

Diese Arbeitsgruppen haben zugleich die Vielfalt der europäischen Grenzen verdeutlicht sowie die Vielfalt der im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Akteure: an erster Stelle die Gebietskörperschaften, aber auch regionale, nationale und europäische Verwaltungsinstanzen sowie private Akteure und Akteure der Zivilgesellschaft, Vertreter der Universitäten, etc.

Es ging darum, die Herausforderungen, aber auch die Schwierigkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufzuzeigen und Empfehlungen für die Kooperation auszuarbeiten. Die Workshop-Beiträge sowie die Beiträge der beiden Podiumsdiskussionen bilden den Inhalt eines Manifests, das an die nationalen Regierungen und europäischen Institutionen gerichtet wird. Die Zusammenfassung dieser Arbeiten wird Ihnen nunmehr präsentiert, um die Ergebnisse während der zweiten Podiumsdiskussion zu diskutieren.

❖ Herausforderungen und Empfehlungen: Zusammenfassung der 12 Workshops

Zuerst haben sich die vier „gebietsbezogenen Workshops“ mit dem Begriff der grenzüberschreitenden Gebiete, den Ballungsräumen, den grenzüberschreitenden ländlichen Räumen und Naturräumen sowie der Zusammenarbeit an Seegrenzen beschäftigt.

Die Gemeinsamkeit dieser Gebiete darin besteht, dass sie Lebensräume sowie Entwicklungs- und Beschäftigungsräume sind, gekennzeichnet einerseits durch die Unterschiede der durch eine Grenze getrennten nationalen Systeme, woraus sich Schwierigkeiten ergeben, andererseits aber verfügen sie auch über ein großes Potential, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reichtum für ihre Bewohner, für ihre Unternehmen, ebenso wie zugunsten ganz Europas zu schaffen.

Ballungsräume, an manchen Grenzen grenzüberschreitende Metropolregionen, die ihre verschiedenen nationalen Bereiche der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit öffnen, sind beispielhaft für die starke, vielfältige und innovative europäische Stadt des 21. Jahrhunderts.

Entlang eines Großteils der europäischen Grenzen stellen grenzüberschreitende, ländliche Räume und Naturräume ebenso wie die Stadtgebiete gewissermaßen „Scharniere“ für den Aufbau Europas dar. Es handelt sich nicht um Räume im negativen Sinn, was ihnen fehlt ist Anerkennung und Vernetzung.

Für die durch das Meer getrennten Gebiete war das Meer immer schon ein Bindeglied ebenso wie ein Hindernis. Die Herausforderung besteht nunmehr darin, zwischen diesen Küstengebieten eine europäische, territoriale Kontinuität sicherzustellen, die über eine rein nationale Perspektive hinausgeht, und zwar auf Initiative der Gebietskörperschaften, die den Antrieb für diese Zusammenarbeit darstellen.

Um auf die Bedürfnisse der Bewohner grenzüberschreitender Gebiete einzugehen, die Integration an den Binnengrenzen und Frieden schaffende Maßnahmen an den neuen Grenzen zu fördern, muss eine politische Governance grenzüberschreitender Gebiete verwirklicht werden, und zwar:

- gestützt auf die grenzüberschreitenden lokalen Behörden, die ein gemeinsames Projekt nachhaltiger Entwicklung in ihrem Gebiet umsetzen,
- unter Einbeziehung der übergeordneten, institutionellen Ebenen an der Projektsteuerung entsprechend ihrer Zuständigkeiten,
- gestützt auf technische Instrumente (Raumbeobachtung, Planung, sonstige Hilfsmittel),
- durch demokratischen Dialog mit den Bewohnern, der Zivilgesellschaft sowie den Wirtschaftsakteuren. Hier wurde die Bedeutung der Zweisprachigkeit, der Transparenz und der Kommunikation betont, was die Rolle der Presse und Medien unterstreicht.

Die sektoralen Politiken und Projekte tragen ebenfalls zur Integration der grenzüberschreitenden Gebiete und damit zur Integration und nachhaltigen Entwicklung Europas bei, wie die thematischen Workshops gezeigt haben. Das Engagement der Unternehmen in Bezug auf grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung (beispielsweise im Rahmen von grenzüberschreitenden Clustern) und die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb grenzüberschreitender Beschäftigungsräume begünstigen die Nutzung der Chance einer sprachlichen und kulturellen Vielfalt.

Sie sind nicht nur auf lokaler, grenzüberschreitender, sondern auch auf europäischer bzw. sogar globaler Ebene Faktoren für eine Öffnung. Somit stehen die grenzüberschreitenden Gebiete auch im Zentrum der Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit im Sinne der Lissabon-Ziele (Workshops „Wirtschaftsentwicklung“ und „Arbeit und Fortbildung“).

Die Beteiligung der Bewohner an einem solchen Projekt macht es allerdings notwendig, den sozialen und territorialen Zusammenhalt sicherzustellen, beispielsweise durch die Entwicklung grenzüberschreitender Gemeinschaften im Gesundheitswesen (Workshop „Gesundheit“).

Die im Zentrum der Göteborg-Ziele stehende nachhaltige Entwicklung grenzüberschreitender Gebiete erfordert die gemeinsame Aufwertung der Umwelt (unabhängig davon, ob es sich um städtische Gebiete oder Naturräume handelt) (Workshop „Umwelt“). Es wird auch die europäische Anerkennung des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs durch die Bewilligung des grenzüberschreitenden öffentlichen Busverkehrs behandelt werden (Novellierung der Verordnung EG 12/98) (Workshop „Öffentlicher Personennahverkehr“).

Schließlich macht die Grenze, an der Bevölkerungen von zwei oder drei Staaten in einer Kulturgemeinschaft leben oder aber an der Bevölkerungen mit unterschiedlichen Kulturen zusammentreffen, woraus sich ein Kennenlernen der anderen ergibt, aus dem grenzüberschreitenden Gebiet einen Ort, an dem europäisches Bürgerbewusstsein erlernt und die Union in ihrer Vielfalt gefördert werden können (Workshop „Kultur und territoriale Integration“). Allgemein trägt die Kultur zur Entwicklung sowie zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der grenzüberschreitenden Gebiete bei.

Um die Entwicklung der grenzüberschreitenden Gebiete zu unterstützen, müssen diese in folgenden Belangen berücksichtigt werden:

- in den Beobachtungs- und Know-how-Instrumenten,
- in den (euro)regionalen, nationalen (an jeder Grenze zu koordinierenden) und europäischen Raumordnungsstrategien; ein gutes Beispiel dafür sind die grenzüberschreitenden Ballungsräume,
- in den Finanzierungsprogrammen, diesbezüglich muss eine Gemeinschaftsförderung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach 2013 fortgeführt werden (unabhängig davon, ob es sich um Binnen- oder Außengrenzen der Union handelt),
- in der nationalen und Gemeinschaftsgesetzgebung (unabhängig davon, ob es sich um Raumordnungspolitik, sektorale Politiken oder juristische Instrumente der Zusammenarbeit handelt (beispielsweise koordinierte Umsetzung des Instruments des EVTZ in den Mitgliedsstaaten, siehe Workshop „Rechtliche Instrumente der Zusammenarbeit“).

Natürlich müssen die Best Practice-Beispiele ausgewertet und in anderen Gebieten angewandt werden (Workshop „Aus- und Fortbildung für grenzüberschreitende Berufe“).

Die grenzüberschreitenden Gebiete werden dann ein Experimentierfeld für die Harmonisierung der nationalen und Gemeinschaftspolitiken und -gesetze sein.

❖ Anforderungen und Ziele zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Eine Querschnittsbetrachtung der Arbeiten und der Empfehlungen der Workshops ermöglicht es, eine Reihe zentraler Anforderungen und Zielsetzungen, die man in drei großen Themenbereichen wie folgt zusammenfassen kann, zu identifizieren:

„Organisation und Entwicklung grenzüberschreitender Gebiete“

- Entwicklung von Governance-Modellen für grenzüberschreitende Gebiete, insbesondere unter Verwendung des Instruments des EVTZ,
- Entwicklung der technischen Unterstützung für die Strukturierung der Zusammenarbeit,
- Unterstützung bei der Umsetzung grenzüberschreitender Projekte (Konzeption, Umsetzung, Beobachtung, Evaluierung),
- Verbessertes Einbeziehen der Projektpartner bei der Definition und Umsetzung der grenzüberschreitenden Programme.

„Berücksichtigung der Besonderheiten grenzüberschreitender Gebiete“

- Die Berücksichtigung spezifischer Anforderungen grenzüberschreitender Gebiete in den regionalen, nationalen und europäischen Politiken sicherstellen (Politiken für territoriale Entwicklung sowie sektorale Politiken).
- Auf europäischer Ebene und an jeder einzelnen Grenze die nationalen Politiken in jenen Sektoren koordinieren (insbesondere öffentliche Dienstleistungen etc.), in denen durch die nationalen Unterschiede Schwierigkeiten in den grenzüberschreitenden Gebieten entstehen; wo dies nicht möglich ist, Finanzierung von kurzfristig entstehenden Mehrkosten sicherstellen, die durch die unterschiedlichen Normen, Techniken und Rahmenbedingungen in den Grenzgebieten entstehen, wobei davon auszugehen ist, dass diese Koordination mittelfristig einen Mehrwert für die grenzüberschreitenden Gebiete und die Union mit sich bringt.
- Zugang zu diesen Instrumenten auch für Nachbarländer der Europäischen Union schaffen, unabhängig davon, ob es sich um Ost- oder Südeuropa handelt, sowie für Nachbarstaaten der Regionen äußerster Randlage.

„Kapitalisierung“

- Unterstützung des Austauschs von Best Practice-Beispielen, Förderung des Know-hows sowie von Informationen über grenzüberschreitende Gebiete.
- Bisher gewonnene Erfahrungen erfassen und Ausbildung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreiben.
- Erfahrungen auswerten, um Zukunftsstrategien zu entwickeln und zu bereichern.

Wenn man das Ergebnis dieser Arbeiten mit den strategischen Allianzen vergleicht, die am 8. November 2007 geschlossen wurden, kann man feststellen, dass die EUROMOT und die AGEK alle Kooperationsebenen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa abdecken, ob es sich um grenzüberschreitende Ballungsräume handelt oder um Zwillingsstädte, Städtetnetze oder Euroregionen, einschließlich ländlicher Räume und Naturräume, womit im Sinne der Komplementarität ein Maximum an Kompetenzen für die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa vereint werden.

In jedem dieser Bereiche sind die EUROMOT und ihre strategischen Partner in der Lage, die grenzüberschreitenden Gebiete hinsichtlich der von ihnen vorgetragenen Anforderungen zu unterstützen:

Identifizierte Anforderungen und Ziele	Unterstützung durch EUROMOT und ihre strategischen Partner
--	--

„Organisation und Entwicklung grenzüberschreitender Gebiete“

Entwicklung von Governance-Modellen	→	Studien und Entwicklung von an verschiedene Fälle angepassten Governance-Modellen
Entwicklung der technischen Hilfsmittel bei der Schaffung einer Struktur für die Zusammenarbeit ... Gebiete	→	Expertise bezüglich der Rechtsinstrumente, technische Hilfsmittel
Unterstützung bei der Umsetzung grenzüberschreitender Projekte	→	Operationelle Hilfsmittel: Beratung in Bezug auf die Konzeption und Begleitung von Projekten

„Berücksichtigung der Besonderheiten grenzüberschreitender Gebiete“

Koordination nationaler Politiken; wo nicht möglich, Sicherstellen der Finanzierung von Mehrkosten, etc.	→	Expertise und Beratung zwischenstaatlicher Kommissionen und ihrer Arbeitsstrukturen
Koordination der nationalen Politiken	→	Expertise und Lobbying für grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Regierungen
Zugang der Instrumente für Drittländer	→	Expertise und Beratung bei europäischen Instanzen

„Kapitalisierung“

Unterstützung des Austauschs, etc.	→	Organisation von Austauschmöglichkeiten über Best Practice-Beispiele
Erfahrungen erfassen, etc.	→	Erfassung und Verbreitung der bisherigen Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Förderung der Kommunikation und Einrichtung von Forschungs- sowie Aus- und Fortbildungsinstrumenten in Partnerschaft mit anderen Strukturen; Netzwerk von Euro-Instituten

Es zeigt sich, dass der erste Bereich die Unterstützung für ein klar definiertes, grenzüberschreitendes Gebiet betrifft, die beiden anderen Bereiche hingegen von allgemeinem Interesse sind.

❖ Folgen für das politische Handeln

Es gibt einen beträchtlichen Bedarf an Unterstützung in Bereichen von allgemeinem Interesse: „Berücksichtigung der Besonderheiten der grenzüberschreitenden Gebiete“ und „Kapitalisierung“, sowie einen Bedarf an technischer bzw. individueller operationeller Hilfestellung. Die Workshops ergaben, dass in den grenzüberschreitenden Gebieten eine „Multi-Level-Governance“ notwendig ist, ebenso wie fließende Übergänge zwischen den territorialen Handlungsebenen (lokale/regionale/nationale/europäische) (vertikale Zusammenarbeit) und ein Überwinden der Schranken zwischen den Akteuren auf allen Ebenen (horizontale Zusammenarbeit).

Es scheint aber so, als ob die derzeit zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorhandenen Mechanismen eine Lücke aufweisen: Operationelle Kooperationsprogramme werden sicherlich an allen Grenzen, auch an den Außengrenzen umgesetzt, und ein Programm, nämlich INTERACT soll die Vernetzung der Projektplanung von Programmen auf europäischer Ebene sicherstellen. **Es gibt jedoch auf europäischer Ebene weder strategische Pilotprojekte noch Instrumente einer technischen Hilfestellung für Projekte;** für diese gibt es ausschließlich „Bottom-up“-Ansätze.

Damit könnten die Projekte, die in den grenzüberschreitenden Gebieten ein Europa im Alltag beleben, gefährdet sein.

Dieses Manko ist auch weiterhin ein Hindernis im Hinblick auf die Entwicklung einer globalen Nachbarschaftspolitik.

Es stellt sich die Frage: Wie kann das globale Instrumentarium auf europäischer Ebene ergänzt und besser gestaltet bzw. eine Antwort auf die Anforderungen der grenzüberschreitenden Gebiete gefunden werden?

Die EUROMOT und ihre Partner können ein Instrument für einen Dialog zwischen den grenzüberschreitenden lokalen Behörden, den Staaten sowie den europäischen Institutionen darstellen und auch eine Schnittstelle für die Annäherung der europäischen Instrumente zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit; Instrumente, die einem Volumen von annähernd sechs Milliarden Euro aus dem EFRE entsprechen. Die EUROMOT kann für Effizienz stehen und eine Referenz für Qualität sein.

Diesbezüglich steht das Netzwerk der EUROMOT bereit, mit allen nationalen und europäischen Instanzen zusammenzuarbeiten, um diese Fragen zu beantworten, und zwar im Rahmen einer Umsetzung der aktuellen Politiken (Kohäsionspolitik 2007-2013; Lissabon-Agenda / Göteborg, etc.) wie auch im Hinblick auf Überlegungen über künftige Politiken (Umsetzung des neuen EU-Vertrags, Haushalt 2014-2020).

Sie ist insbesondere in der Lage, ein neues Instrument der technischen Hilfestellung zu erproben, das von der Kommission unterstützt wird. Es handelt sich dabei um eine technische Hilfestellung für punktuelle Projekte und für grenzüberschreitende Gebietsprojekte, basierend auf der Kapitalisierung und Vernetzung von Praktiken, die eine bessere Integration der Binnengrenzen und Frieden stiftende Maßnahmen an den Außengrenzen Europas zum Ziel haben.

Sie schlägt im Übrigen vor, sie an den verschiedenen, technischen und politischen Prozessen, die von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betroffen sind, zu beteiligen:

- Prozess der Konsultationen seitens der Institutionen: Kommission, Parlament, Ausschuss der Regionen, Wirtschafts- und Sozialrat, Europarat
- Sitzungen der Verantwortlichen bzw. Minister, die mit der Kohäsionspolitik bzw. der Politik für territorialen Zusammenhalt beauftragt sind (Aktionsprogramme der territorialen Agenda)

Der neue, in Lissabon beschlossene EU-Vertrag bestätigt das Ziel des territorialen Zusammenhalts und legt ausdrücklich fest, dass die Grenzregionen besondere Aufmerksamkeit erhalten sollen. Er ist somit die rechtliche Grundlage für die Territorialisierung der sektoralen Politiken der Gemeinschaft und der Lissabon-Agenda sowie für die Entwicklung neuer Instrumente zugunsten der grenzüberschreitenden Gebiete. **Die EUROMOT könnte in dieser Hinsicht ein bevorzugter Ansprechpartner für die Umsetzung dieser Politik sein.**

Podiumsdiskussion

„Ein Europa der Projekte im Dienste der europäischen Bürger: Welche zukünftige Unterstützung der öffentlichen Akteure auf nationaler und EU-Ebene für die grenzüberschreitenden Projekte und Gebiete?“



Moderation: Dominique Rousset, Journalistin

Die grenzüberschreitende Regionalpolitik, Schlüsselement für den Aufbau einer Europäischen Bürgerschaft

DANUTA HÜBNER

Europäische Kommissarin für Regionalpolitik (Video-Vortrag)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Minister, sehr geehrte Staatssekretäre und Staatssekretärinnen, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bedauere es heute an diesem großen, von der MOT, der „Mission Opérationnelle Transfrontalière“, organisierten Tag, nicht unmittelbar bei Ihnen sein zu können.

Umso mehr freue ich mich aber über die Möglichkeit, die mir hiermit gegeben wird, mich per Video-Botschaft an Sie zu wenden.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit besteht darin, die europäischen Regionen und Städte einander anzunähern, um sie dazu zu bewegen, zusammenzuarbeiten. Sie zielt darauf ab, kollektive Entwicklungsstrategien und gemeinsame Arbeitsmethoden festzulegen, um ein Entstehen neuer Ideen anzuregen und die Umsetzung von Projekten zu ermöglichen, die direkt

den Bewohnern dieser Grenzgebiete zugute kommen. In dieser Hinsicht ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine Politik der Bürgernähe.

Ein starker politischer Wille auf beiden Seiten der Grenze ist unabdingbar, um die spezifischen Schwierigkeiten dieser Gebiete zu reduzieren. Fern der Hauptstädte und mit besonderen Naturlandschaften ausgestattet, haben diese Gebiete oft einen gewissen Nachteil in Bezug auf den Austausch mit ihren Nachbarn. Unabhängig davon, ob es sich dabei um kulturelle oder sprachliche Barrieren handelt, oder ganz einfach nur um administrative oder juristische Unterschiede, so werden große Ressourcenpotentiale oft nicht genutzt: Die grenzüberschreitenden Regionen könnten es beispielsweise in Betracht ziehen, Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Kläranlagen oder Abwasseraufbereitungsanlagen, etc. gemeinsam zu errichten und anschließend zu verwalten. Diese Regionen können auch gemeinsame Ansätze für den Fremdenverkehr entwickeln, grenzüberschreitende Verkehrsnetze schaffen oder modernisieren, um ihre Gebiete zu strukturieren und ihre gegenseitigen Beziehungen zu intensivieren. Die Europäische Kommission unterstützt die Grenzregionen aktiv dabei, ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf die zahlreichen, gemeinsamen Herausforderungen voranzutreiben.

35% der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten lebt in Gebieten, die durch europäische Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgedeckt sind. Projekte in der Art von INTERREG bieten den Bewohnern konkrete Vorteile und verbessern die Attraktivität dieser Regionen. In der Programmperiode 2000-2006 wurden über dreizehntausend Projekte von der Europäischen Union kofinanziert. Wir sind stolz darauf, sagen zu können, dass die Europäische territoriale Zusammenarbeit ein echter Erfolg ist, die von zahlreichen Regionen, die davon profitiert haben, sehr befürwortet wird.

Das Budget für Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beläuft sich in der Programmperiode 2007-2013 auf knapp fünfeneinhalb Milliarden Euro. Unsere Prioritäten werden sich dabei auf Kooperationsprojekte in den Bereichen Umwelt, Zugänglichkeit von Gebieten, Gesundheit, Unterricht und Bildung, Fremdenverkehr und Kultur konzentrieren, aber auch, und das ist wesentlich, die Schaffung und Entwicklung von klein- und mittelständischen Unternehmen fördern.

Ziel dabei ist es, dass somit konkrete und nachhaltige Projekte entstehen, die von einem gemeinsamen Willen getragen werden, die Grenzen zu überwinden und auszulöschen.

Ich möchte hier gerne die Möglichkeit erwähnen, grenzüberschreitende Projekte durch einen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit zu lenken.

Die EVTZ sind Organe, die dafür geschaffen werden, Programme oder Projekte zu verwalten. Sie ermöglichen es den Partnern zu beiden Seiten der Grenze, im Rahmen einer einzigen Verwaltungsstruktur zusammenzuarbeiten. Die Grenzgebiete, die sich in dieser Form zusammenschließen, müssen nicht die unzähligen und komplexen, jeweiligen nationalen Verordnungen handhaben. Damit können die Partner schnellere Fortschritte bei der konkreten Umsetzung ihrer Zusammenarbeit erreichen.

So haben beispielsweise bereits die Mitglieder der Großregion, die Luxemburg, das Saarland,

Rheinland-Pfalz, die Region Wallonien und Lothringen umfasst, politisch festgelegt, einen EVTZ zu gründen, um ihr grenzüberschreitendes Programm zu leiten. Überall in Europa, ganz besonders an den französischen Grenzen, haben die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Akteure ein starkes Interesse für den EVTZ bekundet, sowohl in Bezug auf zu leistende öffentliche Dienstleistungen als auch im Hinblick auf territoriale Governance. Wir werden unser Möglichstes tun, um sie dabei zu fördern und zu unterstützen. Die Erfahrung der MOT wird in diesem Zusammenhang sehr wertvoll für uns sein.

Abschließend möchte ich unterstreichen, wie wichtig die grenzüberschreitende Regionalpolitik für die Kommission ist. Diese europäische Politik ist tatsächlich eines der Schlüsselemente für das Projekt zum Aufbau einer Europäischen Bürgerschaft. Wir denken, dass wir durch das Auslöschen dieser virtuellen, an unseren Binnengrenzen geerbten Barrieren, sowie durch eine Annäherung der Projektträger und indem wir es ihnen ermöglichen, Fortschritte durch einen gegenseitigen Austausch zu erzielen, den Alltag eines Drittels unserer Bevölkerung, die entlang der nationalen Grenzen lebt, konkret verbessern können. Das entschlossene Handeln europäischer Netzwerke wie der EUROMOT ist ganz in diesem Sinn zu sehen und ich freue mich sehr darüber.

Wir müssen nach vorne sehen und mit Entschlossenheit, Engagement und Optimismus an die nächsten sieben Jahre herangehen. Mehr denn je verfügen wir heute über Finanzmittel, Erfahrungen und geeignete Möglichkeiten, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf europäischer Ebene weiter voranzutreiben. Es geht darum, diese Möglichkeiten zu konkretisieren, und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu einer Erfolgsstory der neuen Regionalpolitik zu machen. Dies ist ein strategisches Ziel für die Kommission, das ich unterstütze, aber ebenso für die Staaten und insbesondere für alle Regionen der Union.

Ich bitte Sie nochmals, meine heutige Abwesenheit zu entschuldigen.

Die Mitarbeiter und Bediensteten meiner Generaldirektion, die an der Konferenz und ihren Workshops teilnehmen, werden mich selbstverständlich über Ihre Schlussfolgerungen informieren.

Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg für Ihre weiteren Arbeiten, die sicherlich dazu beitragen werden, den Gedanken und die Instrumente der territorialen Zusammenarbeit im Dienste der Europäischen Bürger weiterzuentwickeln.

Instrumente, um die Projekte zu konkretisieren

Dominique Rousset

Wie kann man existierende Kooperationsinstrumente zu folgenden drei Themenbereichen stärken?

- Organisation und Entwicklung der Grenzgebiete,
- Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedürfnisse,
- Kapitalisieren und Weitergabe von Informationen und Know-how?



Von links nach rechts:
 Rui Nuno Baleiras,
 portugiesischer
 Staatssekretär für
 Regionalentwicklung, Jean-
 Pierre Jouyet, französischer
 Staatssekretär für
 europäische
 Angelegenheiten, Peter
 Wostner, Stellvertretender
 Direktor des Büros für lokale
 Selbstverwaltung und
 Regionalpolitik, Slowenien,
 Dominique Rousset,
 Journalist, Pierre Mauroy,
 Präsident der MOT.

Pierre Mauroy

Die EUROMOT wird für Projekte wie beispielsweise den französisch-belgischen Eurodistrict eine beschleunigende Wirkung haben.

Wesentlich ist es Projekte zu konkretisieren und dabei Hindernisse, die sich auf den verschiedenen nationalen und gemeinschaftlichen, institutionellen Ebenen ergeben, auszuräumen. Unser Eurodistrict ist heute nach dreizehn Jahren der Vorbereitung dabei, eine konkrete Form anzunehmen. Als Entscheidungsort wird er die Umsetzung konkreter Projekte ermöglichen.

Jean-Pierre Jouyet

Wir haben eine juristische Lösung für die operative Umsetzung dieser Eurometropole gefunden: Ein Erlass des Präfekten wird genügen, um die Gründung dieses ersten, grenzüberschreitenden Ballungsraums in Europa zu bekräftigen.

Einsatz von Rechtsinstrumenten für die Entwicklung von Grenzgebieten

RUDOLF NIESSLER

Direktor für Politikkoordination der GD REGIO, Europäische Kommission

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Leitlinien (zum Thema Governance, Berücksichtigung territorialer Eigenheiten und Lernprozesse) werden als vorrangige Ziele anerkannt. Heute werden sie von den auf lokaler Ebene tätigen Akteuren mit Leben erfüllt. Ziel ist es derzeit, die Schwerpunkte festzulegen. Der EVTZ ist einer davon, jedoch entwickelt er sich nur langsam: Unsere oberste Priorität ist es, dieses Rechtsinstrument zu einem dynamischen, für die Grenzgebiete nützlichen Instrument zu machen.

Einige Hindernisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ergeben sich aus einem unzureichenden Fortschritt anderer Gemeinschaftspolitiken. Der Binnenmarkt umfasst beispielsweise die Länder Europas. Die Territorialpolitiken haben wir allerdings nicht vertieft, obwohl diese Vertiefung notwendig ist, insbesondere um dynamische und grenzfreie Beschäftigungsräume zu schaffen.

Ein weiterer Aspekt der Territorialpolitik: das so genannte „learning together“ (Weitergabe von Know-how). Es handelt sich nunmehr um eine Verpflichtung, die die Kommission in den nächsten Gemeinschaftsprogrammen des Ziel 3 (Europäische territoriale Zusammenarbeit) festgeschrieben hat.

„Ein Europa der Projekte und ein europäisches Projekt“

PHILIPPE HERZOG

Präsident von Confrontations Europe

Europa muss erst noch viele Fortschritte machen, die transversale Zusammenarbeit zu stärken. Um den Binnenmarkt weiter zu entwickeln, müssen gemeinsame Infrastrukturen und Lebensräume errichtet werden. Das wird der Markt nicht von selbst tun. In diesem Zusammenhang erscheint die EUROMOT als unverzichtbar. Ohne Zusammenarbeit wird sich der Gemeinschaftsprozess auflösen. Die Zukunft gehört dem Europa der Projekte, dafür ist allerdings der Impuls durch die Gemeinschaft nötig.

Einige Gemeinschaftspolitiken tragen zum Abbau der Hindernisse bei, andere bauen diese jedoch auf.

Die europäischen INTERREG-Fonds sind gering und ein Teil derselben geht an die Regionen und Staaten und kommt nicht direkt den Projektträgern zugute.

Außerdem sind die Strukturfonds für die Zeit nach 2013 gefährdet, obwohl sie eigentlich für die Zusammenarbeit noch erhöht werden müssten.

Mit den Projektträgern in die territoriale Zusammenarbeit investieren

JAN OLBRYCHT

Mitglied des Europäischen Parlaments, Vizepräsident der Kommission für Regionalentwicklung

Es ist zwischen zwei Arten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu unterscheiden:

- jener, die sich darauf konzentriert, Brücken zwischen den Ländern aufzubauen, etc., und
- jener, die ausschließlich dazu geschaffen wird, Zugang zu europäischen Fonds zu erlangen.

Mit oder ohne Geld aber brauchen wir aber die Kooperation: Geld ist dabei ein Instrument, nicht aber das Ziel!

Die Langsamkeit, mit der der EVTZ von den Mitgliedsstaaten umgesetzt wird, beweist, dass diese eine vollständige Kontrolle des Kooperationsinstruments wollen: Wir müssen ihnen also beweisen, dass dieses Instrument funktioniert, ohne dass es kontrolliert werden muss.

Von vorrangiger Bedeutung ist es, sich ab sofort für die territoriale Zusammenarbeit einzusetzen, da sich die Territorialpolitik nach 2013 in erster Linie auf die Kohäsionspolitik konzentrieren wird. **Die EUROMOT wird nicht nur ein Beispiel sondern ein Argument sein zu zeigen, dass die territoriale Zusammenarbeit bedeutende wirtschaftliche und politische Vorteile mit sich bringt.**

Philippe Herzog

Die Projektträger werden beim Erarbeiten der regionalen oder nationalen Programme nicht konsultiert. Es werden eher Berater finanziert als Projektträger hinzugezogen!

Den Bürger vor Ort erreichen



Von links nach rechts:
Philippe Herzog, Präsident von Confrontations Europe, Peter Wostner, Stellvertretender Direktor des Büros für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik, Slowenien, Michel Delebarre, Präsident des Ausschusses der Regionen, Jan Olbrycht, Europaparlamentarier.

MICHEL DELEBARRE ***Präsident des Ausschusses der Regionen***

Wenn sich die Europäische Kommission nicht der Gebietskörperschaften bedient, um mit den Mitbürgern darüber zu sprechen, was sich verändern kann, werden die europäischen Ziele nicht erreicht werden. Die Strukturfonds sind für unsere Mitbürger das Gesicht Europas, und konkrete Initiativen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden von den Gebietskörperschaften unterstützt.

Die nun zur EUROMOT gewordene MOT ist eine konkrete Institution, die den Mitbürgern die Möglichkeiten Europas vor Augen führt, in ihrem Lebensraum zu handeln.

Der Ausschuss der Regionen drängt die Regierungen dazu, in ihrer Gesetzgebung die sehr nützliche Bestimmung des EVTZ anzunehmen. Die Dinge sind in Bewegung und werden in sechs Monaten anders aussehen.

Im Übrigen **lösen zusätzliche sektorale Politiken keine Regionalentwicklung aus.** Um eine Regionalentwicklung zu erreichen, sind spezifische Finanzierungen und transversale bzw. territoriale Ansätze, die die sektorale Programme harmonisieren, erforderlich. Das Instrument des EVTZ und die Einrichtung der EUROMOT stellen eine Antwort auf diese Bedürfnisse dar.

Die neue Bedeutung der territorialen Dimension

RUI NUNO BALEIRAS

*Staatssekretär für Regionalentwicklung, Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Regionalentwicklung (Portugal)*

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, das Werk von Einrichtungen der Zivilgesellschaft⁷¹, steht im Zentrum des Projektes „Europa“.

Der Lissabon-Vertrag, der den territorialen Zusammenhalt neben den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt stellt, öffnet die Tür für die Territorialisierung der sektoralen Politiken. Der Vertrag ist auch für die territoriale Zusammenarbeit wichtig, weil er die Grenzregionen als Räume definiert, die in den Gemeinschaftspolitiken⁷² besonderer Beachtung bedürfen. Der Lissabon-Vertrag öffnet damit die Türen zu neuen politischen Instrumenten, die die Einzigartigkeit der Grenzgebiete berücksichtigen.

Man sollte über eine bessere Verknüpfung zwischen dem EFRE und den Fonds nachdenken, die der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Osteuropa und im Mittelmeerraum bzw. den AKP-Staaten⁷³, deren Regionen in äußerster Randlage an Grenzen liegen, gewidmet sind.

Die lokalen Behörden sind Akteure auf die in der Entwicklung der Regionalpolitik nicht verzichtet werden kann. Gelungene Erfahrungen der an Grenzen gelegenen Gemeindeverwaltungen beweisen dies. Die EUROMOT, europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden, vertritt jene Diskussionsebene, die den europäischen Institutionen (Parlament, Rat und Kommission) bisher fehlte, um die Instrumente der Regionalpolitik effizienter zu gestalten.

Philippe Herzog

Ich bin für ein europäisches Raumordnungsschema, das jedoch in Abstimmung auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit strukturiert sein muss, um operationeller zu sein. Rumänien und Bulgarien können nicht kooperieren, wenn man keine Brücken baut!

⁷¹ Gemeinden, Forschungszentren, etc.

⁷² Am 23. und 24. November 2007 findet auf den Azoren eine informelle Sitzung der Minister für Raumordnung und Regionalentwicklung statt (auf der Tagesordnung: Annahme des Aktionsprogramms der Territorialen Agenda, das die Mitgliedsstaaten dazu auffordert, die sektorale Politiken, Diskussionen zur Regionalpolitik nach 2013, die Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Süd- und Osteuropa sowie die Verknüpfung europäischer Fonds bzw. EFRE-Fonds zu territorialisieren, vgl. <http://unioneuropeenne.blogspot.com/2007/11/runion-informelle-des-ministres-chargs.html>).

⁷³ Afrika, Karibik, Pazifik.

Die Staaten haben ein Interesse an der Entwicklung der grenzüberschreitenden Politik!



Alle Rechte vorbehalten

Von links nach rechts:
Rui Nuno Baleiras, portugiesischer Staatssekretär für Regionalentwicklung, Jean-Pierre Jouyet, französischer Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Rudolf Niessler, Direktor für Politikkoordination, GD REGIO, Europäische Kommission.

JEAN-PIERRE JOUYET

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten (Frankreich)

„Beständigkeit, Beharrlichkeit, Beteiligung der Staaten, der territorialen Akteure und der Zivilgesellschaft“... sind die Schlüsselbegriffe in dieser Podiumsdiskussion.

In einem Europa der siebenundzwanzig, allenfalls auch mehr Mitglieder, geht die Vielfalt einher mit einer Stärkung der grenzüberschreitenden und transregionalen Zusammenarbeit.

Das Europa der Projekte kann ohne ein Projekt Europa nicht Gestalt annehmen: **Der Lissabon-Vertrag ist entscheidend, da er die Rechtsgrundlagen für vertiefte Kooperationspolitiken festlegt.**

Eine verbesserte Umsetzung der europäischen Politiken

PETER WOSTNER

Stellvertretender Direktor des Büros für Gebietskörperschaften und Regionalpolitik (Slowenien)

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für Slowenien sehr wichtig, ein- und derselbe Minister ist gleichzeitig für die europäische Kohäsionspolitik, die Regionalentwicklung und die Gebietskörperschaften verantwortlich.

Im Rahmen seiner EU-Präsidentschaft **wird Slowenien sich dafür einsetzen, die Diskussionen über die Kohäsionspolitik nach 2013 voranzutreiben.** Am Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besteht kein Zweifel.

In der Tat müssen zwei Elemente die territoriale Entwicklung unterstützen:

- die Neubewertung der europäischen Politiken (um zu entscheiden, ob das derzeitige System effiziente Ergebnisse liefert),

- die Anerkennung der Eigenheiten der territorialen Zusammenarbeit (insbesondere die Verbesserung des Subsidiaritätsprinzips); die von den Regierungen für die lokalen und regionalen Akteure definierten Voraussetzungen sind von Bedeutung, weil sie zeigen, dass diese Verantwortung übernehmen.

Ein besseres gegenseitiges Verständnis vereinfacht die Umsetzung der finanzierten Programme sowie die Nutzung von Kooperationsmechanismen.

Philippe Herzog

Man muss die Herangehensweise für den Lissabon-Prozess ändern. Die Europäische Union empfiehlt für alle die gleichen, allgemeinen Normen. Ihre Anpassung an territoriale Besonderheiten erfordert eine Klärung der regionalen und nationalen Ziele: **Es ist ein interaktiver Dialog zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Regionen notwendig, um eine Kooperationsdynamik in Gang zu bringen.** Auf lokaler Ebene lautet die Frage „Was kann ich zur Union beitragen?“

Jan Olbrycht

Ich hoffe, dass wir uns während der slowenischen Präsidentschaft weiter für die Kohäsionspolitik, eine der effizientesten und der sichtbarsten Politiken, einsetzen können. Nur horizontale Ansätze bringen einen Mehrwert, eine Sektoralisierung im Gegensatz ist gefährlich.

Pierre Mauroy

Dem Beispiel Europas folgend wächst die MOT und wird zur EUROMOT, um für neue, europäische Herausforderungen gewappnet zu sein. Diskussionen allein reichen nicht aus, um Europa aufzubauen, die konstitutive Kraft unserer Union muss von besser informierten und an den Prozessen beteiligten Bürgern kommen.

Die finanzielle Begleitung der EUROMOT?

Rui Nuno Baleiras

Das Hauptmerkmal dieser Netzwerke ist ihre Freiwilligkeit. Sie müssen ihre Aktionen umsetzen und an den Projekten, die von öffentlichen Behörden unterstützt werden, mitwirken. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit geht auch über gemeinschaftliche oder nationale Finanzierungen⁷⁴ hinaus. **Für die grenzüberschreitende Rationalisierung öffentlicher Dienstleistungen sind keine europäischen Fonds, sondern Rechtsinstrumente erforderlich.**

Peter Wostner

Ein Projekt wird nach dem Mehrwert, den es mit sich bringt, bewertet, und entsprechend können die Fonds in Anspruch genommen werden: Wenn die Finanzierung von vornherein sichergestellt ist, ist die Qualität der Aktionen geringer.

⁷⁴ EVTZ können zur Erfüllung ihrer Aufgaben öffentliche Finanzierungen in Anspruch nehmen oder nicht.

Jean-Pierre Jouyet

Im Rahmen der französischen Präsidentschaft werden die finanziellen Perspektiven diskutiert werden. In diesem Zusammenhang ist eine Bewertung der Gemeinschaftspolitiken und -prioritäten notwendig.

Der EVTZ muss finanziell unterstützt und eine technische Hilfestellung für Kooperationspolitiken entwickelt werden.

Philippe Herzog

Eine technische Hilfestellung und Fortbildung müssen, gleichermaßen wie die Projekte, direkt von der Kommission finanziert werden.

Rudolf Niessler

Das Ziel der territorialen Zusammenarbeit fällt unter die wirtschaftliche und territoriale Kohäsionspolitik. Mit dem neuen Vertrag wird die Raumordnung zu einem rechtmäßigen Ziel der Europäischen Kommission.

Michel Delebarre

Europa wird durch seine Gebiete reicher. Die Lissabon-Strategie, die vorerst auf eine Ko-Organisation zwischen den europäischen und nationalen Ebenen beschränkt war, hat später ebenso die territoriale Dimension miteinbezogen. Europa muss heute seine Strategie überdenken, um sich auf Regionalpolitiken zu stützen, die konkret in den Gebieten vor Ort umgesetzt werden.

Schlussfolgerung des Kolloquiums



JEAN PIERRE JOUYET

*Staatssekretär für europäische Angelegenheiten,
Ministerium für auswärtige und europäische
Angelegenheiten*

Ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie mich zum zehnten Jahrestag des Bestehens der MOT eingeladen haben. Diese hat sich ein großes Ziel gesetzt, nämlich die Annäherung der Bürger durch die Schaffung von Solidaritäten und konkreten Projekten, die den Alltag der Bewohner in Grenzgebieten verbessern sollen. Durch diese Organisation werden Sie somit zur Stärkung aller Grenzgebiete Europas beitragen. Bei dieser Gelegenheit helfen Sie auch mit, zu zeigen, dass nationale und europäische Identitäten keine Gegensätze sind, sondern einander vielmehr gegenseitig stärken. Ich teile diese Überzeugung, die vor Ort Realität wird und gleichzeitig ein Mittel sein muss, die Bürger wirklich einzubeziehen.

Sie haben mich auch gebeten, die Prioritäten der französischen Präsidentschaft in der Europäischen Union, die am 1. Juli 2008 im Anschluss an die Präsidentschaft Portugals bzw. Sloweniens beginnen wird, vorzustellen. Dies wird ein wichtiger Moment für die Franzosen und Europäer sein, und wie Pierre Mauroy festgestellt hat, die erste konkrete Begegnung Frankreichs mit Europa seit 2005. Diese Präsidentschaft wird insbesondere für die Umsetzung des Lissabon-Vertrags und die Konkretisierung der Rechtsgrundlagen für diesen Vertrag verantwortlich sein.

Der Vertrag ist eine Antwort auf Ihre Anliegen, denn er hält fest, dass die Grenzregionen ganz besondere Aufmerksamkeit verdienen, er enthält eine Garantie für öffentliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, darunter auch die von Ihnen geforderte Koordination auf europäischer Ebene, und er sollte schließlich sowohl die Konvergenz als auch die Integration unserer nationalen Politiken erleichtern.

Ich möchte Ihnen in einigen Worten die Richtung unserer Präsidentschaft sowie die Vision Europas, an die diese Präsidentschaft glaubt, vorstellen.

Es geht um ein zukunftsorientiertes Europa, ein innovatives und wettbewerbsfähiges Europa,

deren Bewohner und Unternehmen weltoffen und ebenso offen für Sprachenvielfalt und unterschiedliche Kulturen sind. Ein Europa, das sich engagiert, den Kampf um Wissen und Intelligenz in einer globalisierten, wettbewerbsorientierten Wirtschaft zu gewinnen.

Dieses Europa beginnt in den Grenzgebieten, denn es muss den Austausch und die Mobilität der Fachleute aber auch der Jüngeren fördern. Die erste Aktion könnte darin bestehen, eine Erasmus-Stiftung zu gründen, an der Regionen, Unternehmen, europäische Institutionen und natürlich die Staaten beteiligt sind, um es jedem jungen Europäer, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, seiner Qualifikation bzw. seinem Schul- oder Universitätsabschluss, zu ermöglichen, berufliche, schulische, universitäre oder gesellschaftliche Kompetenzen in einem anderen EU-Staat zu erwerben und ihn somit zu einem echten Europäischen Bürger zu machen.

In den Aktionen der MOT und der EUROMOT geht es genau um die Art von Projekten, die gefördert werden müssen, und diese Idee einer Demokratisierung der Mobilität junger Menschen wird im Zentrum der französischen Ratspräsidentschaft stehen. Ich weiß, dass Sie durch die von Ihnen durchgeführten grenzüberschreitenden Projekte empfänglich dafür sind und ich würde mir wünschen, dass Sie im Rahmen der von der MOT umgesetzten Kooperationen sowie der Zusammenarbeit in den Gebieten, für die Sie verantwortlich sind, unsere Diskussion zu diesem Thema bereichern, damit wir Ihre Best-Practice-Beispiele nutzen können.

Die kulturelle Vielfalt wird im Rahmen der EU-Präsidentschaft auch ihren Platz haben. Zum ersten Mal wird es eine europäische Kultursaison geben, die den zentralen Themen „ohne Grenzen“ oder „grenzüberschreitend“ gewidmet sein wird.

Angesichts der Herausforderung des Klimawandels engagiert sich die französische Präsidentschaft für ein Europa des Umweltschutzes und bezieht dabei alle betroffenen Ebenen mit ein: die Staaten, die Gebietskörperschaften, die Unternehmen, aber natürlich die Bürger. Mit dem Umweltgipfel „Grenelle de l'environnement“ in Frankreich hat die Regierung einen neuen Ansatz eingeführt, der es unserer Präsidentschaft ermöglichen wird, die diesbezüglichen Verpflichtungen aller Länder Europas auf europäischer Ebene zu stärken. In diesem Rahmen können die Grenzgebiete das Symbol eines gemeinsamen Willens für nachhaltige Entwicklung sein.

Europa muss während der französischen Präsidentschaft auch in der Lage sein, seinen territorialen Zusammenhalt zu stärken, eine Einheit, die in Leipzig im Mai 2007 anlässlich der deutschen EU-Präsidentschaft hervorgehoben wurde und im Zentrum der Konferenz auf den Azoren stand (November 2007, portugiesische Präsidentschaft).

Dieser Koordinationsprozess unter den Mitgliedsstaaten muss sich mit Unterstützung durch die Kommission entwickeln. Die territoriale Kohäsion, eines der Hauptthemen dieses Kolloquiums, wird zu einem vollwertigen Ziel der Union werden, sobald der Lissabon-Vertrag ratifiziert ist.

In Bezug auf das Ziel der territorialen Kohäsion, und zwar im Sinne einer europäischen Raumordnung, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine der beispielhaften Prioritäten.

Im Bereich des territorialen Zusammenhalts wird Frankreich seinen Partnern eine Konferenz der Minister für Regionalpolitik und Stadtplanung vorschlagen, welche die aktuellen Projekte, die bereits unter der portugiesischen und slowenischen Präsidentschaft angesprochen wurden, behandeln wird, insbesondere die territoriale Agenda.

Unter der französischen Präsidentschaft planen wir auch eine europäische Konferenz der Städte und Regionen, auf der die Anliegen zur Sprache kommen sollen, und wir rechnen dabei, Michel

Delebarre, mit der Unterstützung durch den Ausschuss der Regionen. Wir zweifeln nicht daran, dass die Grenzgebiete, die Eurometropolen, die Eurodistrikte und die Euroregionen dabei einen wichtigen Platz einnehmen werden. Dort wird es auch die Gelegenheit geben, zu entscheidenden Themen für die Grenzgebiete Fortschritte zu erzielen, Themen deren Inhalt wir jetzt kurz ansprechen werden.

Erstens geht es darum, die integrierte Raumplanung und nachhaltige Entwicklung dieser Gebiete zu thematisieren, und zwar von den grenzüberschreitenden Metropolen bis hin zu Naturräumen oder Küstengebieten. Diese Meeresthemen stehen im Zentrum der portugiesischen Präsidentschaft und wir unterstützen all diese Politiken für Küsten- und Meeresgebiete bzw. zur Zusammenarbeit in Küstengebieten.

Ebenso wird es dort die Gelegenheit geben, die Gesetzgebung und Projektfinanzierung für Dienstleistungen im allgemeinen Interesse für die Bereiche Beschäftigung, Gesundheit oder Verkehr zu untersuchen, unabhängig davon, ob es sich dabei um europäische Hauptverbindungsstrecken oder um gemeinsame Nahverkehrsverbindungen handelt, die die beste Möglichkeit bieten, Grenzgebiete zu strukturieren.

Schließlich wird es darum gehen, alle Ausbildungen und Erfahrungen in Bezug auf das Erlernen der Nachbarsprachen zu erfassen, die in unseren Grenzregionen systematisch gefördert werden müssten. Die Gesichtspunkte der technischen Unterstützung, der Zuhilfenahme von Dolmetscherteams, von Sprachprofessoren sind äußerst wichtig (beispielsweise bei Begegnungen dieser Art). Abschließend wird im Rahmen dieser Konferenz beobachtet werden können, wie die Anerkennung von Diplomen und Ausbildungen beiderseits der Grenzen entwickelt werden kann, denn diesbezüglich müssen auf europäischer wie auch auf grenzüberschreitender Ebene noch einige Fortschritte erzielt werden. Wir könnten, wenn dies nötig ist, an unseren Grenzen Pilotprojekte in verschiedenen Bereichen erproben. In Frankreich beispielsweise wurde das Recht auf Pilotprojekte durch die Verfassungsreform 2003 eingeführt. Allerdings wurde dieses Recht von unseren grenznahen Gebietskörperschaften nie genutzt. Solche Pilotprojekte in Grenzgebieten könnten ein Versuchsfeld für eine stärkere europäische Integration sein.

Ich wünsche mir, dass wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinsam mit unseren Nachbarn weiter verbessern. Die französisch-belgische parlamentarische Arbeitsgruppe kann sicherlich ebenso erfolgreich auf andere Grenzen übertragen werden.

Ich werde dem Premierminister die Empfehlung unterbreiten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Frankreich Gegenstand von mindestens einem interministeriellen Ausschuss pro Jahr sein sollte, um zu sehen, wie wir diese sowohl auf inhaltlicher als auch auf finanzieller Ebene fördern können.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich mich darauf verlasse, dass sich die MOT an der großen Diskussion zu Europa, die wir ins Leben rufen werden, beteiligen wird, um gemeinsam mit den französischen Bürgern unsere Präsidentschaft vorzubereiten. Denn ohne eine Beteiligung der Bürger wird es keine gelungene französische Präsidentschaft geben. Diese Diskussionen sollten zu acht Themen geführt werden, Diskussionen mit Teilnehmern auf Regionalebene, an denen Bürger sowie Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und von Verbänden teilnehmen, unabhängig davon, ob sie Franzosen oder Europäer sind, und wir hoffen, im Rahmen dieser Tagungen dieselbe Art von Panels und Podiumsdiskussionen zu haben, wie bei diesem Kolloquium. Jede Tagung wird sich auf ein bestimmtes Thema bzw. eine Priorität der französischen Präsidentschaft konzentrieren.

Anhang

- „EUROMOT“-Abkommen zwischen MOT, Eixo Atlántico und City Twins

(Übersetzung, Original unterzeichnet in englischer, französischer und portugiesischer Fassung)

- Strategische Allianz zwischen MOT und AGE

(Übersetzung, Original unterzeichnet in englischer und französischer Fassung)

- Die EUROMOT-Strategie - Europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden

- EUROMOT-Karte

„EUROMOT“-ABKOMMEN

Europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist eine entscheidende Herausforderung, nicht nur für Gebiete, die an den Binnen- bzw. Außengrenzen Europas aneinander grenzen, sondern auch für die Entwicklung der Europäischen Union selbst. Die Gebiete, die sich im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagieren, wollen ihre Kooperationspraktiken verbessern; zu diesem Zweck ist die Kapitalisierung sowie der Austausch von Erfahrungen und Praktiken zwischen den lokalen Behörden von vorrangiger Bedeutung. Wir sind überzeugt, dass es notwendig ist, ein solides und pluralistisches europäisches Netzwerk zu schaffen, das gleichzeitig lokale Behörden zusammenführt und mit nationalen sowie europäischen Instanzen zusammenarbeiten kann, um die Politiken für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit 2007-2013 sowie deren Fortführung nach 2013 zu definieren und umzusetzen.

Daher wurde in gemeinsamem Einverständnis vereinbart, in der Rechtsform eines Verbandes ein dauerhaftes Netzwerk zu schaffen, in das Grenz- und grenzüberschreitende Institutionen aus ganz Europa aufgenommen werden können, und zwar gemäß folgender Grundsätze:

- 1- Es wird ein europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden mit der Bezeichnung „EUROMOT“ gegründet
- 2- Dieses Netzwerk dient der Entwicklung von Aktivitäten im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- 3- Es verfolgt vorrangig folgende Ziele:
 - Erfassung der Bedürfnisse und Koordination der Aktivitäten seiner Mitglieder, um die Entwicklung des Netzwerks zu fördern;
 - Kapitalisierung der Erfahrungen und Praktiken sowie Austausch von Know-how im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter seinen Mitgliedern;
 - Entwicklung von Studien und Statistiken für eine bessere Kenntnis der wirklichen Situation in den Grenzgebieten sowie über die Praktiken der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa;
 - Entwicklung der Berufsbildung und der Forschung im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit;
 - operationelle Hilfestellung bei der Definition und Umsetzung der für die Entwicklung von grenzüberschreitenden Aktivitäten erforderlichen Projekte, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung, Forschung, öffentliche Dienstleistungen, Verkehr, Gesundheit, Kultur, Umwelt, Sozialpolitik und Schaffung grenzüberschreitender Einrichtungen mit geeignetem Rechtsrahmen (Eurocities, Eurodistrikte, etc.) etc.;

- Schnittstelle zu bzw. Zusammenarbeit mit nationalen und europäischen Institutionen in Bezug auf die Politiken zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
- 4- Das Netzwerk setzt einen Zeitraum von einem Jahr für die Umsetzung dieser Absichtserklärung in ein politisches und juristisches Dokument, welches die rechtliche Gründung des Verbandes untermauert, an. Während dieses Zeitraums erfolgt die rechtsgültige Umsetzung des Verbandes auf europäischer Ebene sowie die Definition und die Schaffung der logistischen und budgetären Grundlagen, die erforderlich sind, um die vorgeschlagenen Ziele zu realisieren.
- 5- Zur Erreichung des wie unter Punkt 4 genannten Ziels wird ein von einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten sowie einem Sekretär geleiteter „Vorstand“ geschaffen. Dieser „Vorstand“ wird durch eine Verwaltungskommission (technisches Büro) unterstützt, die sich aus einem Präsidenten, einem Vize-Präsidenten und einem Sekretär zusammensetzt. Die Verwaltungskommission hat dem politischen „Vorstand“ innerhalb einer Frist von maximal 3 Monaten einen Entwurf der Statuten, der internen Funktionsweise des politischen „Vorstands“ sowie der Verwaltungskommission zu unterbreiten, ebenso wie eine politische Tagesordnung und eine Budgetplanung bis zur konstituierenden Generalversammlung.

Der Geschäftssitz befindet sich in den Räumlichkeiten der Mission Opérationnelle Transfrontalière, 38 rue des Bourdonnais, 75001 Paris, Frankreich.

Geschehen zu Lille, am 8. November 2007



Für die Mission Opérationnelle
Transfrontalière
Der Präsident

Pierre MAUROY



Für Eixo Atlântico do
Noroeste Peninsular
Der Präsident

Luis Filipe MENEZES



Für das Netzwerk
City Twins*
Der Präsident

Pertti LINTUNEN

* Das Abkommen ist für City Twins gültig, sobald alle Mitglieder seines Netzwerks ihre Zustimmung gegeben haben.



STRATEGISCHE ALLIANZ

Zwischen

der Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT) mit Sitz in 38 rue des Bourdonnais, 75001 Paris (Frankreich), vertreten durch ihren Präsidenten, Herrn Pierre MAUROY,

im Namen der EUROMOT

einerseits,

und

der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) mit Sitz in Enschederstr. 362, 48599 Gronau (Deutschland), vertreten durch ihren Präsidenten, Lambert VAN NISTELROOIJ

andererseits,

in Anbetracht dessen, dass:

- Dieses Abkommen in den Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union für die Programmperiode 2007-2013 und ihr Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ sowie unter die am 24. und 25. Mai in Leipzig angenommene Territoriale Agenda und schließlich die Phase der Überlegungen über den europäischen Haushalt nach 2013 fällt.

□ Die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen

Heute sind die Ziele und Aufgaben der AGEG in ihrer Satzung festgelegt, die letztmalig am 25. November 1994 in Triest geändert und verabschiedet wurde:

Danach ist die AGEG für alle europäischen Grenz- oder grenzübergreifenden Regionen tätig mit den Zielen:

- ihre speziellen Probleme, Chancen, Aufgaben und Arbeiten transparent zu machen,
- ihre Gesamtinteressen gegenüber nationalen und internationalen Parlamenten, Organen, Behörden und Institutionen wahrzunehmen,
- ihre Zusammenarbeit in ganz Europa zu initiieren, zu unterstützen und zu koordinieren (Schaffung eines Netzwerkes),

- Erfahrungen und Informationen auszutauschen, um aus der Vielfalt der grenzüberschreitenden Probleme und Chancen heraus gemeinsame Interessen zu formulieren, abzustimmen und Lösungen anzubieten.

Aufgaben der AGEG sind:

- Programme und Projekte durchzuführen, finanzielle Mittel zu beantragen, entgegenzunehmen und darüber zu verfügen,
 - Veranstaltungen zu grenzüberschreitenden Problemen durchzuführen,
 - bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme mitzuwirken und besondere Aktivitäten zu unterstützen,
 - im Rahmen der Netzwerke gemeinsame Aktionen vorzubereiten und durchzuführen,
 - Politik und Öffentlichkeit in Europa über grenzüberschreitende Fragen zu informieren.
- **Die Mission Opérationnelle Transfrontalière** wurde 1997 gegründet, ausgehend von grenzüberschreitenden Ballungsräumen an den französischen Grenzen als Pilotprojektstandorte. Diese trugen dazu bei, eine starke Dynamik zu schaffen, die es der MOT ermöglichte, die verschiedenen Standorte mit ihrem Fachwissen zu unterstützen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Gemeinden in Stadtverbänden, ländlichen Räumen oder geschützten Naturgebieten zwischen Frankreich und seinen 9 Nachbarländern weiter zu fördern.

Hauptaufgabe der MOT ist es somit, die Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Strukturprojekte, die die Verbindung zwischen den Gebieten verschiedener Länder fördern, zu erleichtern. Sie arbeitet zu allen Themenbereichen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Gesundheit, Verkehr, Wirtschaftsentwicklung, Umwelt, Städtebau, etc.). Sie animiert und unterstützt operationell ein Netzwerk von Akteuren, die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig sind (Projektträger, institutionelle Akteure, etc.).

Als Ansprechpartner auf europäischer Ebene konzentriert die MOT ihre politische Botschaft auf die Entwicklung grenzüberschreitender Gebietsprojekte. Diese stellen eine konkrete Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner der Grenzregionen dar und bilden einen wichtigen Beitrag für die Integration an den Binnengrenzen bzw. für Frieden schaffende Maßnahmen an den Außengrenzen Europas.

Anlässlich des 10. Jahrestages ihres Bestehens entschied sich die MOT für eine neue strategische Ausrichtung mit einer zweifachen Veränderung: einem Auftritt auf politischer Ebene sowie einer klaren Positionierung in Europa. Zu diesem Zweck und analog zu den in ihren Anfangszeiten durchgeführten Aktionen beabsichtigt die MOT, ein europäisches Netzwerk von grenzüberschreitenden lokalen Behörden unter dem Namen EUROMOT zu gründen, um die lokalen Aktionen zu stärken und ihre Botschaft in ganz Europa zu verbreiten.

Ziel ist es, die grenzüberschreitenden Gebiete anderer europäischer Grenzen mit einzubeziehen und mit anderen Institutionen zu kooperieren, die Gebietskörperschaften umfassen, welche ebenfalls grenzüberschreitend zusammenarbeiten. So soll, ausgehend von dem europäischen Kolloquium der MOT im November 2007 nach und nach die EUROMOT entstehen.

- **Somit stellen die AGEG und die EUROMOT** beide in ergänzender Weise im Rahmen ihrer jeweiligen Netzwerkarbeit Überlegungen zu den aktuellen grenzüberschreitenden Dynamiken, den Modalitäten ihrer Umsetzung und den Entwicklungsperspektiven in Europa an.

ES WIRD FOLGENDES VEREINBART:

ARTIKEL 1: GEGENSTAND DES ABKOMMENS

Gegenstand dieses Abkommens ist es die Partnerschaft zu fördern und eine strategische Allianz zwischen der EUROMOT, der AGEG und ihren Mitgliedern zu schaffen. Da die Ziele der beiden Strukturen einander ergänzen, können sie eine Partnerschaft umsetzen, die es ihnen ermöglicht, gegenseitige Synergien zu nutzen und die Botschaft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen und lokalen Behörden stärker zu vermitteln. Es geht darum sich zusammenzuschließen, um den Ausrichtungen und Entscheidungen nationaler und europäischer Behörden im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehr Gewicht zu verleihen, und um den Inhalt von Aktionsprogrammen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa nachhaltig mitzubestimmen. Das oberste Ziel dieser Allianz ist es, gemeinsam zum Wohlstand der an europäischen Grenzen lebenden Bevölkerung und folglich zu einer gelungenen Einigung an den Binnengrenzen bzw. zu Frieden schaffenden Maßnahmen an den Außengrenzen Europas beizutragen.

Dieses politische Abkommen wird von einem gemeinsamen Aktionsprogramm begleitet, das einmal jährlich von den beschlussfähigen Instanzen der beiden Parteien vorzuschlagen, zu beschließen und zu evaluieren ist.

ARTIKEL 2: ACHSEN DER PARTNERSCHAFT

Der Ansatz der EUROMOT geht von den grenzüberschreitenden lokalen Behörden aus, mit einem Schwerpunkt auf der operationellen Hilfestellung bei der Projektumsetzung, der Ansatz der AGEG basiert auf den grenzüberschreitenden Regionen und Euroregionen sowie einer anerkannten Präsenz bei den Gemeinschaftsinstanzen. Damit können in ergänzender Weise alle Bereiche sowie die verschiedenen Ebenen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgedeckt werden.

Um diese Partnerschaft umzusetzen, auf europäischer Ebene ein größeres Publikum anzusprechen sowie konkrete Lösungen zu finden und um grenzüberschreitende Gebietsprojekte weiter zu entwickeln, werden folgende Kooperationsachsen vorgeschlagen:

Politische Zusammenarbeit

- Gegenseitige Präsenz in den jeweiligen Instanzen (Generalversammlung) mit der Möglichkeit, dort das Wort zu ergreifen,
- Permanenter Informationsaustausch zum Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie zu den Aktivitäten jeder der Strukturen,
- Festlegen gemeinsamer Positionen in ganz Europa in Bezug auf europäische, nationale, regionale und lokale Instanzen bzw. der Zivilgesellschaft, die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig sind,
- Herstellen einer engen Beziehung zum Europäischen Parlament, um eine bessere Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu ermöglichen,
- Permanente Beziehungen zum Europarat und seinen 46 Ländern, insbesondere durch die CEMAT (Konferenz der europäischen Minister für Raumordnung),
- Organisation gemeinsamer Veranstaltungen (Seminare, Kolloquien, etc.).

Technische Hilfestellung

Eine Zusammenarbeit im Bereich der operationellen Hilfestellung kann insbesondere folgende Bereiche betreffen:

- Umsetzung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), nicht nur zur Unterstützung der Programmverwaltung, sondern auch zur Strukturierung der Projekte (politische Gouvernance und Projektumsetzung),
- Thema Gesundheit: Unterstützung des Aufbaus von grenzüberschreitenden Gemeinschaften im Gesundheitswesen an den europäischen Grenzen und Vernetzung derselben,
- Verknüpfung lokaler Projekte und regionaler bzw. europäischer Programme im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,
- Aus- und Fortbildung sowie Forschung im Bereich der grenzüberschreitenden Praxis,
- Nachbarschaftspolitik sowie Politik für grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
- Vorbereitung des Europäischen Jahres für grenzüberschreitende Zusammenarbeit 2010.

ARTIKEL 3: ZUR ERREICHUNG DIESER ZIELE BEREITGESTELLTE MITTEL

Animation / Aus- und Fortbildung

Die beiden Organisationen werden an Seminaren, Schulungen sowie Konferenzen, die einen grenzüberschreitenden Bezug haben und die von der jeweils anderen Organisation abgehalten werden, mitwirken, und zwar von der Vorbereitung der Inhalte bis zur Verbreitung der Ergebnisse.

ARTIKEL 4: MODALITÄTEN IN BEZUG AUF DIE BEGLEITUNG

Die beiden Parteien verpflichten sich, regelmäßig Informationen über ihre Aktionen auszutauschen. Sie treffen einander mindestens einmal jährlich, um ihren Jahresaktionsplan zu erstellen und zu evaluieren und um über die im Rahmen dieses Abkommens erzielten Fortschritte Bilanz zu ziehen.

ARTIKEL 5: DAUER, ABÄNDERUNG UND BEENDEN DES ABKOMMENS

- Dieses Abkommen tritt mit dem Datum seiner Unterzeichnung in Kraft. Sofern nicht eine der beiden Vertragspartner Einspruch erhebt, wird es jährlich stillschweigend verlängert.
- Dieses Abkommen kann durch Zusatz abgeändert und von jeder der beiden Parteien unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist beendet werden.

Geschehen zu Lille am 8. November 2007

Für die Arbeitsgemeinschaft
Europäischer Grenzregionen

Der Präsident

Lambert VAN NISTELROOIJ

Für die Mission Opérationnelle
Transfrontalière im Namen der
EUROMOT

Der Präsident

Pierre MAUROY

Die EUROMOT-Strategie - Europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden

Anhang zum „EUROMOT“-Abkommen

I. Grenzüberschreitende Gebiete: gelebte Gebiete, nachhaltige Gemeinschaften

Friedenschaffen an den Grenzen

Der Aufbau Europas wurde sowohl durch den Europarat als auch durch die Europäische Gemeinschaft, später Union, initiiert, um die Konflikte, die die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt haben, zu überwinden und solche in Zukunft in Europa unmöglich zu machen. Für Schuman, einen der „Gründungsväter“, sind die Grenzen „Wunden der Geschichte“, und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht seit Anfang an im Zentrum der europäischen Dynamik, als eine der Möglichkeiten diese Wunden auszulöschen und aus den Grenzregionen Gebiete zu machen, in denen dauerhafter Frieden und nachhaltiger Wohlstand in Europa herrschen. Dies ist mit den sukzessiven Erweiterungen für die neuen Grenzen, die sich dadurch ergeben, aktueller denn je zuvor, unabhängig davon, ob es sich um Binnengrenzen oder Außengrenzen zu Beitrittskandidaten oder Nachbarstaaten bzw. um europäische oder außereuropäische Grenzen handelt, für die die Union eine Nachbarschafts- bzw. Partnerschaftspolitik vorschlägt.

Es ist aber auch für die „alten“ Grenzen der Europäischen Union weiter aktuell, entweder weil diese auch heute noch Orte sind, an denen Spannungen herrschen, oder weil sie Sprach- oder Kulturgemeinschaften trennen, die durch den Aufbau Europas heute wieder friedlich vereint werden können, ohne dass dadurch die Grenzen der Staaten in Frage gestellt werden. Ganz allgemein sind die friedlichsten Grenzregionen oft die am stärksten benachteiligten Gebiete innerhalb ihres Staates; auf lokaler Ebene bleibt das gelebte Gebiet dennoch teilweise isoliert bzw. ist es auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene von dieser „360-Grad-Öffnung“, die die europäische Einigung ermöglichen sollte, ausgenommen.

Europa im Alltag

Vor 50 Jahren wurden die Römischen Verträge unterzeichnet. Seitdem haben das Schengener Abkommen, der gemeinsame Binnenmarkt, die Einführung des Euro und die verschiedenen Kohäsionspolitiken **zur Integration der grenzüberschreitenden Gebiete beigetragen.**

Diese sind vom europäischen Einigungsprozess **primär betroffen.** Es handelt sich um „gelebte Gebiete“, um Lebens- und Arbeitsräume, die tagtäglich beträchtliche Ströme von Grenzgängern und grenzüberschreitenden Konsumenten hervorbringen. **Verschiedene Kooperationsprojekte** in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Umwelt nehmen hier ihren Ursprung, auch wenn einige dieser Gebiete schlecht zugänglich oder in Randlage bleiben.

Für diese Gebiete bedeutet die immer weitergehende Öffnung der Grenzen gleichzeitig folgendes:

- **eine Quelle der Unausgewogenheit:** mangelnde Anpassung der politischen, verwaltungstechnischen, rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene an die grenzüberschreitende Gegebenheiten;
- **eine Chance:** neue, größere „Wirtschaftsräume“ infolge der Grenzöffnung; große Potentiale **aufgrund der sprachlichen und kulturellen Vielfalt.**

Nachhaltige Entwicklung in der Praxis

Wenn auch die Gesamtheit der **europäischen Regionen**, Metropolen, Städte, ländlichen Räume und Naturräume eingeladen sind, an der **Lissabon/Göteborg-Strategie** mitzuwirken, gilt dies jedoch in besonderem Maße für die „grenzüberschreitenden Gebiete“:

- In **wirtschaftlicher Hinsicht** können sie über die Gründung von grenzüberschreitenden KMUs, die Entwicklung von Wettbewerbspolen, Clustern sowie grenzüberschreitenden Forschungs- und Innovationsnetzwerken Impulse für die Schaffung von Wohlstand geben.
- In **gesellschaftlicher Hinsicht** können hier **grenzüberschreitende Arbeitsmärkte** mit mobilen und dynamischen Arbeitskräften, die in zwei oder drei Kulturen zu Hause sind, entstehen.
- Im **Umweltbereich** müssen sie als **unter gemeinsamer Verantwortung stehende Räume** für den Erhalt der natürlichen Ressourcen und der Artenvielfalt sowie für ein gemeinsames Risikomanagement (Bergmassive, Meeres- oder Flussbecken, Naturräume) gestaltet werden.

Der Aufbau dieser städtischen und ländlichen Gebiete als Modell nachhaltiger Gemeinschaften erfordert einen **integrierten territorialen Ansatz**. Außerdem sind sie **ideale Orte für die Herausbildung eines**, um nationale und regionale Zugehörigkeiten und Kulturen bereichernden, **europäischen Bürgerbewusstseins**.

Die grenzüberschreitenden lokalen Behörden, legitime Vorreiter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die interne Organisation der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europarates fällt unter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in die Zuständigkeit jedes einzelnen von ihnen. Die europäischen Institutionen fördern jedenfalls die Übertragung der Verantwortung für die territoriale Entwicklung an die Gebietskörperschaften, welche die Bedürfnisse ihrer Bewohner aus nächster Nähe kennen und im Rahmen der lokalen demokratischen Prozesse ihrer Kontrolle unterworfen sind.

Die Bildung solcher Instanzen und ihre Stärkung im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses werden in Europa wie folgt gefördert:

- durch den Ausschuss der Gemeinden und Regionen des Europarates,
- durch den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union,
- durch die Kohäsionspolitik, für die die Staaten Partnerschaften gründen sollen, eine „Multi-Level-Governance“, an der die verschiedenen lokalen, regionalen, nationalen und europäischen, territorialen Ebenen beteiligt sind.

Wenn auch die „internen“ Stadtgebiete bzw. ländlichen Gebiete der Staaten die vorrangigen Akteure für ihre Entwicklung sein sollen, so gilt dies ebenso für die grenzüberschreitenden Gebiete.

Lebensräume, Beschäftigungsräume, funktionelle Stadtregionen oder Stadtgebiete, ländliche „Räume“, etc. All diese „gelebten Gebiete“ stiften Verwirrung in den politisch-administrativen Abläufen. Allein die europäische Integration begünstigt schon das Entstehen solcher „gelebter Gebiete“ im grenzüberschreitenden Nahbereich und dieser Prozess kann sich nur beschleunigen. Als Echo auf die Diskussion um die Zukunft der Union besteht heute die Herausforderung darin, zu wissen, welche grenzüberschreitenden Gebiete wir für morgen aufbauen wollen. Sollen es einfach Handelszonen sein (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) oder vielmehr echte Projektgebiete, die in ihrer Reichweite präzise definiert sind und die durch eine grenzüberschreitende Governance politisch getragen und technisch verwaltet werden?

Obwohl die territoriale (und insbesondere städtische) Dimension der Kohäsionspolitik immer mehr Fuß fasst, und die territoriale Zusammenarbeit inzwischen fester Bestandteil der Kohäsionspolitik geworden ist, wurden weder die Raumordnungsziele dieser Zusammenarbeit noch die territorialen Begriffe, auf die diese zurückgreift (Euroregionen, Eurodistrikte, etc.), auf gemeinschaftlicher Ebene näher präzisiert. Auch die (produzierende, lokale) Wirtschaft der grenzüberschreitenden Gebiete ist ein von Forschungsarbeiten bisher fast unberührtes Feld. Konzepte, Typologie, Einteilung grenzüberschreitender Gebiete, etc. Hier müssen dringend geeignete Definitionen gefunden und eine lokale Governance aufgebaut werden, die von den übergeordneten Regierungshierarchien unterstützt wird. Denn die Subsidiarität, die zur Anwendung kommen soll, ist keine exklusive Subsidiarität, die auf lokaler Ebene in maximalem Ausmaß Anwendung findet, sondern eine aktive Subsidiarität, bei der die Frage nicht nur lautet „Wer soll auf welcher Ebene was tun?“, sondern auch: „Wie sollen die verschiedenen Ebenen zugunsten aller zusammenarbeiten?“, im Sinne der vertikalen Kooperationsprinzipien, die mit dem EUREK und dem Weißbuch zum Thema Governance unterstrichen werden.

Die Organisation der Gebietskörperschaften ist je nach Staaten, ihrer Geographie, ihrer Geschichte sowie ihrer politischen und administrativen Kultur sehr unterschiedlich. Aber alle Staaten, selbst die kleinsten unter ihnen, verfügen zumindest über eine dem Staat untergeordnete Ebene, und zwar die Gemeindeebene.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss sich daher auf die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften unterhalb der staatlichen Ebene stützen, in erster Linie auf die Zusammenarbeit unter den Gemeinden, in Form von **grenzüberschreitenden lokalen Behörden**. Diese können Akteure für einen Aufbau Europas von der Basis her sein, auf Ebene der grenzüberschreitenden Gebiete verschiedenster Art: Ballungsräume oder Metropolregionen, vorwiegend ländliche Räume oder Naturräume, Eurodistrikte, Euroregionen, etc. Auf dieser Ebene muss es ihnen möglich sein, eine demokratische Governance zu entwickeln, im Rahmen derer die Politiker auf beiden Seiten der Grenze die politische Instanz darstellen und über die technischen Instrumente für die Zusammenarbeit in Form eines Dialogs mit den Bewohnern des Grenzgebiets verfügen. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), ein neues EU-Rechtsinstrument, soll zum rechtlichen Hilfsmittel solcher grenzüberschreitender, lokaler Behörden werden.

II. Die politischen und praktischen Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Zukunft

Die Programme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 sind angelaufen und die Herausforderung besteht nun darin, diese Programme in den Dienst der grenzüberschreitenden Gebiete zu stellen.

Die Verordnungen der Kohäsionspolitik 2007-2013 sehen eine Umsetzung von integrierten Projekten zur Stadtentwicklung vor, an denen die städtischen Behörden im Rahmen der Konvergenz- und Wettbewerbsziele beteiligt werden.

Angesichts zahlreicher Aussagen von Akteuren vor Ort muss allerdings festgestellt werden, dass die Ausarbeitung der Operationellen Kooperationsprogramme, die im Allgemeinen von den Mitgliedsstaaten und den Regionen, sofern diese bestehen, übernommen wurde, oft nur zu einer minimalen Abstimmung mit den grenzüberschreitenden Partnern und insbesondere den Körperschaften auf infraregionaler Ebene geführt hat, und dass der Aufbau dieser Programme in erster Linie thematisch ist (Lissabon-Göteborg-Ziele) und dem territorialen Ansatz nur wenig Raum lässt, bzw. dass die lokalen Körperschaften in den Programmverwaltungsinstanzen (Kontrollausschüsse, etc.) kaum oder gar nicht vertreten sind. Diese müssen bei den zuständigen Behörden Gehör finden.

Der zwischenstaatliche Prozess der „Territorialen Agenda“, der im Mai 2007 von den Ministern für Raumordnung der 27 Mitgliedsstaaten initiiert wurde, sollte weiterhin begleitet werden, um die Interessen der grenzüberschreitenden Gebiete (in einer Partnerschaft mit allen Kooperationsakteuren: AGEF, CRPM, etc.) zur Geltung zu bringen.

Schließlich haben die Überlegungen zum europäischen Haushalt nach 2013 bereits begonnen und diese werden sich in den kommenden Jahren intensivieren. Ebenso wie beim Haushalt 2007-2013 wird die Kohäsionspolitik, als erster Posten des Haushalts, sicherlich in Frage gestellt werden. Der vierte Kohäsionsbericht thematisiert bereits, den „gemeinschaftlichen Mehrwert“ dieser Politik gemeinsam zu prüfen.

Über den Mehrwert der territorialen Zusammenarbeit besteht kein Zweifel:

Europa ist in den „grenzüberschreitenden Gebieten“ wirklich greifbar: ein Europa der Projekte, ein Europa, das auf die Bedürfnisse seiner Bürger ausgerichtet ist;

Ein Europa, welches den Zielen von Lissabon und Göteborg entspricht, ist im Aufbau begriffen: Als Ort der Annäherung der nationalen und EU-Politiken sind diese grenzüberschreitenden territorialen Projekte die Quelle einer gelungenen Verknüpfung von nationalen Gebieten und einer erfolgreichen europäischen Integration gemäß der Ziele der „nachhaltigen Entwicklung“;

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss fortgeführt werden: Die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union dürften ein starkes Interesse daran haben, die Gründung solcher Frieden schaffender territorialer Projekte in den Grenzgebieten zu unterstützen und diese Gebiete so zu Schmelztiegeln einer europäischen Bürgerschaft werden zu lassen.

Die nationalen und europäischen Behörden müssen aber erst noch überzeugt werden.

III. Gründung der EUROMOT

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, eine konkrete Antwort

Um dieses bürgernahe Europa der Projekte weiter voran zu bringen, ist es wünschenswert, dass die Staaten und die Europäische Union ihre Politiken zugunsten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vertiefen und weiterentwickeln.

Als Akteur mit Modellcharakter auf europäischer Ebene hat es sich die Mission Opérationnelle Transfrontalière zur Aufgabe gemacht, die Gründung und Durchführung grenzüberschreitender Projekte zu erleichtern. Ursprünglich gegründet als **operationelles Instrument zur technischen Hilfestellung**, trägt die MOT heute auch auf **politischer Ebene in Europa eine Botschaft** für die Entwicklung grenzüberschreitender territorialer Projekte. Letztere stellen in der Tat eine konkrete Antwort auf die Bedürfnisse der Bewohner in den Grenzgebieten dar und wirken als Träger einer Integration an den Binnengrenzen bzw. durch Frieden schaffende Maßnahmen an den Außengrenzen Europas.

Aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens gibt die MOT nunmehr den Anstoß für eine neue strategische Ausrichtung mit zwei Zielen: ein Auftritt auf politischer Ebene und eine klare europäische Positionierung.

Aufbau eines leistungsfähigen Netzwerkes auf europäischer Ebene

Um diese Politik weiter zu entwickeln und die Botschaft auf europäischer Ebene zu verbreiten, hat die Mission Opérationnelle Transfrontalière die Absicht, in einer ersten Phase gemeinsam mit zwei anderen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätigen Organisationen, nämlich Eixo Atlantico, einem Netzwerk von Grenzstädten zwischen Nordportugal und Galizien in Spanien sowie City Twins, einem Netzwerk von Doppelstädten in Deutschland, Polen, Estland, Lettland, Schweden, Finnland und Russland, ein europäisches Netzwerk grenzüberschreitender lokaler Behörden zu gründen: die EUROMOT.

Alle bestehenden bzw. in Gründung befindlichen grenzüberschreitenden Gebiete (Eurocities, Partnerstädte, Eurodistrikte, etc.) sind aufgerufen, dem Netzwerk beizutreten. Die MOT wird sich insbesondere auf ihre nicht-französischen Mitglieder und Partner stützen, um diesem „EUROMOT“-Projekt eine echt europäische Dimension zu verleihen.

Im Übrigen wird die EUROMOT eine strategische Allianz mit anderen europäischen Netzwerken, die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig sind, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) eingehen können, sodass alle Kooperationsebenen abgedeckt sind.

IV. Welcher Inhalt für die EUROMOT?

Aufbau Europas durch die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte

Ziel der EUROMOT ist es, die Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten durch die Förderung des permanenten Dialogs zwischen den nationalen und EU-Behörden und den lokalen Projektträgern zu erleichtern. Ihre Rolle kann sich auf vier Interventionsachsen stützen: Handeln auf politischer Ebene, Vernetzung, Studien und Forschungen durch Unterstützung bei der Definition einer kohärenten Politik im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, und operationelle Hilfestellung.

Die Aktivitäten der EUROMOT können sich, ausgehend von den Aktivitäten der nachstehend genannten Gründungsmitglieder, entwickeln:

- MOT
- Eixo Atlántico
- City Twins

1- Aufbau eines europäischen, politischen Netzwerks grenzüberschreitender lokaler Behörden

Die EUROMOT sieht sich neben anderen Organisationen, die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig sind (AGEG, etc.), als Sprecher für die grenzüberschreitenden Gebiete bei europäischen Institutionen (Europarat, Europäisches Parlament, Ausschuss der Regionen, Europäische Kommission), europäischen Staaten, Verwaltungsbehörden grenzüberschreitender Programme bzw. allgemeiner der europäischen Zivilgesellschaft.

Zu diesem Zweck beabsichtigt sie, sich in einer ersten Phase auf die grenzüberschreitenden Stadtgebiete (Ballungsräume, Netzwerke, Metropolregionen, etc.) zu stützen und die Politiker der Gemeinden und ihrer grenzüberschreitenden Verbände zu mobilisieren. Diese grenzüberschreitenden Stadtgebiete sind nämlich von großer Bedeutung für die europäische Integration.

Alle Gebiete (ländliche Räume, Gebiete der Zusammenarbeit an den Seegrenzen), sowie die übergeordneten Ebenen (Regionen, Staaten) sind eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen oder es zu unterstützen.

Aufgrund der Unterschiede in verschiedensten Bereichen (auf sprachlicher, kultureller, steuerlicher, rechtlicher sowie Verordnungsebene), die für grenzüberschreitende Gebiete kennzeichnend sind, ist die Multi-Level-Governance noch viel dringender erforderlich. Die EUROMOT muss diese Notwendigkeit widerspiegeln, da sie aus Gebietskörperschaften, die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig sind, hervorgegangen ist und gleichzeitig von den übergeordneten Handlungsebenen – Regionen, Staaten, europäischen Institutionen – anerkannt wird. Sie soll eine Schnittstelle zwischen diesen Ebenen darstellen, zugunsten einer Interoperabilität zwischen den lokalen, nationalen und europäischen Systemen.

2- Die Vernetzung

Durch Informationsinstrumente (Informationsbriefe, monatliche Newsletters, Themenhefte, Website, etc.) und die Organisation von Seminaren (Themen: Ballungsräume, Gesundheit, Wirtschaftsentwicklung, grenzüberschreitender Verkehr, etc.) fördert die MOT die Kapitalisierung sowie den Austausch von Praktiken und die Verbreitung von Know-how. Sie bietet an, diese Instrumente nach und nach auch den Partnern an anderen europäischen Grenzen zur Verfügung zu stellen.

In diesem Rahmen hat sie sich für europäische Projekte engagiert: Sie ist Lead-Partner des INTERFORM-Projekts (Netzwerk für Fortbildung und Forschung zur grenzüberschreitenden Praxis), das von INTERACT finanziert wird; sie hat auf Ersuchen des Europarats einen praktischen Leitfaden zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erarbeitet.

City Twins hat (im Rahmen von INTERREG 3C) in den Jahren 2004-2006 ein gemeinsames Entwicklungsprojekt durchgeführt und mehrere Informationsbroschüren über die Partnerstädte seines Netzwerkes herausgegeben, die sich an die breite Öffentlichkeit richten. Das Netzwerk unterstützt im Übrigen gemeinsame Aktionen in den Bereichen, Bildung, Kultur, Wirtschaftsentwicklung und Grenzgänger.

Eixo Atlántico veröffentlicht regelmäßig zahlreiche Informationsinstrumente (Zeitschriften, Monographien, Diskussionstexte, etc.). Es führt in zahlreichen Kooperationsbereichen wie Tourismus, Bildung, Sport, Umwelt, Infrastrukturen, Kultur, Jugend, Innovation, Planung, sowie Aus- und Weiterbildung, Aktionen, Studien und Analysen durch.

Die Herausforderung besteht für die EUROMOT im Rahmen der europäischen Programmperiode 2007-2013 darin, diese Vernetzungsarbeit auf ihre Mitglieder sowie alle europäischen Partner auszudehnen, insbesondere in Richtung der neuen Mitgliedsstaaten.

3- Studien und Forschung: Unterstützung bei der Definition einer kohärenten Politik für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die MOT hat bisher Studien zu transversalen Themen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durchgeführt, meistens auf Ersuchen des französischen Staates.

Eixo Atlántico hat im Rahmen seines Netzwerkes und im Hinblick auf eine interne Kohäsion in seinem Gebiet zahlreiche Studien und Diskussionen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durchgeführt.

City Twins, dessen Hauptziel die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Doppelstädten innerhalb seines Netzes ist, kann seine Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit dieser Partnerstädte an den Grenzen in Nord-Ost-Europa einbringen. Zwei Doppelstädte des Netzwerkes befinden sich an der Grenze zwischen Russland und der Europäischen Union, einem Gebiet, in dem die Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union erprobt werden kann und das besondere Aufmerksamkeit verdient.

Die EUROMOT wird diese Arbeiten fortsetzen und auch andere Grenzen etc. berücksichtigen. Das Ergebnis dieser Arbeiten sowie die Formulierung der Bedürfnisse vor Ort werden es der EUROMOT ermöglichen, einen Beitrag zur Definition einer kohärenten, globalen Politik zu leisten, sowohl auf nationaler als auch auf gemeinschaftlicher Ebene, indem insbesondere Fortentwicklungen von Gesetzen und Verordnungen vorgeschlagen werden.

Diese Studien können einen Beitrag zu einem aus der juristischen, kartographischen und dokumentarischen Sammlung bestehenden Ressourcenzentrum leisten, das von der MOT auf der Website <http://www.espaces-transfrontaliers.eu> eingerichtet wurde. Es ist für Akteure bestimmt,

die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig sind. Diese „Ressourcen“-Website enthält eine Datenbank über Projekte, grenzüberschreitende Gebiete, eine dokumentarische, juristische und kartographische Sammlung sowie eine Rubrik, die den europäischen Strukturfonds (INTERREG) gewidmet ist, Links zu anderen Websites, etc. Sie steht in einer französischen, englischen, deutschen, spanischen und italienischen Version zur Verfügung.

Diese Vernetzungsarbeit bzw. strategische Studien können durch die Umsetzung eines INTERREG 4C-Projekts unterstützt werden.

4- Operationelle Hilfestellung

Grenzüberschreitendes, technisches Fachwissen

Auf Antrag ihrer Mitglieder kann die EUROMOT:

- Bei der Formalisierung und Strukturierung von Projekten unterstützen;
- Projekte in Bezug auf Machbarkeitsstudien und operationelle Umsetzung begleiten;
- Partner beraten und für ein grenzüberschreitendes Gleichgewicht sorgen;
- Die Ausarbeitung von Unterlagen für europäische Finanzierungen unterstützen.

Maßgeschneiderte Teams

Die EUROMOT und ihr Netz von Experten passen bei ihrem Handeln ihr Fachwissen an die Gegebenheiten vor Ort an und stellen multinationale und interdisziplinäre Teams zusammen.

Sie stellt sicher, dass alle betroffenen Akteure, insbesondere Politiker, die Entwicklung des Projekts verfolgen und dafür sorgen, dass es von der Bevölkerung angenommen wird.

Ihre Aufgabe ist es, sich zurückzuziehen, sobald diese Akteure die politischen, rechtlichen, technischen und finanziellen Möglichkeiten für ein dauerhaftes Projekt geschaffen haben.

EUROMOT

RÉSEAU EUROPÉEN

EUROPEAN NETWORK

D'AUTORITÉS LOCALES TRANSFRONTALIÈRES

OF CROSS-BORDER LOCAL AUTHORITIES



D'ici la fin 2007, Eixo Atlantico aura 34 villes membres

Innerhalb der MOT haben sich besonders an der Vorbereitung des Kolloquiums beteiligt:

Organisation der Workshops:

Workshops 1 und 3: Olivier Denert, Projektdirektor
Workshops 2 und 8: Jean Rubio, Projektbeauftragter
Workshop 4: Françoise Schneider-Français, Projektbeauftragte
Workshop 5: Silvia Gobert-Keckeis, Projektbeauftragte
Workshops 6, 7 und 12: Concetta Mundo, Projektbeauftragte
Workshop 9: Ludivine Salambo, Projektbeauftragte
Workshop 10: Domitille Ayrat und Silvia Gobert-Keckeis, Projektbeauftragte
Workshop 11: Françoise Schneider-Français und Ludivine Salambo, Projektbeauftragte

Koordination der Workshops:

Jean Peyrony, Entwicklungsdirektor

Gesamtkoordination:

Silvia Gobert-Keckeis, Projektbeauftragte
Domitille Ayrat, Projektbeauftragte
Sophie Dos Ramos, Assistentin

Unter der Leitung von Jacques Houbart, Generaldirektor

Mission Opérationnelle Transfrontalière
38 rue des Bourdonnais 75001 Paris - Frankreich
Tel.: +33 (0)1 55 80 56 80 - E-Mail: mot@mot.asso.fr
www.espaces-transfrontaliers.eu

Europäisches Kolloquium
„Grenzüberschreitende Gebiete: Europa im Alltag“

Gesammelte Konferenzunterlagen

Lille, 8. und 9. November 2007

© Mission Opérationnelle Transfrontalière



www.espaces-transfrontaliers.eu

Anbieter nachhaltiger Lösungen.



Die Caisse des Dépôts

“im Dienste des allgemeinen Interesses
und der Wirtschaftsentwicklung”

Gesetz vom 15. Mai 2001

Eine öffentliche Finanzinstitution:

- > Institutioneller Großinvestor für langfristige Investitionen
- > Sichere Verwendung der Ersparnisse der Franzosen zur Finanzierung von gemeinnützigen Zielen, in erster Linie im sozialen Wohnungsbau
- > Öffentliche Dienstleistungs-Bank für die Justiz und Sozialversicherung
- > Verwaltungsinstanz für Pensionsversicherungen
- > Gebietsentwicklung zusammen mit den Gebietskörperschaften

Filialen, die sowohl kommerziell als auch gemeinnützig tätig sind:

- > Personenversicherung: CNP Assurances
- > Immobiliensektor: SNI-Konzern, Icade
- > KMU-Entwicklung: CDC Entreprises, CDC Capital Investissement
- > Dienstleistungen: Transdev, Egis, Compagnie des Alpes und Belambra^{mf}

In all ihren Tätigkeitsbereichen stellt die Caisse des Dépôts ihr Innovationspotential und ihre Fähigkeit, langfristig zu handeln, in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung.

Ihr Netz aus 25 Regionaldirektionen, das in jeder Region Frankreichs und den Überseegebieten präsent ist, mobilisiert ihr gesamtes Know-How und ihre Finanzierungsmöglichkeiten.

Mit ihrem strategischen Plan « Elan 2020 », hat die Caisse des Dépôts vier Prioritäten festgelegt, um auf die vorrangigen Anforderungen des Landes zu reagieren: den Wohnungssektor, KMUs, Universitäten sowie den Umweltsektor.